

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/integration-wie-baden-wuerttemberg-fluechtlinge-integriert-16287963.html?GEPc=s5&premium=0xaed487ef064d4e0635f6934d19f200ac>

INTEGRATIONSMANAGER:

Wie Baden-Württemberg Flüchtlinge integriert

- VON RÜDIGER SOLDT, MÖSSINGEN
- -AKTUALISIERT AM 17.07.2019-06:25



Kaum ein Bundesland bemüht sich seit 2015 so konsequent, die Integration von Flüchtlingen voranzubringen wie Baden-Württemberg. Seit zwei Jahren stehen ihnen sogar eigene Manager zur Seite.

Fünf Namen auf dem Klingelschild sind arabisch, einer ist polnisch. Die Mehrfamilienhäuser in der Tannen-, Kiefern- und Buchenstraße sind in den vergangenen drei Jahren ein bevorzugtes Quartier syrischer, irakischer und afghanischer Flüchtlingsfamilien geworden. Denn die sanierten Dreizimmerwohnungen im Mössinger Stadtteil Bästehardt sind halbwegs bezahlbar. „Wer’s Ländle ned ehrt, isch d’Freundschaft ned wert!“ steht auf einem Fußabtreter.

Im Treppenhaus fordern gleich mehrere Schilder die Mieter zum Einhalten der Kehrwoche auf, bald gibt es wahrscheinlich auch welche in arabischer Sprache. Ileana Buhociu macht einen Hausbesuch. Die 52 Jahre alte Sozialpädagogin ist eine der 1184 Integrationsmanagerinnen in Baden-Württemberg. Kein anderes Bundesland hat sich seit 2015 so konsequent und ehrgeizig bemüht, die Integration von Flüchtlingen voranzubringen.

Badra Haddad öffnet die Tür ihrer Wohnung, in der Küche stehen große Plastiktüten mit Einkäufen, sie bittet Ileana Buhociu ins Wohnzimmer. Ihr 15 Jahre alter Sohn Mohamed ist gerade aus der Schule gekommen, die Töchter Rand und Shahad haben es sich auf dem Sofa bequem gemacht. Seit September 2015 lebt die Syrerin mit ihren drei Kindern in Deutschland. Die Familie flüchtete 2013 erst nach Ägypten, dann in die Türkei, bis sie sich mit Hilfe von Schleppern im Schlauchboot nach Griechenland absetzte. Heute will die Integrationsmanagerin ihre Daten aufnehmen und eine Zielvereinbarung über weitere Integrationsmaßnahmen treffen.

„Sie können das jederzeit unterbrechen“

Badra Haddad spricht zwar schon gut Deutsch, die Integrationsmanagerin hat aber zur Sicherheit einen Übersetzer mitgebracht. Das arabische Wort für „Ziel“ sei „Hadaf“, erklärt er. „Wir vereinbaren heute eine Zusammenarbeit für Ihre Ziele bei der Integration. Ich versichere Ihnen, Sie zu begleiten. Sie sagen mir zu, den Integrationsprozess zu unterstützen“, sagt Buhociu. Klingt einfach, ist in der Praxis aber kompliziert. Badra Haddad ist das Gespräch sichtlich unangenehm. Sie verschwindet kurz in der Küche und kommt mit einem Teller Marouk, arabischem Dattelbrot, und einer großen Portion selbstgemachtem Pistazieneis zurück.

Auch die ehrenamtliche Flüchtlingshelferin, eine pensionierte Lehrerin, die nicht mit Namen genannt werden will, ist zum Zielvereinbarungsgespräch erschienen, um Badra beratend zur Seite zu stehen.

Ileana Buhociu packt ihre Unterlagen aus. Die „Integrationszielvereinbarung“, kurz IZV, ist eine Tabelle auf drei DIN-A4-Seiten. Notiert werden der Stand der Integration und das, was noch erreicht werden soll. Kompetenzen und Entwicklungsmöglichkeiten werden erfasst, dazu der Tag der Verabredung für eine Maßnahme sowie ein Zieldatum. Integrationsmanagement ist nichts anderes als Sozialarbeit mit Hausbesuchen und Fallmanagement, wie sie sich etwa in der Jugendhilfe bewährt hat.

„Sie können das jederzeit unterbrechen, das Gespräch ist freiwillig“, sagt Buhociu. Badra Haddad ist einverstanden, sie geht kurz ins Schlafzimmer und holt ein paar Plastikmappen mit syrischen Zeugnissen. „Wie lange haben Sie die Schule in Syrien besucht?“, fragt Buhociu. „Zwölf Jahre, 2002 war das Abitur, dann habe ich dreieinhalb Jahre Jura studiert, aber nicht abgeschlossen“, sagt die 36 Jahre alte Frau. Sohn Mohamed holt zwischendurch sein Smartphone aus der Tasche und zeigt den Gästen die syrische Torte, mit der er kürzlich seinen 15. Geburtstag gefeiert hat, ziemlich zuckrig.

„Weiß das Jobcenter eigentlich von Ihrer Ausbildung, sind die Zeugnisse anerkannt?“, fragt die Integrationsmanagerin. Es stellt sich heraus, dass Badra nicht alle Papiere beisammenhat, das Jobcenter nicht richtig informiert ist, die Zeugnisse immer noch nicht anerkannt sind. Sie habe wenig Zeit, sagt Badra. Die Eingliederungsvereinbarung mit dem Jobcenter findet sie nicht. Viele Flüchtlinge kommen mit dem Papierkrieg in Deutschland nicht klar. Ileana Buhociu bleibt geduldig. „Das ist das Erste, was Sie machen müssen – die Papiere ordentlicher sortieren“, sagt sie und notiert den Vorsatz, Anfang Oktober noch einmal nachzufragen. Mit dem Sachbearbeiter für Arbeitsmarktintegration im Landratsamt wird auch ein Termin vereinbart.

Kritik an Oberbürgermeister Boris Palmer

Badra Haddads Studienerfahrung ist eine gute Voraussetzung für eine Ausbildung und den Aufbau einer eigenen Existenz in Deutschland. Sie würde gern als Rechtsanwaltsgehilfin arbeiten oder, wie sie sagt, ihren „Traum“ verwirklichen und ein eigenes Restaurant eröffnen. „Kochen und Handarbeiten, das mache ich gern.“ Sprache, Arbeit, Gesundheit, Wohnen – das sind natürlich die Hauptthemen beim Integrationsmanagement. In der Zielvereinbarung geht es nicht nur um die Eltern, sondern auch darum, an einer Perspektive für die Kinder zu arbeiten. „Wir fragen immer auch danach, ob die Kinder geimpft sind, versuchen, ihnen außerschulische Angebote zu machen, zum Beispiel in einer Musikschule, damit sie Anschluss an die deutsche Gesellschaft bekommen“, sagt Buhociu.

Badra Haddad versteht die deutsche Sozialarbeiterin gut, aber sie ist beim B1-Sprachtest durchgefallen, auch weil sie als Alleinerziehende zu wenig Zeit zum Lernen hat. „Ich notiere mir jetzt, dass Sie bis zum 1. Oktober den Test noch einmal machen, dann komme ich wieder vorbei und kontrolliere es.“ Haddad nickt und lacht verlegen. Neben ihr sitzt die ehrenamtliche Helferin. Mehrmals wöchentlich besucht sie die Familie, geht mit den Kindern in den Zirkus oder zum Feuerwehrfest oder fährt mit ihnen mal nach Tübingen.

Die ehemalige Lehrerin ist in die Rolle der Großmutter geschlüpft, sie sieht Fortschritte der Familie, sich in den deutschen Alltag einzufinden, sie sieht aber auch, wo es Schwierigkeiten gibt. Mit der Mentalität der Familie Haddad fremdelt sie etwas: „Die Kulturen sind doch sehr unterschiedlich. Bis sie sich an die Tagesstruktur bei uns gewöhnt haben, hat es einige Zeit gedauert. Ich habe häufig um acht Uhr geklingelt, dann haben sie noch im Bett gelegen. Und ungewöhnlich ist auch, dass die Kinder immer dabei sind und jedes Gespräch dominieren.“

Allein im Landkreis Tübingen arbeiten 28 Integrationsmanager mit 457 Flüchtlingen an Integrationszielvereinbarungen. Seit Einführung des Integrationsmanagements vor zwei Jahren wurden Clearinggespräche mit etwa tausend Geflüchteten geführt. Im Landkreis Tübingen leben 2300 Flüchtlinge, unter ihnen viele Kinder, mit denen keine Zielvereinbarungen getroffen werden. Am Ende des Prozesses sollen mit den etwa 1200 erwachsenen Flüchtlingen Integrationsvereinbarungen getroffen sein. Seit August 2018 haben die Tübinger Integrationsmanager 35 Flüchtlingen eine Voll-

oder Teilzeitbeschäftigung vermittelt, 22 verschafften sie einen Ausbildungsplatz, 26 ein Praktikum, 15 Personen bekamen Minijobs, und etwa dreißig nahmen an Weiterbildungskursen teil.

2017 wurde der Integrationspakt von der grün-schwarzen Landesregierung beschlossen, im Jahr danach die Infrastruktur für die Integrationsmanager aufgebaut, jetzt arbeiten sie mit voller Kraft. Ihre Arbeit wird von der Universität Mannheim wissenschaftlich begleitet. In ein paar Jahren wird man wissenschaftlich fundierte Kenntnisse darüber haben, welche Integrationshilfen wirken und welche nicht. 75 Prozent der Fälle verlaufen problemlos, dennoch ist Integrationsarbeit eine Aufgabe, bei der viel Ausdauer und Geduld gefragt sind.

Die Stadt Tübingen beschäftigt eigene Integrationsmanager. Die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer dort kritisieren den Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) immer wieder, weil er mit seinen Aussagen gutwillige Flüchtlinge verunsichere und lieber über als mit den Flüchtlingen rede. So ließ Palmer etwa eine „Liste der Auffälligen“ zusammenstellen, um gewalttätige oder straffällige Flüchtlinge besser identifizieren zu können. Die Mitarbeiter im Landratsamt halten von solchen öffentlichen Prangeraktionen wenig.

Sie haben mit der Hilfe der gutinformierten Integrationsmanager mittlerweile selbst elf kriminelle oder verhaltensauffällige Flüchtlinge identifiziert und diese dem Innenministerium gemeldet, aber ohne öffentliches Getöse. Ileana Buhociu sind die Klippen bei der Integrationsarbeit bestens vertraut – aufgrund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung. Sie hat im Ruhrgebiet schon Ausländersozialarbeit gemacht, war mit einem Palästinenser verheiratet, hatte einen rumänischen Vater, stammt selbst aus einer Einwandererfamilie: „Meine Kindheit war geprägt von dieser Zerrissenheit und Sehnsucht, die ich nun in so vielen Geflüchteten wiederfinde. Dadurch habe ich gelernt, wie groß der Sprung zu einer gelungenen Integration ist. Das spornt mich heute besonders an.“

Nach zwei Stunden ist die „Integrationszielvereinbarung“ ausgefüllt und unterschrieben. Das Pistazieneis auf dem großen Kristallteller ist geschmolzen. Badra Haddad bringt den Dolmetscher und die Integrationsmanagerin zur Tür, bis zum nächsten Gespräch im Oktober sind 14 Aufgaben zu erledigen.

Mehrkosten in Höhe von 70 Millionen Euro

Durch die Integrationsmanager bekommen die Behörden einen intensiveren Kontakt zu den Familien. Wenn nur die Männer in eine Sprechstunde kämen, würden viele Probleme nicht identifiziert. Der „Freundeskreis Asyl“ in Mössingen trifft sich regelmäßig im „Mehrgenerationenhaus“. Viele Aufgaben, die anfangs die Flüchtlingshelfer erledigt haben, sind auf die Integrationsmanager übergegangen.

Etwa 30 ehrenamtliche Helfer betreuen aber immer noch fast 400 Flüchtlinge, vor allem betreuen sie auf ehrenamtlicher Basis Flüchtlingskinder und bieten immer noch ohne staatliche Hilfe B1-Sprachkurse im Mehrgenerationenhaus an. „Bei den Zielvereinbarungen zur Integration stellt sich oft die Frage, wie eine Mutter das schaffen soll, die lernwillig ist, aber keine Kinderbetreuung hat“, sagt Claudia Lund vom Flüchtlingshelferkreis. Ohne die Arbeit ehrenamtlicher Helfer wären die Integrationsmanager oft ziemlich hilflos.

„Integrationsverweigerer gibt es eigentlich nicht“, sagt Lund. „Aber der Integrationsprozess ist auffallend langwierig. Man benötigt Ehrenamtliche, Sozialarbeiter und Integrationsmanager zur Überwindung der hohen Bildungshürden bei den Kindern.“ Wenn Erfolge ausblieben und die Flüchtlinge dann realisierten, welche geringen Einkommen und Teilhabechancen sie in der deutschen Konsumgesellschaft mit Minijobs erreichen könnten, würde manche, die eigentlich schon gut integriert seien, resignieren und sich in ihre Gemeinschaft zurückziehen. Diese Unzufriedenheit stelle sich manchmal drei, vier Jahre nach der Ankunft in Deutschland ein. „Bei Frauen ist der Übergang vom Sprachenlernen in den Beruf ein großes Problem, eine Ausbildung lässt sich ohne Kinderbetreuung nicht absolvieren. Und die Berufsschule stellt die Flüchtlinge vor große sprachliche Herausforderungen“, sagt Lund.

Der Landkreis lässt sich die neue Form der aufsuchenden Sozialarbeit pro Jahr knapp 800.000 Euro kosten, das Land übernimmt weitere rund 830.000 Euro. In den Gesprächen mit den Bürgern, berichtet Landrat Joachim Walter (CDU), sei das nicht immer leicht zu verkaufen. „Der Integrationspakt mit dem Land endet leider im Frühjahr 2020. Viele Bürgerinnen und Bürger hinterfragen, ob es sinnvoll ist, noch mehr Geld für die Flüchtlinge auszugeben. Meine Antwort lautet dann immer ja, denn ich kann nur sagen, wenn wir jetzt, ein, zwei oder drei Jahre nach der Ankunft der Flüchtlinge, nicht die Integration voranbringen, dann kann es passieren, dass es in den nächsten dreißig Jahren für unsere Sozialhaushalte richtig teuer wird.“

Walter berichtet von einem Flüchtling aus Äthiopien, der neulich ins Landratsamt in Tübingen gekommen sei. Dieser lebe seit vierzig Jahren in Deutschland und habe stolz berichtet, seinen ersten 400-Euro-Job angenommen zu haben. „Das darf nicht die Regel sein, Integration muss schneller gehen, sonst wird es sehr teuer“, sagt Walter. Wenn Bundespolitiker jetzt behaupteten, man sei mit der Integrationsarbeit jetzt, nicht einmal vier Jahre nach dem Herbst 2015, schon fertig, sei das geradezu absurd. „In Wahrheit sind wir jetzt dabei, mit der richtigen Integrationsarbeit zu beginnen.“ Die Landkreise müssten bei den Kosten für die Integration vorausschauend planen können. Auch wenn sich die Konjunktur verschlechtere und die Kosten für Jugend- und Sozialhilfe wieder stiegen, müssten die Landkreise noch Geld für die Integrationsarbeit haben – zumal auf die Landkreise noch Kosten durch das neue Bundesteilhabegesetz zukämen, das allein Mehrkosten in Höhe von 70 Millionen Euro mit sich bringe.

„Da sollten wir realistischer sein“

Für die Landkreisverwaltungen sei die Arbeit mit den Flüchtlingen ein Lernprozess, erklärt Walter. Die Sozialarbeiter mussten lernen, dass Integration eine schwierige und langwierige Aufgabe ist, dass jede Zielvereinbarung ein komplexer Aushandlungsprozess ist, dass hartnäckige kulturelle Traditionen – vor allem das Rollenbild der Männer und die Religion – die Integration manchmal erschweren. Die Mehrheit der Mitarbeiter der Landratsämter fühlt sich durch die neue Aufgabe aber auch motiviert, weil sie Akteure in einem wichtigen gesellschaftlichen Prozess sind, sie „nah an den Menschen“ arbeiten. Auch die Verwaltung verändert sich, weil neue Mitarbeiter mit Migrationshintergrund hinzugekommen sind.

Das Engagement zahle sich aus, weil man viele Erfolge sehe, sagt Joachim Walter. Der Politiker gehörte im Herbst 2015 zu den Landräten, die auch aufgrund ihres christlichen Glaubens nicht lange lamentierten, sondern die Aufgabe annahmen. „Wir sollten uns um alle Geflüchteten kümmern. Denn wenn man ehrlich ist, sind es doch nur sehr wenige Flüchtlinge, die bei uns überhaupt keine Bleibeperspektive haben. Da sollten wir realistischer sein“, sagt Walter. „Natürlich sollten hochkriminelle Flüchtlinge abgeschoben werden, ganz klar. Es hilft unserer Arbeit aber überhaupt nicht, wenn Leute, die sich gut integrieren, abgeschoben werden.“

Der CDU-Politiker, der auch Präsident des baden-württembergischen Landkreistages ist, bekam die Anregung für die Integrationsmanager aus dem Kanzleramt: Die Tübinger Bundestagsabgeordnete und heutige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), schrieb im Herbst 2015 ein entsprechendes Papier. Damals kam es zu früh, die Behörden waren im Ausnahmezustand.

Doch 2017 griff Walter das Konzept auf und stieß bei dem baden-württembergischen Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) auf offene Ohren, weil dieser selbst einmal Sozialarbeiter war und an ähnlichen Integrationskonzepten arbeiten ließ. „Unser Ansatz, Geld in das professionelle Integrationsmanagement zu stecken und die Menschen, die zu uns kommen, vor Ort individuell zu begleiten und zu betreuen, war richtig und in jedem Fall besser, als mit der Gießkanne Geld in kleine Förderprojekte zu kippen“, sagt Lucha. Der Integrationspakt soll über das Jahr 2020 hinaus unbedingt verlängert werden. Das wird 55 Millionen Euro pro Jahr kosten.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gelaehmtes-land-die-german-angst-hat-zu-viel-macht-16283788.html?premium=0xd7bd896b4ae8753f79ab6c3446d1c555&GEPC=s5>

GELÄHMTES LAND:

Die „German Angst“ hat zu viel Macht

- VON JAN HAUSER
- -AKTUALISIERT AM 20.07.2019-21:06



In Deutschland geht die Furcht um: Das Land hat ein besonderes Verhältnis zur Angst. Die wird zur Gefahr für Gesellschaft und Wirtschaft. Das muss sich ändern.

Mit der Angst fängt es früh an. Schon in jungen Jahren schleicht sich das Gefühl in unsere Köpfe ein. Dann lauert vermeintlich ein Monster, Gespenst oder irgendetwas anders Abscheuliches unter dem Bett, das zur Riesengefahr aufgeblasen wird und einem Angst einjagt. Woher soll das Kind, das im Bett liegt, es auch anders wissen? Manches Schreckgespenst lässt sich gar nicht mit bloßem Auge erkennen – und selbst wenn es sichtbar sein sollte, scheut der Ängstliche den Blick unter das Bett. Dafür braucht es schon den herbeigerufenen Erwachsenen, der mit einer anderen Perspektive auf die Bedrohung rationaler zu handeln vermag. Aber auch wenn der Erwachsene nichts gesehen hat, kann sich die Lage ein paar Minuten später ändern, das Monster unters Bett und die Angst in den Kopf zurückkehren.

Das alles gehört zum Leben dazu. Ängste sind natürlich. Doch sollten sich die schrecklichen Vorstellungen mit der Entwicklung überwinden lassen, oder wenigstens sollte man einen Umgang damit erlernen. Sonst harret der Mensch in Angst und Schrecken aus. Einem kleinen Kind geht es damit auch nicht anders als einer Gesellschaft, in der sich kollektive Ängste breitmachen: Das alles nimmt Zuversicht und sorgt für Stillstand. Viele der großen Probleme unserer Zeit seien mit Angst behaftet, sagt der Kieler Professor Ulrich Hoinkes. Er leitet ein internationales Forschungsprojekt, das jene Angstkultur ergründen soll. Da geht es auch um Frage, wie Emotionalitäten in der Gesellschaft Wirkung zeigen. Der amerikanische Gesundheits- und Verhaltensforscher John Allegrante, Ko-Leiter des Projekts, sieht viele Belege dafür, dass Angst ein allgegenwärtiges und heimtückisches Merkmal des modernen Lebens ist. So werden nach Schätzungen viele Erwachsene in ihrem Leben eine Angststörung haben.

Mundschutz, Schusswaffen und Hochgeschwindigkeit

Die Angst verbleibt selten bei der einzelnen Person. Die Sorgen, Befürchtungen, Schreckensgedanken bestimmen das eigene Denken und das Gefühl des Individuums. Gleichzeitig drängt das einzelne Empfinden als ängstlicher Blickwinkel auf die Zukunft in die Gesellschaft. Angst ist unsere Gefahr. Sie geht einher mit einem Gefühl von Unsicherheit in einer sich wandelnden Gesellschaft: Was plant der amerikanische Präsident Donald Trump als nächste Überraschung im Handelskrieg, und wird sein plötzliches Handeln zur Gefahr für den Weltfrieden? Wird China zur Weltmacht und hängt Europa ab? Wie gehe ich damit um, wenn einmal selbstfahrende Autos durch die Straßen fahren? Was weiß ein Sprachassistent alles über mich? Gefährdet die Automatisierung, die Künstliche Intelligenz oder Maschinen in den Fabriken meine Arbeit und nimmt mir damit meine Existenzgrundlage?

Die größten Ängste werden meist von der Gesellschaft bestimmt. Im vergangenen Jahr galt eine gefährliche Welt durch Trumps Politik als Furcht Nummer eins. Das hat die Versicherung R+V in ihrer jährlichen Vermessung der Ängste der Deutschen herausgefunden: 69 Prozent gaben dies als ihre

Angst an. In den beiden Jahren davor fürchteten sie noch am meisten den Terrorismus und in den Jahren von 2011 bis 2015 die Kosten für Steuerzahler durch die EU-Schuldenkrise. Also beschäftigten sich viele heute mit Gefahren von außerhalb, während sich die meisten Menschen zuvor um das eigene Lebensumfeld sorgten. Viele Jahre galt die größte Angst steigenden Lebenshaltungskosten sowie der schlechteren Wirtschaftslage im Finanzkrisenjahr 2009. Was die Menschen erleben, prägt ihre Ängste. Viele Befürchtungen haben reale Grundlagen und verschwinden auch nicht, selbst wenn andere Ängste hinzukommen und diese in der Liste der Angst von einem oberen Platz drängen. Viele Menschen fürchten sich weiter vor terroristischen Anschlägen und vor Kosten durch die Schuldenkrise von EU-Staaten.

Wie sehr sich Angst in einem Land breitmacht, hängt immer auch an den kollektiven Erlebnissen, an der Gesellschaft und ihrer Angstkultur. In asiatischen Städten nutzen viele Menschen einen Mundschutz ganz selbstverständlich, was hingegen in Europa eher für Beklemmung sorgen würde. In Amerika fühlen sich viele Personen sicherer, wenn sie selbst Waffen mit sich tragen dürfen. Über deutsche Autobahnen ohne Tempolimit staunen andere Nationen meist, weil dies viele als riskant wahrnehmen.

Deutsche Ängste

Deutschland hat ein besonders Verhältnis zur Angst. Dafür steht nicht nur, dass das Wort der „German Angst“ zu einem Bild des Landes geworden ist. Die Furcht vor Atomkraft machte sich durch die Katastrophe von Tschernobyl und später durch Fukushima vor allem hierzulande breit. RAF-Terror und Waldsterben schienen das Land zu bedrohen, wie es heute Künstliche Intelligenz, Flüchtlinge oder der Klimawandel vermögen.

Der Historiker Frank Biess sieht gar die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als eine Geschichte kollektiver Angst. Das hat für ihn direkt nach dem Zweiten Weltkrieg angefangen mit der Furcht vor Vergeltung der anderen Nationen. Danach folgte die Angst vor einem Atomkrieg und kommunistischer Infiltration in den fünfziger Jahren und ging mit immer neuen Phasen weiter, mitsamt den apokalyptischen Ängsten der achtziger Jahre oder den Protesten gegen den Irak-Krieg.

Gefahren gibt es genug auf der Welt, vor denen mancher sich am liebsten verstecken würde. Die kollektiven Angstzustände gehen in Deutschland einher mit einem wachsenden Wohlstand, der geprägt ist von einem nunmehr langen Aufschwung. Der lässt sich als Zeichen nehmen, dass sich vergangene Krisengefahren nicht bewahrheitet haben oder dass das Land jedenfalls manches richtig gemacht hat und womöglich aus vergangenen Krisen oder künftigen Krisengefahren gelernt hat.

Zwei Wege, um mit Wandel umzugehen

Seit einem Jahrzehnt sinkt die Angst der Deutschen vor einer höheren Arbeitslosigkeit tendenziell, aber bleibt nach Umfragen für ein Viertel eine Befürchtung. Der lang anhaltende Aufschwung wirkt an vielen Stellen kaum lindernd, sondern bestärkt eher noch den Zustand der Angst in einer teils saturierten Gesellschaft: Viele Menschen haben nun viel zu verlieren, mehr als früher. Sie halten sich an dem fest, was sie kennen, was ihnen bisher geholfen hat, was ihren Wohlstand bislang prägt. Mit diesem Rucksack vollgepackt fällt jeder Wandel schwerer, selbst wenn der nötiger ist denn je.

Unter Gründern spielt sich das schnell aus: Für das eigene Unternehmen brauchen sie die passende Idee und Kapital, aber müssen zuerst den Gang ins Risiko wagen. Was am Ende herauskommt, kann am Anfang keiner genau sagen. Dafür hilft eine Gesellschaft ungemein, die weniger Angst hat und auch Scheitern nicht zum Malus macht.

Gerade ist zu spüren, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht ewig andauern muss. Viele Unternehmen planen Stellenstreichungen, schauen auf die Weltkonjunktur, erfahren einen tiefgreifenden Wandel in ihrer Branche, den nicht nur die Digitalisierung prägt. Um damit umzugehen, bieten sich einem Land zwei Wege: Entweder wächst der Wunsch nach Abschottung, was den Wandel

verhindern soll. Oder das Land nimmt den Fortschritt auf, blickt optimistisch oder auch kritisch auf die Gefahren und gestaltet den Wandel mit.

Schrecken, Schockstarre und Stillstand

Als düstersten Dämonen einer offenen Gesellschaft bezeichnete der polnische Philosoph Zygmunt Baumann die Angst. Der Zustand der Unsicherheit und das Gefühl der Ohnmacht verbleibe so lange, bis sich konzeptionelle und praktische Werkzeuge fänden, um wieder ein Gefühl der Handlungsfähigkeit zu erlangen. Doch Regierungen würden ungern den Ängsten ihrer Bürger ins Auge blicken und selten langfristig planen, sondern eher auf die nächste Wahl achten.

In Deutschland protestieren Bürger gegen Windräder, Stromleitungen und Handy-Masten, neue Straßen, Brücken und Ortsumgehungen oder manches Neubaugebiet. Gegen alles und jeden scheint sich jemand zur Wehr setzen zu wollen, damit ja alles so bleibt, wie es ist. Eine solche kollektive Angst als Willen gegen den Fortschritt lähmt Deutschland an zu vielen Orten genauso wie der mangelhafte Umgang der Politik. Die einen klagen über Funklöcher und haben Angst davor, dass der ländliche Raum oder gleich das ganze Land deswegen international abgehängt werden. Andere Gruppen klagen über neue Masten, Funkwellen und der Angst vor gesundheitlichen Gefahren durch die Strahlung, wenngleich sich dies nicht belegen lässt und fast jeder heutzutage ein Handy hat.

In den Geschichten über den Zaubererschüler Harry Potter von Joanne K. Rowling taucht das lehrreiche Phänomen eines Irrwichts auf: Dieser besitzt keine eigene Gestalt und verwandelt sich stets in das, wovor sich die ihm gegenüberstehende Person am meisten fürchtet. Im Klassenraum steckt der Irrwicht in einem Schrank, wird herausgelassen und sieht dann wie der gemeine Lehrer aus, vor dem sich einer der Zauberschüler fürchtet. Dann lernen die Kinder, wie sie mit dieser Angst umgehen: Mittels eines Zauberspruchs sollen sie die Gestalt in etwas verwandeln, worüber sie lachen können. Das kann allein dadurch gelingen, dass die gefürchtete Person plötzlich in Unterhosen vor einem steht und ihren Schrecken damit verliert. Die Gefahr muss lächerlich klein werden – vielleicht hilft das manchen auch ohne Zauberspruch in der realen Welt.

Übertragen lässt sich vom Schrecken des Irrwichts vielleicht, dass jeder seine Ängste kennen und sich mit ihnen auseinandersetzen sollte. Das nimmt die Gefahr ernst und macht die Angst im Idealfall klein. An vielen Stellen ist die Grundlage eine diffuse Befürchtung. Rationale Menschen betrachten in einfachen Fällen etwa die Eintrittswahrscheinlichkeit einer bestimmten Schadenshöhe, die allerdings von der gefühlten Risikowahrnehmung des Bürgers abweicht. Manchen hilft es, sich klarzumachen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Terroranschlags bislang gering ist. Den Klimawandel gibt es, aber genauso Möglichkeiten, um darauf zu reagieren. Stromleitungen sind nicht unnötig, sondern werden für den Einsatz von Ökostrom gebraucht.

Deutschland muss besser mit den vielen Ängsten umgehen. Wie kann der Gesellschaft das gelingen? Dafür haben mehrere Wissenschaftler aus dem Kieler Forschungsverbund zur Angstkultur eine Idee: Sie meinen, dass es vor allem zusätzlicher Informationen bedarf. Der Amerikaner Allegrante, der Kieler Hoinkes und der amerikanische Philosoph Michael Schapira fordern Verständnis für die Ängste: Am besten schon in der Schule sollen Kinder und Jugendliche früh Angstzustände und die Gefahren für die Gesellschaft verstehen. In diesem Umfeld trifft die Theorie auf die tatsächliche Sicht auf die Angstkultur und kann einander ausgleichen. Nicht nur für Wissenschaftler ist eine Herausforderung, die Angstkultur zu verstehen, sondern gleichermaßen für die Bürger.

Zu schnell sorgt Angst für Schrecken, Schockstarre und Stillstand. Letztendlich zählt auch die Entscheidung jedes Einzelnen: Die Zukunft kann Angst machen, aber auch Hoffnung geben. In welche Richtung soll die Gesellschaft schauen? Am besten hoffnungsvoll voraus. Das gehört zum Bild, dass es die Kinder einmal besser haben. Wenn mehr Hoffnung auf Neues entsteht, prägt das vor allem junge Menschen. Ob unter Zauberern oder in der tatsächlichen Welt: Früh genug kann das Nehmen der Angst nicht losgehen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/debatte-um-ddr-revolution-erwiderung-von-katrin-hattenhauer-16300699.html?premium=0x3b86679942e548e5bad82c16a28d668c&GEPC=s5>

DEBATTE UM DDR-REVOLUTION:

Kalkulierte Diffamierung

- VON KATRIN HATTENHAUER
- -AKTUALISIERT AM 25.07.2019-06:14



Detlef Pollack wirft den DDR-Oppositionellen vor, das Volk verachtet zu haben. Das ist perfide! Eine persönliche Antwort auf Pollacks Umdeutungsversuche des Herbstes 1989.

In seinem Beitrag moduliert der Soziologe Detlef Pollack den von ihm eingeführten Begriff einer „verachteten DDR-Bevölkerung“. Laut Autor gehöre ich als Teil der damaligen Opposition nicht zur „verachteten Bevölkerung“, sondern werde auf der Seite verortet, auf der man die DDR-Bevölkerung angeblich verachtete. Richtig ist: Wir haben den Menschen auf Leipzigs Straßen in diesem 89er Herbst nie ihren Mut und ihre Leistung abgesprochen oder sie gar verachtet, das ist etwas, was allein der Feder des Autors entspringt. Richtig ist auch: Gerade die Leipziger Oppositionsgruppen haben teilweise eng mit Ausreisewilligen zusammengearbeitet.

Besonders in meinem Fall ist richtig: Ich bin den Menschen, die in diesem Herbst 89 auf den Straßen gegen die DDR-Diktatur demonstriert und unter anderem auch die Freilassung der Inhaftierten gefordert haben, dankbar. Damals wie heute trifft jeder Einzelne seine eigenen Entscheidungen und trägt die Konsequenzen dieser Entscheidungen. In diesem Herbst 89 haben Menschen die DDR unter anderem über die geöffnete Grenze in Ungarn verlassen, andere sind in vielen Städten auf die Straße gegangen und haben den Protest gewagt, wieder andere (ein eher kleinerer Teil) haben die politische Arbeit in der Opposition gegen die DDR-Diktatur in diesem Herbst noch verstärkt. In gewisser Weise haben all diese Menschen gemeinsam damit das Ende der DDR „in Bewegung gebracht“. Genau diesen individuellen Lebensentscheidungen kann man nicht gerecht werden, wenn man die Handelnden in „Verächter“ und „Verachtete“ einteilt.

Herabsetzung eines jeden Lebensweges

Im akademisch-publizistischen Diskursgewand unternimmt Pollack hier eine kalkulierte, harte Diffamierung. Es ist gleichermaßen eine Herabsetzung eines jeden Lebensweges, egal ob man angeblich unter die „Verächter“ oder unter die „Verachteten“ zählt. „Aus den September- und Oktobertagen des Jahres 1989 existiert von den oppositionellen Gruppen in Leipzig nicht ein einziger Aufruf zum öffentlichen Protest“, behauptet Pollack.

Ein Beispiel: Am Montag, den 4. September 1989 trugen Gesine Oltmanns und ich das Transparent „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ aus der Nikolaikirche hinaus auf den Platz. Es öffneten sich danach hinter uns weitere Transparente mit klaren Forderungen wie „Reisefreiheit statt Massenflucht“ und andere. Die Aktion war sorgfältig geplant, Korrespondenten des Westfernsehens waren vorab informiert, Kameras waren vor Ort, und unser Aufruf zum Protest war die erste Meldung mit Bildmaterial in der ARD-Tagesschau am selben Abend. Millionen Menschen in der DDR konnten unseren Protest am Fernseher in ihrem Wohnzimmer verfolgen. Am 4. September wurde der Protest

ganz bewusst von uns aus der Kirche auf den Platz getragen mit der klaren Absicht, eine Demonstration zu beginnen.

Die Opposition hat den Protest auf die Straße getragen

An den nächsten Montagen nach dem 4. September hat genau das auch geklappt – Tausende sind schon am nächsten Montag für die nächste Demonstration nach Leipzig gekommen. Und am 9. Oktober waren nach heutiger Zählung 100.000 Menschen auf dem Leipziger Ring unterwegs. Was ist für Herrn Pollack eigentlich ein Aufruf zum öffentlichen Protest, was ist öffentlicher Protest?

Und weiter: „Ohnehin verstanden sich die allermeisten Oppositionellen keineswegs als Feinde der DDR: Sie wollten den Sozialismus nicht abschaffen, sondern reformieren.“

Sieht mich Herr Pollack hier als jemanden, der die „bessere DDR“ und darin eigentlich nur mitmachen wollte und dann vom DDR-Staat bloß falsch – als Feind – verstanden worden ist? Ach, hätte dieser DDR-Staat doch nur meine „wahren“ Absichten erkannt – so wie Herr Pollack –, wir hätten uns ja die ganze Revolution sparen können.



Katrin Hattenhauer 2015 bei der Auszeichnung mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik.

Dann heißt es weiter: „Der Mut, die Ausdauer, die Entbehrungen der wenigen Oppositionellen, die es in der DDR gab, sollen nicht herabgesetzt werden. Im Gegenteil. Ihr oft über Jahre hinweg aufrechterhaltener Protest bedarf gerade wegen seiner weitgehenden Vergeblichkeit der Würdigung. Es wäre aber falsch zu behaupten, die Oppositionellen hätten den Protest in Leipzig organisiert, an seiner Spitze gestanden und ihn aus der Kirche auf die Straße getragen.“

Was Herr Pollack nicht herabsetzen möchte, setzt er durch sein Fazit herab. Und nein, nichts ist falsch daran, dass die Leipziger oppositionellen Gruppen den Protest organisiert, an seiner Spitze gestanden und ihn aus der Kirche auf die Straße getragen haben. Und die Leipziger haben sich auch davon überzeugen und mittragen lassen. Leipziger Oppositionsgruppen haben das Friedensgebet in der Nikolaikirche über Jahre dort jeden Montag gestaltet und lebendig gehalten und dann nach dem 4. September montags auf die Straße getragen. Deshalb nennt man die großen Leipziger Herstdemonstrationen auch Montagsdemos.

Die DDR war ein Unterdrückungssystem

An vielen Orten in der DDR, auch in meiner Heimatstadt wurde für die Gefangenen gebetet und ihre Freilassung gefordert. In Berlin und an vielen anderen Orten in der DDR gab es Mahnwachen für die wegen ihres Protestes in Leipzig Inhaftierten. Hunderttausende DDR-Bürger haben dann ihre Angst vor der DDR-Staatsgewalt überwunden und ihre mutige Teilnahme an den großen Protestdemonstrationen in Leipzig, Berlin und bis hin in alle Kleinstädte – egal ob im September, Oktober oder im Dezember – als einen eigenen lebensgeschichtlichen Höhepunkt der Befreiung erlebt.

Kann es sein, dass Herr Pollack hier eigentlich nach Verständnis und Anerkennung fragt? Für die Biographien derer, die damals zu Hause geblieben sind, weil sie privat bleiben wollten, oder deren berechnete Angst überwogen hat, oder für die, die damals der DDR-Diktatur unkritisch gegenüberstanden. Sieht er hier Verachtung und muss deshalb ein „ganzes Volk“ der DDR als angeblich verachtet darstellen?

„Auf der Montagsdemonstration am 4. September 1989 protestierten die Oppositionellen mit dem Plakat ‚Für ein freies Land mit freien Menschen‘, unter ihnen Gesine Oltmanns und Katrin Hattenhauer, die dafür einige Wochen ins Gefängnis kam.“

Die DDR war ein Unterdrückungssystem, das Menschen umerziehen und auch brechen wollte, und während Herr Pollack wohl die Härte dieses Staates eher nicht gespürt hat, sind andere mit vielen Jahren Gefängnis bedroht und in Einzelhaft und manchmal in einen körperengen Spind gesteckt worden, aus dem sie rausfielen, wenn der Spind nach Stunden geöffnet wurde.

Niedergeschlagenheit, Trauer und der Wut im Land

Heute werden Träger des damaligen Systems als Redner zu den Feierlichkeiten am 9. Oktober nach Leipzig eingeladen – leider mit Hilfe der evangelischen Kirche und ihrer Leipziger Amtsträger, um durch Vergessen zu versöhnen: was für ein Unterfangen. Niemand bestreitet, dass eine gut funktionierende Demokratie auch „linke“, visionäre Ideen braucht. Diesem grundsätzlichen politischen Anliegen ist mit DDR-Geschichtsrevisionismus aber nicht gedient. Warum können die alten Krieger und Sympathisanten von SED/PDS auch dreißig Jahre nach dem Ende der DDR nicht endlich dauerhaft in Rente gehen? Und damit eine „linke“ politische Bewegung in Deutschland von einer unmittelbaren Kontinuität zur DDR-Staatsvergangenheit befreien.

„Hinter ihnen und neben ihnen aber zeigen die Aufnahmen der ARD die ‚Normalos‘ mit ihren Schnauzbärten und die Ausreisewilligen, die lautstark skandierten ‚Wir wollen raus‘. Die Oppositionellen reagierten darauf eine Woche später mit ‚Wir bleiben hier‘ ... Die Dynamik des Protests aber ging von den Ausreisewilligen aus, während die Opposition reagierte.“ Nach dem Sommer 89 hatte fast jede Familie die schmerzhaft Erfahrung des Verlustes eines Familienmitglieds oder eines Freundes, die ausgereist waren, gemacht. Es gab eine Stimmung der Niedergeschlagenheit, Trauer und der Wut im Land. Wir haben diesem Zustand am 4. September eine Stimme gegeben und diese aus der Kirche heraus auf den Platz getragen. Wir haben uns keiner Illusion hingegeben, dass es sehr unterschiedliche Motivationen gab, sich uns und den Montagsdemonstrationen anzuschließen.

Fazit: Ob Widerstand radikal oder verhalten war, ob frühere Verteidiger des Systems sich später der friedlichen Revolution angeschlossen haben oder unbelehrbar blieben – wie auch immer: Schnauzbärte, Normalos, Oppositionelle, Kaffeetrinker und Bonbonlutscher (ich könnte hier noch weitere hinzufügen) haben sich zu den (immer noch) magischen, großartigen Demonstrationen „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ an so vielen Montagen in diesem Herbst 89 zusammengefunden – das ist und bleibt unsere Geschichte.

Die Autorin ist Künstlerin, sie lebt in Berlin und Oxford. Am 11. September 1989 wurde sie als Oppositionelle in Leipzig verhaftet und war bis zum 13. Oktober 1989 in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit inhaftiert.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/werteunion-wirft-fridays-for-future-populismus-vor-16312989-p3.html?premium=0x7c547d7aca15103057a92c428a37afc6>

KLIMAPOLITIK:

Fridays for Future agiert populistisch

- VON ALEXANDER MITSCH
- -AKTUALISIERT AM 02.08.2019-10:14



Fridays for Future wird von der radikalen Linken zunehmend instrumentalisiert. Ein Gastbeitrag von Alexander Mitsch, dem Vorsitzenden der Werteunion, in der F.A.Z. Woche.

Die politische Debatte in Deutschland wird zunehmend durch eine Moralisierung bestimmt. Fakten und Analysen treten in den Hintergrund, es wird vor allem mit „gut“ und „böse“ argumentiert. Besonders die politische Linke vermeidet und verhindert die inhaltliche Auseinandersetzung, indem sie durch Moralisierung Menschen mit anderen Meinungen stigmatisiert.

Die Verwendung des erhobenen Zeigefingers ist allerdings kein neues Phänomen, wie der Rückblick auf die frühen achtziger Jahre zeigt: Damals hatte die Sowjetunion atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationiert, die besonders Deutschland bedrohten. Die Nato fasste daraufhin den Doppelbeschluss, welcher besagte, dass sie auch atomare Mittelstreckenraketen in Europa aufstellen würde, gleichzeitig in Verhandlungen aber anbietet, diese Raketen wieder zu entfernen, falls die Sowjetunion dies ebenfalls tut. Gegen diesen Beschluss gab es seitens der linken „Friedensbewegung“ in Westdeutschland scharfe Proteste. Hunderttausende gingen gegen die „imperialistische“ Nato und die „nukleare Vernichtung des Planeten“ auf die Straße und bezeichneten diejenigen, die für den Doppelbeschluss argumentierten, sogar als „Kriegstreiber“. Eine sachliche Auseinandersetzung war kaum möglich. Auch die Kirchen ließen sich übrigens häufig instrumentalisieren („Schwerter zu Pflugscharen“ und Ostermärsche).



Alexander Mitsch – Bundesvorsitzender und Gründer der „Werteunion“ :Bild: dpa

Heute mobilisiert Fridays for Future Hunderttausende, meist junge Menschen gegen die drohende „Klimakatastrophe“, erneut mit starker Unterstützung linker und grüner Aktivisten. Wer anzweifelt, dass in Deutschland mit seinem Anteil von zwei Prozent am weltweiten Ausstoß an CO₂ ein relevanter Beitrag zur Einsparung des Ausstoßes erreicht werden kann, wird schnell empört als „Klimaleugner“ oder „verantwortungslos“ bezeichnet. Interessanterweise hört man von den meisten Medien kaum den Vorwurf, dass Fridays for Future mit den sehr eindimensionalen und emotionalen Aussagen populistisch agiert, wo dies doch sonst ein gern verwendeter Kommentar ist. Anscheinend ist diese

Bezeichnung aber den vermeintlichen „rechten“ Parteien und Gruppierungen vorbehalten. Dies ist umso erstaunlicher, als die radikale Linke Fridays for Future zunehmend instrumentalisiert.

Gesetze werden missachtet oder bewusst gebrochen

Eine weiter gehend auf die Moral abhebende Diskussion verbaut jedoch vielfach den Blick auf Tatsachen, Zusammenhänge, Analysen und damit vernünftige Lösungen. Dies zeigt sich sehr gut beim Nato-Doppelbeschluss, dessen „unmoralische“ Durchsetzung durch Helmut Schmidt und Helmut Kohl gegen den erbitterten Widerstand der politischen Linken letztlich zu einer Abrüstung sämtlicher atomarer Mittelstreckenraketen in Europa und somit zu mehr Sicherheit führte.

Im Fall der Diskussion um den effektivsten Weg zur weltweiten Verringerung des CO₂-Ausstoßes wird man bei sachlicher Betrachtung schnell zum Ergebnis kommen, dass nur eine internationale Lösung, insbesondere mit Fokus auf die Hauptverursacher China, Indien, Russland und die Vereinigten Staaten erfolgreich sein kann. Ein auf Deutschland beschränkter Klimaaktivismus verstellt den Blick auf diese globale Handlungsnotwendigkeit und ist teuer beziehungsweise ineffizient.



Kapitänin Carola Rackete :Bild: Reuters

Besonders schwierig wird die Moralisierung in der Politik dann, wenn unter Berufung auf die eigene (und einzige) „richtige Meinung“ Gesetze missachtet oder bewusst gebrochen werden. Im Falle von Fridays for Future setzt man sich nonchalant über die Schulpflicht hinweg. Weitere Beispiele für Rechtsbruch im Dienste der „guten Sache“ sind die Besetzung des Hambacher Forstes, die Blockade von Kernkraftwerken und die Besetzung von Häusern.

Verhöhnung der Opfer des Dritten Reichs

Besonders gut ist die Strategie der Moralisierung bei der Einwanderungspolitik zu erkennen: wurde anfangs von den Befürwortern der unkontrollierten Masseneinwanderung noch argumentiert, diese Zuwanderung bringe wirtschaftliche Vorteile, blieb nach ihrer eindeutigen Widerlegung und nach der Erkenntnis der Probleme nur noch die moralische Keule übrig, um die Multikulti-Ideologie durchzusetzen. Gegner werden wahlweise als „ausländerfeindlich“, „rechts“ oder bestenfalls „unchristlich“ beschimpft. Rechtsstaatlich angeordnete Abschiebungen werden teilweise sogar gewaltsam sabotiert. Auch diesmal mischen die Kirchen mit, etwa mit dem Kirchenasyl. Dies, obwohl in unserem säkularen Staat völlig unbestritten sein sollte, dass selbst Kirchen nicht über staatlichem Recht stehen können.

Auch die Debatte um die im Mittelmeer aufgenommenen Migranten wird seitens der politischen Linken hauptsächlich unter dem Aspekt der Moral geführt. Dass Seenotrettung eher ein Zurückbringen an die nahe gelegene afrikanische Küste als eine mehrfach längere Überfahrt nach Europa unter Missachtung von Einfahrverboten bedeutet, wird von den deutschen Anhängern ungehemmter Einwanderung empört zurückgewiesen. Man hat den Eindruck, viele Deutsche wollten mit bewusst zur Schau getragener Moral ihre, wie auch immer entstandenen, Schuldkomplexe überkompensieren. Dabei besteht die Gefahr, dass Recht und Gesetz beliebig übergangen werden, wenn man es nur moralisch rechtfertigen kann.

Selbst wenn man die Missachtung von Einfahrverboten also als Bagatelle abtun würde, so müsste man doch erkennen, dass das ständige Tolerieren der Missachtung von Gesetzen zu einer Gewöhnung und letztlich diesbezüglichen Verrohung führt. Letztere ist schon in den sozialen Medien erkennbar, wo der Respekt vor den Rechten anderer deutlich nachgelassen hat. Beleidigung und Bedrohung von Menschen mit anderer Meinung ist mittlerweile an der Tagesordnung. Dabei bleibt es oft nicht. Gewalt gegen Sachen scheint mittlerweile immer häufiger ein opportunes Mittel zur Durchsetzung der „richtigen„ Meinung zu sein, frei nach dem Motto der militanten Linken „mach kaputt, was dich kaputt macht„. Die linksextremistischen Krawalle beim G-20-Gipfel in Hamburg zeigen, dass es dann nicht mehr weit ist zu Gewalt gegen „Bullenschweine„, und „Nazis“, wer auch immer definiert, welche Personen damit gemeint sein sollen.

Auf ihr Gewissen beriefen sich zwar auch die Attentäter auf Hitler und finden mit ihrem Versuch, das mörderische nationalsozialistische Regime gewaltsam zu beenden, richtigerweise breite Anerkennung. Dass dies allerdings heute von gewaltbereiten Linken als Vorwand für Gewalt gegen die Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, entbehrt jeder Grundlage und ist letztlich eine Verhöhnung der Opfer des Dritten Reichs. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass bereits die Mitglieder beziehungsweise Mörder der RAF ihren Kampf gegen das „faschistische System der BRD“ moralisch zu rechtfertigen suchten.

Auch die Meinungsfreiheit als wesentliche Notwendigkeit einer funktionierenden Demokratie leidet unter der zunehmenden Moralisierung der Politik. Wenn das Äußern bestimmter Meinungen mit moralischer Ächtung und Stigmatisierung bestraft wird, werden viele Menschen sich aus Furcht aus dem Meinungsbildungsprozess zurückziehen. Genau das ist gemäß einer aktuellen Umfrage von Allensbach passiert. Eine sehr große Mehrheit der Befragten traut sich aus Angst vor negativen Konsequenzen nicht mehr, die eigene Meinung offen zu äußern – eine gefährliche Entwicklung für eine Demokratie! Als auffälliger Angriff auf die Meinungsfreiheit kann in diesem Zusammenhang auch die verächtliche Kommentierung der Meinung „alter weißer Männer“ gewertet werden. Sollte deren Meinung etwa nichts oder zumindest weniger wert sein als die „junger, farbiger Frauen“? Es scheint, als ob diese Diskriminierung bewusst das Ziel verfolgt, unliebsame Wählerschichten stillzustellen, indem man ihnen implizit das Recht abspricht, gleichberechtigt an der politischen Debatte teilzunehmen.

Auseinandersetzung ohne Denkverbote

Selbstverständlich ist Moral eine wichtige Komponente der Politik. Letztendlich ist es aber deren Charakter, dass sie nicht zwangsläufig von allen Menschen gleichermaßen geteilt werden muss. Genau deshalb gibt es Gesetze, die ausformuliert sind und auf deren Gültigkeit man sich im Rechtsstaat verständigt hat und die deshalb der Moral vorgehen. Die Diskussion führt letztlich auf den Konflikt zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Meine Meinung dazu ist kurz gesagt: Der Gesinnungsethiker kann und soll ethische Grundsätze in die politische Debatte einbringen, letztlich muss aber der Verantwortungsethiker entscheiden und die Konsequenzen seines politischen Verhaltens tragen, weil reine Gesinnungsethik unter Umständen zu objektiv betrachtet unrichtigen Lösungen führt.

In eine ähnliche Richtung zielt auch der richtige Vorschlag von Professor Werner Patzelt. Er plädiert dafür, die Sachebene klar von der Meinungsebene zu trennen. Das ist zwar eventuell langweiliger, aber eben ein typisch konservativer Ansatz: erst sorgfältig die Sachlage analysieren, dann debattieren und schließlich entscheiden. In diesem Sinne plädiere ich für eine weiterhin lebendige, aber faktenorientierte und inhaltliche Auseinandersetzung ohne Denkverbote. Dies wird das politische Engagement breiter Bevölkerungsschichten fördern. Wir brauchen mehr Respekt für Tatsachen, aber insbesondere für die Meinung der anderen – mehr Sachargumente und weniger Moralisierung.

Alexander Mitsch ist der Vorsitzende der konservativen Werteunion in CDU und CSU. Der Verein hat mehr als 2000 Mitglieder. Darunter sind der frühere Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen und der Dresdner Politologe Werner Patzelt.

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fridays-for-future-die-klimakrise-wird-banalisiert-16312921.html?premium=0x7c71be7a0f62d970391042a27c45c238&printPagedArticle=true#pageIndex_2

FRIDAYS FOR FUTURE:

Die Klimakrise wird banalisiert

- VON JAKOB BLASEL UND CARLA REEMTSMA
- -AKTUALISIERT AM 02.08.2019-10:15



Uns wird vorgeworfen, Gesetze zu brechen und grundlos Panik zu schüren. Dabei ist Klimaschutz ein wissenschaftlich unumstrittenes Anliegen. Ein Gastbeitrag von Fridays for Future in der F.A.Z. Woche.

„Mehr Sachargumente und weniger Moralisation“: Das hat Alexander Mitsch, Vorsitzender der konservativen Werteunion, kürzlich gefordert. Und zugleich hat er der Fridays-for-Future-Bewegung vorgeworfen, Gesetze zu brechen, populistisch zu argumentieren und sich instrumentalieren zu lassen.

Mit dieser Art von Vorwürfen lebt FFF seit Wochen. Populismusvorwürfe gegen Fridays for Future gibt es seit dem ersten Mal, als junge Menschen gestreikt haben. Die Klimakrise, das eigentliche Thema, wird ignoriert oder banalisiert. Stattdessen wird uns unterstellt, grundlos Panik zu schüren. Es ist leicht, Fridays For Future Populismus vorzuwerfen. Es scheint so leicht, weil wir uns auf ein Thema, das Klima, fixieren, die Bösen, Politik und Wirtschaft, der Untätigkeit bezichtigen und eine düstere Zukunftsvision prophezeien. Die Lösungen wären so einfach – wir könnten das Pariser Klimaabkommen einhalten und Emissionen reduzieren –, die Zuständigkeiten sind auch klar.

Hört auf die Experten

Wer hier Populismus schreit, kann sich dies gedanklich schon zurechtbiegen. Wer einen zweiten und vielleicht auch dritten Gedanken auf diese Theorie verwendet, sollte schnell merken, dass diese Theorie allerdings nicht so recht greifen mag. 26 800 Wissenschaftler*innen unterstützen Fridays for Future. Die Werteunion fordert, sich auf Sachargumente zu konzentrieren – dann sollte sie es auch selbst tun. Fridays For Future ist so erfolgreich, weil konsequenter, schneller Klimaschutz ein wissenschaftlich unumstrittenes Anliegen ist. Die Aussagen der Scientists for Future sind allgemein bekannt. Statt Argumente zu widerlegen, konzentrieren sich die Kritiker*innen darauf, einzelne Personen zu attackieren. Warum folgen Politiker*innen Peripherinteressen statt der Vernunft und wissenschaftlicher Expertise? Das ist das Eigentliche und Selbstverständliche, was wir jeden Freitag und auch an jedem anderen Tag fordern: Hört auf die Expert*innen.



Über die konkrete Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen kann und muss sich die Politik streiten. Warum die Werteunion die wissenschaftliche Expertise jedoch ignoriert und in ihren zehn thematischen Thesenpapieren das Wort Klima kein einziges Mal erwähnt, ist für junge Menschen nicht nachvollziehbar – und widerspricht dem Anspruch, Politik an Sachargumenten orientieren zu wollen. Wenn Politiker*innen aus der Werteunion uns nun vorwerfen, wir hätten für diese Veränderungen keine konstruktiven Vorschläge, können wir nur mit Unverständnis reagieren. Als Menschen, die diese 2000-Personen-Vereinigung nur vom Namen her kannten, mussten wir erschrocken feststellen, dass diese Gruppierung innerhalb der mitgliederstärksten Partei Deutschlands keine einzige Forderung und keine einzige Position zu diesem Thema hat.

Man kann darüber diskutieren, wie Strukturwandel aussehen sollte. Worüber man nicht diskutieren kann, ist aber, dass ein Kohlekompromiss, der die Einhaltung selbstgesteckter Klimaziele und des Pariser Klimaabkommens verhindert, weder zukunftsweisend noch tragfähig ist und dringend reformiert werden muss. Und genau an diesem Punkt versagt die Politik in Deutschland seit Jahrzehnten parteiübergreifend: Sie verhindert mit Rücksicht auf Einzelinteressen Reformen, die für unsere Zukunft unerlässlich sind.



Jakob Blasel hat Angela Merkel zum Sommerkongress eingeladen :Bild: dpa

Wir werden nicht einfach so zufällig die Klimakrise lösen

Uns ist selbstverständlich klar, dass die Reduktion der deutschen CO₂-Emissionen allein die Welt nicht retten kann. Deshalb organisieren wir uns international, wie auch Alexander Mitsch sicherlich mitbekommen hat. Wir müssen und werden uns aber nicht dafür entschuldigen, dass der Protest in Deutschland lauter ausfällt als in anderen Staaten. Wir werden uns auch nicht dafür entschuldigen, dass wir uns vor allem an die Politiker*innen wenden, die von unseren Eltern und zum Teil auch schon unserer Generation in dem Vertrauen gewählt wurden, dass sie weiter als vier Jahre in die Zukunft denken. Politik ist die Antwort der Gesellschaft auf Probleme, die sich nicht selbständig lösen. Wir werden nicht einfach so zufällig die Klimakrise lösen und auch nicht dadurch, dass ein paar Cafés Kaffee mit Hafermilch anbieten. Für den Druck auf China oder die Vereinigten Staaten sind andere verantwortlich, zum Beispiel unsere Bundesregierung.

Langfristig fällt es uns auf die Füße, dass Deutschland als hochtechnisiertes Land klimapolitisch nicht als Vorbild dienen kann. Deutschland könnte einerseits zeigen, dass eine klimaneutrale Stromversorgung möglich ist, oder, im schlimmsten Fall, als eines der reichsten Länder der Welt am Strukturwandel scheitern. Wir, als junge Generation, würden gerne helfen, die erste Variante zu realisieren. Es ist eben nicht die Frage, wie viele Emissionen Deutschland im internationalen Vergleich ausstößt, sondern die Frage, welche Möglichkeiten wir global aufzeigen wollen und welche Industriezweige dafür wachsen oder stagnieren sollen. Verantwortung für das eigene Handeln und dessen Auswirkungen, auch für kommende Generationen, zu übernehmen – für diesen Gedanken sollte sich eigentlich jede*r echte Konservative begeistern lassen.

Wer seine Politik allein an Sachargumenten ausrichtet, würde sich beispielsweise auch für ein sofortiges Tempolimit auf deutschen Autobahnen aussprechen. Rational spricht alles dafür: Der CO₂-Ausstoß würde sofort zumindest ein bisschen sinken, die Zahl der Unfälle ebenfalls. Nachteile gibt es keine – außer dass sich die Besitzer PS-starker Pkw in ihrem Freiheitsgefühl beschränkt fühlen. Es ist

ein sehr, sehr schwaches Argument im Vergleich zu dem, was auf dem Spiel steht. Das wird hoffentlich auch Professor Werner Patzelt bestätigen, auf den sich Alexander Mitsch beruft.

Sind internationale Verträge nichts wert?

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass die Werteunion wie viele andere Stimmen vor allem aus konservativen Kreisen gerne darauf hinweist, dass die Streiks während der Unterrichtszeit eine Missachtung von Gesetzen bedeuten. Gleichzeitig hört man von denselben Menschen keinerlei Empörung darüber, dass Deutschlands Politik bislang komplett ignoriert, was im Pariser Klimaabkommen unterzeichnet worden ist. Sind internationale Verträge nichts wert? Auf ein gutes Sachargument, das dieses Verhalten erklärt, wartet FFF bis heute. So bleibt es eine Politik der Moral. Der Doppelmoral.

Allerdings ist FFF sich in einem Punkt mit Alexander Mitsch völlig einig: Wenn er fordert, erst die Sachlage zu analysieren, dann zu debattieren und danach zu entscheiden, hat er uns an seiner Seite. Nur: Die Sachlage ist in der Frage nach dem Einfluss des Menschen auf den Klimawandel längst analysiert. Jetzt gilt es, auf Grundlage von wissenschaftlicher Expertise schnell politische Entscheidungen zu treffen. Gezögert worden ist schon viel zu lange. Das Problem der deutschen Klimapolitik ist es ja gerade, dass Fakten viel zu lange ignoriert worden sind.

Merkwürdig wirkt auf uns auch der Vorwurf, zu moralisch zu argumentieren. Unser gesamtes Gesellschaftssystem beruht auf einer christlich geprägten Grundmoral, die Konservative gerne für sich reklamieren. Sich dagegen auflehnen, wenn etwas schief läuft – das wurde uns früh als Wert vermittelt. Klimaaktivist*innen, die Verantwortung gegenüber dem globalen Süden und kommenden Generationen einfordern, argumentieren daher bewusst moralisch. Ein Berg von Errungenschaften der politischen Moderne, die auch Konservative nicht missen wollen würden, wie Arbeitnehmer*innen- und Frauenrechte, existierte in der heutigen Form nicht ohne die angeblich moralisierenden Forderungen der damaligen Vorreiter*innen. Klimaaktivist*innen, die heute über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Klimakrise sprechen, kommen der Verantwortung nach, die für eine gute Zukunft auf diesem Planeten übernommen werden muss.

Verantwortungsethisch zu handeln bedeutet, stets die Ergebnisse und den Erfolg des persönlichen Handelns in den Vordergrund zu stellen. Der Grund, warum wir trotz grundlegend unterschiedlicher Meinung in der Klimapolitik genauso wie Herr Mitsch für eine verantwortungsethische Politik plädieren, ist vermutlich eine starke Diskrepanz unserer Prämissen in dieser Frage. So glauben „Konservative“ offenbar, mögliche wirtschaftliche Probleme seien ein Grund, auf effektiven Klimaschutz zu verzichten. Aber was bringt uns eine Politik auf Sicht, wenn wir am Ende mit hohem Tempo gegen die Wand fahren? Wir gehen ein Schritt weiter als Herr Mitsch und fordern eine vorausschauende Verantwortungsethik.

Rein sachlich argumentiert

Letztendlich bringt es uns aber nichts, wenn wir uns an dieser Stelle einen philosophischen Schlagabtausch leisten. Damit lenken wir viel eher davon ab, dass wir uns in einer Krise befinden, die wir und auch die Werteunion anerkennen müssen. Die Folgen klimapolitischer Tatenlosigkeit sind so immens, dass wir uns an einem Punkt befinden, an dem wir uns nicht fragen können, ob wir dagegen vorgehen, sondern nur, wie. Deswegen fordern wir die Union auf, ihren Weg vorzuschlagen, der nicht nur für die veralteten 2030-Klimaziele, sondern auch für das Pariser Klimaabkommen ausreicht.

Da wir trotz des globalen Problems der Klimakrise keine globale Entscheidungsebene haben, müssen multilaterale Verträge wie das Pariser Klimaabkommen national umgesetzt werden. Dieser nationale Weg, kombiniert mit weiteren zwischenstaatlichen Abkommen, ist die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen. Und das ist, wie gewünscht, rein sachlich argumentiert.

Jakob Blasel und Carla Reemtsma sind Mitorganisatoren des Fridays-for-Future-Kongresses in Dortmund. Blasel ist Abiturient, Reemtsma ist Studentin.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wieso-ost-und-westdeutschland-nur-politisch-geeint-sind-16315181.html?premium=0x094723ac17e348cc3afdac878968310b&GEPC=s5>

OST- UND WESTDEUTSCHLAND:

Vereint und doch geteilt

- VON JULIA LÖHR
- -AKTUALISIERT AM 03.08.2019-08:18
Weniger Gehalt, weniger Rente – viele Ostdeutsche fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Ökonomen warnen: Die wahren Probleme liegen woanders.

Es war eine denkwürdige Umfrage, die das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung da Anfang April veröffentlichte. Mehr als 7000 Menschen in ganz Deutschland hatte das Institut zu ihren gesellschaftlichen Chancen befragt. Das Ergebnis: Mehr als ein Drittel der Ostdeutschen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, als ähnlich schlecht behandelt wie Muslime. Die Befragten in Westdeutschland sahen das überhaupt nicht so und warfen den Ostdeutschen im Gegenzug vor, sich in der Opferrolle zu gefallen, nicht in Deutschland angekommen zu sein. Das ernüchternde Fazit der Studie: Bald 30 Jahre nach dem Mauerfall mag Deutschland politisch geeint sein. Wirtschaftlich und kulturell ist es ein geteiltes Land.

In einem anderen Jahr wäre die Studie wahrscheinlich schnell wieder in Vergessenheit geraten, nicht aber in diesem Jahr, in dem in drei ostdeutschen Bundesländern gewählt wird. In vier Wochen, am 1. September, sind Brandenburg und Sachsen dran, am 27. Oktober folgt Thüringen. Nach den aktuellen Umfragen müssen sich CDU und SPD auf ein Debakel einstellen. In Sachsen, wo die Christdemokraten viele Jahre mit absoluter Mehrheit durchregieren konnten, liegen sie nun gleichauf mit der AfD bei 26 Prozent. In Brandenburg könnte die SPD zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung das Amt des Ministerpräsidenten verlieren – womöglich auch hier an die AfD. Allein in Thüringen mischt die Protestpartei noch nicht in der Spitzengruppe mit. Dort ringen CDU und Linke darum, die stärkste Kraft zu werden.

„Es gibt bis heute Ungerechtigkeiten“

Im Kampf um die entscheidenden Wählerstimmen bestärken die Ministerpräsidenten die Menschen in ihrem Gefühl, benachteiligt zu sein. „Es gibt bis heute Ungerechtigkeiten“, sagte gerade erst wieder der brandenburgische Landesvater Dietmar Woidke (SPD). Im Osten würden die Menschen länger arbeiten, aber weniger verdienen. Und auch die „Rentenmauer“ sei immer noch da. Kein Wunder, dass die Menschen wütend seien, so Woidke. Die Verantwortung dafür sieht er nicht bei sich selbst, sondern vor allem in Berlin.

Doch sind die Ostdeutschen wirklich so finanziell benachteiligt, wie es überall heißt? Den Zahlen nach fällt die Antwort tatsächlich ziemlich eindeutig aus. Nach einer bislang unveröffentlichten Studie des Münchner Ifo-Instituts lag das verfügbare Einkommen der Haushalte im Westen zuletzt 16 Prozent höher als im Osten. Der Chef des Instituts, Clemens Fuest, betont zwar, dass die Unterschiede abnehmen und der Abstand 1994 noch bei 23 Prozent gelegen habe. Aber das dürfte die Unzufriedenen schwerlich versöhnen, heißt es doch im Umkehrschluss auch: Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis es keinen Unterschied mehr gibt – wenn überhaupt.

Es ist auch nicht so, dass sich die Lücke allein dadurch erklären lässt, dass in Ostdeutschland überdurchschnittlich viele Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten. Auch wenn man Vollzeitbeschäftigte in den gleichen Berufen miteinander vergleicht, was die Karriereplattform Gehalt.de für die F.A.Z. getan hat, zeigt sich: Das West-Ost-Gefälle bleibt, der Ingenieur in Sachsen geht im Jahr im Durchschnitt mit 45.000 Euro brutto nach Hause, der in Baden-Württemberg mit gut 63.000 Euro.

Eine wichtige Rolle dürfte dabei spielen, dass in den östlichen Bundesländern kein Dax-Konzern seinen Sitz hat. Die gutbezahlten Arbeitsplätze in den Zentralen, etwa in der Produktentwicklung und im IT-Bereich, fehlen also. Und auch der Mittelstand ist eher ein Mittelständchen. Von den 500 größten Familienunternehmen haben – lässt man Berlin außen vor – gerade mal neun ihren Sitz in Ostdeutschland. Nur in einem Punkt sind die Ostdeutschen Spitzenreiter, nämlich dann, wenn es um die Zahl der Arbeitsstunden geht: Knapp 70 Stunden mehr im Jahr arbeiten beispielsweise die Thüringer im Vergleich zu ihren Nachbarn in Hessen.

Zeitlich statt regional vergleichen

Also Nachteile, wohin man auch schaut? Ökonomen sehen die Sache etwas anders. Was daran liegt, dass sie einen anderen Vergleich wählen: nicht den zwischen Ost und West, sondern den zwischen damals und heute. „Im Vergleich zu vor zehn Jahren müssten die Menschen in Ostdeutschland eigentlich feststellen, dass es ihnen super geht“, sagt Reint Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle. „Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Gehälter sind gestiegen. Die Steigerung des Wohlergehens ist in Ostdeutschland viel größer als im Westen.“

Was Gropp besonders stört: Die Diskussion über die Benachteiligung der Ostdeutschen suggeriere, dass Ostdeutsche weniger Chancen hätten. Dem sei aber nicht so. „Jeder Ostdeutsche kann einen tollen Job finden, nur nicht unbedingt in seiner Nachbarschaft“, sagt er. Das gehe aber auch den Menschen in den ländlichen Regionen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins so.

Hinzu kommt, dass den niedrigeren Einkommen im Osten auch niedrigere Lebenshaltungskosten gegenüberstehen. Für den gleichen Warenkorb – Wohnen, Essen, Kleidung, Verkehr, Urlaub – müssen die Menschen in Ostdeutschland laut Zahlen des Statistischen Bundesamts nur rund 80 Prozent dessen zahlen, was dieser im Westen kostet. Und auch der Alltag ist in vielerlei Hinsicht einfacher. Lange Schlangen bei der Wohnungssuche sind selten, und auch Kitaplätze lassen sich um einiges leichter finden. Nicht umsonst betont der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, der aus Thüringen stammende CDU-Politiker Christian Hirte: „Insgesamt ist die Lebensqualität hervorragend, wir müssen den Vergleich mit Westdeutschland nicht scheuen.“

Das Problem ist die Demographie

Wirtschaftsforscher vermuten, dass es in der aktuellen Diskussion nur vordergründig ums Geld geht, tatsächlich aber um etwas ganz anderes. „Das Problem ist nicht die Einkommenshöhe, sondern die Demographie“, ist Ifo-Chef Clemens Fuest überzeugt. „Die ländlichen Regionen Ostdeutschlands altern dramatisch.“ Das hat mit der Abwanderung nach der Wende zu tun. Zwischen 1989 und 2015 verließen mehr als 5 Millionen Menschen Ostdeutschland in Richtung Westen. Zwar zogen zugleich mehr als 3 Millionen Menschen in die umgekehrte Richtung, unterm Strich aber hat der Osten 1,9 Millionen Menschen verloren. Zurück blieben vor allem die Älteren, die nicht nur ihre Kinder vermissen, sondern auch die Enkel, die viele hundert Kilometer entfernt aufwachsen. Auch das erzeugt Frust.

Nach der neuen Studie des Ifo-Instituts lag 1994 das Durchschnittsalter in ganz Deutschland noch zwischen 38 und 39 Jahren. Gestiegen ist es zwar überall, aber unterschiedlich stark. In Westdeutschland ist das Bild auch heute noch recht einheitlich, in den Städten liegt der Altersdurchschnitt mit 44 Jahren nur etwas niedriger als auf dem Land (46 Jahre). Anders in Ostdeutschland: Dort sind die Städter mit im Schnitt 43 Jahren vergleichsweise jung, die Menschen auf dem Land mit 50 Jahren dagegen überdurchschnittlich alt. Nach einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung wird im Jahr 2035 im Spree-Neiße-Kreis fast jeder zweite Bürger älter als 65 Jahre sein. Auf eine Geburt kommen dann vier Todesfälle.

Die Bundesregierung versucht fast schon verzweifelt, sich gegen diesen Trend zu stemmen. Weil kaum noch jemand damit rechnet, dass Dax-Konzerne oder Mittelständler in großem Umfang im Osten investieren werden – als Erfolg gilt schon, wenn keine Arbeitsplätze wegfallen –, sollen es jetzt mehr Behörden richten. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) schickt mehr Bundespolizisten nach

Sachsen, die neue Cyberagentur des Bundes entsteht zwischen Leipzig und Halle, das neue Ausbildungszentrum des THW in Brandenburg an der Havel. Seehofers Hoffnung: Wenn es erst mal mehr Arbeitsplätze im Osten gibt, könnte so mancher Weggezogene wieder zurückkommen.

Mit dem Kohleabbau geht ein Stück Kultur verloren

Doch es droht schon neues Ungemach: 2038, wenn Deutschland spätestens aus der Kohleförderung aussteigen will. Zwei der drei betroffenen Regionen liegen in Ostdeutschland, das Lausitzer und das Mitteldeutsche Revier. Zwar ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle überschaubar. Die 8000 Arbeitsplätze in der Lausitz entsprechen gerade mal 2 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Stellen in der Region. Aber für die Menschen ist die Kohle mehr als das, sie ist ein weiteres Stück Heimat, das verlorengeht. Mehr als 100.000 Beschäftigte gab es einst allein im Lausitzer Revier. Es gab kaum eine Familie, kaum eine Freundschaft, die nicht mit der Kohle verbunden war. Dass aus vielen früheren Braunkohlegruben inzwischen schöne Seen geworden sind, mit Yachthäfen, Hotels und Restaurants, ist da nur ein schwacher Trost.

Wer in der Gegend rund um Cottbus unterwegs ist, der spürt die Wut der Menschen darüber, dass ihnen „die da oben“ in Berlin nun auch noch die letzten gutbezahlten Arbeitsplätze in der Industrie wegnehmen wollen – wie Anfang der neunziger Jahre, als die damals noch in Bonn ansässige Regierung die Treuhandanstalt in den Osten schickte, um die Kombinate aus DDR-Zeiten zu privatisieren – oft genug aber auch einfach, um sie stillzulegen.

Ökonom Fuest blickt auf diese Zeit durchaus kritisch zurück. „Ökonomisch waren die Währungsumstellung und insbesondere das schnelle Erhöhen der Löhne nicht gut“, sagt er. Die ostdeutsche Wirtschaft sei damit auf einen Schlag nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen. „Es gab damals Vorschläge, die Löhne niedrig zu halten, dafür aber die Mitarbeiter an den Unternehmen zu beteiligen“, erinnert sich Fuest. „Man hat sich dagegen entschieden. Vielleicht war das ein Fehler. Viel schlechter hätte es kaum laufen können.“

Quelle: F.A.Z.

GERECHTIGKEIT

Er Wessi, sie Ossi, er will verstehen, sie ist genervt – ein Streitgespräch unter Nachwendekindern

02.08.2019, 16:26 · Aktualisiert: 02.08.2019, 16:28

Paul ist 29, geboren in der Lüneburger Heide, nun Wahlberliner und derzeit Journalist auf "Ostwalz", so nennt er sein Projekt: Sieben Wochen wandert er durch die ehemalige DDR und will Geschichten von Menschen sammeln. Sarah ist nur zwei Monate älter, im Erzgebirge geboren, lebt in Chemnitz und ärgert sich oft darüber, wie über "den Osten" geredet wird. Und nun kommt auch noch Paul. Ihre Gefühle zu seinem Projekt: gemischt.

Wir haben die beiden zusammengebracht, um sie diskutieren zu lassen.

Sarah und Paul begegnen sich zum ersten Mal in der Sitzecke von Radio T, ein kleiner, nicht-kommerzieller Chemnitzer Radiosender. Sarah kennt hier alle mit Namen, seit Studi-Zeiten macht sie mit. Zur Begrüßung umarmt sie Paul und serviert Bier.

Danach geht es schnell raus aus der Komfort-Zone ...

Sarah: Als ich von deiner Ostwalz hörte, dachte ich: 'Oh ne, noch so einer.' Und:

Du musst doch spinnen, als Westdeutscher, dass du hier herkommst, um uns zu beobachten wie im Zoo.

Sarah

Paul: Du bist nicht die Erste, die das sagt.

Sarah: Als ich später deinen Blog gelesen habe, ist mir bewusst geworden, dass ich über Westdeutschland auch nicht so viel weiß. Du bist der zweite Mensch aus Niedersachsen, den ich kennenlerne.

Paul: Und ich weiß von Chemnitz nur, was in den Nachrichten lief. Und kenne Trettmann und Kraftklub.

Sarah: Ich werde ständig gefragt, wie ich es in Chemnitz aushalte. Leute aus der hiesigen Kultur wie Kraftklub müssen dauernd Statements abgeben, wie schlimm es hier ist oder eben doch nicht. Das nervt. Aktuell macht wieder eine überregionale Zeitung eine "Reise durch Ostdeutschland", um zu gucken, wie wir hausen. Was machst du anders? Und hättest du die Ostwalz gemacht, wenn es medial nicht so brennen würde?

Sarah schaut Paul direkt in die Augen. Die Antwort ist ihr wichtig. Paul überlegt eine Sekunde. Bevor er etwas sagt, schiebt Sarah noch schnell ein "Ehrlich?" an ihre Frage.

Die Atmosphäre ist spannungsgeladen, ernsthaft. Man merkt den beiden an, dass sie ehrliches Interesse am jeweils anderen haben. Aber da ist auch Skepsis, vor allem bei Sarah.

Paul: Als ich mir die Reise überlegt habe, da wusste ich natürlich, dass Landtagswahlen anstehen.

Mit der Safari-Kritik trifft ihr einen Punkt.

Aber ich bin nicht hier, um der große Osterklärer zu werden. Ich geh offen hin und lasse mich treiben. Ich fahre einfach durch die Gegend und höre zu.

Sarah: Was interessiert dich denn so an den Ostdeutschen? Interessierst du dich genau so für deine eigene Heimat?

Paul: Ich habe mich nie westdeutsch gefühlt. Bis ich "Gundermann" im Kino gesehen habe, auch das alltägliche Leben zu DDR-Zeiten. Seither frage ich mich: Was macht mich westdeutsch, was macht den Osten ostdeutsch? Vorher hat Ostdeutschland überhaupt keine Rolle in meinem Leben gespielt.

Sarah: Wir sind beide 29. Eigentlich betrifft uns das marginal. Aber ich bin in dem Bewusstsein aufgewachsen, ein Ostkind zu sein. Ich komme aus dem Erzgebirge, einer Region mit viel Stolz, mit Bergmannsumzügen, Traditionszeug. Das wird an die nächste Generation weitergegeben. Dass meine Eltern anders aufgewachsen sind als ich, war oft Thema.

In meinem Umfeld gibt es viele Menschen, die durch die Wende ihren Beruf verloren haben, diese Brüche in der Biographie sind omnipräsent. Selbst in der Schule, weil die Lehrer zwangsläufig aus dieser Generation kamen.

Paul: Wir haben nie über uns als Westdeutsche geredet, wir haben nie über den Osten geredet. Der Bruch durch die Wende, wie krass der eigentlich war, ist mir jetzt erst bewusst geworden. Was für ein Riesenunterschied zwischen Ost- und Westdeutschen!

Sarah nickt. Ein Unterschied, der ihr bereits bewusst ist, schon immer bewusst war. Sie ist aufgewachsen in einer Gesellschaft, die sich zu "den Wessis" abgrenzte. Während Paul unter Menschen Kindheit und Jugend verbrachte, denen "die Osis" relativ egal waren.

Sarah: Dieses Ostdeutsche, dieser Hang zum Sozialismus, dass es ein anderes System als das heutige gab, andere Nahrungsmittel, die Idee des Kollektivs – das kriegst du schon als Kind mit. Was sind deine Lieblingskinderbücher, Paul?

Paul: Momo, die Brüder Löwenherz und der Räuber Hotzenplotz.

Sarah: Ah, Räuber Hotzenplotz, der Autor Otfried Preußler ist ja auch irgendwie ostdeutsch, er ist in der Lausitz aufgewachsen.

Paul: Wusste ich nicht, echt?

Sarah: Ja. Meine Lieblingsbücher waren die Bücher von Alexander Wolkow, beispielsweise "Der Zauberer der Smaragdenstadt". Das hat mich und mein Umfeld geprägt. Die Kinder lesen sie bis heute. Die kennt ihr gar nicht!

Sarah und Paul holen sich eine Pizza und schlendern den Brühl entlang. "Ein bißchen Ostromantik", sagt Sarah lakonisch. Der Brühl war ein Vorzeige-Boulevard zu DDR-Zeiten. Dann Wende. Leerstand. Verfall. Seit ungefähr fünf Jahren tröpfchenweise Zuzug. Sarah ist Mitglied der "Brühlpioniere", einer kleinen Genossenschaft, und hat sich ihre Wohnung selbst ausgebaut. Die Stimmung zwischen Sarah und Paul wird immer lockerer.

Paul: Sarah, ich finde es toll, dass du mir solche Fragen stellst. Ich war letzte Woche in Görlitz und hab in einem linken Jugendzentrum gepennt. Da hätte ich kritische Fragen erwartet. Stattdessen sagten alle: 'Cool, dass du hier bist, dass endlich mal einer fragt, was die Leute vor der Wende gemacht haben.'

Sarah: Naja, um mal polemisch zu fragen: Ist das denn so spannend? Was der Müller Klaus vor der Wende gemacht hat? Ich meine, im Zweifel war das einfach nur Alltag.

Paul: Ich finde es wichtig, Menschen in abgelegeneren Gebieten eine Stimme zu geben. Warum reden alle nur über Pegida, wenn es um Ostdeutschland geht? Weil sie so laut sind.

Sarah: Genau – und weil sie glauben, nicht gehört zu werden.

Paul: Viele Leute glauben das. Doch nicht alle rasten aus. Ein Vorurteil von mir war, dass ich dachte, alle hier reden über Pegida, Migration, die AfD, Asylbewerber. Das stimmt nicht. Sie erzählen mir von ihrem Wohngebiet, in dem es keinen Treffpunkt mehr gibt, Alltäglichem, der Wende. Ich finde schon, dass jeder eine Berechtigung hat, gehört zu werden, gerade die Wendegeschichten. Ich finde das relevant.

Sarah: Ich glaube tatsächlich, dass es für Ostdeutsche weniger relevant ist als für Westdeutsche. Wir kennen die Geschichten. Ihr offenbar nicht.

Paul: Vielleicht ist meine Ostwanz dann keine so schlechte Idee.

Ein Thema kam bisher nur am Rand auf: Der große Erfolg der AfD. Die Präsenz rechter Gruppierungen in Sachsen. Was denkt Paul als Westdeutscher darüber? Zuerst zögert er.

Paul: Rechte und die AfD, deshalb bin ich nicht hergekommen. Ich glaube nicht, dass es ein speziell ostdeutsches Problem ist. Eines ist mir aber in Gesprächen in Brandenburg und Sachsen aufgefallen. Irgendeiner sagt: 'Ja, die scheiß Asylanten.' Und niemand in der Runde widerspricht. Warum?

Sarah: Es gibt Unterschiede. In Nazi-Klamottenmarken kannst du in Chemnitz unbehelligt herumlaufen. In Göttingen oder Heidelberg hast du eine Zivilgesellschaft, die das sanktioniert. Da hast du, Paul, eine sehr privilegierte Perspektive.

Paul: Ich finde, es gibt eine Pflicht einzuschreiten. Ich komme vom Land und in meiner Jugend waren so einige rassistisch. Ich habe viel Zeit damit verbracht, mit ihnen zu diskutieren.

Sarah: Würdest du als Journalist einschreiten?

Paul: Nein, aber dokumentieren.

Sarah: Und dann?

Paul: Dann steht es irgendwo, man muss sich dafür rechtfertigen.

Sarah: Aber wenn Konsens ist, dass rechte Aussagen für gut befunden werden, dann lesen die Leute das in der Zeitung und sehen sich bestätigt. Die denken: 'Guck, der sagts doch auch.' Ich kenne genug Leute, deren Kollegen rechtes Gedankengut äußern, die aber nicht dagegen halten können, weil die anderen in der absoluten Mehrheit sind!

Es ist ein riesiger Unterschied, links und progressiv in einer Region zu sein, in der du damit die Norm erfüllst. Hier musst du damit rechnen, sozial sanktioniert zu werden, verbal und mit Gewalt.

Paul: Krass.

Fast drei Stunden haben sich Sarah und Paul unterhalten, haben gestritten, Bier getrunken, gelacht. Unter den Laternen im Brühl umarmen sie sich zum Abschied. "Wir hören voneinander!"

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/nicht-das-volk-hat-die-friedliche-revolution-in-der-ddr-ausgeloes-16320984.html?premium>

ZUM ENDE DER DDR:

Wir waren die Mutigen

- VON WERNER SCHULZ
- -AKTUALISIERT AM 07.08.2019-06:34



Nicht das Volk, sondern die Opposition mit den Kirchen an der Spitze hat die friedliche Revolution in der DDR ausgelöst, urteilt der Bürgerrechtler Werner Schulz. Eine Erwiderung auf Detlef Pollack.

In einer Serie von Artikeln für das Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beansprucht der Religionssoziologe Detlef Pollack die Deutungshoheit über die friedliche Revolution in der DDR. Pünktlich zu deren Jubiläum wiederholt er seine alten Thesen. Doch seine Behauptungen von der marginalen Bedeutung der oppositionellen Gruppen und dem Primat der „Normalos“ waren schon vor zwanzig Jahren abstrus konstruiert und wurden von der historischen Forschung widerlegt. Die Auslösung der friedlichen Revolution durch die Bürgerrechtler und deren organisatorischer Anteil daran sind durch zahlreiche Fakten und wissenschaftliche Arbeiten belegt und keine Mär oder Erfindung ihrer Protagonisten. Detlef Pollack bestätigt hingegen Hannah Arendts Feststellung, dass der hervorstechendste und erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht darin besteht, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen.

Anstatt sich mit den eigenen Fehlern und Fehlleistungen zu beschäftigen, setzt Pollack lieber neue in die Welt. Dabei gäbe es für einen gelernten Theologen der Karl-Marx-Universität Leipzig genügend Material und Gründe für die Aufarbeitung. Allein, dass unter dem Namen des streitbaren Philosophen, der die Religion für eine Art volksbetörendes Rauschgift hielt, eine Theologieausbildung stattfand, hätte vermutlich den leicht Erzürbaren dazu veranlasst, sich jedes Barthaar einzeln auszureißen. Doch was wie ein dialektischer Widerspruch anmutet, war vielmehr, so wie die Instrumentalisierung der Blockparteien, Absicht und Methode der SED, sich die anfangs bekämpfte und nicht völlig verdrängte Kirche nutzbar zu machen, um sie beim weiteren Aufbau des Kommunismus gänzlich zu überwinden. Deswegen ist Pollack nicht nur Niklas Luhmann gefolgt, sondern vor allem seinem Lehrmeister Prof. Hans Moritz, alias IM Martin, Mitglied im Zentralrat der FDJ und später im Hauptvorstand der Ost-CDU. Unter seiner Leitung hat er auch Arbeiten zur „Kirche im Sozialismus“ verfasst, die er heute in seiner Vita verschweigt.

Noch 1988 hat Pollack den fruchtbaren Dialog zwischen Marxisten und Christen gepriesen und die stabilisierende Rolle der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft betont – während er die Friedenskreise, die sich mit Abrüstung, Menschenrechten, Umweltschutz, Erziehung, Ausreise, Wehrdienstverweigerung und anderen, die Parteipolitik in Frage stellenden Themen beschäftigten, nicht einmal erwähnt. Allenfalls bescheinigt er den kleinen Gruppen und kultlosen Veranstaltungen eine sozialtherapeutische Bedeutung. Der Religion schreibt Pollack eine „gesellschaftlich nützliche Funktion zu, die für den Marxismus-Leninismus als gesellschaftsbestimmende Ideologie keine ernsthafte Konkurrenz“ darstellte. Und das zu einer Zeit, als es längst brodelte unterm Kirchendach. Als das Protestpotential merklich anstieg, die Zusammenkünfte immer politischer und die Stasi-Maßnahmen immer hysterischer wurden und nicht mehr zu übersehen waren. Kein Wort von ihm über

die Resonanz der ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, kein Wort zur Ausreiseproblematik.

Das ist für einen Religionssoziologen allerdings ein frappierender Mangel an erkenntnistheoretischer Reflexionsfähigkeit: eine spezielle Blindheit oder Wendehalsvariante, nicht sehen zu wollen, dass die friedliche Revolution im Kern und vom Charakter her auch eine protestantische Revolution war. Denn die evangelische Kirche war in der DDR für die Entstehung der Bürgerbewegung ebenso wichtig und wegbereitend wie die katholische Kirche für die Gewerkschaft Solidarność in Polen. Die Kirchen waren das Basislager der friedlichen Revolution, nicht die Gewerkschaftsgebäude, Kulturhäuser oder gar Universitäten. Von den Friedensgebeten und Fürbittandachten, die sich oft zu Bürgerforen ausweiteten, ging es direkt auf die Straße, mit einer Mischung aus entschlossenem Ernst, protestantischem Gestus und geradezu entwaffnender Vernunft und Disziplin, welche die Aggressionsgefahr gebannt hat. Der bahnbrechende Ruf „Keine Gewalt“, der sich von Leipzig wie eine Losung im ganzen Land ausbreitete, war und ist die prägnante Zusammenfassung der Bergpredigt, der revolutionärsten Stelle im Evangelium.

Die Kirche in einer Situation höchster Bedrängnis

Ausgerechnet im Müntzer-Jahr, das Erich Honecker Anfang 1989 anlässlich des fünfhundertsten Geburtstags des Reformators mit der Verkündung einleitete, dass die Mauer noch in fünfzig oder hundert Jahren stehen werde, sollte das Monstrum fallen. Jedoch nicht durch das Gewaltrecht des Guten, das Müntzer predigte, sondern durch den zivilen Widerstand im Sinne Bonhoeffers und des Gründungsmotivs der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Gewiss, es war eine Minderheit, diese „Solidarische Kirche“ und „Kirche von unten“, die sich der „Kirche im Sozialismus“ widersetzt hat, die anders gedacht und gelebt hat als die Apostel der Anpassung. Ihnen, den couragierten Pastorinnen und Pastoren, den unerschrockenen Laien und den nicht ganz so frommen Oppositionellen, ist es zu verdanken, dass die Kirche, die längst keine „Volkskirche“ mehr war, in einer Situation höchster Bedrängnis und für kurze Zeit zu einer Kirche des Volkes und Ausgangspunkt der Revolution wurde.

Doch nicht das gesamte Volk war auf der Straße. Es waren eben nicht die „Normalos“ aus Leipzig und Umgebung, die am 9. Oktober demonstrierten und mit ihrem Ruf „Wir sind das Volk“ die direkte Demokratie einklagten. Es waren vor allem die Empörten, die ihre Nischen verlassen und ihre Angst und Duldungsstarre überwunden hatten. Eine aus vielen Gründen angespannte und brisante Situation bedurfte keines Revolutionsaufrufes. Pollack sucht vergeblich nach den Bahnsteigkarten, die deutsche Revolutionäre angeblich lösen würden, bevor sie den Bahnhof stürmen. Revolutionen ereignen sich meist dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Wenn Menschen den Entschluss fassen, etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren. Wenn einige Mutige voranschreiten und viele davon ermutigt werden, ihnen zu folgen. Genau das ist in Leipzig erfolgt. Die von zwei Mitgliedern der Opposition am 9. Oktober vom Turm der reformierten Kirche gefilmte Demonstration, die spätabends in der ARD zu sehen war, hat die Bilder aus Leipzig und den Mut zum demokratischen Aufbruch im ganzen Land verbreitet. Diese große Montagsdemo war das Fanal zur friedlichen Revolution.

Anschwellende Bereitschaft zu öffentlichem Protest

Doch sie kam nicht aus heiterem Himmel, sondern hatte einen langen Vorlauf. Oder im damaligen Sprachwitz formuliert: „Was lange gärt, wird Mut.“ Vorboden waren zum Beispiel der Olaf-Palme-Friedensmarsch 1987, als Anhänger der unabhängigen Friedensgruppen ihre Forderungen in die Öffentlichkeit trugen und der staunenden DDR-Bevölkerung die Existenz einer Opposition zeigten. Oder die Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung, als im Januar 1988 der SED-Führung das Zitat ihrer Säulenheiligen, dass die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist, vor Augen geführt wurde. Oder die Überprüfung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, mit der das stupide Zettelfalten als dreiste Wahlfälschung nachgewiesen wurde.

Von ausschlaggebender Bedeutung war nicht die Zahl der Eingaben, sondern die anschwellende Bereitschaft zum öffentlichen Protest an jedem Siebten der Folgemonate. Das führte am 7. Juni zum versuchten Protestzug von der Berliner Sophienkirche zum Staatsratsgebäude, bei dem es zu brutalen Übergriffen kam, gefolgt von Mahnwachen in etlichen Kirchen des Landes für die in Berlin und Leipzig Inhaftierten. Auch die Massenproteste am 7. Oktober vor dem Palast der Republik, der exzessive Polizeieinsatz auf dem Alexanderplatz und die Verhaftungen rund um die Gethsemanekirche stehen damit im Zusammenhang. Die am selben Tag erfolgten Proteste der Tausenden in Plauen waren ebenfalls von der aufgeheizten Stimmung über die Wahlfälschung und die Ausreisezüge aus der Prager Botschaft getragen.

Die friedliche Revolution ist und bleibt das Verdienst der DDR-Opposition. Sie hat zur Selbstbefreiung und Selbstermächtigung einer aktiven Generation geführt und über die runden Tische bis hin zur freien Volkskammerwahl den Weg in die deutsche Einheit gebahnt. Das lässt sich weder von den Demagogen der Linkspartei umdeuten noch von einem eigensinnigen Religionssoziologen kleinschreiben. Und schon gar nicht kann und darf das von den geschichtsvergessenen Nationalisten der AfD vereinnahmt werden.

Quelle: F.A.Z.

DIE ZUKUNFT DES WESTENS:

Nato und EU sind überflüssig

- VON GREGOR SCHÖLLGEN
- -AKTUALISIERT AM 14.08.2019-15:46



Beide Bündnisse entstammen einer Welt, die vor dreißig Jahren versunken ist. Wer sich an sie klammert, verweigert sich der Gegenwart. Ein Gastbeitrag.

Um den Westen steht es nicht gut. Im Herbst 2018 verglich der damalige britische Außenminister Jeremy Hunt die Europäische Union mit einem Gefängnis, in dem es zugehe wie in der untergegangenen Sowjetunion. Nur wenige Monate später drohte der amerikanische Präsident dem Nato-Partner Türkei die wirtschaftliche „Zerstörung“ an.

Kurz darauf überwarfen sich Frankreich und Italien, also zwei Mitglieder der Allianz und der EU, derart, dass Paris seinen Botschafter in Rom zur Berichterstattung zurückrief und damit zu einer Maßnahme griff, die einmal eine Vorstufe zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gewesen ist.

Und so geht die rasante Demontage der westlichen Gemeinschaften in einem fort. Im Lichte der Geschichte ist diese Entwicklung nicht überraschend, im Gegenteil: Sie ist konsequent. Denn Nato und EU entstammen einer versunkenen Welt. Sie waren die Antwort nordamerikanischer und westeuropäischer Staaten auf die spezifischen Herausforderungen des Kalten Krieges.

Diese Antwort war nicht neu oder originell. Seit jeher hatten sich die Völker und Staaten Europas in Bündnissen organisiert. Sie boten Schutz in Friedens- und Sicherheit in Kriegszeiten, soweit es in Kriegen Sicherheit geben kann. So war es auch im 20. Jahrhundert. Drei Weltkriege hat der Kontinent zwischen 1914 und 1991 gesehen, von denen der letzte, der sogenannte Kalte Krieg, zugleich der mit Abstand längste gewesen ist. In allen Fällen, auch in diesem, führte ein gemeinsamer Feind Staaten zusammen, die ursprünglich mehr trennte, als sie verband.

Ein zuverlässiger Lieferant dieses Feindbildes war zunächst das Deutsche Reich, das 1871 im Krieg gegründet worden war und 1945 im Krieg unterging. Dass die Sieger dieses Land, soweit es westlich von Oder und Neiße lag, hernach teilten, war geostrategisch konsequent. Hier – und nicht in Frankreich oder in Polen – hatten sich die alliierten Armeen getroffen. Und weil die Sowjets nach dem Ende der Kampfhandlungen keine Anstalten machten, ihre neuen Stellungen östlich der Elbe zu räumen, blieben auch die Amerikaner, wo sie waren.

Fortan gab es einen Westen, weil es den Osten gab, und das heißt: Ohne den Osten hätte es den Westen nie gegeben. Denn unter anderen Umständen wäre ein dauerhafter Schulterschluss zwischen Amerikanern, Briten und Franzosen schwerlich vorstellbar gewesen – und die Einbeziehung eines Teils von Deutschland schon gar nicht. Dieser Schulterschluss bestand im Wesentlichen in der

Gründung einer Reihe von Gemeinschaften, allen voran der Nato, die im April 1949 aus der Taufe gehoben wurde, und der heutigen Europäischen Union, die sich wenig später zu formieren begann.

Die Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaften verbanden ihr Wertekanon und ihre Entschlossenheit, die Freiheit gegen äußere Gefahren zu sichern – und nicht zuletzt der Wille, ihre nationalstaatliche Unabhängigkeit zu behaupten. In deutschen Ohren klang das immer befremdlich, weil die Bundesrepublik bis 1991 als einziges Mitglied von Nato und EU nicht über die volle äußere Souveränität verfügte. Die supranationalen Organisationen waren der Ersatz für die fehlende Nationalstaatlichkeit.

Die Nation war die Wurzel

Bei allen anderen war das anders. Der nationale Selbstbehauptungswille war eine maßgebliche Triebkraft für die Gründung der supranationalen Organisationen. Die nationalen Eruptionen, die wir seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch in westeuropäischen Gründerstaaten beobachten, sind nicht über Nacht entstanden.

Dass diese nationalen Regungen bis 1991 mit einer heute erstaunenden Disziplin unter Kontrolle gehalten wurden, lag an der gemeinsamen Bedrohung durch die Sowjetunion, und die wiederum brachte die Amerikaner von Anfang an in eine unanfechtbar starke Position. Schon weil nur sie im nuklearen Zeitalter die Unabhängigkeit ihrer Bündnispartner garantieren konnten, nutzten sie ihren Brückenkopf in Westeuropa nicht nur zur Durchsetzung ihrer legitimen nationalen Interessen, sondern auch für eine kompromisslose Vormundschaftspolitik gegenüber ihren Partnern.

In der Logik dieser Entwicklung hätte es gelegen, wenn mit dem Osten auch der Westen von der Bildfläche verschwunden wäre. Ebendas passierte nicht, im Gegenteil. Während die Sowjetunion und ihr Militärpakt bis Ende 1991 von der weltpolitischen Bühne abtraten, bespielten die westlichen Gemeinschaften sie nicht nur wie eh und je, sondern sie verstärkten auch ihre Ensembles. Dabei ignorierten, vergaßen oder verschluderten Nato und EU jene Reformen, die nötig gewesen wären, um der neuen, wenn man so will: der ostfreien Lage Rechnung zu tragen.

Der Westen und Russland

Und sie nahmen in Kauf, dass sie mit der Aufnahme einer ganzen Reihe ost- und ostmitteleuropäischer Staaten die geopolitische Architektur des Kontinents änderten. Dieser Prozess musste zwangsläufig Auswirkungen insbesondere auf Russland haben – zumal die Sowjetunion, deren Erbe Russland 1991 antrat, im Zuge ihrer Implosion einen nicht minder radikalen Schrumpfungsprozess durchmachte.

Das war einer der Kollateralschäden, die das Festhalten des Westens an seinen überkommenen Strukturen verursachte. Und er war nicht einmal der gravierendste. Um die siechen Patienten EU und Nato am Leben zu erhalten, durften ihre Seelen nicht sterben, und das hieß: Der Osten und alles, was sich mit ihm verband, mussten weiterleben. Vor allem das Feindbild. Dass namentlich Wladimir Putin dieses nach westlicher Interpretation regelmäßig bediente, tat ein Übriges.

Selbst wenn eines fernen Tages einmal alle Quellen frei zugänglich sein sollten, dürfte es schwierig sein zu erkennen, wer im Einzelfall vortrat und wer reagierte. Sicher ist, dass auch der Westen kräftig an der Eskalationsschraube drehte. Für Putin und seine Leute waren das Steilvorlagen, um das Völkerrecht zu brechen, die Krim zu annektieren und den Krieg in der Ostukraine zu eröffnen.

Mitteleuropa sucht Schutz

Selbstverständlich hatten die jungen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas das uneingeschränkte Recht, sich um die Aufnahme in den westlichen Gemeinschaften zu bemühen. Aber konnte man ernsthaft annehmen, dass der Kreml dem seriellen Beitritt in die Europäische Union und vor allem in die Nato tatenlos zusehen würde?

Zumal es nicht dabei blieb. So wurde die Ukraine, obgleich nicht einmal Mitglied der Nato, seit 1997 Schritt für Schritt in deren militärische Operationen einbezogen. Und im Frühjahr 2009 hob die EU mit Armenien, Aserbaidschan, Moldau, Georgien, der Ukraine und Weißrussland, also mit sechs vormaligen Sowjetrepubliken, eine sogenannte Östliche Partnerschaft aus der Taufe und zwang diese damit faktisch auch, sich zwischen dem Westen und Russland zu entscheiden.

Aus russischer Sicht besonders folgenreich war die Entscheidung der Nato, in vormaligen Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten Truppen ihrer westlichen Mitgliedsländer zu stationieren. Darin konnte man durchaus auch einen Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte sehen, in der die Nato Ende Mai 1997 in Aussicht stellte, nicht „zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft“ stationieren zu wollen.

Natürlich lässt diese eher vage Formulierung Interpretationen zu. Auch auf russischer Seite. Für den Kreml bedeuteten die Expansion der Nato nach Osten und die dauerhafte Stationierung amerikanischer Truppen zum Beispiel in Polen, die während der Präsidentschaft Barack Obamas begann: Die Nato steht 200 Kilometer vor Sankt Petersburg.

Russlands Wahrnehmung

Man mag das als russische Paranoia abtun, mag darauf verweisen, dass die Nato gegenüber Russland keine offensiven, schon gar keine annexionistischen Absichten verfolgt. An der russischen Wahrnehmung ändert das nichts. Zumal aus dieser Sicht die radikale Ost-Erweiterung der Allianz und der Aufbau des amerikanischen Raketenabwehrschildes unter anderem in vormaligen Warschauer-Pakt-Staaten zwei Elemente einer Eskalationskette sind.

Offensichtlich nehmen Nato und EU das in Kauf. Das ist bedenklich. Es ist der Preis, den sie für ihr Überleben zahlen. Und er ist beileibe nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der höchste. Mindestens so folgenreich ist das Fortbestehen der amerikanischen Vormundschaft.

Dass die Vereinigten Staaten diese auch nach 1991 aufrechterhalten konnten, lag an ihrer ungebrochenen militärischen Präsenz in Europa; dass sie militärisch präsent blieben, lag an ihren europäischen Partnern. Man übersieht das leicht, aber die amerikanische Zusage, auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eigene Truppen in Europa zu belassen, war eine von mehreren Bedingungen, unter denen Franzosen, Briten und andere der Vereinigung Deutschlands zustimmten.

Schon deshalb hatte man in Washington keine Veranlassung, die Haltung gegenüber den Juniorpartnern jenseits des Atlantiks aufzugeben oder auch nur zu verändern. Mit dem Exitus der Sowjetunion hatte sich zwar die Lage, nicht aber die Wahrnehmung der Europäer geändert. Für die amerikanischen Präsidenten von Bill Clinton bis Donald Trump war das eine Einladung, dort weiterzumachen, wo ihre Vorgänger aufgehört hatten. Das gilt auch für Barack Obama. Wenn es um die Interessen Amerikas ging, kannte auch dieser Präsident in der Regel lediglich Gefolgsleute.

Die Logik einer untergegangenen Welt

So radikal Donald Trump mit den diplomatischen und politischen Gepflogenheiten seines Landes bricht – die seit 1949 gewachsene Einstellung seiner Vorgänger zu den Partnern und Verbündeten der Vereinigten Staaten behält er bei. Der Rückzug vom Atomabkommen mit Iran am 9. Mai 2018 und die ihm folgende Sanktionskaskade oder die Aussetzung des Vertrages über die landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen INF zum 2. Februar dieses Jahres sind legitim. Zudem gibt es für den einen wie für den anderen Schritt nachvollziehbare Gründe, wie ja auch nicht jede außen- oder sicherheitspolitische Entscheidung Washingtons schon deshalb fragwürdig ist, weil Donald Trump sie ankündigt oder unterzeichnet.

Bedenklich ist, dass die europäischen Partner, um deren Sicherheitslage es hier wie dort immer auch geht, vor vollendete Tatsachen gestellt werden und nach eigener Wahrnehmung keine Alternative haben, als sich den einseitig beschlossenen Maßnahmen zu fügen. Damit bewegen sich die Vereinigten

Staaten und ihr Präsident auf der 1949 eingeschlagenen Linie, so wie sich die Europäer nicht der Logik dieser 1991 untergegangenen Welt entziehen wollen.

Und selbst wenn sie es wollten, könnten sie es nicht. Das liegt an ihrer konsequent kultivierten Überzeugung, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika den Unwägbarkeiten und Gefahren der Weltpolitik hilflos ausgesetzt zu sein. Das mag so sein, ist aber auch eine Folge ihrer Unfähigkeit, aus eigener Kraft die Voraussetzungen für eine gemeinsame, auch militärische Handlungsfähigkeit auf der weltpolitischen Bühne zu schaffen.

Die seit 1950 unternommenen, am Ende allesamt gescheiterten Versuche, eine autonome Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf die Beine zu stellen, lassen sich nicht mehr an den Fingern einer Hand abzählen. Wenn es darauf ankam, verließ Europa sich immer auf Amerika. Wie die gespenstischen Diskussionen um eine gemeinsame westliche Marinemission im Persischen Golf zeigen, hat sich daran bis heute nichts geändert. So gesehen, bleibt das Bündnis ein Akt einseitiger Solidarität. Dass auch Donald Trump diesen Punkt macht, heißt nicht, dass er falsch ist; dass er ihn auf die ihm eigene Art setzt, liefert wiederum den Europäern einen willkommenen Vorwand, sich mit den Defiziten dieses Präsidenten und nicht mit den tiefer liegenden Strukturproblemen zu beschäftigen. Das ist das wahre Drama.

Konjunktur der Egoismen

Im Übrigen ist die Klage des Präsidenten keine Ausnahme. Es gibt kein Mitglied der westlichen Gemeinschaften, das nicht bei mindestens einem anderen einen krassen Mangel an Solidarität ausmacht. Bleibt aber die Solidarität auf der Strecke, löst sich das für jede Gemeinschaft lebenswichtige Bindemittel. Kein Wunder, dass Egoismen und Alleingänge seit 1991 Hochkonjunktur haben.

In der Summe bedeuten sie eine glatte Kapitulation vor den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Die Weigerung der allermeisten Staaten Europas, sich nennenswert an der Aufnahme von Migranten, Flüchtlinge und Asylanten zu beteiligen, oder ihre Unfähigkeit, sich im Angesicht einer globalen Katastrophe auf verbindliche Regeln für die Rettung der Umwelt zu einigen, sind Symptome eines Defizits.

Und sie sind Bankrotterklärungen von Veteranen, die sich an die Vergangenheit klammern, um der Gegenwart nicht ins Auge sehen zu müssen. Wer die Zeit und die Energie für ein ritualisiertes Geschacher um Posten in der EU aufbringen kann, will nicht wissen, was die Stunde geschlagen hat.

Tatsächlich zerfällt auf breiter Front, was von 1945 bis 1991 als Antwort auf eine äußere Bedrohung Berechtigung und Bestand hatte. Amerikas Präsident spielt nicht nur mit dem Gedanken eines Austritts aus der Nato, er vollzieht ihn, wenn er einseitig Abkommen wie den INF-Vertrag aufkündigt oder aussetzt. Vergleichbares gilt für die Türkei, die ein modernes russisches Luftabwehrsystem anschafft und von der Entwicklung und vom Kauf des neuesten amerikanischen Kampffjets ausgeschlossen wird.

Europa löst sich auf

Die Auflösung der Europäischen Union wurde nicht durch die Briten eingeleitet. Wenn bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Staaten wie Belgien, Frankreich, Großbritannien oder Italien die Parteien eine Mehrheit holen, die dieses Europa auf die eine oder andere Weise demontieren wollen, ist das kein Betriebsunfall.

Diese schleichende Auflösung von Nato und EU ist eine Implosion mit einem enormen Gefahrenpotential. Denn sie ist im Kern ein unpolitischer, in vieler Hinsicht irrationaler Reflex auf ein politisches Vakuum. Es trat an die Stelle der bis heute ausstehenden Antwort auf die vor beinahe dreißig Jahren aufgeworfene, entscheidende Frage: Wer sind wir, und wo stehen wir?

So gesehen, kann es für die Verantwortlichen in den westlichen Metropolen nur noch darum gehen, sich zu den Herren des Geschehens zu machen. Reformen der Gemeinschaften, die diesen Namen verdienen, scheiden inzwischen aus. Denn sie müssten tiefgreifend und konsequent sein. Wie der am 22. Januar unterzeichnete Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration zeigt, fehlen aber selbst den europäischen Gründernationen in der vitalen Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Mut und die Kraft.

Daher sollte man den britischen Austritt aus der EU und den amerikanischen Rückzug aus der Nato als Chance begreifen. Es gilt, geregelt zu vollenden, was längst in vollem Gange ist. Das ist keine Kapitulation, es ist die Rückkehr zu gestaltender Politik. Schließlich wäre die Auflösung jener anachronistischen Monstren nicht mit der Aufgabe eingespielter und bewährter politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Strukturen zu verwechseln, im Gegenteil: Die geordnete Entsorgung der hinderlichen Korsetts ist die Voraussetzung für einen Neuanfang. Ein Tabu darf es nicht geben.

Der Autor

Gregor Schöllgen lehrte von 1985 bis 2017 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen und war in dieser Zeit auch für die historische Ausbildung der Attachés im Auswärtigen Amt verantwortlich.

Quelle: F.A.S.

Machtoption Rot-Rot-Grün

So viel SED steckt noch in der Linken

Debatten über Rot-Rot-Grün sorgen im konservativen Lager für wiederkehrende Reflexe: Die Linke, heißt es, sei im Grunde die alte SED. Doch was haben die heutigen Genossen wirklich noch mit der DDR-Staatspartei zu tun?

Von *Kevin Hagen*



SED-Parteitag 1986: Mehr als 8000 Mitglieder sind noch heute bei der Linken

Donnerstag, **15.08.2019** 17:07 Uhr

"SED-Nachfolger". "SED-Erben". "Alte SED". Die üblichen Reflexe funktionieren noch, wenn es um die Linkspartei und rot-rot-grüne Bündnisse geht. Das war gerade erst wieder zu beobachten.

Einige SPD-Politiker hatten den Genossen zaghafte Avancen gemacht. Nach der nächsten Bundestagswahl werde es Debatten über politische Mehrheiten geben, sagte Generalsekretär Lars Klingbeil. "Dazu gehört auch Rot-Rot-Grün." Und Interims-Chefin Malu Dreyer forderte, im Zweifel "das Gemeinsame zu suchen und das Trennende zu analysieren".

Für den Boulevard und die konservative Opposition ist der linke Flirt ein gefundenes Fressen. Und so mussten sich die Genossen zuletzt wieder einiges über ihre historischen Verbindungen zur DDR-Diktatur anhören.

Zu Recht? Was haben die heutigen Linken noch mit den Machthabern eines Staates zu tun, den es seit mehr als 29 Jahren nicht mehr gibt? Der Linke-SED-Check.

Geschichte und Aufarbeitung

Die Linke ist zumindest zum großen Teil aus der SED hervorgegangen. Die Partei bezeichnet sich selbst als "Rechtsnachfolgerin" der DDR-Kommunisten. Nach dem Mauerfall benannte man sich zunächst in SED-PDS um, später in PDS. 2007 fusionierten die Genossen mit der von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegründeten WASG zur Partei Die Linke.

Eine Historische Kommission wurde eingesetzt, auf der Parteiwebseite nehmen die Linken Stellung: zum Mauerbau, zur Stasi, zu den Grenztoten. Der Ton: durchaus selbstkritisch, aber ohne ins Detail zu gehen. Die DDR sei etwa "am Unrecht in Politik und System" gescheitert, heißt es. Es habe einen "eklatanten Mangel an Demokratie" gegeben, "elementare Bürgerrechte" seien missachtet worden.

Gleichzeitig bezeichnen die Linken die DDR-Gründung aber als "legitimen Versuch", einen sozialistischen Staat aufzubauen. Formulierungen wie "Unrechtsstaat" sind in der Partei nach wie vor höchst umstritten.



Gysi, Modrow (1990): Kontrolle über Parteischatz wahren

Beim wohl schwierigsten Kapitel ihrer Nachwende-Geschichte bleiben die Linken weiter Antworten schuldig: Wo steckt das verschwundene Geld aus dem SED-Altvermögen? Und wer profitierte davon?

Mehr als sechs Milliarden Ostmark hatte die Staatspartei 1989 gebunkert. In den Wendewirren verhinderten damals führende Genossen um [Gregor Gysi](#) die Auflösung der SED - um die Kontrolle über den Parteischatz zu wahren. In der Folge versuchte man, Millionen ins Ausland zu schaffen.

Letztlich musste die PDS auf SED-Vermögen im Wert von 1,8 Milliarden D-Mark verzichten. Nur: Noch immer gilt ein hoher Betrag als verschollen. "Bis heute", moniert der Berliner Historiker und DDR-Experte Ilko-Sascha Kowalczyk, hätten die Genossen keine Versuche unternommen, über das Verschwinden des Parteigeldes aufzuklären.

Personal

Ehemaliges SED-Personal findet sich auch heute noch auf Spitzenposten der Linken. Einen radikalen Bruch haben die Genossen nie vollzogen - das hätte wohl das Aus der Partei bedeutet. [Dietmar Bartsch](#) etwa, Fraktionschef im [Bundestag](#), trat 1977 in die SED ein. Politische Karriere machte er erst nach der Wende: 1991 wurde er PDS-Schatzmeister. Er gilt als prominentester Vertreter des gemäßigten Reformflügels.

Auch Bundestagsvizepräsidentin [Petra Pau](#) war früher in der SED, arbeitete beim Zentralrat des DDR-Jugendverbands FDJ. Ex-Linken-Chefin [Gesine Löttsch](#), ab 1984 in der SED, wurde zuletzt für den Fraktionsvorsitz gehandelt. Löttsch stand bereits mehrfach wegen ihres Umgangs mit früheren Stasi-Mitgliedern in der Kritik.

Überhaupt war eine mögliche Stasi-Vergangenheit bislang kein Hinderungsgrund, bei PDS und Linken Politik zu machen. Der frühere IM [André Brie](#) gehörte einst zur Parteispitze, später war er Europa- und Landtagsabgeordneter. Ex-Parteichef [Lothar Bisky](#) hatte Vorwürfe, er habe für die Stasi gespitzelt, stets zurückgewiesen. Sie wurden auch nie final belegt. Das gilt auch für den früheren Fraktionschef Gregor Gysi, der ebenfalls eine Zusammenarbeit [mit dem Geheimdienst bestreitet](#).

Doch die größten Wende-Promis von SED und PDS sind heute nicht mehr dabei - oder haben an Einfluss verloren. Bisky starb 2013, Gysi ist Chef der Europäischen Linken - ein Job in der zweiten Reihe. Ex-DDR-Ministerpräsident [Hans Modrow](#) ist jetzt [Chef des Ältestenrates](#).

An vorderster Front stehen inzwischen vorrangig Genossen, die mit den Mächtigen in der DDR nichts oder nur wenig zu tun hatten: Noch-Fraktionschefin [Sahra Wagenknecht](#) durfte trotz ideologischer Übereinstimmungen in der DDR nicht einmal studieren. [Katja Kipping](#), die Parteivorsitzende aus [Sachsen](#), war 1990 erst zwölf Jahre alt. Und Co-Linkenchef [Bernd Riexinger](#) stammt aus [Baden-Württemberg](#).

Überhaupt gibt es im zwölfköpfigen Geschäftsführenden Parteivorstand der Linken nur vier Genossen, die im Osten geboren wurden. Sogar der Thüringer Ministerpräsident [Bodo Ramelow](#) kommt ursprünglich aus dem Westen.

Mitglieder

In den Achtzigerjahren hatte die SED mehr als zwei Millionen Mitglieder. Ende 2018 zählten die Linken gut 62.000 Genossen. Auf Nachfrage teilt die Partei nun mit: Zum Jahreswechsel seien noch 8150 Mitglieder in den eigenen Datenbanken registriert, die bis 1989 eingetreten sind - also zu SED-Zeiten. Bei etwa 11.500 Mitgliedern fehlten Informationen über das Beitrittsdatum. Das heißt: Mindestens 13 Prozent der heutigen Linken-Mitglieder waren einst auch in der SED, vermutlich etwas mehr.

Ein Großteil der Genossen hat wiederum keine SED-Vergangenheit. Dafür sorgt auch der Faktor Zeit. Der heutige Durchschnittslinker war 1990 erst 26 Jahre alt, etwa die Hälfte der Mitglieder kommt mittlerweile aus den alten Bundesländern oder aus [Berlin](#). Anfang der Neunzigerjahre mag die Linke noch als Auffangbecken für SED-Kader fungiert haben - doch die Partei entfernt sich allein biografisch immer weiter von der alten Staatspartei.

Charakter und Programm

Nach der Wende vollzog die PDS einen Kurswechsel - eben noch mächtige Diktaturpartei, inszenierte man sich fortan als gejjagte Opposition. Die Außenseiterattitüde kam im Osten an. Auf Jahre hinweg blieb die PDS in den neuen Bundesländern Volkspartei.

Inhaltlich distanzierte man sich von Stalinismus und SED-Diktatur. "Demokratischer Sozialismus" lautete fortan die Parole. Heute versammeln sich in der Linkspartei Menschen aus unterschiedlichsten Richtungen: Sozialdemokraten, radikale Linksaktivisten, Kommunisten, Ökopolitiker. Auf Parteitaggen kann man regelmäßig erleben, wie antiautoritär und streitlustig ein großer Teil der heutigen Genossen inzwischen ist.



Oliver Berg/DPA

Gysi auf Linkenparteitag 2019

Gerade in Großstädten treten die Linken immer weniger als klassische Klassenkämpfer auf - sondern sprechen ein urbanes, gebildetes Milieu an. Dass die Linke keine Ostpartei mehr ist, spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen. Während sie im Westen oft Zuwächse verzeichnet, hat ihr im Osten die AfD den Rang als Protestpartei abgelaufen.

Zwar tritt die Linke auch heute noch offiziell für einen "Systemwechsel" ein - doch der radikal-linker Flügel hat sich zersplittert, ist deutlich geschwächt. Seine klassischen Vertreter werden außerhalb der Partei meist nur noch mit außenpolitischen Provokationen und einer kruden Autokratenverehrung wahrgenommen. Etwa dann, wenn sie sich - wie [Heike Hänsel](#) - mit Venezuelas Machthaber [Nicolás Maduro](#) ablichten lassen. So etwas, das muss sich die Partei vorhalten lassen, ist bei den Genossen immer noch möglich.

Zugleich setzen sich die Linken noch immer für die Auflösung der Nato ein - eine Position, die wie ein Relikt aus den Zeiten des Kalten Kriegs wirkt. Die Linke sei eine antiwestliche Partei, sagt Historiker Kowalczuk. Hier gebe es noch eine Kontinuität zur SED-Zeit - indem "die Linkspartei die Missachtung der Menschenrechte in Staaten wie [Russland](#), [Weißrussland](#), [Kuba](#), [Venezuela](#) oder China verschweigt oder billigend in Kauf nimmt".

GASTKOMMENTAR

Die «volkseigene Erfahrung» macht viele Ostdeutsche empfindlich und rebellisch: Warum die DDR in Deutschland plötzlich wieder zum Thema wird



Am 12. November 1989 bahnt sich ein Wartburg mühsam den Weg durch die ehemalige Sperrzone an der Berliner Mauergränze. Heute gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland Autobahnen, doch die mentale Angleichung beider erfolgt immer noch im Schneckentempo. (Bild: Imago)

Im Landtagswahlkampf im deutschen Osten beruft sich die AfD auf die friedliche Revolution von 1989. Diese steht im Zentrum der Debatte, was aus deren ideellem Erbe geworden ist und wer dieses vertritt. In den Gebieten der einstigen DDR gibt es historische Empfindlichkeiten, die man im Westen nur schwer verstehen will.

Hubertus Knabe 16.8.2019

«Vollende die Wende», so prangt es auf der Startseite der AfD Brandenburg im Internet. Für die Landtagswahl am 1. September ruft die Partei, die gemäss Umfragen derzeit im Osten stärkste politische Kraft ist, zur «friedlichen Revolution mit dem Stimmzettel» auf. Auch Spitzenpolitiker der AfD wie Alexander Gauland vergleichen ihre politische Konkurrenz schon mal mit den DDR-Blockparteien, die Bundesregierung mit dem SED-Politbüro und die AfD mit dem Neuen Forum. Wie kommt es, dass die DDR, dreissig Jahre nach dem Mauerfall, plötzlich wieder zum Thema wird?

Folgt man der Nachrichtenredaktion der ARD, sind die Vergleiche der AfD «eine Frechheit» und «ein Schlag ins Gesicht der Mutigen von 1989» – so der aus Leipzig stammende Korrespondent Gábor Halász unlängst in den «Tagesthemen». Auch laut dem «Faktenfinder» der «Tagesschau» handelt es sich um «gezielte geschichtspolitische Verzerrungen». Überdies stammten die Spitzenkandidaten in Brandenburg und Thüringen aus dem Westen – und könnten deshalb, so die Botschaft, in Sachen DDR gar nicht mitreden. «Spiegel Online» zitiert verschiedene DDR-Bürgerrechtler, die sich «fassungslos» zeigen über die Kaperung der friedlichen Revolution.

Flucht in den Frontalangriff

Wie so oft beim Umgang mit der AfD scheint vielen Journalisten der Frontalangriff die einzig angemessene Reaktion zu sein. Dabei übersehen sie nicht nur, dass sie der nationalkonservativen Partei damit mehr nutzen als schaden. Sie ignorieren auch, dass die AfD Stimmungen zum Ausdruck bringt, die offenbar tatsächlich existieren. Wenn im Osten mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten erklären, die AfD wählen zu wollen, muss es dafür Ursachen geben. Aber welche?

Es ist die «volkseigene Erfahrung» der DDR, die viele Ostdeutsche empfindlich und rebellisch macht. Erstaunlicherweise gilt das auch für einen Teil ihrer Kinder.

Die Antwort auf diese Frage ist häufig kaum verhüllte Verachtung gegenüber «den» Ostdeutschen oder «den» Sachsen, die undankbar und grundlos den Pfad der politischen Tugend verlassen hätten. Die weniger Überheblichen reagieren mit einer Mischung aus Mitleid und Schmeichelei, wie bei einem schwer erziehbaren Jugendlichen. Laut dem «Tagesthemen»-Kommentator haben die anderen Parteien «den Osten zu oft allein gelassen». Auch die Bundeskanzlerin erklärte den Unmut der Ostdeutschen damit, dass die Wiedervereinigung für diese «zu harten Umbrüchen» geführt habe. «Tagesspiegel»-Kolumnistin Liane Bednarz forderte deshalb, der AfD-Rhetorik durch eine positive Betrachtung des im Osten Geleisteten Paroli zu bieten. Die Bundesregierung plant ebenfalls, bei den anstehenden Jubiläumsfeiern «das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen zu fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben».

Ob diese Strategie zum Erfolg führt, ist zweifelhaft. Denn der Vergleich der heutigen Lage mit der in der DDR hat tiefere Ursachen. Es ist die «volkseigene Erfahrung», wie der Historiker Lutz Niethammer vor Jahren ein Oral-History-Buch zur DDR nannte, die viele Ostdeutsche empfindlicher und rebellischer auf bestimmte politische Entwicklungen reagieren lässt. Erstaunlicherweise gilt das nicht nur für diejenigen, die die DDR bewusst miterlebt haben, sondern auch für einen Teil ihrer Kinder.

Da ist zum einen die Abgehobenheit der politischen Klasse, die viele Ostdeutsche an früher erinnert. Angela Merkel ist bald genauso lange im Amt wie Erich Honecker, über elf Millionen Bundesbürger haben nur diese eine Kanzlerin erlebt. In der Praxis, so empfinden es viele, entscheidet nur eine kleine Gruppe von Politikern über die Geschicke der Bundesrepublik – oft genug, ohne sich um die Vorstellungen grosser Bevölkerungsteile zu kümmern. Wer die Welt nur aus der Perspektive des postmaterialistischen Milieus in den Grossstädten betrachtet, muss sich nicht wundern, wenn sich viele Ostdeutsche auf dem Lande darin nicht wiederfinden.

Der altbekannte Haltungsjournalismus

Schon zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung [hat der Richter am Bundesverfassungsgericht, Peter M. Huber, vor einer zunehmenden Selbstreferenzialität des politischen Systems in Deutschland gewarnt](#). Das Wahlrecht, die Ausgestaltung der Politikfinanzierung, das Fehlen direkter Demokratie auf Bundesebene und die Organisationsstrukturen der politischen Parteien verstärken die Sprachlosigkeit zwischen Bürgern und Politik. «Auch die inhaltliche Annäherung der grossen Parteien nimmt dem Wähler die Möglichkeit zur Einflussnahme. Wo es keine Alternativen gibt, gibt es auch keine Wahl.» Das kennen viele Ostdeutsche aus der Vergangenheit.

Verstärkt wird die Entfremdung zwischen Volk und Regierung durch das Agieren der Medien, vor allem der öffentlichrechtlichen. In seinem Buch «Zur Sache, Deutschland» ist [der Journalist Jochen Bittner unlängst mit seinen Kollegen ins Gericht gegangen](#). Am Beispiel des Redaktionsleiters der WDR-Sendung «Monitor», Georg Restle, beschreibt er «das zunehmende Bedürfnis vieler Journalisten, der Öffentlichkeit zu beweisen, wo sie politisch stehen». Dem hält er entgegen, dass die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Berichterstattung die Presse auch dazu verpflichte, «die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammenzufassen». Im Klartext: Neue Parteien müssen in gleicher Weise Gehör finden wie alte.



Wolf Biermann – ein deutsch-deutsches Leben

Der Haltungsjournalismus stösst im Osten Deutschlands auf besonders empfindliche Ohren. Zu gut ist den Älteren noch die «Rotlichtbestrahlung» der DDR-Medien in Erinnerung. Überschriften wie «Flüchtlinge könnten Wirtschaftswunder bringen» erinnern manchen an die Schlagzeilen über Produktionserfolge im SED-Zentralorgan «Neues Deutschland». Das ständige Bemühen, den Ostdeutschen zu sagen, was sie zu denken oder zu wählen haben, führt wie einst in der DDR zur Flucht vor der Berieselung, nur dass heute die sozialen Netzwerke die Rolle des Westfernsehens übernommen haben. Selbst wenn sämtliche Journalisten Bittners Appell folgen würden, die «Fahnen runterzunehmen», dürfte es lange dauern, das verloren gegangene Vertrauen in ihr Bemühen um Objektivität wieder aufzubauen.

Aufpassen, was man sagt

Politik und Medien tragen auch die Hauptverantwortung dafür, dass in Deutschland immer mehr Menschen Angst haben, offen ihre Meinung zu sagen. [Laut einer Allensbach-Umfrage hatten 45 Prozent der Befragten im November 2015](#) den Eindruck, man müsse vorsichtig sein, wenn man sich zur Flüchtlingsfrage äussere. [Im Mai 2019 hatten bereits zwei Drittel der Befragten](#) das Gefühl, man müsse im öffentlichen Raum «sehr aufpassen», was man sage. Neben der Flüchtlingsfrage wurden jetzt auch die Themen Nationalsozialismus, Juden, Rechtsextremismus, Patriotismus, Homosexualität und die AfD als angstbesetzt benannt. Die Aggressivität und Intoleranz im politischen Diskurs erinnert zuweilen fatal an DDR-Verhältnisse, nur dass der Druck jetzt nicht nur von oben kommt, sondern auch von der Seite durch manche Journalisten und von ihnen gehypte Minderheiten.

Die Umfrage brachte auch zum Vorschein, dass die Bevölkerung inzwischen deutlich zwischen Meinungsäusserungen im öffentlichen Raum und im privaten Kreis trennt – ein Phänomen, das viele Ostdeutsche ebenfalls nur allzu gut aus der DDR kennen. Auch dort sahen sich die meisten genötigt, an der Schule, in der Universität oder im Betrieb anders zu reden als zu Hause. Vor besonderen Schwierigkeiten standen dabei diejenigen, die Kinder hatten. Wenn der Lehrer in der Schule scheinbar harmlos fragte, ob die Uhr im Fernsehen Punkte oder Striche hatte, konnte er damit feststellen, ob die Familie Westfernsehen schaute. Im schlimmsten Fall landete die Antwort beim Staatssicherheitsdienst. Von dieser Angst, am Mittagstisch offen mit seinen Kindern zu reden, weil «sich die Kleinen in der

Schule verplappern könnten», sprach jetzt auch der thüringische Spitzenkandidat Björn Höcke beim Wahlkampfauftakt der AfD in Cottbus unter dem Beifall seiner Anhänger.

Angst hielt die überwiegende Mehrheit der DDR-Bewohner auch lange Zeit davon ab, sich gegen die SED-Diktatur aufzulehnen. Die wenigen Unerschrockenen – nach Stasi-Analysen etwa 2500 Menschen – wurden zumeist überwacht, schikaniert, verhaftet oder aus dem Lande gegrault. Die Staatsmedien verunglimpften sie als «Konterrevolutionäre», «Agenten» oder «feindlich-negative Elemente» – wenn sie überhaupt darin Erwähnung fanden.

Der rabiate Umgang mit der AfD erinnert viele Ostdeutsche deshalb an alte Zeiten. Wenn der Bundestag der grössten Oppositionspartei beharrlich einen Posten als Vizepräsident verweigert, bestärkt er selbst den Eindruck, er sei bereits «gleichgeschaltet» mit der DDR-Volkskammer. Auch die Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD stärker zu überwachen, aktiviert im Osten sofort die Erinnerung an die Stasi. Die Behinderung ihrer Veranstaltungen durch Gegendemonstranten, die Nichtzulassung ihrer Kandidaten in Sachsen, die Forderung prominenter Politiker, die AfD zu verbieten oder einzelnen Personen ihre Grundrechte zu entziehen – all dies gerät im Osten automatisch in den Kontext der DDR-Vergangenheit. Wie das Beispiel der PDS gezeigt hat, wird die AfD durch solche Massnahmen aber nicht schwächer, sondern stärker, weil viele Ostdeutsche sich dadurch motiviert fühlen, endlich den Widerstand zu leisten, zu dem sie in der DDR nicht den Mut hatten.

Schon dieser Tatsache ist zu entnehmen, dass die heutige Bundesrepublik keine DDR 2.0 ist – wie in den sozialen Netzwerken gerne behauptet wird. Aber es gibt Entwicklungen, die den fundamentalen Unterschied zwischen damals und heute verkleinern und die deshalb jeden Demokraten aufhorchen lassen sollten. Den wahrscheinlichen Wahlsieg der AfD bei den Landtagswahlen im Osten kann man deshalb auch als Weckruf begreifen: dass Politik und Medien aus ihren Fehlern lernen und sich, wie nach dem Sturz der SED-Herrschaft, der Sorgen der Menschen wieder annehmen.

Hubertus Knabe ist Historiker und war langjähriger Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen.

DAS ENDE DER DDR:

Das Ding mit dem Osten

- VON INES GEIPEL
- -AKTUALISIERT AM 14.08.2019-18:33



1989 – in das Trauma der Doppeldiktatur krachte das Trauma der Verunsicherung. Verstörung, Abwehr, Gefühlsmüdigkeit, Desillusion machten sich breit. Nach vorn hin wurde saniert und saniert, inwendig blieb das Ganze ohne Boden.

Sich noch einmal auf diese sehr deutsche Wand zubewegen mit dem Risiko, dass kein Durchkommen ist. Noch einmal fragen, was los ist im Osten. Was machen die da? Warum sind die Kriegsenkel heute dort die Kernwähler der [AfD](#)? „Werde Bürgerrechtler!“, „Hol dir dein Land zurück!“, „Vollende die Wende!“ steht auf den Wahlplakaten der AfD, wenn man in diesen Tagen durch Brandenburg fährt. Die Bilder werden immer schief. Doch je schief, peinlicher, blöder, umso rasanter klettern die Umfragewerte der Rechten. Der Daueralarm verfängt und hinterlässt spürbar Panik im politischen Raum.

Wo sind wir? Was verrutscht da, was entzündet sich und warum? Wieso ich ausgerechnet jetzt an Hartmut Radebold denken muss, an diesen leisen, genauen Mann, Jahrgang 1935, in seinem azurblauen Mohairpulli. Radebold, der Nestor der Kriegskinderforschung und damit Spezialist für vaterlose Kindheiten im [Zweiten Weltkrieg](#). Als ich ihn das letzte Mal sah, saß er auf einem Podium und sprach kaum hörbar, aber vor sehr vollem Saal von seinem „Kummer“. Radebold ist Psychiater und Psychoanalytiker. Es ist davon auszugehen, dass sein öffentlicher Schmerz mehr sein wollte als etwas Persönliches. Als hätte er seinen Zuhörern noch einmal Mitscherlichs „Unfähigkeit zu trauern“ auf die Knie gelegt. Trauern als gesellschaftliches Bewältigungsmodell.

Die Kriegskinder des Ostens, die Jungaktivisten als die klassischen Aufbauer und damit die, die „am engsten mit dem Auf und Ab der DDR-Entwicklung verbunden waren. Sie machten in und mit der DDR Karriere“, schreiben die Soziologen Annegret Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries. Aber was heißt das? Es sind Hitlers Kinder. Die, die durch ihn sozialisiert wurden, geprägt durch Hurra und HJ und zwischen Ruinen groß geworden, mit toten, abwesenden oder orientierungslosen Eltern, mit unglaublichen Lehrern und einer angstbesetzten Zukunft. Vaterlos Hungrige, die sich im postfaschistischen Osten neu aufladen ließen von der Idee eines besseren Deutschlands. Die in ihren Blauhemden an die neuen Orte zogen, auf die Großbaustellen, in die Parteischulen und Pionierpaläste. Die viel von Aufbruch träumten, von Gemeinschaft, Essen und Sicherheit und dabei straff eingenäht wurden ins Amnesieprogramm des ostdeutschen Neustarts. Ein Diktat, bei dem die Kommunisten die Bevölkerung über den Nationalsozialismus schweigen ließen, wie sie die aus dem Moskauer Exil Zurückgekehrten zum Parteischweigen über den Stalin-Terror im fernen Bruderland verpflichteten. Ein klammheimlicher Pakt, der Entlastung bot und die Basis war für die kommenden Säuberungen.

Die West-Gesellschaft des direkten Nachkriegs, die sich manisch schönputzte, die schier märchengleich Kohle machte und sich in ihrer Unfähigkeit zu trauern verpuppte. Die postfaschistische DDR der fünfziger Jahre dagegen wurde zur Synthese zwischen eingekapseltem Hitler und neuer Stalin-Diktatur, geplant durch einen roten Antifaschismus, der einzig eine Heldensorte zuließ: den deutschen Kommunisten als Überwinder Hitlers. Mit dieser instrumentellen Vergessenspolitik wurde im selben Atemzug der Holocaust für 40 Jahre in den Ost-Eisschrank geschoben. Er kam öffentlich nicht vor.

Eine entgeisterte Zeit, eine Angstzeit, mit viel Jubel nach außen und einer staatlich verordneten Unmöglichkeit zu trauern nach innen. Wer sich dem Binnenklima des Ostens nähern will, seinem bis ins Mark internalisierten Opferstatus, seinen Schmerzlinien, seinen Echoräumen des Schweigens, seiner emotionalen Schizophrenie, seiner hart trainierten Kultur der Camouflage, muss in die Zeit der ersten Übernahme zurück, zu dieser kalkulierten Geschichtsdrehung. In die Zeit der Formierung, des Schleifens, des Ausgesetztseins, der Kollektivunterwerfung unter Zwang.

Hitler und Stalin in den Knochen

Die Kriegskinder des Ostens, heute um die 80, haben Hitler und Stalin in den Knochen. Sie waren drin in der Mühle, in dieser Gefühlscodierung, mehr als ein halbes Jahrhundert lang. Als 1989 die Mauer fiel, waren sie um die 50 und im besten Karrierealter. Vielfach wurden sie ausgetauscht, verloren ihre Arbeit, standen unter Schock, waren orientierungslos. Dieser Zeitbruch muss sie an ihre eigenen Eltern erinnert haben, an die Jahre nach dem Kriegsende. Es muss sich schrecklich angefühlt haben. Doch für diese Erfahrungswucht hatten die Kriegskinder des Ostens keine Sprache, nicht für sich, nicht für ihre Gefühle, nicht für die Zeit, in der sie nun leben sollten. Das hatten sie nicht gelernt. [Sigmund Freud](#) war seit 1948 im Osten verfermt und durfte erst Mitte der Achtziger wieder erscheinen. Denn der neue Mensch sollte nicht nur ein Mensch ohne Leiden sein, das Regime brauchte ihn als beliebig formbar. Im Herbst 1989 war das repressionsgewöhnte Kollektiv, in dem Hitlers Kinder inmitten des Schuldrucks der Doppeldiktatur überwintert hatten, wie über Nacht weg. Schluss, aus, Ende.

Ihre Kinder, die Babyboomer des Ostens, hatten den Eltern samt Vater Staat bereits im Sommer 1989, über die Tschechoslowakei und Ungarn, den Rücken gekehrt und waren in den Westen geflohen. Hunderttausende junge Menschen. Im aktuellen Streit darüber, wem die glücklichste Revolution aller Deutschen gehört, werden sie notorisch wegerzählt. Wieso eigentlich? Gab es nicht Tote? Hatten sie nicht genauso viel Angst wie die Demonstranten in Leipzig und Berlin? Setzten sie nicht auch ihr Leben ein, um endlich ein eigenes, freies Leben zu führen? Die Generation Mauer, die im großen deutschen Generationenwald als die „Glücklichen“ bezeichnet werden, weil sie die Revolution 1989 zum biographisch besten Zeitpunkt erlebt hatten. Heute fahren die Dagebliebenen gern SUV, haben Haus und Boot und sind die Basiswähler der AfD.

Die Kriegsenkel des Ostens als die einzige Generation, die im totalen Einschluss groß geworden ist. Die Kinder der Teilung, die Mauerkinder, die zwar keinen realen Krieg erlebt haben, aber zur Generation eines inneren Krieges wurden, in dem sich mehr als 50 Jahre Diktaturgeschichte, die Mauerparalyse der Eltern und damit auch viel private und strukturelle Gewalt austobten.

DDR-Schicksale sind nicht in unseren Köpfen

Warum ich das erzähle? Ich will auf die Sache mit der Trauer zurück und auf den Hass im Osten. Dabei ist der West-Mann mit dem Kummer nicht einfach nur ein Bild. Er könnte ein Schlüssel sein dafür, was im Ostdeutschland ungeklärt geblieben ist, vielleicht bleiben musste. Es war zu viel, zu viel an Geschichte, zu viel an Leid. 300.000 politische Häftlinge in den DDR-Zuchthäusern, 75.000 wegen Republikflucht Inhaftierte, Hunderte an der Mauer Erschossene, 4,6 Millionen, die zwischen 1945 und 1990 in die Bundesrepublik flohen, mehr als vier Millionen Vertriebene, die in Ostdeutschland strandeten, zwei Millionen, die der DDR-Zwangskollektivierung auf dem Land ausgesetzt waren, 120.000, die die NKWD-Speziallager überlebten, Zehntausende, die in die Sowjetunion verschleppt wurden, fast eine halbe Million, die in den DDR-Kinderheimen ohne Kindheit blieben und damit nicht

genug. Die Zahlen allein sind eine Dimension. Aber die Schicksale dahinter sind nicht in unseren Köpfen, nicht wirklich in uns. Nicht im Osten, auch nicht im Westen.

1989 implodierte nicht nur die DDR, es kollidierten auch zwei gedächtnispolitische, kulturelle und emotionale Lebenshäute. Mit der einen hatte sich der Westen, nach Verleugnung und stark zeitverzögert, aber dann doch konsequent ab den siebziger Jahren für die Geschichte der Opfer geöffnet und den Holocaust zu seinem zentralen Identitätsbezug gemacht. Er wurde auch zum inneren Kern der Staatsräson des neu vereinten Deutschlands. Das war keineswegs so selbstverständlich, wie es im Moment der Einheit daherkam. Mehr als vierzig Jahre lang hatte sich die alte Bundesrepublik in mühsamsten Minischritten, über harsche Kontroversen, Skandale, Schaukämpfe, Dementis und geschichtspolitische Volten aus einer Tätergesellschaft zu einer kollektiven Politik der Erinnerung durchdebattiert, die das Gedenken an die jüdischen Opfer zu guter Letzt für unverbrüchlich erklärte.

Perspektive des Ostens fehlte in Debatten nach 1990

In allen Folgedebatten nach 1990, und es waren nicht wenige – Spielbergs Film „Schindlers Liste“ 1993, die Wehrmachtsausstellung ab 1995, die Walser-Rede 1995 oder das späte Grass-Geständnis 2006 – war die Perspektive des Ostens nicht anwesend. Es gab sie nicht. Mittels Staatsdoktrin und falschem Buchenwald-Mythos hatten die Kommunisten die Ostdeutschen per se entlastet und die DDR zur reinen Opfergesellschaft gemacht. In der Erzählung der Mächtigen galt der Faschismus als ausgerottet, die Hauptkriegsverbrecher waren bestraft, die Institutionen entnazifiziert, das Kapital war vergesellschaftet, der Adel enteignet und die Restnazis waren unisono im Westen untergekröhen. Wiedergutmachungen, die Israel für seine Holocaust-Opfer beanspruchte, lehnte die DDR strikt ab und bezeichnete die Forderungen schon 1953 als „zügellose Hetze“.

Hier der Westen und sein zu Recht definitiver Leitanspruch: die nicht hintergehbare Opferfrage, dort die Opfer-Gesellschaft Ost, in der die Schuldfrage im Hinblick auf den Nationalsozialismus ungeklärt, unbesprochen, unbewältigt vor sich hinmoderte. Zwei politische Bewusstseinshäute, die unübersetzbar waren, nicht kompatibel. Wie sollte das auch gehen?

Nach anfänglichem Jubel und Einheitsstolz fand sich der Osten nach 1990 in einer Rollentrance wieder, in einem immateriellen Existentialneid, der womöglich stärker zu Buche schlug als alles, was mit Zahlen zu tun hatte und sich Treuhand, Geld, Rente, materielles Erbe nannte. Der Osten, der sich gegenüber dem Westen immer als die solidarischere Gesellschaft verstand, als Hort der Wärme, des Miteinanders, der unmittelbaren Hilfe, blendete in Wissenschaft, Bildung, in den Gedenkstätten und der Öffentlichkeit die Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden weitgehend aus, ja zog sie nicht einmal ernsthaft in Betracht. Sein Mehrheitsbewusstsein tut das bis heute nicht, sondern geht ähnlich brutal mit den Opfern der zweiten deutschen Diktatur um. Wie ist das zu erklären?

Einheitskinder als Generation in between

Die Kriegskinder, die die DDR aufgebaut hatten und das Regime fortauern ließen. Die sogenannten Integrierten, die Bürgerrechtler-Generation, die historisch alles richtig gemacht hatte, jedoch in großer Mehrheit die DDR unendlich weiterreformierte. Die Kriegsenkel, die als einzige Generation Schluss machen wollte mit dem Regime. Nicht mehr warten, nicht mehr reden. Aus und vorbei. Im Superwahljahr des Ostens stehen nun aber noch zwei andere Generationen an der Wahlurne, die aus Deutschland ein verändertes Land machen werden. Da sind zum einen die Einheitskinder, die Letztgeborenen, die Kriegsenkel, die bereits reichlich zehn Jahre nach dem Mauerfall auf ihren Phantomschmerz im Hinblick auf das verschwundene Land DDR aufmerksam machten, vor allem auf das abrupte Ende ihrer Kindheit. Streckten sie in den Jahren des Umbruchs verstört ihre Hände aus, griffen sie ins Leere. Was erfuhr diese Generation tatsächlich von dem, was die Eltern und Großeltern in der DDR gelebt hatten? Wie organisierten sich die Einheitskinder den Zugang zu den Quellen, welche konkreten Informationen bekamen sie in den Schulen und in den Ost-Medien?

Was die Einheitskinder zwangsläufig in Bann hielt, war das laute Nichtgespräch, die anhaltende Störung zwischen den Generationen. Die gab es zwischen den Kriegskindern und Kriegsenkeln. Sie

verlängerte sich im desolaten Diktaturnachraum aber auch in die Folgegenerationen hinein. Politische Standards existierten nicht, wurden nicht eingeführt und auch nicht eingefordert. Opfer? Täter? Eine Frage der Perspektive und scheinbar beliebig. Eine glaubwürdige Aufarbeitung der DDR-Verbrechen fand nicht Eingang ins öffentliche Bewusstsein. Historische Wahrheit perlte an der inneren DDR ab wie Fett an einer Teflonschicht. Wie ging so Klärung? Wer setzte die Leitplanken?

Einen Halt fanden die Urenkel Hitlers, heute längst über vierzig, vornehmlich in den eigenen Kindheitsbildern, die beruhigter, stabiler und abrufbarer waren als all das, was nach 1989 auf sie einstürzte. Man hatte sie in die Zukunft gehoben. Was sie hielt, existierte vorerst nur im Alten. Eine Generation *in between*. Ist das die Ursache dafür, warum in ihr die weggebrochene DDR rasch zum Märchenland wird und die frappanten Fehlstellen der Ost-Erzählung gern ausgelassen werden?

Die Ost-Millennials

Das Ding mit dem Osten. Es ist vertrackt. Mit den Ost-Millennials, die im vereinten Deutschland aufwuchsen und heute zwischen 18 und 30 sind, tritt heute und gegen alle Prognosen eine Generation mit dem Selbstverständnis an: „Wir fühlen uns als Ostdeutsche.“ Sie sind fit, wach, gut ausgebildet und in der Welt unterwegs. Drei von vier wollen in den Osten zurück. Es geht um eine hochemotional ausgetragene Verteidigung der Herkunft und um die unendliche Geschichte von der Identität. Sie wissen, dass der Osten ein politisches Experimentierfeld ist, aber auch eines für die eigene Biographie. Eine Generation, für die das Ost-Idiom eine leere Hülle ist, die nur darauf wartet, neu gefüllt zu werden, und die gleichzeitig Sehnsucht danach hat, den historischen Belastungen ihrer Herkunft zu entkommen. Verständlich? Allemal.

Die Kriegskinder, die heute unversöhnlicher denn je die DDR verteidigen und neidvoll auf die Möglichkeiten der Jüngeren schauen. Die Kriegsenkel, die so viel vorhatten, aber oft die Schatten des alten Jahrhunderts nicht loswurden. Die Einheitskinder, die nach 1989 unbedingt die 68er des Ostens geben sollten, aber überidentifiziert mit den Eltern in die Pittiplatsch-Version verfielen. Die Ost-Millennials, die laut Studien Politdebatten mit den Älteren meiden, da sie toxisches Gelände sind. Was für die einen das ganze Leben, kann für die anderen problemlos Spiel oder auch Geschäftsmodell sein. Der Osten trudelt, auch zwischen dem Neid an Möglichkeiten und dem Neid an Geschichte. Eine glückliche Revolution ist auch biographisch eine Rarität.

Was wurde nach 1989 aus den Schweigezonen des Privaten?

Die Sache mit den Familien, den Generationenspannungen, den Loyalitäten. Geburten, Heiraten und Scheidungen fielen im Osten nach 1989 für Jahre auf historische Tiefstände. Ab Mitte der Neunziger erholte sich die Familie und wurde zum Stabilisator, zur Orientierungsinstanz, zum Bollwerk und intimen Magneten gegen die große Verunsicherung. Aber was wurde aus den Schweigezonen des Privaten? Was aus den implodierten Identitäten der Eltern und Großeltern? Was aus der Identitätsnot derer, die nun ohne DDR aufwuchsen? Wie haben sich symbolische Grenzen und über Jahrzehnte unveränderte Denkfolien im ostdeutschen Binnenraum nach 30 Jahren neu austariert? Haben sie es überhaupt?

Ich muss an den Mann im blauen Mohairpulli denken und an seinen Schlüsselsschmerz. Ab 1989 gab es keine staatlich angeordnete Unmöglichkeit zu trauern mehr. Aber Gründe zu trauern hatte der Osten genug. Er tat es nicht, konnte es vielleicht nicht. Die Zeit war nackt, ruppig, unverstanden. Referenzsysteme, in denen man hätte miteinander sprechen können, gab es nicht. Sie existieren auch heute nicht. „Es war nicht das Gestern, das feige kapitulierte und beseitigt ist, sondern Menschen taten das, die weiterleben und nun dem neuen Geist die gleiche Aufgabe stellen, die der alte nicht bezwungen hat“, schrieb Robert Musil in seiner Novelle „Vereinigungen“.

Verwerfungen, Verleugnungen, Unerlöstes. In das Trauma der Doppeldiktatur krachte das Trauma der Verunsicherung. Verstörung, Abwehr, Gefühlsmüdigkeit, Desillusion machten sich breit. Nach vorn hin wurde saniert und saniert, inwendig blieb das Ganze ohne Boden. Es waren die Ostdeutschen, die das Erbe ihrer Diktatur durch Entlastungserzählungen klein hielten und sie zum „großen

Volkstheater“, „Indianerspiel“ oder „Gartenzwergland“ machten. Ein Klischee klebte am anderen. Irgendwann waren die Scherze verbraucht, nur fühlte sich das neue Leben immer noch nicht besser an.

Reflex im Flüchtlingsommer 2015

Im Flüchtlingsommer 2015 wurde der Dauerdiminutiv fast über Nacht zum großen Nein, die Ostdeutschen mutierten zu „Wendeverlierern“, „Abgehängten“, „Bürgern 2. Klasse“, das trotz völlig anderer Realität. Denn auch für sie war die Einheit eine riesige Erfolgsgeschichte. Noch am 30. Oktober 1989 hatte Gerhard Schürer, der Vorsitzende der staatlichen Plankommission, in einer geheimen Wirtschaftsanalyse der DDR den Staatsbankrott erklärt. Die Inlandsverschuldung lag bei 123 Milliarden Mark, gegenüber 12 Milliarden im Jahre 1970. Die Arbeitsproduktivität erreichte nicht zuletzt wegen zerschlissener Anlagen und fehlender Automatisierung nur 40 Prozent gegenüber der in der Bundesrepublik. Die Auslandsverschuldung war 1989 auf 49 Milliarden gestiegen. 1970 hatte sie noch zwei Milliarden betragen. Dasselbe galt für den Verschleißgrad des Staates, was Totalausfall bedeutete. In der Industrie lag er bei 53 Prozent, bei den Gebäuden bei 67 Prozent, in der Landwirtschaft bei 61 Prozent. Das Land war marode und pleite zugleich.

Nach dem Herbst 1989 verlangten die Ostdeutschen die rasche D-Mark. Sie bekamen sie. Die Ostdeutschen wollten die Einheit. Sie kam schneller, als viele westdeutsche Politiker sich nicht erhofft hatten. Und dann? Folgten harte Jahre der Transformation. Die Nullerjahre. Neben äußerem Aufbau, Neukonsolidierung und Bauboom waren das laut Statistik für die Postdiktatur Ost vor allem Jahre drastisch steigender Gewalt, zunehmender Kinderarmut, einer dreifach höheren Zahl innerfamiliärer Tötungsdelikte als im Westen oder dem um vier Jahre früher liegenden Drogeneinstiegsalter bei Jugendlichen. Die Seelenkosten der Diktatur wogen bei weitem schwerer als alles Monetäre.

Das Sachsen-Paradox

Heute beurteilen 81 Prozent der Menschen in Sachsen ihre wirtschaftliche Situation als sehr gut bis eher gut. 88 Prozent derer, die in Thüringen auf dem Dorf wohnen, sagen von sich, sie seien sehr oder eher zufrieden. Dort, wo die Arbeitslosigkeit besonders stark gesunken ist, wie etwa in Sachsen, ist der Zuwachs der Rechten am größten. Man nennt es das Sachsen-Paradox. Brandenburg hat sein Brandenburg-Paradox, Thüringen das Thüringen-Paradox. Es gibt Stimmen, die von einer Pervertierung der Wahrheit und einem geschichtsbedingten Blackout sprechen. Als fiele die Realität einfach ins Loch. In Osteuropa wird über den ostdeutschen Blackout nur noch der Kopf geschüttelt. Georgien, Rumänien, Ukraine. Was hätte man dort darum gegeben, so viel manifeste Unterstützung wie Ostdeutschland erhalten zu haben, um endlich die eigenen Oligarchien und die Korruption abzuschütteln?

Diktaturen sind Verantwortungsentlastungen. Ihre affektive Verleugnungswalenz auf den Weg in die Demokratie zu bringen ist nichts anderes als Identitätsarbeit. Wie steht es damit? Gedächtnis, Erinnerung und Identität gehören wie selbstverständlich zum Generalbass der vereinten Republik. Über den Erfahrungsgrund der westdeutschen Kriegskinder schrieb der Psychoanalytiker Werner Bohleber, dass „diese im Schatten der Lebenslüge ihrer sich als Opfer definierenden Eltern aufwuchsen. Das Schweigen über die eigene Beteiligung und die Lücken in den Familienbiografien erzeugten ein nebelhaftes und teilweise verzerrtes Realitätsgefühl.“ Die Schatten, der Nebel, das verzerrte Realitätsgefühl. Im Juli gab es in Berlin anlässlich der Buchpremiere des wegen Totschlags verurteilten letzten DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz eine 30 Meter lange Schlange, um von ihm ein Autogramm zu erhaschen. Ausgerechnet am 9. Oktober will sich der letzte SED-Chef Gregor Gysi in der Leipziger Peterskirche öffentlich zur Zeit äußern. Dabei war es vor allem die politische Verantwortungslosigkeit der Linken, die die AfD im Osten vorbereitet und groß gemacht hat. Sie spielte den Kümmerer und blockierte den Ostdeutschen den Weg in die Demokratie.

Deshalb hat es seine Logik, dass Gregor Gysi in den neuen Ländern durch Alexander Gauland abgelöst wurde. Was im Osten politisch ungeklärt geblieben ist, hat Unterschlupf bei der AfD gefunden. Sie ist das gedächtnispolitische Desaster des Landes. Je mehr sie sich radikalisiert, umso mehr wird sie zur Ostpartei. Das wird ihr zunehmend zum Problem, führt aber nicht an der Tatsache vorbei, dass

Pampfern, Verharmlosen, Wegmoderieren oder Geld sich im Hinblick auf die Diktaturlast des Ostens klar als Fehlstrategie erwiesen haben. Keine Partei hat bislang ein Programm oder eine Idee entwickelt, wie der Destruktionslust des Ostens zu begegnen ist. Für 40 Jahre Seelenkosten gibt es kein Konzept. Es schien nicht wichtig genug, also hat man es laufen lassen.

AfD hat leichtes Spiel im Osten

Mit dem gezielten Rollback in das alte mentale Binnenregime des Ostens hat die AfD – auch wegen des ungelösten Generationenstreits – leichtes Spiel, sich ein neues Kollektiv zu formen. Höcke, Weidel, Gauland, Kalbitz, von Storch. Es sind Politiker aus dem Westen. Sie brauchen nur ordentlich Druck zu machen. Als ob das, was die inneren Schauplätze bestimmt, neu beatmet würde. Biographische Dispositionen, eingefräste Identitätsmuster, neues Schweigen sind im Osten der Boden für die politische Regression. Es wird purer, ärger, härter. „Sei dabei, wenn Geschichte gemacht wird!“, appelliert die AfD. Das Gefühl der herbeigeredeten Niederlage wird strategisch zur Revolution umgezählt und 1989 zum Trigger. Es ist der Versuch einer Übernahme.

Ist die AfD überhaupt derart wichtig? Ist sie nicht erinnerungspolitisch vor allem das zeitgenössische Gesicht unseres frivolen Umgangs mit Geschichte? Leisten wir uns Ostdeutschland nicht als Projektionsraum, um die fragwürdige Gedächtnisarchitektur des vereinten Landes in Sachen Diktaturerbe auszublenden? Das Ding mit dem Osten. So kriegen wir es nicht hin. Aber ginge nicht wenigstens das? Eine deutsch-deutsche Neuerzählung als Konfrontation: Was ist geklärt? Was trägt? Was bleibt Konsens in diesem Land? Was sagen das neu aufgelegte Spaltungssyndrom und die schiefe Identitätspolitik über die untergrabene Revolution und uns? Wie wollen wir es miteinander halten? Zugleich braucht der Osten endlich echte Aufmerksamkeit, und das über seine Landtagswahlen hinaus.

Die Verfasserin ist Schriftstellerin. Im Frühjahr erschien ihr Buch „Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass“, Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart.

Quelle: F.A.Z.

MIKROZENSUS:

Jeder Vierte in Deutschland hat Migrationshintergrund

- AKTUALISIERT AM 21.08.2019-11:32



Mehr als 20 Millionen Personen in Deutschland oder mindestens einem ihrer Eltern fehlte laut Statistischem Bundesamt die deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten geben familiäre Gründe als Motiv ihrer Einwanderung an.

Im Jahr 2018 hatten rund 20,8 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis des Mikrozensus weiter mitteilt, entsprach dies einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Prozent (2017: 20,3 Millionen). Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Dies traf 2018 auf jede vierte Person in Deutschland zu.

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund 1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Um aus den erhobenen Daten Aussagen über die Gesamtbevölkerung treffen zu können, werden die Daten hochgerechnet.

Im Jahr 2018 waren etwa 52 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Deutsche und knapp 48 Prozent Ausländerinnen beziehungsweise Ausländer. Etwa die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund sind Deutsche. 5,5 Millionen von Ihnen besitzen die Staatsangehörigkeit seit ihrer Geburt. Sie haben einen Migrationshintergrund, weil mindestens ein Elternteil ausländisch, eingebürgert, deutsch durch Adoption oder (Spät-)Aussiedlerin oder Aussiedler ist.

Häufig Familiäre Gründe

Von den 20,8 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund waren etwa 13,5 Millionen Menschen nicht hier geboren, sondern sind im Laufe ihres Lebens zugewandert. Als wichtigstes Migrationsmotiv nannten 48 Prozent der Zugewanderten familiäre Gründe. Bei weiteren 19 Prozent war es die Aufnahme beziehungsweise Suche nach einer Beschäftigung in Deutschland. Für 15 Prozent der Zugewanderten stellten Flucht und Asyl das Hauptmotiv dar. 5 Prozent gaben an, zum Studieren beziehungsweise wegen einer Aus- oder Weiterbildung nach Deutschland gekommen zu sein.

Zuwanderer, die angaben, aus familiären Gründen nach Deutschland gereist zu sein, kamen mit 72 Prozent hauptsächlich aus Europa. Auch jene, die wegen der Aufnahme beziehungsweise Suche nach einer Beschäftigung nach Deutschland kamen, reisten zu 85 Prozent aus Europa ein.

Dagegen kamen Zuwanderer, die Flucht und Asyl als Hauptmotiv für die Migration angaben, zu 47 Prozent hauptsächlich aus dem Nahen Osten. Wer für Studium oder Weiterbildung nach Deutschland reiste, kamen zu 40 Prozent aus Europa und zu 38 Prozent aus Asien.

KINDER UND KARRIERE:

Frau, Anfang 30, kein Kinderwunsch

- VON JOHANNA DÜRRHOLZ
- -AKTUALISIERT AM 21.08.2019-06:30



Um herauszufinden, ob sie Kinder kriegen soll, hatte unsere Autorin einen Fortpflanzungsgegner befragt und eine fünffache Mutter. Wie naiv – sie hätte einfach mit Freundinnen in ihrem Alter reden sollen.

Seit ich zuletzt darüber schrieb, ob ich einmal Kinder will, im November auf FAZ.NET, hat sich nicht viel getan. Außer der Gewissheit: Ich weiß, dass ich nichts weiß. Ob ich vielleicht die falschen Leute befragt hätte, wurde ich von vielen Lesern des Artikels damals gefragt, und sie haben nicht unrecht. Die, die gerade in derselben Entscheidungsnot stecken wie ich, sind schließlich meine Freundinnen. Also spreche ich mit anderen Frauen Anfang 30.

Samstagabend in Köln, eine Freundin aus der Heimat wird 30, das werden wir gerade alle. Die Party ist groß, die Stimmung ausgelassen, 30 sein ist schön: Man verdient sein eigenes Geld, ist gebunden oder ungebunden, kinderlos, frei, das Leben verläuft aber schon in geregelten Bahnen. Und was machen wir alle so? Hauptsächlich: arbeiten. Und: uns nach Sinnhaftigkeit sehnen. Allesamt. Seit zwei, drei Jahren sind wir nun alle im Beruf (manche auch seit fünf), viele von uns sind in festen Beziehungen, wohnen mit ihren Partnern zusammen. Aber Kinder kriegen, um die Lücke zu füllen? Kommt für keine von uns, die wir uns an diesem Abend wiedertreffen und Cocktails schlürfen, gerade in Frage.

„Keiner lebt es mir vor“

„Ich habe in meinem Arbeitsplatz-Umfeld wenige Vorbilder“, sagt Leonie, ebenfalls 30. Sie will wie alle anderen Frauen in diesem Artikel ihren richtigen Namen aus Angst vor dem eigenen Arbeitgeber nicht in der Zeitung lesen. Leonie lebt in einer deutschen Großstadt und arbeitet bei einer Werbeagentur. In der Schule war sie jahrelang mit Abstand die Beste, in sämtlichen Fächern. Sie konnte einfach alles, war aber auch stets sehr ehrgeizig. Und sie wollte eigentlich immer Kinder. Damit ist es gerade aber eher vorbei. Ihre Chefin, die unlängst aus der Elternzeit wiedergekommen ist, macht ihre Sache wirklich gut, berichtet sie: „Ich glaube, viele leben das schon in einer positiven Variante – für sich.“

Für sie selbst kommt das aber so nicht in Frage. Wie aber dann? „Keiner lebt es mir vor.“ Leonie sieht gerade keine Möglichkeit, ein Kind zu bekommen – und auch keine Notwendigkeit. „Es wirkt auf mich oft wie ein Kompromiss mit Abstrichen, und es ist mir gerade viel zu wichtig, frei und flexibel zu sein und auf niemanden Rücksicht nehmen zu müssen.“

Pia hat BWL studiert, arbeitet seit fünf Jahren im Marketing. Bei ihr gebe es eine Frau, in einer Führungsposition, der sei das Kunststück geglückt, Kind und Karriere miteinander zu vereinbaren.

Eins der wenigen Beispiele, denn alle anderen in ihrem Umfeld kriegten Kinder und seien dann weg vom Fenster, machten keine Karriere mehr, würden von ihren teils viel schlechter qualifizierten männlichen Kollegen rechts locker überholt.

Der unbedingte Wille sich zu beweisen

Pia ist 29, in einer festen Beziehung, sie wohnen sogar in einem Haus. Aber wie alle, die an diesem Abend um mich herum sitzen: Kinder kann sie sich beim besten Willen im Moment nicht vorstellen. Und trotzdem: Sie sehnt sich nach dem Sinn, dem des Lebens vielleicht. „Jedenfalls will ich nicht vierzig Jahre am Schreibtisch gesessen haben, und das war's“, sagt sie brüsk. Verständlich. Und vierzig Jahre in Teilzeit am Schreibtisch sitzen und Kinder großziehen, das erscheint gerade eben auch nicht besonders verlockend.



Moderne Frauen: Hungrig auf Erfolg und eine selbsterarbeitete Gleichberechtigung :Bild: dpa

Ich bin baff. Tatsächlich habe ich nicht damit gerechnet, dass meine Freundinnen von früher mit den gleichen Problemen hadern wie ich. Irgendwie schien bei ihnen oft alles so – klar und geordneter. Bis zu diesem Abend, an dem wir gut gelaunt sind, uns austauschen, gemeinsam trinken und tanzen. Die Stimmung ist nach der Unterhaltung nicht gedrückt, im Gegenteil. Das Problem wird vielmehr als allgemein bekannt akzeptiert. Können wir eh gerade nicht ändern.

So wie uns geht es vielen Frauen in meinem Alter und in ähnlicher Lebenssituation. Wir sind alle hervorragend ausgebildet, waren im Studium, in der Schule, im Traineeship oder Volontariat oft besser als die männlichen Konkurrenten. Ehrgeiziger. Wissbegieriger. Hungriger auf Erfolg und eine selbsterarbeitete Gleichberechtigung. Dieser unbedingte Wille, sich zu beweisen – das macht uns aus.

Bedürfnisse im Wandel

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind 50,7 Prozent der Studienanfänger weiblich. Frauen machen häufiger Abitur als Männer; im Abgangsjahr 2017 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) erreichten 157.617 Jungen und 188.195 Mädchen die Allgemeine Hochschulreife. Frauen haben sich im Vergleich zu vorherigen Generationen stark nach vorn gekämpft. Das Statistische Bundesamt meldete im September 2018 Zahlen des Mikrozensus, die zeigen: 30 Prozent der 30- bis 34-jährigen Frauen hatten 2018 einen Hochschulabschluss. Der Anteil war damit doppelt so hoch wie bei den 60- bis 64-jährigen Frauen (15 Prozent). Und höher als bei den Männern zwischen 30 und 34: Von ihnen hatten 27 Prozent einen Hochschulabschluss erworben.

Diese Zahlen bedeuten eben auch veränderte Bedürfnisse bei Frauen. Wir haben so viel geschafft, können wir jetzt bitte auch ganz oben mitspielen? In Führungspositionen gehen? Auch mit Kindern?

Eine Realität ist auch: Viele Frauen wollen nach der Geburt nicht unbedingt sofort wieder voll einsteigen. Sich kaputt arbeiten. Sich zerreißen, sich den eigenen, oft sehr hohen Ansprüchen zu stellen. Sie suchen nach Lösungen, beides zu vereinbaren. Lösungen, die eben nicht nur nach Kompromissen mit Abstrichen aussehen – dabei sind Abstriche natürlich vollkommen normal, wenn ein Kind auf der Bildfläche erscheint. Aber bitte nicht mehr und keine nachhaltigeren Abstriche als bei den Männern!

Kinder kriegen wird aufgeschoben

Viele von uns sind in festen Beziehungen, manche sogar verheiratet. Und wir sind fast alle: kinderlos. Weil wir uns immer später zu diesem Schritt durchringen können. Das ist nicht nur in meiner Blase so, das belegen auch Statistiken: Während 2010 das Durchschnittsalter von Müttern beim ersten Kind noch bei 28,9 Jahren lag, lag es 2018 bei 29,8 Jahren. Das zeigt die Geburtenziffer des Statistischen Bundesamts.



Nachts um die Kinder kümmern – und tagsüber um die Karriere? Schwierig :Bild: dpa

Schon klar, 30 ist das neue 20, und den Kinderwunsch können wir auch in fünf Jahren noch locker angehen. Das trifft zum einen aber biologisch gesehen nur bedingt zu, das setzt zumindest unerschwerlich unter Druck. Und zum anderen ist da dieses Sehnen nach Sinn, ein Verlangen nach Erfüllung. Ist das biologisch? Wird uns das gesellschaftlich beigebracht? Das Aufschieben des ersten Kindes ist eine Symptombekämpfung und ignoriert die Ursachen dafür, dass ich als junge Frau im gebärfähigen Alter eben nicht mehr davon träume, Mutter zu werden, sondern von einer Karriere.

„Jetzt ist meine feministische Wut erwacht“

Antonia ist Anfang 30 und Ärztin an einer großen deutschen Klinik. Was sie gemein hat mit mir, mit allen Freundinnen: Lange Zeit verstand sie sich gar nicht unbedingt als Feministin. Über ungleiche Chancen dachte sie nicht nach. „Ich dachte immer: Solange ich mich ins Zeug lege, kann ich erreichen, was ich will. Dass mein Geschlecht einen Einfluss auf meine Zukunftschancen haben könnte, insbesondere in der Arbeitswelt, der Gedanke war mir total fremd.“ In der Schule war sie gut, machte ohne größere Mühe ein tolles Abi, studierte Medizin, schloss Studium und Promotion mit Bestnoten ab.

Und jetzt? Ja, „jetzt ist meine feministische Wut erwacht“, sagt sie mit blitzenden Augen. Als sie ihren ersten Vertrag an einer renommierten Universitätsklinik, befristet auf sechs Monate, unterschrieb, war sie noch stolz, erzählt sie. Es folgten weitere befristete Kurzzeitverträge. Das sei an großen Kliniken üblich, sagte man ihr.

Irgendwann stellten sie und ihre Kolleginnen fest, dass neu angestellte männliche Kollegen Verträge über drei Jahre bekamen, nicht über sechs Monate. Bei gleichen „und ehrlich gesagt häufig auch objektiv schlechteren Qualifikationen“. Als Antonia eine erfahrene Kollegin darauf anspricht, sagt die trocken: „Klar, das ist halt so. Kann man doch auch verstehen. Junge Ärztinnen können schwanger werden.“ Da mache ein Drei-Jahres-Vertrag nur Ärger. Auch Antonia erlebt, dass schwangere Kolleginnen zu Unmut führen: Der Dienstplan droht zusammenzubrechen, schwangere Ärztinnen dürfen Schicht- und Nachtdienste nicht übernehmen. „Teilzeit bei Müttern ist ebenfalls nicht gern gesehen.“

Angst vor beruflichen Dämpfern

Neben der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz, besonders wenn sie Mütter sind, auf der einen Seite, gibt es die Verherrlichung des Mutter-Seins auf der anderen. Frauen, die sich aus welchen Gründen auch immer gegen Kinder entschieden haben, gelten oft als verbittert, als karrieregeil. Dass viele Frauen erst in den Dreißigern zum Feminismus finden, hat einen einfachen Grund: Erst dann erfahren sie meist Diskriminierung, weil sie Frauen sind.

Auch Antonia beobachtet, dass viele ihrer Kolleginnen nach dem ersten Kind nicht dauerhaft in die große Klinik zurückkehren. „Viele Kolleginnen in meinem Alter kriegen Kinder, natürlich. Die sind

dann aber erst einmal ein, zwei Jahre weg. Und die meisten kommen gar nicht wieder.“ Während männlichen Kollegen zur Geburt des Kindes gratuliert wird, gilt die Schwangerschaft bei Frauen immer noch als vor allem eines: Karrierehinderungsgrund.

Dabei ist es ja logisch, dass Frauen schwangerschaftsbedingt ausfallen, auch länger ausfallen als Männer. Immerhin müssen sie das Kind zur Welt bringen und alle körperlichen Nebeneffekte, pränatal und postnatal, ertragen. Das kann ihnen niemand abnehmen. Doch eine Entlastung, eine Anerkennung dieser Leistung wäre schon gut – statt der Angst vor beruflichen Dämpfern.

„Ich kann es manchmal nicht fassen“

Antonia liebt ihren Beruf und macht ihn sehr gut. Sie sagt, sie würde gerne mehr Verantwortung übernehmen, Entscheidungen treffen – und hofft auf eine Leitungsposition, irgendwann. Ob ihre harte Arbeit, ihre Kompetenz, ihre Leistung ausreichen, daran zweifelt sie zuweilen. „Du brauchst dich nur einmal in einem Hörsaal einer medizinischen Fakultät umsehen“, sagt Antonia, „da wirst du deutlich mehr junge Frauen auf den Bänken sitzen sehen. Und dann guck dir an, wer die Leitungspositionen in Kliniken besetzt. Da wirst du immer noch fast ausschließlich auf Männer stoßen.“ Zwölf Prozent aller Führungspositionen in großen deutschen Krankenhäusern sind von Frauen besetzt.

„Ich kann es manchmal nicht fassen, wie spät mir das erst klar wurde: Als Frau wirst du nicht nur aufgrund deiner professionellen Leistung bewertet. Es schwingt immer noch eine andere Dimension mit.“ Antonia findet ihre frühere Haltung heute naiv: „Von Mitte 20 bis Ende 30 stehst du als Frau einfach unter einer Art biologischem Generalverdacht, jederzeit schwanger zu werden und dann auszuschleiden. Oft für immer.“ Eine Frau im „gebärfähigen Alter“ zu sein, das empfindet sie mittlerweile als Stigma. Nach einer schlechten Nacht wird sie von Kollegen auch schon mal gefragt, ob es bei ihr „auch bald so weit“ sei.

„Es ist schon irre, wie du als Frau nach Jahren der beruflichen Qualifikation, sechs Jahren Hochschulstudium und sieben Jahren Facharztausbildung, auf deinen Uterus reduziert wirst.“

Es geht um die Angst

Ein anderes Mal will ein Oberarzt sie loben, nach einem langen und arbeitsintensiven Tag auf der Station: Das sei ja großartig, wie sie den Klinikstress gemeistert habe, mit so viel Kompetenz, so viel Ruhe. „Wissen Sie, wofür das die besten Eigenschaften sind? Um Mutter zu sein!“ Antonia war müde, so müde. „Ich habe ihm nur gesagt: ‚Oder um eine große Klinik zu leiten.‘“

Sind wir nicht weit genug gekommen, das alles zu überwinden? Gemeinsam wirklich gleichberechtigt ein Kind großzuziehen? Doch, ich glaube schon daran. Viele Männer in meinem Alter, jedenfalls die in meinem Umfeld, die oft mit fortpflanzungsverdröhten Frauen zusammen sind, erkennen das Problem. Wollen es ebenso ändern. Aber ich weiß auch, dass das Problem kein persönliches, sondern ein gesellschaftliches, ein strukturelles ist. Dass die Gesellschaft, der Arbeitsmarkt darauf ausgelegt ist, Paare nach dem Kinderkriegen in die Ungleichberechtigung zu treiben.

Die Einsicht, dass wir eben noch nicht gleichberechtigt leben, schleicht sich bei vielen Frauen wie bei Antonia genau dann ein, wenn es ums Thema Kinderkriegen geht. Es geht hier nicht nur um Befindlichkeiten oder philosophische Überlegungen über die Welt, um Bequemlichkeit oder Sorge vor großer Belastung. Es geht um das Unbehagen unseres Geschlechts, das uns nie gestört, nie gehindert hat, das uns nun aber wie eine bleierne Last erscheint. Es geht um die Angst: Danach bin ich raus.

Elternzeit für Väter ist wichtig

Es sind trotzdem viele Fortschritte zu erkennen, immer mehr Männer gehen in Elternzeit, wenn auch selten so lang wie die Frauen. Im Jahr 2015 bezogen 326.000 Väter Elterngeld (21 Prozent), 365.000 (22 Prozent) im Jahr 2016 und 406.000 (23 Prozent) im Jahr 2017. Und 2018 bezogen schon 433.000

Väter Elterngeld; das sind knapp 24 Prozent. Das ist aber eben noch nicht einmal ansatzweise ein Großteil der Väter.

Elternzeit ist allein schon deswegen gut, weil Väter ein Verständnis für die Anstrengungen sogenannter reproduktiver Arbeit als Haupttätigkeit bekommen, also: Windeln wechseln, füttern, baden, aufpassen, wenig schlafen, kochen und so weiter. Die meisten Väter, genauer: drei von vier, nahmen 2018 noch immer nur die zwei Monate Elternzeit, für die ihre Frauen keine Bezüge beantragen können. Und noch immer ist es ein Großteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiten, es sind nicht die Männer. Das kann man durchaus auch verstehen: Wenn der Mann nun mal besser verdient, dann kann eine Familie, die gerade Nachwuchs bekommen hat, unter Umständen nicht auf sein Gehalt verzichten.



Immer noch zu selten zu finden: Chefinnen :Bild: dpa

Gut neun Monate (!) sind nun vergangen seit meinem letzten Artikel zu dem Thema. Und es ist immer noch so, dass ich nicht wirklich weiterweiß. Was ich weiß, und was mir wichtig ist: Ich möchte nicht mehr zurückstecken müssen. Ich möchte nicht mehr das tun, was viele Frauen vor mir getan haben: dann doch irgendwann Kinder kriegen, klein begeben. Und weil es so schön ist mit den lieben Kleinen und weil es vor allem sehr viel wichtigere Dinge gibt im Leben, als immer nur zu arbeiten (Kinder, zum Beispiel, eine Familie, ein Privatleben), dann irgendwann zu reduzieren, in Teilzeit zu gehen.

Man könnte auch sagen: entspannter werden. Ich möchte aber nicht entspannen! Ich möchte schreien vor Wut über diese Ungerechtigkeit, dass ich mir als Frau möglichst jetzt schon die Eizellen einfrieren lassen soll. (Nach meinem ersten Text rief mich doch tatsächlich ein Reproduktionsmediziner an, um über meine Fruchtbarkeitsspanne zu sprechen!) Dass ich mehr arbeiten soll als Männer, aber weniger verdienen, weil reproduktive Tätigkeiten ja kein „echter“ Job sind.

Nur was ist die Lösung? In den Fortpflanzungsstreik treten? Das wird niemanden interessieren außer vielleicht meinen Freund und meine Eltern. Mir vorher versichern lassen: Bei uns wird alles anders? Doch wie wir solche Tätigkeiten aufteilen, ist nur die halbe Miete, wenn Unternehmen wie die große Klinik von Antonia Frauen noch immer danach beurteilen, ob sie Mutter sind – also angeblich nicht so flexibel einsetzbar – oder ob sie es nicht sind.

Jede Frau kennt Erzählungen wie diese von Freundinnen, von Kolleginnen: Frauen, die in Topjobs arbeiten, gut verdienen, dann heiraten, mit dem Mann umziehen wollen – aber keinen neuen Job finden. Ihre Erfahrungen: Gar nicht so leicht, als hervorragend ausgebildete, profilierte und akademische Arbeitskraft etwas zu finden, wenn man 1. eine Frau und 2. Anfang 30 und 3. frisch verheiratet ist.

Natürlich können sie versuchen, die Firmen anzuzeigen, die sogar so dreist waren, sie illegalerweise direkt nach Kinderwünschen zu fragen. Doch der Weg dahin ist beschwerlich und teuer. Wenige Frauen, gerade wenn sie einen Job suchen, wählen ihn. Stattdessen: runterschlucken. Weitermachen. Zugucken, wie es ungerecht ist. Sich anhören, dass es heute nicht mehr so ungerecht zugeht wie früher. Dass Feministinnen sich in der sogenannten Opferrolle viel zu wohl fühlen würden.

Einige Wochen nach dem 30. Geburtstag meiner Freundin von früher in Köln erreicht mich übrigens die Nachricht: Diese Freundin, eben gerade 30 geworden, unverheiratet, in ihrem Job sehr erfolgreich, ist schwanger. Sie freut sich unheimlich. Und sie ist sehr entspannt.

MAUERFALL-DEBATTE:

Warum ticken die Osis so?

- VON UWE SCHWABE
- -AKTUALISIERT AM 21.08.2019-19:34



Der Zuspruch der AfD im Osten hat seinen Ursprung nicht zuletzt in der DDR. Weil Ostdeutsche jahrzehntlang einem Klima der Lüge und der Demütigung ausgesetzt waren. Ein Gastbeitrag.

Die Ostdeutschen wurden in den vergangenen Wochen und Monaten von allen Seiten analysiert, seziert und in Schubladen gesteckt. Alle interessierten sich für sie, plötzlich bekamen sie eine Aufmerksamkeit, die es bis dahin nicht gegeben hat. Viele Ostdeutsche haben nach der Wiedervereinigung aus Protest gegen die als dominant erlebten Westdeutschen erst die PDS, dann die Linkspartei gewählt. Daraufhin gab es keinen großen Aufschrei in den Medien, die Leute wurden eher als Nostalgiker gesehen und allenfalls belächelt. Die Linke ist seit Jahren eine etablierte Partei, die in vielen Parlamenten sitzt und die Politik mitgestaltet. Sie aus Protest zu wählen macht keinen Sinn mehr. Was aber die nach wie vor miese Grundstimmung vieler Ostdeutscher betrifft, so hat sie das Feld jahrelang bestellt: An allen tatsächlichen oder vermeintlichen Missständen waren für sie stets die bösen „Wessis“ und die etablierten Parteien schuld. Sie brachten „Kolonialisierung“, „Deindustrialisierung“, Erniedrigung und Demütigung. Der Hass auf den Westen wurde kultiviert und die weitverbreitete Mentalität, die da oben sollen meine Probleme endlich einmal regeln und lösen, unterstützt. Die Haltung, bloß nicht bei sich selbst die Schuld zu suchen und nach der eigenen Verantwortung zu fragen, war für viele bequem. Die Ostdeutschen waren wieder nur die Opfer. Früher Opfer des Kommunismus, heute Opfer der Wende, der Treuhand und des kapitalistischen Systems.

Dann kamen Pegida und Legida und die AfD. Und plötzlich war der Aufschrei groß. Wie kann man diesen rechten Rattenfängern hinterherlaufen, und wie kann man nur die AfD wählen? Alle Blicke richteten sich auf die Anhänger von Pegida, Legida und AfD, jede noch so simple Aussage löste eine Welle der Empörung aus. Plötzlich so zentral in den Medien präsent zu sein gab diesen Kräften ungeheuren Auftrieb. Die angeblich geschundene ostdeutsche Seele rückte in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit.

Verstärkt wurde dies durch die neuen Medien, die im Sekundentakt viele in ihrer eingeschränkten Wahrnehmung bestätigen. Es finden keine inhaltliche Auseinandersetzung und kein Dialog mehr statt. Es wird nicht mehr um die besten Argumente gestritten und gerungen, sondern man bleibt in seiner Informationsblase unter Gleichgesinnten. Je mehr auf die AfD-Wähler eingeschlagen wird, umso mehr rücken diese als eingeschworene Menge zusammen. Sie sehen das Ende des Abendlands und fühlen sich von Feinden umzingelt. Und nun versucht die AfD die Friedliche Revolution auch noch für sich zu vereinnahmen. Wenn man selbst inhaltlich nicht viel zu bieten hat und viele Spitzenfunktionäre durch Hass und Hetze die Gesellschaft immer mehr spalten, möchte man doch wenigstens von diesem positiven Ereignis und dieser Kraft, die von der Friedlichen Revolution ausgeht, profitieren. Ein Phänomen, das auch auf der linken Seite zu beobachten ist.

Nur nicht offen anecken

Aber warum ticken die „Ossis“ so? Was bei allen Betrachtungen fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit den Folgen der jahrzehntelangen Abschottung in der DDR. Welche langfristigen Schäden hat dies angerichtet? Hier ist nicht nur die Abschottung durch Grenzen und Mauern gegenüber anderen Ländern gemeint. Es geht mindestens so sehr auch um die Abgrenzung nach innen und um die fehlende Begegnung mit fremden Kulturen. Es geht um die innere Distanz zum System und die fehlende Debattenkultur sowie um den Umgang mit Kritik und den nicht stattfindenden Streit um politische Inhalte. Was bedeutet es, in einer Gesellschaft groß zu werden, deren verordnete Grundwerte der Marxismus-Leninismus und der neue sozialistische Mensch sein sollen?

Was macht es mit jungen Menschen, wenn sie aufgewachsen sind in einem Klima der Bevormundung und der Lügen? Wenn Jugendliche die Demütigung erfahren, ihre mühsam eroberte „Westtüte“ vor versammelter Klasse auskippen und der Lehrerin übergeben zu müssen? Wenn sie vor versammelter Klasse als Feinde des Sozialismus bloßgestellt werden, nur weil sie eine Westjeans tragen? Was macht es mit Menschen, wenn sie ständig sinnlose Ergebnisadressen vom Sieg des Sozialismus abgeben müssen – ob in der Grundschule, bei den Pionieren, in der FDJ oder selbst im Ferienlager und später im „Kollektiv“ des Betriebes? Wenn sie in der Schule auf keinen Fall erzählen dürfen, dass sie Westfernsehen geschaut haben und welche Gespräche zu Hause geführt werden? Wenn die Eltern immer wieder mahnen, in der Schule ja nicht politisch anzuecken und sich doch lieber für einen dreijährigen „Ehrendienst“ bei der Nationalen Volksarmee zu verpflichten, um den Studienplatz nicht zu gefährden? Was hat es dann an der Universität für Auswirkungen, wenn in der Studiengruppe über „Verfehlungen“ eines Mitstudenten offen abgestimmt und dessen Verhalten verurteilt werden musste?

Die siehst du frühestens als Rentner wieder

Was passiert mit Menschen, wenn sie, nur um im Betrieb die Kollektivprämie zu bekommen, in Brigadetagebüchern vom großen Sieg des Sozialismus und der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft fabulieren müssen? Was passiert, wenn sie nach der Arbeit nach Hause kommen in heruntergekommene Wohnungen, wo der Putz bröckelt, es durch die Fenster pfeift, durch undichte Dächer regnet und sie durch die katastrophale Umweltsituation krank werden? Der täglich erfahrene Widerspruch zwischen der offiziellen Propaganda und dem eigenen Erleben – Václav Havel hat dies als „Leben in der Lüge“ schon 1976 in seinem Buch „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ so beeindruckend beschrieben. Er schrieb: „Es ist eine komplexe tiefe und dauernde Vergewaltigung, beziehungsweise Selbstvergewaltigung der Gesellschaft“.

Welche Auswirkungen hatte das Ausbluten der DDR durch den Weggang einer gut gebildeten Mittelschicht? Mit welchem Gefühl wurden Freunde und Verwandte an Bahnhöfen in den Westen verabschiedet, mit dem Wissen: Die siehst du nie oder frühestens als Rentner wieder?

Ein erster Schritt

Was macht es mit Menschen, wenn sie ständig auf der Hut sein müssen und nur wenigen vertrauen können? Wenn sie mitbekommen, wie groß die Denunziationsbereitschaft ist, ob in der Schule, an der Universität, in Betrieben und oftmals selbst in der Nachbarschaft und der eigenen Familie? Die Verführungen und die Verfolgungen des SED-Regimes griffen ineinander und bewirkten ein großes Misstrauen untereinander. Es ist der Nährboden für Feind- und Zerrbilder, Enge des Alltagslebens, Entsolidarisierung und Isolierung gesellschaftlicher Gruppen, Verhinderung von Vertrauen und Kooperation der Menschen. Abgrenzung geht durch die Köpfe und verschwindet nur schwer.

All diese Auswirkungen von vierzig Jahren Leben in der DDR (nach vorhergehenden Jahrzehnten unter einer anderen deutschen Diktatur) sind trotz aller Aufarbeitung von einigen Fachleuten von der Mehrheit der Ostdeutschen und desinteressierten Westdeutschen bis heute nicht hinlänglich untersucht und diskutiert worden, bleiben aber relevant und werden an die nächste Generation weitergegeben. Wer den inneren Zustand im Osten unseres Landes verstehen will, kommt an diesen Erzählungen nicht vorbei. Was wir brauchen, ist eine multiperspektivische Betrachtung der DDR und des

Transformationsprozesses. Wir müssen vom Alltag in der DDR sprechen, von Anpassung und Verweigerung, von Verantwortung und Versagen, vom Widerspruch bis hin zum Widerstand. Gewählt werden sonst wie früher auch heute diejenigen, die einfache Lösungen anbieten. Aus dieser Sackgasse müssen wir herauskommen.

Es gibt keinen idealen Staat, deshalb müssen wir ständig an seiner Verbesserung arbeiten und für mehr Gerechtigkeit streiten. Dafür gibt es Möglichkeiten, sie sind nur aufwendiger und anstrengender als die lauten Rufe auf der Straße. Wir müssen alles dafür tun, die Erbitterten zurückzuholen und für unsere Demokratie zu gewinnen. Ein erster Schritt könnte sein, ihre Enttäuschung über abgehängte Regionen, ungleiche Löhne und Lebensverhältnisse, niedrige Renten, Angst vor Fremden und Gewalt unter Ausländern wirklich ernst zu nehmen. Wenn wir etwas von der Friedlichen Revolution und dem Herbst 1989 lernen können, dann ist es die Selbstbefreiung aus einer Bevormundung und die Selbstermächtigung zum Handeln.

Uwe Schwabe, 1962 geboren, war von 1984 bis zum Ende der DDR in der Opposition in Leipzig aktiv und Mitgründer des dortigen Neuen Forums. Er ist Vorstandsvorsitzender des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. und publizierte zuletzt das Buch „Wir haben nur die Straße – Die Reden auf den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90“ im Mitteldeutschen Verlag.

Sämtliche Beiträge zum Thema finden sich auf der Seite faz.net/mauerfall-debatte.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/was-deutsche-und-amerikaner-voneinander-lernen-koennen-16341784.html?GEPC=s5&premium>

POLITISCHE KULTUR:

Was Deutsche und Amerikaner voneinander lernen können

- VON FRED TURNER
- -AKTUALISIERT AM 21.08.2019-17:30



Der Romanist Hans Ulrich Gumbrecht und der Medienwissenschaftler Fred Turner stritten an der Universität Stanford über den politischen Stil in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Unterschätzen wir einander?

Fred Turner: Was die Vereinigten Staaten von Deutschland lernen können

Im Jahr 1985, mit 24 Jahren, war ich auf der Flucht aus einem amerikanischen Doktorandenprogramm nach Kreuzberg in West-Berlin gezogen, um ein wenig Abenteuer zu suchen. Auf dem Weg zu meinem Deutschkurs wollte ich dort einmal bei roter Ampel über die Straße gehen. Gerade als ich auf die Fahrbahn treten wollte, hob ein alter Mann seinen ausgestreckten Arm vor meine Brust und hielt mich zurück. „Was fällt Ihnen ein? Da sind doch Kinder“, rief er.

Damals war ich verblüfft und verärgert. Ja, da warteten auch Kinder auf beiden Seiten der Straße, aber die standen dort sicher zusammen mit ihren Eltern. Ich hatte es eilig. Ich konnte kein einziges Auto heranziehen sehen. Was ging es diesen Mann an, wenn ich die Straße bei Rot überquerte?

Heute muss ich immer wieder einmal an diesen Vorfall denken. 1985 sah ich darin einen Ausdruck jener obsessiven Ordnungsliebe und Kontrollwut der Deutschen, von der Verwandte, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, mir erzählten. Heute denke ich, es könnte auch eine kurze Begegnung mit einem der Fundamente deutscher Demokratie gewesen sein. Lassen Sie mich das erklären. Der Mann, der mich am Überqueren der Straße hinderte, dachte dabei nicht an sich selbst. Es wäre leichter für ihn gewesen, Streit zu vermeiden und mich einfach gehen zu lassen. Er dachte an die Menschen, die gleichfalls dort an der Ampel standen – und das nicht nur für den Augenblick. Die Kinder auf dem Bürgersteig waren durchaus sicher. Was ihm Sorgen bereitete, war das Beispiel, das ich ihnen gab. Wenn die Kinder in der Zukunft dasselbe täten wie ich, könnten sie Schaden nehmen.

Anders gesagt, der Mann, der mich auf der Straße zurückhielt, dachte wie ein Bürger. Er dachte weniger an sich selbst als daran, was er zum Wohle der Menschen um ihn herum jetzt und in der Zukunft tun konnte. Hier im kalifornischen Silicon Valley, wo ich lebe, und allgemeiner in den gesamten Vereinigten Staaten unter Trump, verkünden die Amerikaner eher mit lauter Stimme, dass die individuelle Freiheit die Grundlage der Demokratie sei. Du willst die Straße überqueren. Tu es einfach! Du willst eine Firma gründen, eine Branche aufmischen, die Welt verändern und dabei viel Geld verdienen? Steve Jobs hat das getan. Vielleicht kannst du es auch.

Aber immer wenn ich nach Deutschland komme, bemerke ich einen anderen Grundsatz, nach dem sich eine demokratische Gesellschaft ordnen lässt, einen Grundsatz, der ein hohes Maß an Individualität erlaubt, aber zugleich in einer Weise das Gemeinwohl berücksichtigt, die allzu viele Amerikaner vergessen haben. Heute bin ich Hochschullehrer, und in diesem Sommer kam ich zurück nach Berlin, um mich an einer einwöchigen Summer School zu beteiligen. Am ersten Abend unternahm ich einen Spaziergang durch einen ruhigen Wohnbezirk in Kreuzberg nicht weit von meinem Hotel und sah dort Plakate an den Wänden kleben, auf denen für Demonstrationen geworben wurde: „Unser Kiez, nicht ihr Profit!“, „Markt macht Armut“ und „Gemeinsam gegen Verdrängung und #MietenWahnsinn“ stand darauf.

Für meine Nachbarn im Silicon Valley wären solche Plakate gänzlich unvorstellbar. Ich wohne in Mountain View, der Heimatstadt von Google. In den letzten zwei oder drei Jahren sind dort die Mieten derart in die Höhe geschossen, dass nur wohlhabende Googler sie noch bequem bezahlen können. Das Gesicht der Stadt hat sich seither verändert. Arbeiterfamilien sind still weggezogen, Buchhandlungen und kleine Läden haben geschlossen. Neue Einwohner reißen die in den fünfziger Jahren entstandenen Häuschen ein und ersetzen sie durch Herrenhäuser im Kleinformat. Krankenschwestern und Köche leben in Campingtrailern auf der Straße.

Als ich die Plakate in Kreuzberg sah, erinnerte ich mich, dass dort Bürgerproteste im Herbst 2018 Google an der Eröffnung eines riesigen Start-up-Zentrums gehindert hatten und dass im April dieses Jahres mehr als zwanzigtausend Berliner eine Petition unterzeichneten, in der sie die Stadtregierung aufforderten, die nach dem Fall der Berliner Mauer an Privatunternehmen verkauften Wohnungen wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Bei vielen dürfte die Vorstellung, Googles Reichtum zurückzuweisen und Privatbesitz zu enteignen, die Geister des Kommunismus heraufbeschwören. Bei mir lösten sie die Erinnerung an diesen Mann aus, der mich 1985 an der Ampel zurückhielt. Die Protestierenden dachten wie Bürger.

Der Berliner Senat reagierte auf ihre Forderungen mit einem fünfjährigen Moratorium für Mieterhöhungen. Ob Sie das nun für eine gute Idee halten oder nicht, sie beweist jedenfalls eine Aufmerksamkeit für die kollektive Lebensqualität der Stadt, die man in meiner eigenen, individualistisch ausgerichteten Heimatstadt Mountain View verloren hat und vor der viele Amerikaner sich fürchten. Wenn unsere Politiker den Staat kritisieren, falls er unseren Bürgern zu helfen versucht, behaupten sie, uns damit vor massenhafter Konformität zu schützen. Wenn wir eine allgemeine Krankenversicherung einführen oder in öffentlichen Parks das Bohren nach Öl untersagen, würden wir bald wie Sowjetrußland sein, rufen manche. Wir würden sogar wie Nazideutschland sein, sagen andere. Wir würden keine Nation einzigartiger Menschen mehr sein.



Fred Turner ist Professor für Mediengeschichte an der Universität von Stanford :Bild: privat

Die größte Überraschung für einen Amerikaner, der auf einem größeren deutschen Flughafen landet, sind die Gestelle voller Zeitungen, die dort, teils zum Verkauf, teils kostenlos, in der Halle stehen. Sie sind ein sichtbares Zeichen der Tatsache, dass Deutschland eine florierende, zutiefst demokratische Medienlandschaft besitzt. Die deutschen Zeitungen vertreten ein breites Spektrum politischer Meinungen und erreichen ein hohes intellektuelles Niveau, das nur wenige amerikanische Herausgeber ihren Lesern zumuten zu können glauben. Die elektronischen Medien genießen in Deutschland ein Maß an staatlicher Finanzierung, das weit über alles hinausgeht, was wir in Amerika kennen. In unseren nahezu vollständig privatisierten Medien ist Aufmerksamkeit alles. Wer Werbung verkaufen will, muss dafür sorgen, dass die Zuschauer am Bildschirm bleiben. Verkehrsunfälle, Promi-

Streitereien, selbst gelegentliche rassistische Tweets des Präsidenten – all das dient dazu, Aufmerksamkeit zu erregen und zu binden.

Stellen Sie sich vor, wie sonderbar es für einen in diesem Mediensystem aufgewachsenen Zuschauer ist, den Fernseher einzuschalten und die „Tagesschau“ zu sehen, mit ihrer nüchternen Eröffnungsmelodie und Nachrichtensprechern, deren förmlich-offizielle Sprache signalisiert, dass es um öffentliche Angelegenheiten geht. Ich weiß sehr wohl, dass auch Deutschland seine Probleme hat, manche davon wie die unsrigen. Ich war in Siegen und sah dort das Emblem des amerikanischen Rassismus, die Flagge der Konföderierten, aus dem Fenster eines Hauses außerhalb der Stadt hängen. Ich habe mir das Wahlprogramm der AfD angesehen und einige Ängste vor Fremden gefunden, die auch Trumps Anhänger bewegen. Die ostdeutschen Bundesländer leiden offensichtlich immer noch unter den Nachwirkungen des Kalten Kriegs. Und obwohl die meisten Veteranen dieses Kriegs inzwischen tot sein dürften, ist es unmöglich, der Erinnerung an den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg zu entrinnen.

Dennoch sage ich manchmal zu meinen deutschen Freunden: „Wir haben euch 1945 die Demokratie gebracht. Jetzt ist es an der Zeit, dass ihr euch dafür revanchiert.“ Meine Freunde schauen mich dann verwundert an. Sie sagen mir, wie klein Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sei und wie stark von der Bindung an die Europäische Union eingeschränkt. Wir können nichts gegen Google oder Apple oder Facebook ausrichten, sagen sie mir, und auch nichts am amerikanischen Individualismus ändern oder an der Kommerzialisierung der amerikanischen Kultur oder an den militärischen Abenteuern der Vereinigten Staaten im Ausland.

Da bin ich anderer Meinung. Deutschland hat bereits begonnen, die Ausbreitung der amerikanischen Kultur eines marktabhängigen, rein zweckorientierten Individualismus einzugrenzen. Deutschlands langjähriges Engagement für den Datenschutz hat sowohl das Bundesdatenschutzgesetz als auch die Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union geprägt. Diese Gesetze mögen für Deutsche und Europäer geschrieben worden sein, aber sie schränken schon jetzt das Verhalten amerikanischer Unternehmen ein, die auf dem europäischen Markt aktiv sind. In einer Welt mit zahlreichen Regulierungen werden viele Firmen versuchen, dem höchsten Standard zu genügen. Indem Deutschland diesen Standard setzt, kann es dazu beitragen, dass seine zivilgesellschaftliche Kultur Einfluss auf kommerzielle Institutionen Amerikas gewinnt.

Deutschland kann auch helfen, Amerika allein durch das gute Beispiel zu demokratisieren. Wenn Angela Merkel sich gegen Donald Trump wendet, nehmen die Amerikaner davon Notiz. Wenn Bewohner des Silicon Valley von Berliner Maßnahmen zur Beschränkung der Mieten hören, erkennen sie, dass die Dinge auch anders sein könnten. Wenn meine Freunde und ich Deutschland besuchen und dort Zeitung lesen oder den Fernseher einschalten oder auch nur einen Abend in einem Biergarten verbringen und uns mit Fremden unterhalten, lernen wir eine Möglichkeit kennen, man selbst und zugleich Bürger zu sein. Und zumindest aus meiner Sicht machen gerade dieses Gefühl und die Art, wie es das alltägliche Leben und die staatlichen Institutionen prägt, Deutschlands demokratische Kultur zu einem Vorbild für uns alle.

Hans Ulrich Gumbrecht: Europa unterschätzt die amerikanische Demokratie

Es war am heißesten Berliner Sommerabend des heißen vergangenen Junis, gegen Ende einer Podiumsdiskussion. Mein Kollege Fred Turner aus Stanford sagte den angesichts der Temperatur erstaunlich zahlreichen und außergewöhnlich aufmerksamen Hörern, wie viel die Vereinigten Staaten heute von der demokratischen Kultur in Deutschland lernen könnten – und ohne die Annahme, dass es sich um eine höfliche Geste des Dankes fürs Durchhalten handelte, aber auch um ein für die nationale Selbstgefälligkeit allzu freundliches Kompliment, hätte ich mir wohl den etwas lauten und undifferenzierten Schlussprotest erspart. Noch auf dem Weg zum unvermeidlichen Bier betonte Fred dann aber, wie durchaus ernst er es mit seiner Bemerkung gemeint habe, während ich mir über ein

aufkommendes schlechtes Gewissen mit dem Vorschlag weiterhalf, die potentiell produktive Differenz zwischen unseren Positionen schriftlich und in der Öffentlichkeit weiterzutreiben.

Dies war auch der Moment, wo unser bis dahin freundlich-kollegiales Verhältnis begann, zu einer Freundschaft zu werden – gerade weil wir uns nicht einig waren (und Freundschaft ja davon lebt, wechselseitigen Sympathien „ohne zwingende Gründe“ zu folgen). Einem deutschen Kollegen wäre ich so jedenfalls nicht gekommen, obwohl der Begriff „Streitkultur“ gerade zwischen Berlin und München besonders hochgehalten wird und eigentlich kaum ins Englische zu übersetzen ist. Wie ganz verschieden sich aber die Praxis ausnimmt, hatte ich kurz zuvor eben in München erlebt (es hätte natürlich auch Berlin sein können), wo man mir zutrauen wollte, eine Debatte zwischen Politikern aus mehreren europäischen Ländern per „Impulsreferat“ (auch so ein Wort!) in Gang zu bringen. Als Erster reagierte ein prominenter bayerischer Landespolitiker mit dem Vorschlag, tatsächlich all jene Themen auszublenden, im Bezug auf die ein Konsens weder evident noch wahrscheinlich war. Und hier liegt mein erster Punkt einer nüchternen Kritik an der demokratischen Kultur in Deutschland, einer Kritik, welche schon immer erleichtert voraussetzt, dass die Nation seit 1949 endlich einen ebenso komplizierten wie erfolgreichen Weg zu positiver Normalität in der parlamentarischen Politik gegangen ist.

Doch dabei hat sie die Fähigkeit, Bereitschaft und Freude an der kommunikativen Grundform des „agreement to disagree“ erstaunlich wenig entwickelt. Vielmehr mag in der vorherrschenden Überzeugung, dass Fragen aller Art bei hinreichendem Nachdenken zu klaren und verbindlichen Lösungen führen werden und sollen, ein historischer Hang zur Metaphysik weiterleben, ein Hang, der für Deutschland vom alltäglichen Gespräch bis zum Bundestag einen international wohl singulären Konsensdruck erzeugt. In den „Debate Clubs“ hingegen, bis heute einer Lieblingsinstitution amerikanischer Teenager, übt man gerade die entgegengesetzte intellektuelle und rhetorische Fertigkeit, sich nämlich auseinander-zu-setzen – um erst gar nicht von der Streit-Leidenschaft in Israel zu reden und von dem Witz über die beiden Rabbiner, die sich auf einer einsamen Insel treffen und bald schon drei Synagogen gründen.

Ob der Mann aus Deutschland, an den sich Fred Turner so dankbar erinnert, weil er ihn daran hinderte, die Straße bei Rot zu überqueren, für die Bürgertugend der Verantwortung (in diesem Fall: zugunsten von Kindern) stand oder einfach für selbstgerechte Engstirnigkeit, werden wir nie wissen. Erschrocken hat mich jedenfalls die nur scheinbar nebensächliche Bemerkung, dass er nicht zögerte, dabei seinen Körper – und das heißt im strikten Sinn des Wortes: Gewalt – einzusetzen. Wer bürgerliche Tugenden derart taktlos durchsetzt, das ist meine Erfahrung und ein zweiter Anlass zur Kritik an der Demokratie-Kultur in Deutschland, versteht sich gerne auch als Verkörperung der nationalen „Leitkultur“.

Die seit einigen Jahren der Fußball-Nationalmannschaft anzusehende Diversität findet nur solange überwiegend positive Resonanz, wissen wir seit dem „Fall Özil“, wie sich die Spielernamen, welche man nicht im deutschen Namenslexikon findet, und die Gesichter, welche vor hundert Jahren „exotisch“ ausgesehen hätten, mit dem „Leitkultur“-Konsensus von Werten und politischen Positionen assoziieren lassen. Schon das Kriterium der „gelingenen Integration“ klingt in diesem Kontext verdächtig, weil es eine definierbare Grenze zwischen dem Innen und dem Außen der nationalen Gesellschaft voraussetzt. Oder aus einer dritten Perspektive: Nach dreißig Jahren in den Vereinigten Staaten fällt mir auf, wie gutmeinende Kollegen aus Deutschland immer wieder die Diversität der Studenten in meinen Seminaren bewundern, während sie mir selbst schon lange nicht mehr auffällt (und Fred wahrscheinlich noch nie aufgefallen ist). Man muss nicht sympathisch, wohlintegriert und am Ende den Eingeborenen ähnlich sein, um ein Recht auf Bleiben zu haben. Die einzigen „Spielregeln“, von denen demokratische Inklusion abhängen darf, sind rechtliche, und wo ihre juristische Artikulation ausbleibt, da greifen sie auch nicht.

Dies führt zu einer dritten Tendenz, die mich im Alltag der deutschen Demokratie irritiert, und ich meine die so oft vorausgesetzte Nähe zwischen Gesellschaft, Nation, Staat – und Konsens. Das durchaus nicht nur ironisch gebrauchte (und noch einmal kaum aus dem Deutschen übersetzbare) Wort „staatstragend“ setzt voraus, dass es etwas Essentielles an den Bürgern gibt, gleichsam eine spezifische Substanz, die den Staat ausmacht und in ihm dank der Bürger (sie „tragen“ ihn) permanent sichtbar

werden soll. Zum Beispiel, im positivsten Fall, die Sorge um das Wohl aller im sogenannten „Wohlfahrtsstaat“. So ein natürlich nicht vorab illegitimes Verständnis macht den Staat über eine Unzahl von Gesetzen breit und allgegenwärtig, während er sich nach der für die amerikanische Geschichte dominanten Prämisse allein auf Regeln des öffentlichen Umgangs mit der Macht beschränken soll.

Diese Regeln sind – entgegen einem heute in Europa als selbstverständlich geltenden und von nicht wenigen amerikanischen Intellektuellen durchaus geteilten Vorurteil – selbst in der Regierungszeit von Donald Trump keinesfalls aufgehoben worden (irgendwann musste ich den auch mir verhassten Namen nennen). Im Gegenteil: Möglicherweise konnte sich auf der einen Seite das exzentrische Unglück von Trumps Wahl nur ereignen, weil es keine bindend-substantielle Konzeption von dem gibt, was der Staat und seine Repräsentanten sein sollen. Auf der anderen Seite aber haben die Gesetze, Regeln und Strukturen, welche allein den amerikanischen Staat ausmachen, die Fähigkeit Trumps wirksam darin eingeschränkt, seine erratischen Einfälle durchzusetzen, und haben damit dem Land eine Kontinuität des historisch Normalen bewahrt. Hier unterschätzt Europa gewiss die amerikanische Demokratie der Gegenwart.

Und damit geht meine freundschaftlich-kritische Argumentation gegen einige Implikationen des Deutschland-Lobs von Fred Turner schließlich in eine Konfession über. Ich gebe zu, dass ich mich vor gut dreißig Jahren (als sich dazu eine großzügige Chance bot) entschlossen habe, in den Vereinigten Staaten zu leben und (ausschließlich) amerikanischer Bürger zu werden, weil ich dort vor allem als Folge des eng gehaltenen Begriffs vom Staat eine Welt der „unbegrenzten Möglichkeiten“ sehe. Nicht in dem naiven Sinn, dass alle Hoffnungen und selbst Illusionen „in Erfüllung“ gehen müssten, sondern weil die Grenzen des Möglichen positiv wie negativ nicht durch einen vom Staat getragenen Konsensus beschnitten werden.

Das schließt den Kontrast zwischen exzentrischen Präsidenten wie Donald Trump und Barack Obama ein; aber auch den vor nur zehn Jahren nicht geahnten umformenden Einfluss der Elektronik-Start-ups von Silicon Valley auf den globalen Alltag und andererseits die von Fred Turner zu Recht bloßgestellten Konsequenzen dieser Industrie für den lokalen Immobilienmarkt. Dass allerdings staatlich geförderte und mithin „sozial verträglichere“ Start-up-Szenen die Zukunftsprobleme der deutschen Wirtschaft lösen werden, scheint mir durchaus unwahrscheinlich.

Der „bekennende“ Teil meiner Positionsbeschreibung mag auf den Gemeinplatz zusteuern, dass dies „alles eine Frage des Temperaments“ sei. Ein Leben ohne Risiko kann ich mir in der Tat nur für andere vorstellen – und im Großen und Ganzen habe ich Glück gehabt mit meiner Entscheidung für Amerika (in einem Beruf wohlgemerkt, dessen Risiko-Margen die für das Grundschulalter typischen kaum überschreiten). Hinzu kommt, dass in unserer globalen Gegenwart jener Patriotismus selten geworden ist, der es den Untertanen und später den Bürgern nahelegte, das Land ihrer Geburt mit einer Intensität zu lieben, wie ich sie heute eher in Freds Begeisterung für Deutschland oder in meiner eigenen paradoxalen „Vaterlandsliebe“ für Amerika entdecke.

Und vielleicht sehen wir nun ja beide die Welten differenzierter und sind etwas mehr zu Kosmopoliten geworden, weil wir nicht bereit waren, unseren Widerstreit unter einen Konsensteppich zu kehren. Immer vorausgesetzt, dass Kosmopolit ist, wer sich nirgends ganz zu Hause – und vollkommen wohl – fühlen kann.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michael Bischoff.
Quelle: F.A.Z.

SCHNELLER SCHLAU

Kind oder Porsche

Von CHRISTOPH SCHÄFER, Grafiken: JENS GIESEL · 22.08.2019



Fotos: Getty; Hersteller / Grafik: F.A.Z.

Die Frauen in Deutschland bekommen ihr erstes Kind deutlich später, im Durchschnitt sind sie mittlerweile älter als dreißig Jahre. Wie aber hängt die Kinderzahl mit dem Bildungsgrad zusammen? Und was kostet ein Kind eigentlich, bis es erwachsen ist? Unser „Schneller schlau“ kennt die Antworten.

Die Mütter in Deutschland werden älter. Allerdings gilt das natürlich auch für männliche Singles und jedes andere noch lebende Wesen. Deshalb muss man an dieser Stelle präzise formulieren: In Deutschland steigt das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes. Im vorvergangenen Jahr war eine Erstgebärende im Durchschnitt schon 30,6 Jahre alt (30,5 Jahre in Ostdeutschland und 30,7 Jahre in Westdeutschland).

Kurz nach der Wende, im Jahr 1991, waren die Mütter noch deutlich jünger. In Ostdeutschland waren sie im Schnitt sogar knapp unter 25 Jahre alt, im Westen gerade mal 27,1 Jahre. Binnen etwas mehr als einer Generation hat sich der Zeitpunkt der Geburt in den meisten Familien also um dreieinhalb bis fünfeinhalb Jahre nach hinten verschoben – und der Osten hat sich dem Westen angeglichen.

Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der ausländischen Erstgebärenden in Deutschland auf ein Rekordhoch gestiegen ist. Im Jahr 1960 stammten gerade einmal 0,6 Prozent aller in Deutschland geborenen Kinder von einer ausländischen Mutter ab. Im vorvergangenen Jahr stieg ihr Anteil auf 23,4 Prozent.

Unter den 784.884 Lebendgeborenen hatten 21.000 eine türkische Mutter, 18.000 eine Mutter aus afrikanischen Ländern und knapp 12.000 Kinder eine Mutter aus Polen. Die Zahl der italienischen Mütter sank auf 6500. Und trotz tausender Städtepartnerschaften, der engen politischen Bindung und der direkten Landesgrenze stammten gerade mal 1305 Kinder von einer französischen Mutter ab. Interessant ist ferner, dass die durchschnittliche Kinderzahl auch stark vom Bildungsstand der Mutter abhängt. Dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden zufolge haben Mütter, die im Jahr 2016 zwischen 45 und 54 Jahre alt waren, im Durchschnitt 1,9 Kinder, wenn sie über einen hohen Bildungsabschluss verfügen. Im Fall eines mittleren Abschlusses sind es ebenfalls 1,9 Kinder. Mütter mit einem niedrigen Bildungsabschluss haben hingegen signifikant mehr Kinder, im statistischen Mittel 2,4.

Nach der „International Standard Classification of Education“ gilt als niedrige Bildung beispielsweise ein Haupt- oder Realschulabschluss ohne weitere berufliche Ausbildung. Wer Abitur oder einen berufsqualifizierenden Abschluss in der Tasche hat, gehört zum Mittelfeld. Für eine „hohe Bildung“ ist in dieser allgemein anerkannten Definition ein akademischer Abschluss oder ein Meister nötig.

Neu ist die Erkenntnis, dass ein niedriger Bildungsabschluss oft mit mehr Kindern einhergeht, allerdings nicht. Schon vor mehr als zehn Jahren gab es eine Diskussion darüber, ob „in Deutschland die Falschen die Kinder kriegen“. Damit meinte das frühere FDP-Vorstandsmitglied Daniel Bahr, dass auch Akademikerinnen bitte schön mehr Kinder bekommen sollten.

Aus Sicht der Rentenkasse, deren Grundgedanke es ist, dass junge und mittelalte Arbeitnehmer für die Bezüge der Senioren aufkommen, sind es in jedem Fall nämlich zu wenige Kinder, die in Deutschland geboren werden. Die einst „Alterspyramide“ genannte Darstellung der Bevölkerungsverteilung nach Jahren hat nichts mehr mit der Form einer Pyramide zu tun, die ein breites Fundament hat und gleichmäßig auf die Spitze zuläuft. Der derzeitige Aufbau der Bevölkerung in Deutschland erinnert mehr an eine zerzauste Wetzertanne, für die Zukunft sieht es noch ungünstiger aus.

Ein wichtiger Grund dafür, dass nicht genug Kinder geboren werden, liegt im Finanziellen. Eine alte Binsenweisheit lautet „Kinder machen arm“. Daran hat sich trotz Elterngeld, höherem Kindergeld, Baukindergeld, kostenfreien Kitas und Kinderzuschlag nichts grundlegend geändert. Im Durchschnitt geben Eltern für ein Kind etwa 600 Euro im Monat aus, für Kleidung, Nahrung, Betreuung, Kino, Vereine oder Nachhilfe. Diverse Studien zeigen, dass der Staat den Eltern davon weniger als die Hälfte in Form von Steuerabschlägen und direkten Zahlungen (vor allem Kindergeld) erstattet. Bis zum 18. Geburtstag eines Einzelkindes fallen Kosten von mehr als 140.000 Euro an. Manche Väter und Mütter kennen das Bonmot „Kind oder Porsche“ – einen wahren Kern hat es unbedingt.

Im Gegenzug für finanzielle Einbußen erhalten Eltern allerdings unschätzbare emotionale Momente. Deshalb sagen zwei von drei Eltern, dass man Kinder braucht, um wirklich glücklich zu sein. Auch in der Gesamtbevölkerung überwiegt diese Einschätzung klar: Nur 37 Prozent der Befragten schließen aus, dass Kinder für wirkliches Glück notwendig sind.

VOR WAHLEN IN OSTDEUTSCHLAND:

Der Osten wird grüner

- VON CORINNA BUDRAS
- -AKTUALISIERT AM 27.08.2019-13:13



Die Grünen hatten im Osten Deutschlands lange einen schweren Stand, doch das ändert sich gerade. Das hat viel mit der Wirtschaft zu tun.

Wahlen sind auch nicht mehr das, was sie früher einmal waren: Dramatische Verschiebungen hat es zwar immer schon gegeben, nur deuteten die sich früher meistens schon im Vorhinein an. Der Wahlabend selbst bestätigte dann oft nur die vorangegangenen Analysen. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am kommenden Sonntag und sieben Wochen später auch in Thüringen dagegen ist vieles noch offen. Nur zwei Gewinner zeichnen sich jetzt schon ab: die AfD und die Grünen. Die AfD kommt in den Vorwahlumfragen auf zweistellige Gewinne, in Brandenburg könnte sie sogar stärkste Kraft werden. Die Grünen werden aller Voraussicht nach ihre Wahlergebnisse in allen drei Bundesländern verdoppeln.

Gegensätzlicher könnten die beiden Profiteure der politischen Stimmungslage nicht sein. Deshalb lohnt es sich zu fragen, was das über den Zustand der drei ostdeutschen Bundesländer aussagt. Viel ist schon darüber geschrieben worden, wie der „Ossi tickt“, wie abgehängt und rückständig weite Teile der neuen Bundesländer noch – oder schon wieder – sind. Wer sich jedoch unter Politikern, Wahlforschern, Politologen und Ökonomen umhört, kommt zu zwei Schlüssen, die nur auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Der erste Befund lautet: Dem Osten Deutschlands geht es wirtschaftlich besser, als viele meinen. Diese gute Nachricht hat allerdings eine negative Kehrseite: Die Lebensverhältnisse driften immer weiter auseinander.

Wer sind die Grünen-Wähler?

Dazu sollte man sich nicht nur mit der AfD auseinandersetzen, interessanter sind in dieser Konstellation die Grünen. Sie erleben zurzeit zwar überall in Deutschland einen Aufschwung, und im Westen, vor allen Dingen in den Großstädten, fällt er noch wesentlich deutlicher aus als im Osten. Aber auch dort legen sie zu, und das ist eine Überraschung – vor allem gemessen daran, wie schwer es die Grünen in den vergangenen Jahren in dieser Region hatten. Deshalb stellt sich die Frage: Wer sind die Leute, die sich im Osten Deutschlands für die 1980 von Atomkraftgegnern und Anhängern der Friedensbewegung gegründete Partei entscheiden, die schon ihrer Geschichte wegen zutiefst im Westen des Landes verankert ist?

Eins ist sicher: Es sind, anders als im Westen, nicht diejenigen, die schon als Kinder in den achtziger Jahren mit ihren Eltern auf die großen Demos gegangen sind. Die tauchen sonst immer in den Fokusgruppen auf, mit denen sich die Grünen auseinandersetzen. Diese Klientel fehlt im Osten naturgemäß. Und die oft bemühte „Latte-macchiato-Fraktion“ aus den hippen Großstadtvierteln ist

eher eine Überzeichnung als die akkurate Abbildung des klassischen Grünen-Wählers – selbst im Westen der Republik.

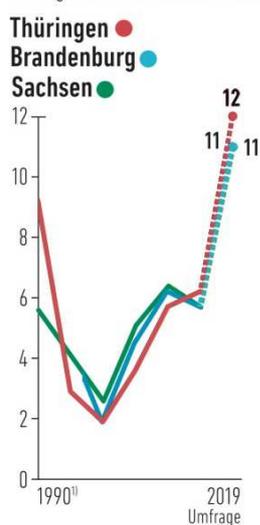
An und für sich wäre es durchaus möglich, dass die Grünen im Westen und im Osten ganz verschiedene Arten von Wählern anziehen. Doch Politiker und Wahlforscher sind sich einig: An den Grünen zeigt sich nach ihrer Ansicht, dass Ost- und Westdeutschland zumindest in einigen Aspekten nicht mehr so viel trennt, wie 30 Jahre nach dem Mauerfall 1989 häufig beklagt wird. „Zwischen den Grünen-Wählern in Ost- und Westdeutschland gibt es ganz klar mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“, sagt etwa Nico Siegel, der Geschäftsführer des Wahlforschungsinstituts Infratest dimap. „Die beiden Gruppen haben in mehrerer Hinsicht einen sehr ähnlichen Hintergrund.“ Denn gemeinsam ist dieser Wählerklientel in Ost und West vor allem eins: ihre Priorität für den Klimaschutz.

Ost-Eingliederung in eine westliche Partei

Daran durfte man seine Zweifel haben, weil der Umweltschutz nach der bewegten Anti-AKW-Zeit lange Zeit niemanden mehr so recht interessiert hat, schon gar nicht im Osten des Landes. Anfang der neunziger Jahre war das noch anders, als die unterirdischen Zustände in Städten wie Bitterfeld die Gemüter bewegten, doch mit der zunehmenden Deindustrialisierung erledigte sich dieses Problem. So beschreibt es Everhard Holtmann, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung an der Universität Halle-Wittenberg. Dann kamen die Grünen auf Bundesebene auch noch in Regierungsverantwortung, und spätestens nach der Hartz-IV-Gesetzgebung war im Osten der Ofen völlig aus. Das war der Tiefpunkt der Grünen in Ostdeutschland, bei Landtagswahlen erreichten sie nur noch den Status einer Splitterpartei.

Dabei hat sich mit der Eingliederung Ostdeutschlands in die eigene Partei keine andere so viel Mühe gegeben wie die Öko-Partei. Während sich CDU und FDP in Windeseile die jeweiligen DDR-Blockparteien einverleibten, bemühten sich die Grünen wenigstens, der Bürgerrechtsbewegung aus dem Osten die notwendige Beachtung zu schenken: Bündnis 90/Die Grünen ist bis heute der offizielle Name der Partei.

Stimmenanteile der Grünen bei den Landtagswahlen und in der jüngsten Umfrage zur kommenden Wahl, in %



1) 1990 Neues Forum (Listenverbindung aus Neues Forum, Bündnis 90, DJ, Die Grünen, UFV).

Quelle: F.A.Z.-Archiv;
Infratest Dimap/ F.A.Z.-Grafik Brocker

Bild: F.A.Z.

Das allein hat allerdings nicht viel gebracht. Dazu war die Bürgerrechtsbewegung im Osten zu zersplittert. Außerdem hatte sie ihr großes Ziel 1990 ja erreicht: Die DDR war abgeschafft, die Wiedervereinigung vollzogen. Auf den Fortgang der Entwicklung hatten sie danach kaum mehr Einfluss.

Auch auf dem Land erfolgreich

Dreißig Jahre später verzeichnen die Grünen auch im Osten einen wahren Sprung in der Wählergunst. Der Grund dafür ist der gleiche, hier wie dort: „Viele erschrecken jetzt, dass im Mai der Boden schon so trocken ist wie sonst erst im August“, sagt Michael Kellner, politischer Bundesgeschäftsführer der Grünen. „Die Leute merken: Die Klimakrise ist da.“ Folgerichtig ist es der Sommer 2018 mit seiner erschreckend langen Dürreperiode, den Kellner als Wendepunkt für die Grünen im Osten markiert.

Die Klimakrise spüren übrigens nicht nur die jungen, gut ausgebildeten Menschen in den Städten, in Leipzig, Dresden und Jena, welche die Grünen schon früher für sich gewinnen konnten. „Inzwischen erreichen wir auch Menschen im ländlichen Raum, die für uns früher unerreichbar waren“, sagt Kellner, Jahrgang 1977, geboren und aufgewachsen in Gera. Er selbst ist den Grünen in einer Zeit beigetreten, als viele das noch „irritierend“ fanden, wie er es beschreibt. Die Grünen haben damals niemanden interessiert.

Mit dem Aufstieg der Grünen verbinden Demoskopien noch einen anderen interessanten Befund: Größere Bevölkerungsgruppen können sich auch im Osten Deutschlands den „postmaterialistischen“ Ansatz der Grünen leisten, besonders junge, gut ausgebildete Frauen, die in den Städten leben. Arbeitslosigkeit und Armut sind für sie nicht die alles beherrschenden Themen, für sie rücken andere Aspekte in den Vordergrund: der Umweltschutz, eine gute öffentliche Infrastruktur, Kindergartenplätze.

Globale statt ostdeutsche Themen

„Die Grünen sind tendenziell vor allem dort stark, wo die Bevölkerung wächst“, sagt Wahlforscher Siegel. Eine gute wirtschaftliche Lage ist quasi das „Sprungbrett“ der Grünen: „Ob die Grünen daraus Wahlerfolge mobilisieren können, hängt unter anderem davon ab, ob sie geschlossen auftreten, ihre Themen auf der politischen Agenda weit oben stehen und ob sie eine gute Wahlkampfkampagne umsetzen können.“

Dabei machen die Grünen keinen bewusst ostdeutschen Wahlkampf. Nur ganz wenige Sachsen glauben Umfragen zufolge, dass die Grünen genuin ostdeutsche Interessen vertreten würden. Das scheint die potentiellen Wähler indes nicht zu stören: Sie interessieren sich für globale Themen. Und dazu haben die Grünen ganz bestimmt eine dezidierte Meinung.

Der wirtschaftliche Erfolg der einen sorgt für Ärger bei den anderen, die es nicht so weit bringen. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gerade in einer Studie beschrieben. Die Forscher haben das Wählerverhalten in Ostdeutschland bei der Europawahl im Mai analysiert und sind zu dem Schluss gekommen: Der große Erfolg der Grünen und der AfD zeigt vor allem, dass die Lebensverhältnisse im Osten stärker auseinanderdriften.

Neben den Gewinnern, die tendenziell grün wählen, gibt es dort eben auch viele Menschen, die unter dem „doppelten Transformationsschock“ leiden, wie es der Politikwissenschaftler Holtmann von der Uni Halle-Wittenberg nennt: Der erste Schock erreichte sie nach der Wende, als sich das sozialistische System in ein kapitalistisches wandelte. Der zweite Schock kam mit der Finanzkrise 2008, als plötzlich nicht mehr sicher war, dass das kapitalistische System auf Dauer Wohlstand bringt. Mit der Flüchtlingskrise 2015 schlug diese kollektive Unsicherheit in Protest um. Das hat viel durcheinandergebracht. Das ist auch dem Grünen-Politiker Kellner durchaus bewusst: „Seit 2015 ist das Parteiensystem hochvolatil“, sagt er. „Da gibt es viel zu gewinnen – aber auch zu verlieren.“

Leseraufruf:

Warum ist die AfD im Osten so erfolgreich?

30 Jahre nach dem Mauerfall erreicht die AfD Spitzenergebnisse im Osten. In welcher Vergangenheit sollten wir nach den Ursachen suchen?

Von **Julia Meyer**

27. August 2019, 11:28 Uhr 196 Kommentare

Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer könnten die Wählerinnen und Wähler im Osten für eine große politische Zäsur sorgen. Die AfD hat Chancen, in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zur stärksten Kraft zu werden. Schon nach den Europawahlen im Mai zeigten sich in den vielen blauen Wahlergebnissen Umriss der alten DDR.

Aber warum ist das so? Die zwei bedeutendsten Erklärungsansätze lauten kurz gesagt: Es war die Zeit vor 1990. Oder: Es war die Nachwendezeit.

Die DDR-Vergangenheit, argumentiert die eine Seite, wirkt noch immer nach. Sie prägt das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat. Eine unterdrückte Debattenkultur, autoritäre Staatsstrukturen, eine ethnisch relativ homogene Gesellschaft – das sind demnach entscheidende Faktoren für ein Misstrauen gegenüber der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik. Zudem seien in der DDR die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht aufgearbeitet und rechtsradikale Tendenzen geleugnet worden. Auch deswegen fehle unter manchen Ostdeutschen die Sensibilität für die Abgründe des Rechtsextremismus.

Andere halten dagegen, es sei vor allem die Zeit nach der Wiedervereinigung gewesen, die manche Ostdeutsche skeptisch bis feindselig gegenüber der Bundesrepublik gemacht habe. Die Zeit, als die Euphorie der Enttäuschung wich, Millionen ihren Job verloren und die Jungen, die Gutsausgebildeten das Land Richtung Westen verließen und Leere hinterließen. Der Westen bekam von diesen Umbrüchen kaum etwas mit. "Raider hieß dann Twix, sonst änderte sich nichts", formuliert es der Journalist Jens Bisky zugespitzt für das westdeutsche Selbstverständnis. Mehr noch: Auf die neuen Bürgerinnen und Bürger wurde mitunter mit einer Mischung aus Mitleid, Strenge und Spott hinuntergeschaut, ein Blick, der bis heute nicht ganz aus dem deutsch-deutschen Verhältnis gewichen ist. Wenig geändert hat sich auch an den Vermögensverhältnissen. Sie sind bis heute nicht dieselben: Im Osten sind die Renten niedriger, geerbt wird auch kaum. Das alles habe zu einer tiefen Entfremdung mancher Ostdeutscher geführt, die sich auch in einer fehlenden Bereitschaft zeige, die bundesrepublikanische Demokratie zu verteidigen.

Und natürlich gibt es viele Stimmen, die diese Argumente zwar anerkennen, sie aber ganz anders gewichten.

Was denken Sie?

Wir wenden uns anlässlich der ostdeutschen Landtagswahlen an Sie, liebe Leserinnen und Leser. Wir wollen von Ihnen, von Ost- und Westdeutschen und von Menschen, die sich diesen Kategorien gar nicht zugehörig fühlen, wissen: Warum ist die AfD im Osten so erfolgreich? Können Sie den oben skizzierten Argumenten etwas abgewinnen? Oder haben Sie andere Sichtweisen und Erfahrungen, mit denen sie die aktuelle Situation deuten? Mit ähnlichen Fragestellungen zu Ost- und Westdeutschland wird sich auch das neue Ressort STREIT beschäftigen, das am 5. September erstmals in der ZEIT erscheinen wird.

Wiedervereinigung: Mauerreste

Welche Unterschiede gibt es 30 Jahre nach der Maueröffnung noch zwischen den Menschen in Ost und West in Deutschland? 30 Vergleiche, von Betreuungsquote bis Wohnmobilanzahl

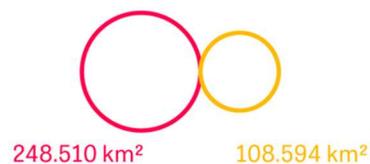
Von **August Modersohn**

23. August 2019, 12:41 Uhr Editiert am 27. August 2019 DIE ZEIT Nr. 35/2019, 22. August

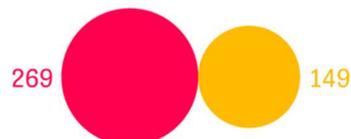
Bevölkerung



Fläche



Einwohner pro Quadratkilometer

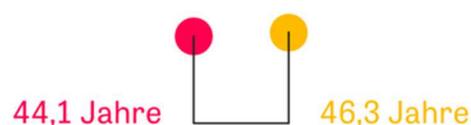


Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre

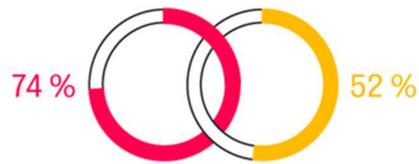
Angaben ohne Stadtstaaten



Durchschnittsalter



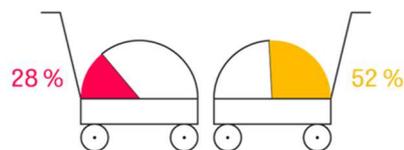
Anzahl der verheirateten Eltern*



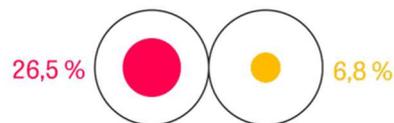
Anteil von in Vollzeit arbeitenden Müttern an allen erwerbstätigen Müttern mit einem Kind unter drei Jahren



Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren



Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund*



Um den Zusammenhalt in der Gesellschaft machen sich "große Sorgen":*



Anzahl der Universitätsrektoren und -rektorinnen

nach west- oder ostdeutscher Herkunft



Identifikation mit einer Partei*

Die Frage "Neigen Sie einer bestimmten Partei zu?" beantworten mit "Ja":



Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2017**



Anteil, der gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD ist



Durchschnittlicher Monatsbruttoverdienst



Wirtschaftskraft

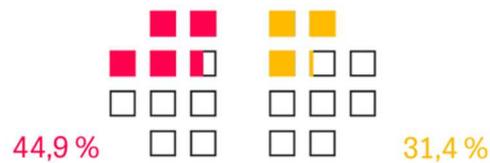
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner



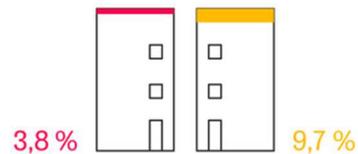
Pro-Kopf-Verschuldung*



Anteil der Wohneigentümer*



Wohnungsleerstand*



Sitz der größten 500 Unternehmen



Anteil der Betriebe mit Tarifbindung



Investitionen aus Bundeshaushalt in Verkehrsinfrastruktur seit 1991*



Monatliche Rentenzahlungen



Arbeitslosenquote



Bierabsatz pro Kopf



Herkunft der deutschen Eurovision Song Contest-Musiker seit 1990**



Anzahl der Wohnmobile



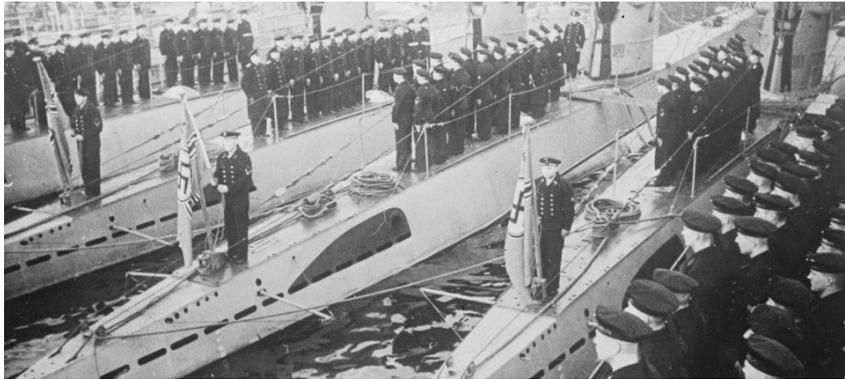
Infografik: Doreen Borsutzki; Quellen: bpb.de; boeckler.de; bundestag.de; Bundeswahlleiter; Centrum für Hochschulentwicklung (Check – Universitätsleitung in Deutschland); demografieportal.de; Destatis; deutschlandin zahlen.de; Deutsche Rentenversicherung; iwh-halle.de; Julius Tröger; Statista; welt.de; ZEITmagazin; Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2018; Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer; Deutscher Brauer-Bund

* Ost: neue Länder ohne Berlin; ** Ostdeutschland mit Ost-Berlin, Westdeutschland mit West-Berlin; Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Zahlen auf das Jahr 2018.

AUFRÜSTUNG UNTER HITLER:

Wie die Nationalsozialisten das Land kriegsfähig machten

- VON MICHAEL WILDT
- -AKTUALISIERT AM 27.08.2019-17:59



Von Anfang an waren die Nationalsozialisten bestrebt, Deutschland auf einen neuen Weltkrieg vorzubereiten. Dazu mussten sie auch die Bevölkerung militarisieren um eine wankende „Heimatfront“ wie im ersten Weltkrieg zu vermeiden. Ein Gastbeitrag.

Nichts hat die Weltanschauung der nationalsozialistischen Führung stärker geprägt als die Erfahrungen und Deutungen des Ersten Weltkrieges. Für Adolf Hitler, aber auch für Millionen Deutsche war die eigene Armee unbesiegt geblieben und von angeblich hinterhältigen Verbrechern an der „Heimatfront“ verraten worden. Nicht die Überlegenheit der alliierten Armeen, nicht das militärische Versagen der Obersten Heeresleitung um Ludendorff und Hindenburg, sondern die Arbeiter, die während des Krieges wegen der katastrophalen Versorgungslage gestreikt hatten, und die linken Revolutionäre seien für die Niederlage verantwortlich gewesen. Hinter allem, so die Sicht der Nationalsozialisten, steckten die Juden, die vornehmlich in der Gestalt des Marxismus die Welt in den Abgrund stürzen wollten. Den „jüdischen Bolschewismus“ galt es zu vernichten – mit allen Mitteln.

Darum sei ein neuer, dieses Mal siegreicher Krieg unvermeidlich, nicht allein um Deutschlands Ehre wiederherzustellen, als vielmehr „Lebensraum“ in Osteuropa zu gewinnen und das Judentum auszumerzen. Auf diesen neuen Weltkrieg zielte die nationalsozialistische Politik von Anfang an. Aber er musste besser vorbereitet werden als der erste. Die Schlussfolgerungen, die Hitler und die NS-Führung aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg zogen, waren die Grundlage ihrer Vorkriegspolitik, um Deutschland von 1933 an auf allen Ebenen kriegsbereit zu machen.

Vom ersten Tag ihrer Regierung an betrieben die Nationalsozialisten unter Bruch der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages eine immense Aufrüstungspolitik. Bis 1939 gab der NS-Staat dafür 62 Milliarden Reichsmark aus, was einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 23 Prozent entsprach. 1933 hatte der Anteil noch bei 1,5 Prozent gelegen. Kein kapitalistischer Staat, konstatierte der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, hat in Friedenszeiten so rasch und so vehement eine Umschichtung des nationalen Sozialprodukts in einem solchen Ausmaß vorgenommen. Das Geld für die Aufrüstung wurde weniger durch Steuern als vielmehr durch staatliche Schuldenaufnahme beschafft, was die Staatsfinanzen immer wieder an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Um den Haushalt dereinst wieder zu sanieren, kalkulierte die NS-Führung mit der Ausplünderung des eroberten Europas. Die Schuldenpolitik lief also notwendig auf einen Krieg hinaus.

Versklavt, vertrieben oder getötet

In einer geheimen Denkschrift vom August 1936 forderte Hitler, dass die deutsche Armee binnen vier Jahren einsatz- und die deutsche Wirtschaft binnen vier Jahren kriegsfähig sein müssten. Ein gutes Jahr später, Anfang November 1937, offenbarte Hitler der engsten militärischen Führungsspitze unverblümt seine Kriegsziele: Ziel der deutschen Politik sei „die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung“, was mehr „Lebensraum“ erfordere, nicht in fernen Kolonien, sondern in Europa.

Es handele sich dabei, betonte Hitler, „nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum“, was hieß, dass die dort lebenden Bewohner entweder versklavt, vertrieben oder getötet werden sollten. Dass jede „Raumerweiterung“ nur durch „Brechung von Widerstand und unter Risiko“ vor sich gehen könne, habe die Geschichte gezeigt. „Zur Lösung der deutschen Frage“, so Hitler, könne es „nur den Weg der Gewalt geben.“

In nationalsozialistischer Perspektive war der Weltkrieg durch den Zusammenbruch der „Heimatfront“ verlorengegangen, vor allem durch die von linken Revolutionären angezettelten Massenstreiks in den Rüstungsbetrieben. Nie wieder sollte es daher der Linken möglich werden, eine solche Kraft zu entwickeln, die zur Revolution 1918 geführt hatte. Die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung stand am Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft.

Zwischen Repression und Gratifikationen

Schon auf der ersten Kabinettsitzung am Nachmittag des 30. Januar 1933 warf Hitler die Frage auf, wie die KPD unterdrückt werden könne. Drei Tage später erklärte er vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine, dass das Ziel seiner Politik die „völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände“ sei. Der Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Wer sich nicht bekehren lasse, müsse gebeugt werden. Keine Gesinnung, die dem Ziel entgegenstehe, wie zum Beispiel der Pazifismus, dürfe mehr geduldet werden. Der Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 bot dann den willkommenen Anlass, um Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu verfolgen, zu töten, in Konzentrationslagern zu internieren oder in die Emigration zu treiben.

Zugleich setzte die NS-Führung viel daran, die Arbeiter und Arbeiterinnen für die „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen. Der 1. Mai, den die Nationalsozialisten zu einem „Tag der nationalen Arbeit“ umdeuteten und zu einem gesetzlichen Feiertag machten, stand 1933 unter dem Motto „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!“ Hitler lobte in seiner Rede auf dem Tempelhofer Feld in Berlin die Handarbeit, forderte die Überwindung des Klassenkampfdenkens und beschwor die Gemeinschaft des Volkes, gleich welchen Standes und welcher Konfession man sei. Am folgenden Tag wurden die Gewerkschaften aufgelöst und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in einer neuen Organisation, der Deutschen Arbeitsfront, zwangsvereinigt.

Repression und Kontrolle auf der einen, Gratifikationen auf der anderen Seite bestimmten die nationalsozialistische Sozialpolitik. So war es für die Kriegsmobilisierung wichtig, den Arbeitseinsatz zu lenken und damit die freie Wahl des Arbeitsplatzes einzuschränken. Mit dem halbjährigen Reichsarbeitsdienst, den alle jungen Männer vor ihrem Wehrdienst zu leisten hatten, stand nicht nur ein Mittel bereit, Arbeitslosigkeit statistisch zu kaschieren. Er war auch ein willkommenes Instrument der Disziplinierung und Militarisierung. 1935 wurde ein Arbeitsbuch für die Arbeitnehmer eingeführt, mit dem die Verteilung und Kontrolle von Arbeitskräften gesteuert wurde. Ab März 1939 erfolgte die Organisation des Arbeitseinsatzes zentral auf Reichsebene, um für den kommenden Krieg gerüstet zu sein. Arbeiter konnten nun dienstverpflichtet und überall dort eingesetzt werden, wo es für die Kriegswirtschaft nötig war.

Urlaub für das nervenstarke Volk

Gleichzeitig bemühte sich das Regime um sozialpolitische Angebote. Das wohl bekannteste und zweifellos populärste Amt der Deutschen Arbeitsfront war „Kraft durch Freude“ (KdF). Im November 1933 nach italienischem, faschistischem Vorbild gegründet, widmete es sich der Freizeitorganisation der Arbeitnehmer, veranstaltete Kulturabende und insbesondere Reisen. Bereits 1935 nahmen fast

sechs Millionen Deutsche an Kurzfahrten innerhalb Deutschlands teil, mehr als 120.000 kamen im selben Jahr in den Genuss einer Schiffsfahrt mit einem der zehn KdF-Dampfer. Am begehrtesten waren die Auslandsreisen. 1938 fuhren rund 140.000 Deutsche nach Italien, andere reisten nach Norwegen oder Griechenland, sogar nach Madeira und auf die Kanarischen Inseln.

Sobald die KdF-Reisen als neue Form des Massentourismus wahrgenommen und geschätzt wurden, so wenig standen für die NS-Führung Entspannung und Urlaubsspaß im Vordergrund. Für sie bedeutete Erholung in erster Linie Ertüchtigung, wie es Hitler bei der Gründung von KdF unmissverständlich ausdrückte: „Ich will, dass dem deutschen Volk ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche dies, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen.“

Volksgemeinschaft war das Zauberwort, unter dem sich die deutsche Bevölkerung vereinigen sollte, damit keine Risse wie in der Kriegsgesellschaft zwischen 1914 und 1918 aufbrechen würden. „Dort in den Gräben des Westens und des Ostens“, proklamierte Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront, in einer Rede 1934, „fand sich dieses Volk wieder zusammen, die Granaten und Minen fragten nicht danach, ob einer hoch oder niedrig geboren, ob jemand reich oder arm war, welcher Konfession und welchem Stand er angehörte, sondern hier war jene große gewaltige Probe auf den Sinn und den Geist der Gemeinschaft.“ Dass dieser Geist in nationalsozialistischer Sicht geschwächt und verraten worden sei, stellte die Hauptursache für die Niederlage dar.

Die Aufzucht des „Volkskörpers“ zum Ziel

So inkludierend die Rhetorik der Volksgemeinschaft sich ausnahm, so stark war sie von den Grenzen her bestimmt. Nationalsozialistische Volksgemeinschaftspolitik zielte vor allem darauf, diejenigen auszuschließen, die nicht dazugehören sollten – allen voran die Juden. „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“, hieß es klipp und klar schon im Programm der NSDAP von 1920. Gerade in der Provinz, in den Dörfern und kleinen Orten war nach 1933 die Verfolgung der jüdischen Nachbarn als „Rassenfeinde des deutschen Volkes“ das zentrale politische Instrument, um die Volksgemeinschaft herzustellen.

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte, der Denunziation von Beziehungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen, den Nürnberger Gesetzen von 1935, die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse machten, den Enteignungen jüdischen Besitzes und schließlich mit den Gewaltexzessen der Novemberpogrome 1938 formierten die nationalsozialistischen Aktivisten wie die zahlreichen Mittäter eine antisemitische Volksgemeinschaft, die sich gewalttätig gegen ihre „Feinde“ abgrenzte. Die unerbittliche Verfolgung der Juden, ihre rechtliche, öffentliche, wirtschaftliche und gewalttätige Ausgrenzung und Vertreibung trug entscheidend zur Verrohung der deutschen Gesellschaft bei. Deren große Mehrheit verhielt sich gegenüber dem Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn gleichgültig und mitleidlos.

Unauflösbar verbunden mit der Kriegsmobilisierung der deutschen Gesellschaft war auch die ausmerzende, erbbiologistische Politik des Regimes. In der völkischen Perspektive der Nationalsozialisten war der Erste Weltkrieg auch deshalb eine Katastrophe gewesen, weil in ihm die tüchtigsten und tapfersten jungen Männer gefallen seien, während alle „Minderwertigen“, die Schwachen und Drückeberger überlebt hätten. Nur wenn es gelingen würde, den deutschen „Volkskörper“ rasch wieder „aufzuzüchten“, stünde das „Menschenmaterial“ für einen neuen siegreichen Krieg zur Verfügung.

Die Städte waren voll von Uniformen

Schon im Juli 1933 verabschiedete die Hitler-Regierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, mit dem es möglich wurde, Menschen auch gegen ihren Willen zu sterilisieren. Damit war der erste radikale Schritt zu einer eugenischen Negativpolitik getan, um die „Minderwertigen“ auszumerzen. Allein in den ersten drei Jahren nach Inkraftsetzung des Gesetzes wurden nahezu

200.000 Personen zwangssterilisiert. Es ist bezeichnend, dass Hitler den nächsten Schritt von der Zwangssterilisation zum Mord, seine schriftliche Ermächtigung an Philipp Bouhler, den Leiter der „Führerkanzlei“, und seinen persönlichen Arzt Dr. Karl Brandt, kranke und behinderte Menschen töten zu lassen, auf den Kriegsbeginn, den 1. September 1939, datierte. „Ballastexistenzen“, wie sie von der nationalsozialistischen Propaganda genannt wurden, sollten keinen Platz mehr in der Volksgemeinschaft haben.

Die Militarisierung der Gesellschaft bildete einen genuinen Teil des nationalsozialistischen Programms. Uniformen bestimmten bald das Stadtbild; jede Partei- und Staatsinstitution entwickelte ihre eigene Dienstuniform. 1935 führte das NS-Regime die allgemeine Wehrpflicht wieder ein, die durch den Versailler Vertrag untersagt worden war. Zwar protestierten die Westmächte, aber Sanktionen blieben aus, selbst als Hitler öffentlich erklärte, die Vereinbarungen des Versailler Vertrages nicht mehr erfüllen zu wollen.

Der Geburtsjahrgang 1914 war der erste, der eingezogen wurde, zunächst noch zu einem Wehrdienst von einem Jahr. 1936 wurde er auf zwei Jahre ausgedehnt. Rund 580.000 Soldaten sollte die Wehrmacht, wie sie nun genannt wurde, in Friedenszeiten umfassen. Gegen die „Dekadenz“ der modernen Welt, gegen die Einflüsse von Individualismus und Hedonismus sollte die Jugend im Geist von Disziplin, Härte, Einsatzbereitschaft und unbedingtem Gehorsam erzogen werden, die verschiedenen Organisationen wie Jungvolk, Hitler-Jugend, Arbeitsdienst und Wehrdienst durchlaufen „und nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“, wie es Hitler in seinem bekannten Zitat formulierte. Sport sollte ebenso ein Mittel der Wehrrtückung sein, wie regelmäßige Luftschutzübungen die Bevölkerung auf den kommenden Krieg vorbereiten sollten.

Der Platz der Heldenmütter

Doch waren die Folgen des vergangenen Kriegs noch nicht überwunden. Viele Familien hatten Tote zu beklagen, in der Öffentlichkeit blieben Invaliden präsent. Vor 1933 hatte der Vorwurf zum Standardrepertoire der nationalsozialistischen Propaganda gehört, dass die republikanischen Regierungen den Kriegsversehrten den „Dank des Vaterlandes“ versagten und sie zu Almosenempfängern degradierten. Bei den mitgliederstarken Kriegsofferorganisationen kam dies gut an.

Entsprechend groß war die nationalsozialistische Symbolpolitik nach 1933. Mit „Frontsoldaten- und Kriegsofertagen“ sollte dem Opfermut der Kriegsbeschädigten gedacht werden. Reichskriegsofferführer Hanns Oberlindober präsentierte auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1933 ein 12-Punkte-Programm mit einer Reihe von Bevorzugungen von Kriegsversehrten in Kino, Theater, Reichsbahn und bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Doch ließ die pompös angekündigte Reform der Versorgungsgesetzgebung die Struktur der Regelungen der Weimarer Republik weitgehend unangetastet. Es blieb bei einer Politik der großen Gesten.

So hatte auch die „Heldenmutter“ ihren festen Platz in der NS-Propaganda. Sowohl in der Überhöhung der „deutschen Mütter“, die im Ersten Weltkrieg ihre Söhne dem Vaterland geopfert hätten, als auch mit Blick auf den kommenden Krieg wurde in zahllosen Schriften, Pamphleten, Romanen die Aufgabe der Mütter beschworen, freudig künftige Soldaten zu gebären. Doch darf bei aller Diskrepanz zwischen Verlust Erfahrung und Propaganda das symbolische Angebot nicht unterschätzt werden, die Trauer und den Schmerz in Opferbereitschaft zu verwandeln, also die eigenen Emotionen in der NS-Inszenierung beileibe nicht zu ihrem Recht, aber zu ihrem Ausdruck kommen zu lassen.

Der Staat regelt schon vorsorglich die Ernährung

Ein besonderes Problemszenario war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Englands Blockadepolitik und die Desorganisation der kaiserlichen Bürokratie hatten zwanzig Jahre zuvor zu desaströsen Verhältnissen, Unruhen und Massenstreiks geführt. Der Hungerwinter 1916/17 war den Deutschen noch gut in Erinnerung; eine solche Situation sollte sich im kommenden Krieg in keinem Fall wiederholen. Darum setzte die NS-Führung in ihrer Landwirtschaftspolitik auf Autarkie und

„Ernteschlachten“. Dennoch konnte sie die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung aus eigener Kraft nicht sicherstellen. Insbesondere fehlten der Landwirtschaft Arbeitskräfte. Schon vor dem Krieg waren ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, zumeist aus Polen, in Erntezeiten unabdingbar. Nach 1939 wurde der Arbeitskraftmangel das zentrale Problem der deutschen Kriegswirtschaft. Dem wurde nicht mehr mit Anwerbeaktionen begegnet, sondern zunehmend mit Zwang und Gewalt.

Vorsorglich baute der NS-Staat ein Rationierungssystem auf. Bereits 1933 schuf die nationalsozialistische Regierung mit dem Reichsnährstand eine Organisation, die per Zwangsgliederschaft alle Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft vereinigte. Unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen verknüpfte sie den Reichsnährstand mit den staatlichen Verteilungsinstanzen zu einem ernährungswirtschaftlichen System. Als in den letzten Augusttagen des Jahres 1939 Lebensmittelkarten an die deutsche Bevölkerung verteilt wurden, war der damit vollzogene Einschnitt in die Versorgung mit Lebensmitteln noch wenig spürbar. Brot und Mehl blieben in den ersten vier Wochen, Quark bis Ende 1940, Kartoffeln, Gemüse und Obst bis 1941 frei verkäuflich.

Aber es zeigte sich, dass die Erfahrung des Mangels und der Not im Bewusstsein der Menschen nach wie vor gegenwärtig war. In den Deutschland-Berichten des Exilvorstands der SPD aus dem November 1939 ist die Beobachtung festgehalten, „dass die Nazis die Rationierungsmaßnahmen mit großem psychologischen Geschick ins Werk gesetzt haben. Sie haben zweifellos aus den Erfahrungen des letzten Krieges gelernt, dass mehr noch als der Mangel selbst, die Ungerechtigkeit in der Verteilung die Gemüter erregt ... Zunächst hat die sofortige Einführung der Karten und Bezugsscheine einen starken Schock ausgelöst. Aber diese Schockwirkung legte sich bald, als sich herausstellte, dass die allgemein gehegte Angst vor einer schnellen Verknappung sich als unbegründet erwies.“

Göring erlaubte den Soldaten auch den alltäglichen Raub

Um in keinem Fall Ernährungskrisen wie im Ersten Weltkrieg entstehen zu lassen, sollte die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die rücksichtslose Ausplünderung der eroberten und besetzten Gebiete gewährleistet werden – auch wenn das den Hungertod von Millionen Menschen bedeuten würde. Da unabweisbar war, dass eine Angriffsarmee aus drei Millionen Soldaten, die in der Sowjetunion rasch vorankommen sollte, nicht mittels der herkömmlichen Nachschublinien würde verpflegt werden können, lautete die Anweisung, dass sich die deutschen Soldaten aus dem Land selbst ernähren sollten. Die massenmörderische Konsequenz war den Planern völlig klar. So hielt das Protokoll einer Staatssekretärsbesprechung im Mai 1941 fest, dass „zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird“.

Auch im Kleinen war der Raub erlaubt. Hermann Göring erlaubte mit seinem „Schlepper-Erlass“ 1940 ausdrücklich, dass Soldaten ohne Einschränkungen in den besetzten Gebieten einkaufen dürften, was angesichts der Wertdifferenz zwischen der Reichsmark und den durch Inflation und Besatzung zerrütteten Währungen in den besetzten Ländern eher einem Raub denn einem Kauf gleichkam. „Was der Soldat tragen kann und was zu seinem persönlichen Gebrauch oder für seine Angehörigen bestimmt ist“, so Göring, „soll er mitnehmen dürfen.“

Die Sorge der NS-Führung um die ausreichende Ernährung der deutschen Volksgemeinschaft stellte nicht zuletzt einen wichtigen Faktor für den Judenmord dar. Seit dem Frühjahr 1941 hatte der geschäftsführende Ernährungsminister Backe bei Hitler immer wieder auf die Lebensmittelkrise im Deutschen Reich aufmerksam gemacht; für den April mussten spürbare Kürzungen der Rationen angeordnet werden, was zu deutlichem Unmut in der Bevölkerung führte. Daher sollten aus dem besetzten Polen noch mehr Nahrungsmittel als bisher ins Reich geschafft werden, indem dort die Rationen noch weiter verringert würden. Als die deutsche Besatzungsverwaltung einwandte, dass die Rationen für die Polen schon viel zu gering seien, erwiderte Backe, dass es doch im Generalgouvernement noch 3,5 Millionen Juden gebe.

Anfang Juli 1942 besprach Backe seine Mordpläne mit Hitler und Göring, ebenso fanden Unterredungen Hitlers mit Himmler statt. Der ordnete nach einem Besuch des Vernichtungslagers Auschwitz an, dass es bis zum Jahresende keine Juden mehr im Generalgouvernement geben dürfe. In den Vernichtungsstätten Treblinka, Belzec, Sobibor wurden polnische Juden systematisch mit Motorabgasen getötet. Allein in Treblinka wurden binnen weniger Wochen mehr als 253.000 Menschen aus dem Getto Warschau mit Gas erstickt, darunter auch alle Kinder, die den Deutschen als besonders ungeeignet für die Zwangsarbeit erschienen. Weit mehr als zwei Millionen Menschen fielen in diesen furchtbaren Monaten von Juli bis November 1942 dem systematischen Massenmord zum Opfer.

„Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ hatte nicht nur die KPD in ihren Wahlkämpfen gegen Ende der Weimarer Republik propagiert. Auch ein Konservativer wie der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke (1899-1966), Professor an der Universität Jena, warnte vor dem Kriegswillen der Nationalsozialisten. In einem selbstverfassten Flugblatt zur Reichstagswahl 1930 kennzeichnete er die NSDAP als eine Organisation, die die „Diktatur einer Partei“ errichten wolle und „wenig Federlesens machen“ werde, „wenn sie erst einmal zur Macht gelangt“ sei. Wer für die Nationalsozialisten stimme, müsse wissen, „dass er für den Krieg nach innen und nach außen, für sinnlose Zerstörung stimmt“.

Vielleicht gehört es zur Natur von Warnungen vor einem Krieg, dass sie ungehört verhallen. Der amerikanische Korrespondent William L. Shirer befand sich am 3. September 1939, drei Tage nach dem deutschen Angriff auf Polen, am Berliner Wilhelmplatz, als die Lautsprecher verkündeten, dass England Deutschland den Krieg erklärt habe. „Nach Beendigung der Durchsage“, berichtete Shirer, „gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in einen Weltkrieg geführt hat.“

Über den Autor

Professor Dr. Michael Wildt lehrt Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität Berlin.

Quelle: F.A.Z.

Du sollst verzichten

Von PHILIP EPPELSHEIM und ANDREAS NEFZGER

Foto: Lucas Wahl / Illustration F.A.Z. Woche



20.08.2019 · Den Klimawandel im Zaum zu halten ist eine riesige Herausforderung. Die Deutschen müssen ihr Leben ändern, sagen die einen. Was die Deutschen machen, ist der Welt egal, behaupten die anderen. Was kann der Einzelne wirklich bewirken?

Eine „Insel der Glückseligen“ nennt Claudia Nauth ihren Unverpackt-Laden in der Frankfurter Innenstadt. Im Juli hat sie den „Ulf“ gemeinsam mit ihrem Mann eröffnet. Seitdem bietet sie Nudeln, Reis, Linsen, Nüsse, Süßigkeiten und vieles andere an – alles bio, alles unverpackt, alles ohne Plastik. Die Kunden bringen ihre Behältnisse mit und füllen sich ab, was sie brauchen. Die Philosophie dahinter: „Müll, der gar nicht erst entsteht, muss auch nicht entsorgt werden!“

Nauth und ihr Mann begannen ihr plastikfreies Leben vor gut anderthalb Jahren. Damals hörten sie im Radio von einer Familie, die dreißig Tage ohne Plastik leben wollte. Sie versuchten es daraufhin auch. „Wir haben es probiert und waren frustriert“, sagt Nauth. Denn ohne plastikverpackte Ware blieb der Einkaufswagen ganz schön leer. Doch sie blieben dabei und fanden Möglichkeiten. „Nach einiger Zeit war uns dann klar: Es gibt keinen Weg zurück.“

Verzicht, sagt Nauth, sei für sie früher etwas Furchtbares gewesen. Jetzt aber sei Verzicht zu etwas Positivem geworden. Sie frage sich, was sie anders machen könne und was entbehrlich sei. Ein Auto hat sie schon lange nicht mehr. Auch die Flüge zu einer Freundin nach Zürich hat sie irgendwann sein lassen. Schließlich, so sagt Nauth, verursache sie in ihrem Beruf als Flugbegleiterin, schon genügend „Dreck“. Viele Kunden, erzählt sie, denken ähnlich. Es sei toll, was die junge Generation gerade mache: „Lange hatte ich das Gefühl, die Leute machen einfach nichts mehr. Jetzt bewegt sich etwas. Sie gehen auf die Straße. Ich bin begeistert von dem Umdenken, das stattfindet.“ Nauth erinnert sich an eine alte Dame, die in ihr Geschäft kam. Leider sei schon alles zu spät, habe die gesagt. Eine junge Frau habe widersprochen: „Ich habe mein Leben noch vor mir.“



Regionales Obst, hier auf einem Stuttgarter Wochenmarkt, ist gut fürs Klima. *Foto: Patrick Junker*

Nauth sagt, ihr sei natürlich bewusst, dass zu ihr die Menschen kommen, die bereit sind, zu verzichten und etwas zu leisten. Die vielleicht auch bereit sind, Linsen aus dem Hessischen Hochland zu kaufen, auch wenn diese mehr als doppelt so teuer sind wie Linsen aus der Türkei – die Insel der Glückseligen eben. Das lässt sich nicht verhindern, auch wenn Nauth alles daran setzt, dass niemand sagen kann: „Plastikfrei ist mir zu teuer.“ Es gibt dennoch viele, die ihr sagen, sie könne die Welt nicht retten. „Das stimmt natürlich. Aber irgendwo muss ich doch anfangen.“ Sie sei niemand, der mit erhobenem Zeigefinger herumlaufe und anderen Menschen vorschreibe, was die zu tun haben oder auch nicht. Die Schuld woanders zu suchen sei leicht: „Man kann aber auch einfach bei sich selbst anfangen.“ Nauth sagt: „Wir wissen schließlich alle, dass wir unsere Lebensgewohnheiten anpassen müssen.“



Seit dreißig Jahren geht der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland zurück, zuletzt aber nur noch langsam. 1990 waren es 1251 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente. 2017 waren es 907 Millionen Tonnen, 2018 dann 866 Millionen Tonnen.

Angesichts von Hitzewellen, Wassermangel und abschmelzenden Gletschern sagt das inzwischen auch die Forschung ganz unverblümt. Gerade hat der Weltklimarat IPCC einen „Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme“ veröffentlicht.

107 Wissenschaftler aus 52 Ländern haben an dem tausend Seiten starken Bericht mitgearbeitet. Dessen Botschaft lautet: Es ist ein Umdenken notwendig – und sofortiges Handeln. Jeder Einzelne sei jetzt gefragt, seine Lebensführung und sein Konsumverhalten zu überdenken. Man wolle den Menschen nicht vorschreiben, was sie essen und tun sollen, sagte IPCC-Chef Hoesung Lee. Klar ist aber, dass etwa die Verschwendung von Lebensmitteln und der Fleischkonsum nicht so bleiben könnten wie bisher.

Auf den Punkt gebracht, lautet die Aufforderung: Du sollst verzichten. Jeder Einzelne soll sich fragen, was er tun kann, um den Klimawandel aufzuhalten. Die Frage ist, ob ein solcher persönlicher Verzicht überhaupt etwas bringt oder ob am Ende das bleibt, was auch Claudia Nauth immer wieder zu hören bekommt: dass sie die Welt nicht retten könne, dass auch achtzig Millionen Deutsche das nicht könnten. Da ist natürlich etwas dran, bei 7,6 Milliarden Erdenbürgern fällt nicht sonderlich ins

Gewicht, was die Deutschen tun oder lassen. Man kann aber auch, wie der Philosoph Valentin Beck, mit der Morallehre Immanuel Kants dagegenhalten. Vielfliegen etwa, sagte Beck neulich in einem Interview, sei „im Kantschen Sinne unmoralisch“.

In Zahlen sieht das so aus: Will man klimaneutral leben, darf man im Jahr nur eine Tonne Kohlenstoffdioxid (CO₂) verursachen. Mit einem Flug von Berlin nach Dubai in der Economy Class ist man aber schon bei mehr als zwei Tonnen. Der deutsche Durchschnitt liegt nach Angaben des Umweltbundesamts bei 11,61 Tonnen im Jahr. Denn Treibhausgase entstehen so gut wie überall: Ein Kilogramm Butter? Mehr als 23 Kilo CO₂. Das Kilo Fleisch? Zwischen sieben und 28 Kilo CO₂. Eine Tasse Kaffee? Zwischen fünfzig und hundert Gramm CO₂. Eine Anfrage bei Google? 0,2 Gramm CO₂. Oder auch Netflix und Youtube: Eine Studie des französischen Thinktanks „The Shift Project“ ergab, dass Video-Streaming 2018 mehr als 300 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente verursacht habe. Allein das Schauen von Sexfilmen habe das Klima so stark belastet wie der CO₂-Ausstoß aller privaten Haushalte in ganz Frankreich.



Ein Flug von Deutschland auf die Malediven und zurück, das sind etwa 16.000 Kilometer, verursacht je Person eine Klimawirkung von mehr als fünf Tonnen CO₂. Mit einem Mittelklassewagen, der sieben Liter verbraucht, kann man dafür mehr als 25.000 Kilometer fahren.



Je Personenkilometer stößt ein Reisebus etwa dreißig Gramm CO₂ aus, die Bahn vierzig Gramm und ein Auto durchschnittlich 137 Gramm.

Einsparpotential gibt es also zur Genüge – und unzählige Ratgeber, die dabei helfen sollen, es zu nutzen. Etwa „Every Day for Future: 100 Dinge, die du selbst tun kannst, um das Klima zu schützen, nachhaltig zu leben und die Natur zu bewahren“. Im Vorwort schreibt Vincent Lohmann von „Fridays for Future“, wie die Klimaaktivistin Greta Thunberg mit acht Jahren das erste Mal von der Erderwärmung erfuhr, wie sie begann, Kleinigkeiten in ihrem Alltag zu verändern. „Wann immer sie aus dem Zimmer ging, schaltete sie das Licht aus, um Energie zu sparen.“ Sie fliege nicht, sei Veganerin. Es sei wichtig, schreibt Lohmann weiter, „dass jeder Einzelne umweltbewusst handelt“. Unter den hundert Tipps sind dann solche: an drei Tagen je Woche einen Veggie-Day einlegen und auf Fleisch und Wurst verzichten. Hafermilch, Mandelmilch und Dinkelmilch statt Kuhmilch trinken. Obst und Gemüse mit Druckstellen und kleinen Schönheitsfehlern essen. Überhaupt: immer schön aufessen. Die Heizenergie reduzieren. Secondhand-Kleidung kaufen. Oder auch auf Billigkosmetik verzichten.

Die wichtigsten Stellschrauben, so das Umweltbundesamt, seien die Zahl der Fernreisen, die zurückgelegten Autokilometer sowie der Heizenergieverbrauch und das Ernährungsverhalten. Beim Umweltbundesamt ist man überzeugt: „Wir können und sollten schon heute wesentliche Bausteine eines ‚klimaneutralen Lebens‘ in unserem privaten Bereich umsetzen.“



Die Textilindustrie ist eine der umweltschädlichsten Branchen. Jährlich verursacht sie 1,2 Milliarden Tonnen Treibhausgase. Das sind mehr als alle internationalen Flüge und die weltweite Schifffahrt zusammen.

Sind die Deutschen überhaupt bereit zum Verzicht? Sehen sie die Notwendigkeit, sich wegen des Klimas einzuschränken? Landauf, landab haben Demoskopen in den vergangenen Wochen versucht, das herauszufinden. Die Zahlen sind – zumindest auf den ersten Blick – eindeutig: In einer Insa-Umfrage sagten knapp zwei Drittel, der Klimaschutz sei ihnen persönlich „absolut wichtig“ oder „sehr wichtig“. Eine Mehrheit der unter Neunundzwanzigjährigen gab an, sie ändere ihr Verhalten bereits bewusst, um weniger Treibhausgase zu verursachen. Dazu passt eine Umfrage des Instituts Yougov: Für 74 Prozent wäre es demnach in Ordnung, um des Klimas willen auf Kurzstreckenflüge zu verzichten. 63 Prozent würden dafür deutlich weniger Fleisch essen, 56 Prozent das Auto in Innenstädten stehen lassen. Insbesondere die Jungen glauben offenbar an den Verzicht: In einer Ipsos-Umfrage zeigten sich 78 Prozent der Achtzehn- bis Dreißigjährigen davon überzeugt, dass jeder Einzelne im Alltag einen positiven Einfluss auf die Umwelt nehmen könne.



Nicht gut fürs Klima: Billigmode, die nur kurz getragen wird. *Foto: Bloomberg*

Jenseits frommer Bekundungen gegenüber Meinungsforschern gibt es tatsächlich Anzeichen dafür, dass sich der Sinneswandel allmählich auf den Lebenswandel auswirkt. Die Zahl der Veganer in Deutschland nimmt zu: Ernährten sich vor drei Jahren noch 900.000 Menschen rein pflanzlich, sind es mittlerweile 1,3 Millionen. Auch der Umsatz von Biolebensmitteln steigt: In zehn Jahren hat er sich auf zuletzt knapp elf Milliarden Euro verdoppelt; der Anteil an allen Lebensmittelumsätzen stieg von 3,2 auf 5,3 Prozent. Jeder vierte Haushalt bezieht inzwischen Ökostrom, es werden immer mehr

Fahrräder verkauft. Kompensationsagenturen, die beispielsweise versprechen, die durch einen Flug entstandenen Emissionen durch grüne Investitionen auszugleichen, melden Umsatzrekorde. Den zaghaften Schritten in Richtung eines nachhaltigen Lebensstils stehen allerdings andere Zahlen entgegen, die eher auf ein Festhalten an lieb gewonnenen Gewohnheiten hindeuten. In Deutschland sind so viele Kraftfahrzeuge zugelassen wie nie zuvor, knapp 65 Millionen. Selbst in Großstädten werden bis zu die Hälfte der Wege unter fünf Kilometern mit dem Auto zurückgelegt. Die Zahl der Passagiere an deutschen Flughäfen steigt stetig, Kreuzfahrten boomen. Die Menge der weggeworfenen Lebensmittel ist konstant hoch. Die Zahl der gekauften Kleidungsstücke steigt, die Tragedauer sinkt. Hinzu kommt, dass es den gewöhnlichen Verbraucher völlig überfordern würde, sich eigenständig um die Rettung des Klimas zu kümmern. Denn die Sache ist kompliziert. Wie soll man es einschätzen, wenn der Chef von Wiesenhof vorrechnet, dass konventionell aufgezogene Hühner besser fürs Klima sind als Biohühnchen, weil sie schneller zunehmen und daher weniger Futter brauchen? Wie soll man damit umgehen, wenn Fachleute sagen, dass die Herstellung von Papiertüten umweltschädlicher sei als die Produktion von Plastiktüten? Um da noch durchzublicken, meint der Potsdamer Klimaforscher Anders Levermann, müsste der Einzelne schon „die Weltrettung zum Zentrum seines täglichen Lebens machen“.



Der CO₂-Fußabdruck einer Tasse Kaffee aus Bohnen vom Fuße des Kilimandscharo in Tansania liegt bei 59 Gramm. Der jährliche Pro-Kopf-Kaffeekonsum lag 2018 in Deutschland bei 164 Litern.

Wie schwer das alles im Alltag ist, hat nicht zuletzt ein Experiment des Potsdam-Instituts gezeigt. Hundert Berliner Haushalte sollten dabei vergangenes Jahr versuchen, klimaneutral zu leben – doch selbst die Ehrgeizigsten haben es nicht geschafft. Davon waren die Forscher aber auch nie ausgegangen. Die Botschaft des Versuchs hat Projektleiter Fritz Reusswig einmal so zusammengefasst: „Es gibt ein Problem, und ihr seid ein Teil davon – auch wenn wir natürlich durch noch so viele private Maßnahmen nie klimaneutral werden, solange die Politik so wenig übernimmt.“



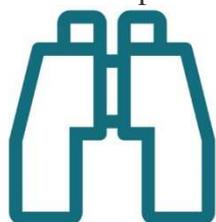
Wer mit dem Fahrrad reist, spart CO₂ – mit dem Schiff kommt man aber weiter. *Foto: ddp*

Das führt schließlich zur Frage, ob der Verbraucher überhaupt die Spitze der Bewegung bilden sollte. Natürlich können aufgeklärte Verbraucher Einfluss nehmen, aber gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind in einer Demokratie doch eher Aufgabe von Parlamenten. So sehen das auch die meisten Deutschen. Das Bundesumweltministerium stellte nach einer selbst in Auftrag gegebenen Studie unlängst fest, dass die Mehrheit der Bürger offenbar einen „grundlegenden Politikwechsel“ in den Bereichen Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik für erforderlich halte. Nur tat sich die Bundesregierung lange Zeit schwer damit, die Bürger von der Notwendigkeit des Verzichts zu überzeugen. Noch Anfang des Jahres verwarf Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Vorschläge einer von ihm eingesetzten Kommission zur Trendwende im Verkehr – etwa ein Tempolimit, höhere Benzinsteuern und Quoten für E-Autos – mit dem Hinweis, dies sei „gegen jeden Menschenverstand“. Inzwischen hat sich die Lage gewandelt. Die Europawahl geriet für die Bundesregierung zum Desaster, die Grünen machen der Union in Umfragen die Rolle als stärkste Kraft streitig. Klimaschutz steht nun ganz oben auf der Agenda der Bundesregierung.

„Es wäre unehrlich, zu sagen, dass von den Maßnahmen zum Klimaschutz niemand etwas spüren wird.“

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

Bislang allerdings wirken die Protagonisten in Berlin eher wie Getriebene in einer Diskussion, die sie so nicht kommen sahen. Gerade vergeht kaum ein Tag ohne neuen Vorschlag, seien es verbilligte Bahnfahrten, verteuerte Kurzstreckenflüge oder ein Verbot von Plastiktüten – aber so etwas wie eine Strategie lässt auf sich warten. Im September, so geloben SPD und Union, die sich in der Frage schon vor Monaten ineinander verkeilt haben, will die Regierung ihren Klimaplan vorlegen. Dass er den Bürgern Zumutungen ersparen wird, ist unwahrscheinlich. Sogar die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ließ schon wissen: „Es wäre unehrlich, zu sagen, dass von den Maßnahmen zum Klimaschutz niemand etwas spüren wird.“



Eine Suchanfrage bei Google verursacht etwa 0,2 Gramm CO₂. Je Sekunde gibt es rund 65.000 Anfragen.

Eines weiß man: Verbote kommen beim Wahlvolk nicht gut an. Das zeigen Umfragen, und das zeigen die Ergebnisse der Grünen in den nicht allzu fernen Zeiten, als sie noch als übergriffige Verbotsparterie galten. Anreize, etwa die gezielte Förderung umweltschonender Technologien und Produkte, mögen die Leute lieber. Fachleute, nicht zuletzt die Wirtschaftsweisen, versprechen sich viel von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie einer CO₂-Steuer oder der Ausweitung des Emissionshandels. Höhere Abgaben müssen aber nicht unbedingt einen Effekt haben, die Ökosteuer hat die Deutschen

schließlich auch nicht vom Autofahren abgehalten. Und auch der Emissionshandel hat Nachteile: Er ist deutlich schwerer umzusetzen, und die Kosten für den Einzelnen sind schwer zu steuern.



Private Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1300 Euro gaben 2011 im Schnitt 68 Euro für Mobilität aus. In Haushalten mit mehr als 5000 Euro waren es mit 701 Euro mehr als zehnmal so viel.

Für beide Ideen gilt, dass die Politik erst einmal darlegen müsste, wie sie sozialverträglich funktionieren sollen. Denn unter einer Bepreisung, in welcher Form auch immer, würden Ärmere erst einmal mehr leiden als diejenigen, die für einen Flug auf die Malediven schon heute nicht aufs Geld schauen müssen. Das wäre nicht nur schwer zu erklären, es wäre auch nicht effektiv. Denn die weitaus größeren Klimasünder sind die konsum- und reiseleidigen Wohlhabenden, wie eine Studie des Umweltbundesamtes ausführt. Darin heißt es: „Menschen aus einfacheren Milieus, die sich selbst als am wenigsten sparsam beim Ressourcenschutz einschätzen und die ein eher geringeres Umweltbewusstsein haben, belasten die Umwelt am wenigsten.“

Viele Probleme also, die es zu lösen gilt, und das in kurzer Zeit. Bis 2030 müsse die Wende gelingen, sagt die Wissenschaft. Nur so könne die Staatengemeinschaft das Ziel erreichen, die globale Erderwärmung unter anderthalb Grad zu halten. Da kann man schon mal auf Lösungen kommen wie „Die Ärzte“. In den achtziger Jahren sang die Berliner Kultband noch gut gelaunt: „Ich ess‘ Blumen, denn Tiere tun mir leid.“ Nun, in der aktuellen Single, heißt es: „Los, komm, wir sterben endlich aus / Was Besseres kann der Erde nicht passier’n.“



Bis zum 29. Juli hat die Menschheit so viele Ressourcen verbraucht, wie die Erde im ganzen Jahr erneuern kann. Die Weltbevölkerung lebt also derzeit so, als hätte sie 1,75 Erden zur Verfügung. Der deutsche „Overshoot Day“ war schon am 3. Mai. Mehr als drei Erden wären nötig, wenn die gesamte Weltbevölkerung auf dem Konsumniveau von Deutschland leben würde.

Schaut nach Norden

Von NIKLAS ZÁBOJI

28.08.2019 · Im Kampf gegen den Klimawandel haben sich drei Länder zu einem pragmatischen Weg durchgerungen: Finnland und Schweden bleiben vorerst bei der Atomkraft, Norwegen bringt CO₂ unter die Erde.

Die Fjorde gehören zu Norwegen wie Frost und Kälte zum nordischen Winter. Tentakelhaft ziehen sich die Buchten von Nordsee und Nordmeer bis tief ins Landesinnere und sorgen für ein endloses Wechselspiel von Meer und Gebirge. Eine Geographie dieser Art sucht im übrigen Europa ihresgleichen. Was in Kombination mit dem strengen Winter jahrhundertlang den Ackerbau erschwerte und ein Grund ist, warum gerade einmal fünfeinhalb Millionen Menschen in Norwegen leben, freut heutzutage nicht nur die Tourismusbranche.

Auch energiewirtschaftlich ist die karge Gebirgslandschaft ein Segen. Nirgendwo sonst in Europa lässt sich so einfach und so umfassend Energie aus Wasserkraftwerken erzeugen. Hunderte von Anlagen gibt es zwischen Nordkap und Südküste, deren tonnenschwere Turbinen von den hinabstürzenden Wassermassen in Bewegung versetzt werden. „Das sind glückliche Menschen“, sagt ein Manager des finnischen Energieversorgers Fortum im Gespräch mit der F.A.Z. Woche. Ganz anders nämlich die Lage in Finnland, das zwar reich an Wäldern und Seen ist, an Gebirgen aber arm, und wo Wasserkraftwerke deshalb längst nicht so mühelos errichtet werden können.

Reformpaket im September

So sehr alle nordischen Länder das Ziel der Klimaneutralität eint – die Mittel sind von Natur aus verschieden. Die Ambitionen aber ähneln sich: Dänemark strebt die vollständige Dekarbonisierung aller Lebensbereiche bis zum Jahr 2050 an, Schweden bis 2045 und Finnland bis 2035. Norwegen, der einzige Nicht-EU-Staat in der nordischen Riege, hat sich sogar die Zielmarke 2030 verordnet, derweil man in Berlin bislang nur eine „weitgehende“ Minimierung des Treibhausgasausstoßes bis Mitte des Jahrhunderts verfolgt. Doch auch hierzulande hat die Debatte um ehrgeizigere Ziele zuletzt kräftig an Fahrt aufgenommen. Mit Spannung blicken Umweltschützer daher auf das von der Bundesregierung für den 20. September angekündigte Reformpaket.



Wasser und Wind: In Nordeuropa wird viel Energie aus regenerativen Quellen gewonnen. Links der Trondheimfjord in Norwegen, rechts Tampere in Finnland. *Foto: dpa*

Empor zu den Nachbarn im Norden blicken sie seit jeher mit Vorliebe. Der grüne Zeitgeist spielt den nordischen Ländern in die Karten, gelten sie doch als Vorbilder für ein harmonisches Miteinander von Natur, Wirtschaft und Menschen. Die Agenda für die in diesem Halbjahr laufende finnische EU-Ratspräsidentschaft – auf zu einer neuen Form des Wachstums – war damit quasi vorgezeichnet. Dabei sind die Unwägbarkeiten einer Mammuttransformation hier wie dort groß. 2035, das sei schon ein sportliches Ziel, gesteht ein Staatssekretär im finnischen Energieministerium bei einer Pressereise der finnischen Botschaft, und gestresst fühle er sich schon. Die aktuelle Klimabilanz ist so makellos nicht: 55 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr, das macht einen Pro-Kopf-Ausstoß von mehr als 10 Tonnen und damit weit mehr, als der EU-Durchschnitt ist, und auch mehr, als jeder Däne, Schwede und Norweger jährlich ausstößt (siehe Grafik).

Zwar ist wiederum der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Energieverbrauch mit mehr als 40 Prozent so gering nicht (Deutschland kommt auf 17 Prozent). Doch ist der Abstand zu Schweden mit mehr als 50 Prozent und Norwegen mit mehr als 70 Prozent offenkundig. Noch immer kommt in Finnland die klimaschädliche Kohle zu einem nicht unerheblichen Teil bei der Energieerzeugung zum Einsatz, auch wenn der Ausstieg bis Ende des kommenden Jahrzehnts beschlossen ist.

Die Broschüren sind gedruckt

Vor allem aber warten die dicksten Bretter, die zu bohren sind, im Verkehrsbereich. Wie allerorts fristen Motoren ohne Diesel und Benzinantrieb in den Städten und erst recht auf dem Land ein Nischendasein. Dutzende Maßnahmen hat die finnische Regierung deshalb ausgearbeitet, um erneuerbare Energieträger unters Volk zu bringen. Ob sie so schnell wie erhofft zünden und an die Stelle eingespielter, alter Gewohnheiten technisch und wirtschaftlich erfolgreiche Alternativen treten, ist offen.

Das weiß auch Kaisa-Reeta Koskinen. Als Projektleiterin verantwortet sie bei der Stadt Helsinki das kommunale Klimaziel 2035, das mit dem landesweiten Ziel Hand in Hand geht. „Niemand wird ins Gefängnis gehen, wenn das Ziel nicht erreicht wird“, sagt Koskinen und lacht. Als studierte Physikerin kennt sie die Unwägbarkeiten der Vorhaben und die Fragezeichen hinter Ankündigungen wie jener, im

eher sonnenarmen Helsinki in den kommenden Jahren auf 15 Prozent Solarstromerzeugung zu kommen. Auch den Wärmebedarf um ein Fünftel zu senken mag nicht so recht passen zum starken Zuzug, den die Stadt seit einiger Zeit erlebt.

In jedem Fall müsse man kräftig auf die Tube drücken, gesteht Koskinen. Ein Zurückrudern ist ausgeschlossen; die Broschüren sind gedruckt, die Kampagne läuft. Mit Beginn der EU-Ratspräsidentschaft ist Klimaneutralität in Helsinki das bestimmende Thema. „Der Wandel muss von den großen Städten ausgehen“, trompetet die städtische Marketingabteilung.



Was das konkret für die Versorgung bedeutet, macht der Energiekonzern Fortum vor. Das Unternehmen ist überwiegend in staatlicher Hand und flankiert die Vorhaben der Regierung auf breiter Basis. Neben massiven Investitionen in die bislang unterrepräsentierte Windkraft soll auch das im Vergleich zu Öl und Kohle emissionsärmere Gas als Brückenenergie erhalten. Doch auch die CO2-neutrale Kernkraft spielt im Energiemix der Zukunft eine maßgebliche Rolle.

Wie im benachbarten Schweden ist ein Atomausstieg erst mal vom Tisch. Sogar der an der Regierungskoalition beteiligte Grüne Bund ließ von seinem jahrelangen Widerstand ab und beugte sich der klimapolitischen Notwendigkeit, die bestehenden Blöcke an der Süd- und Südwestküste am Netz zu lassen und die Inbetriebnahme des im Bau befindlichen dritten Reaktors im weiter nördlich gelegenen Hanhikivi nicht länger zu blockieren.

Beobachter sehen das Land damit auf einem guten Weg. Regelmäßig nimmt Finnland in Energiewende-Vergleichen einen der vorderen Plätze ein, so auch im jährlich veröffentlichten „Energy Transition Index“ des Weltwirtschaftsforums, der nach den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit bewertet. In der Rangliste für 2019 stand wie schon im Vorjahr Schweden an erster und die Schweiz an zweiter Stelle. Dahinter folgen Norwegen, Finnland und Dänemark, wohingegen Deutschland hinter Luxemburg und Portugal auf Platz 17 rangiert.

Staatsunternehmen spielen wichtige Rolle

Viele Faktoren begünstigten Finnlands Streben nach Klimaneutralität, bekommt man von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu hören: die vielen freien Flächen, die Wälder, die im Vergleich zu Deutschland niedrigere und in der Hauptstadt verschwindend geringe Zahl großer

Industriebetriebe. Aber man wolle auch pragmatisch sein und sich keiner Lösung verschließen, heißt es.

Mit diesem Pragmatismus brüstet man sich auch in Norwegen, selbst wenn die Kernkraft dort wegen der dominierenden Wasserkraft nie ein Thema war. Dafür macht man sich dort für eine andere, in Deutschland ebenso skeptisch beäugte Brückentechnologie stark: Die Abscheidung und unterirdische Speicherung von verbrauchtem CO₂, kurz CCS. Dass es ohne solche „CO₂-Klos“ nicht geht, solange fossile Energieträger noch im Einsatz sind, davon ist man in Oslo überzeugt. „CCS ist wichtig und richtig“, sagte die frühere Staatssekretärin im Energieministerium Ingvil Smines Tybring-Gjedde unlängst der F.A.Z. Woche.

Wie im Falle von Fortum in Finnland ist es auch hier mit Energiekonzern Equinor ein Unternehmen in staatlicher Hand, das in enger Abstimmung mit der Politik schaltet und waltet. Seitdem die global erste CCS-Anlage von Equinor 1996 in Betrieb ging, wird allein dort Jahr für Jahr knapp eine Million Tonnen CO₂ abgetrennt und unterirdisch gespeichert. Zusammen mit zwei weiteren Anlagen wurden in Norwegen seither eine Zahl im mittleren zweistelligen Millionenbereich an CO₂-Tonnen auf diese Weise bisher abgetrennt und dauerhaft gespeichert.



Hier wird CO₂ versenkt: Am Sleipner-Feld wird nicht nur Gas gefördert, sondern auch eine CCS-Anlage betrieben. *Foto: Bloomberg*

In Deutschland wäre CCS nicht nur theoretisch möglich. Im brandenburgischen Ketzin wurde vor einigen Jahren erfolgreich ein Pilotprojekt abgeschlossen. Doch wurde die Technologie mit dem 2012 verabschiedeten Kohlendioxid-Speicherungsgesetz praktisch vollständig eingeschränkt. Fachleute von der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) bedauern bis heute, das damals teils unbegründete Ängste geschürt wurden.

Norwegen mache doch vor, wie es geht, heißt es bei Acatech – mit dem Unterschied, dass im Fall von CCS kein geographisches Glück entscheidend ist. Denn in Betracht kämen neben dem Meeresboden in der Nordsee auch poröse Sandsteinschichten wie die in Helgoland. Dort könnte CO₂ dauerhaft eingelagert werden. Alles, was es braucht, wäre politischer Wille.

LITERATURRECHTSRADIKALISMUS

Wovon wir sprechen, wenn wir „Faschismus“ sagen

Von Thomas Wagner

Rechtsruck, Rechtspopulismus, Neofaschismus: Für die „Neue Rechte“ sind viele Begriffe im Umlauf. Höchste Zeit, zu rekapitulieren, was Faschismus historisch war. Ein Standardtext zum Thema ist immer noch gültig.



Uniformen gehörten zum faschistischen Fetisch: Mussolini inspiziert eine Frauendelegation Quelle: DeA / Biblioteca Ambrosiana

Der Abwasch ist nicht gemacht, das Klo seit Wochen nicht geputzt, und der Mülleimer quillt

längst über. Doch wer das Problem auf den Tisch brachte, musste in der typischen WG der 70er- oder 80er-Jahre damit rechnen, als Faschist beschimpft zu werden. Das war zwar nicht ganz ernst gemeint, das Beispiel verdeutlicht aber, wie unbekümmert man in linken Zusammenhängen mit einem politischen Begriff umging, hinter dem sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in ganz Europa Millionen begeisterter Anhänger versammelten.

Überspitzt gesagt: Jeder, der ein wenig mehr nach Ordnung trachtete, als in diesem Milieu allgemein üblich war, machte sich verdächtig, heimlich faschistische Neigungen zu pflegen. Aus einem Fahren war ein Schimpfwort geworden, das den Blick auf die Sache selbst vernebelt.

Unklar ist, womit wir es bei der faschistischen Ideologie zu tun haben, aus welchen Bestandteilen sie sich zusammensetzt, worin sie sich von anderen Denkrichtungen unterscheidet und wie sie historisch entstanden ist. Der emotionale Gehalt dieses Wortes, so der israelische Historiker Zeev Sternhell, habe lange Zeit dazu beigetragen, dass ein politisches Konzept im Dunkeln verblieb, das noch nie ganz klar gewesen sei.

Sternhells Verdienst ist es, den Faschismus als eigenständiges ideengeschichtliches Phänomen zu einer Zeit ernst genommen zu haben, als eine marxistisch geprägte Linke dazu neigte, ihn zum bloßen Produkt des Monopolkapitals zu erklären. Umso erfreulicher, dass sich der Verbrecher-Verlag darum bemüht, Sternhells schon 1976 veröffentlichten Essay „Faschistische Ideologie“ nun einem Deutsch lesenden Publikum neu nahezubringen.



Zeev Sternhell, geboren 1935 in Polen, lebt heute in Tel Aviv

Die Wurzeln des Faschismus verfolgt der 1935 im polnischen Przemysl als Sohn einer jüdischen Tuchhändlerfamilie geborene Überlebende des Holocaust bis ins Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück. Damals verlor ein Teil der antiparlamentarischen Linken den Glauben an die sozialistische Revolution und trat mit radikalen Nationalisten in einen politisch folgenreichen Dialog.

Intellektuelle wie Gabriele D'Annunzio in Italien, Arthur Moeller van den Bruck in Italien und der mit dem syndikalistischen Zweig der Arbeiterbewegung verbundene Georges Sorel in Frankreich verband eine scharfe Gegnerschaft zum Liberalismus. Sie beklagten die Auflösung sozialer Bindungen in der bürgerlichen Gesellschaft, wetteten gegen den Zerfall altherwürdiger Werte, verdamnten die parlamentarische Demokratie und den vermeintlich schädlichen Einfluss des Judentums.

Zum Transmissionsriemen der sich abzeichnenden autoritären Synthese sozialistischer und nationalistischer Theoriebausteine wurde am Vorabend des Ersten Weltkriegs der unter Federführung Sorels gegründete Cercle Proudhon, in dem enttäuschte Linke und Republikaner mit rechtsradikalen Anhängern der Action Française zusammentrafen. Man verstand sich weiterhin als revolutionär, verabschiedete sich aber vom Klassenkampf. Die eigentliche Konfliktlinie liege nicht zwischen

ausgebeuteten Arbeitern und Bourgeoisie, sondern zwischen „proletarischen“ und „plutokratischen“ Nationen.

Gestützt wurde diese Sichtweise durch die Erfahrung, dass es der Sozialistischen Internationale nicht gelang, die große Masse der Arbeiterschaft in Opposition zu den jeweiligen Regierungen zum Boykott des Krieges zu motivieren. Solidarität, so die Schlussfolgerung der Faschisten *avant la lettre*, ließe sich nur noch auf nationaler Basis organisieren. Sternhells historischer Blick richtet sich vornehmlich nach Frankreich und Italien. Was dort Faschismus genannt werde, heiße in Deutschland konservative Revolution. Armin Mohler, Vordenker der heutigen Neuen Rechten, bestätigte den Befund ausdrücklich: „Wir meinen im Grunde das Gleiche.“

Der Nationalsozialismus bleibt bei Sternhell ausgeklammert. Der biologisch begründete Rassismus sei bei den Nazis im Unterschied zu den anderen faschistischen Strömungen so ausgeprägt gewesen, dass er gesondert untersucht werden müsse. Restlos überzeugen kann diese Begründung nicht.

Im Ganzen überwiegen jedoch die Vorzüge dieser glänzend geschriebenen Darstellung, die kaum gealtert erscheint. So arbeitet Sternhell deutlich heraus, dass sich viele Protagonisten der sich in den 20er-Jahren schließlich als politische Kraft formierenden faschistischen Bewegungen als Idealisten verstanden. Sie wollten den Menschen nicht auf seine körperlichen Bedürfnisse reduziert sehen und fühlten sich abgestoßen vom Widerspruch zwischen Prinzipien und Praxis, den sie in der bürgerlichen Gesellschaft zu erfahren glaubten.

So konnte die faschistische Ideologie einen großen Teil der gerade aus den Schützengräben gekrochenen männlichen akademischen Jugend begeistern. In ihr rangierte das Geistige vor dem Materiellen, der ritterliche Ehrenkodex vor dem gewerblichen Eigennutz, das Gefühl vor dem Verstand und die Tat vor dem Gedanken. An Gehorsam gewöhnt und vom Kriegserlebnis traumatisiert, waren diese jungen Männer gewaltbereit, ohne dass ihre Gesinnung mit dem Ausdruck „menschenfeindlich“ hinreichend erfasst wäre.

*Zeev Sternhell: **Faschistische Ideologie**. Eine Einführung. Aus dem Englischen von Volkmar Wölk. Verbrecher-Verlag, 120 S., 15 €*

Thomas Wagner ist Kultursoziologe. Zuletzt erschien „Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten“ (Aufbau)

Das Ende des Kapitalismus, so wie wir ihn kennen

Stand: 28.08.2019 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Anne Kunz** Wirtschaftsredakteurin

Im ersten Quartal des laufenden Jahres kletterte das Geldvermögen privater Haushalte in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen auf einen neuen Rekordwert.

Quelle: WELT

AUTOPLAY

Durch die anhaltende Nullzinspolitik verlieren Geldvermögen an Wert - mit dramatischen Folgen: Das erfolgreiche deutsche Wirtschaftsmodell ist bedroht. Die Idee des Sparens geht verloren. In dieser Situation gibt es nur einen Profiteur.

Jeder, der sich in den vergangenen Jahren für den Kauf einer Immobilie interessiert hat oder mit den nicht vorhandenen Erträgen auf dem Tagesgeldkonto konfrontiert war, ahnte bereits, dass in Deutschland etwas schief läuft. Wie schlimm es tatsächlich ist, traute sich bisher kaum jemand zu denken. Nullzinsen werden zum Dauerzustand. Das wird nicht nur unser erfolgreiches deutsches Wirtschaftsmodell nachhaltig verändern, sondern auch unsere Gesellschaft.

Es gab einmal gute Gründe dafür, einen Nullzins zeitweise in Kauf zu nehmen. Schließlich ging es um nicht weniger als die Rettung Europas. Mit ihrer beispiellosen Niedrigzinspolitik hat die Europäische Zentralbank (EZB) verhindert, dass die Währungsunion in ihrer schwersten Krise schlicht auseinanderflog. Seither konnten sich Staaten zum Sonderpreis finanzieren, wankende Banken stabilisierten sich, und die Konjunktur wurde angekurbelt. Die Notenbank kaufte aber vor allem Zeit.

Zeit, die die Krisenländer für Reformen nutzen sollten. Dieser Plan ist allerdings nicht aufgegangen. Es ist nur wenig passiert, wie die aktuelle Krawallpolitik Italiens zeigt. Trotzdem ist mittlerweile klar, dass aus dem Übergangs- ein Dauerzustand werden soll. Mehr noch: Kurz vor seinem Abschied dürfte der scheidende EZB-Präsident Mario Draghi die Zinsen sogar nochmals senken.

Dabei ist vollkommen klar, dass die Geldpolitik die Grenzen erreicht hat. Sie bewirkt wenig – und zerstört viel. Wenn Ersparnisse dauerhaft nicht mehr belohnt werden, greift das nicht nur die Fundamente des seit Jahrzehnten erfolgreichen deutschen Wirtschaftsmodells an. Es stellt auch unser Gesellschaftssystem vor eine Zerreißprobe. Der Schutz des Eigentums, der im Grundgesetz eine hohe Priorität genießt, ist in Gefahr.

Die schöpferische Zerstörung ist ausgehebelt

Wucher, das war im Althochdeutschen manchmal nur ein anderes Wort für Zins. Es hatte eine ähnliche Bedeutung wie Frucht, Ertrag oder Gewinn – das musste nicht unbedingt unangemessen hoch sein. So fördert der Zins Wachstum, indem er die Bereitstellung von Kapital für Investitionen belohnt. Gleichzeitig ist er aber auch ein Regulativ. Er lenkt das Kapital in Investitionen mit hoher Rendite und verhindert die schlimmsten Kreditexzesse, indem er mit größerem Risiko steigt.

Ist ein Unternehmen nicht mehr gesund, bekommt es aufgrund der steigenden Zinsen kein Kapital für Investitionen mehr. Der ökonomische Darwinismus sorgt dafür, dass Konzerne, deren Geschäftsidee gescheitert ist, sterben und von innovativen Unternehmen verdrängt werden. Der Ökonom Joseph Schumpeter nannte es „schöpferische Zerstörung“. Alle diese Mechanismen sind derzeit außer Kraft gesetzt – und gefährden unser Wachstum.

Doch der Verlust des Zinses geht noch viel tiefer. Er sorgt für einen grundlegenden Umbruch in unserer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die durch den Protestantismus geprägt ist. In ihm gilt Erfolg im Beruf als Ausdruck für die gelungene Erfüllung der religiösen Pflichten. Dies gelang seither durch rationale Lebensführung und Verzicht auf Konsum und Luxus.

Der Soziologe und Ökonom Max Weber nannte es innerweltliche Askese. Der Zins war die Prämie für ein arbeitsames und enthaltsames Leben und sorgte dafür, dass ausreichend Geld in Investitionen in die Volkswirtschaft floss – und damit deren Wohlstand stärkte.

Das ist noch heute so: Das deutsche Erfolgsmodell ist nicht wie in den USA durch Konsum auf Pump geprägt, sondern basiert auf Unternehmern, die selbst bescheiden leben und stets mit dem angesparten Kapital ihre Produkte verbessern. Zumindest bisher. Seditiert durch die Politik des billigen Geldes, investieren sie kaum noch und drohen in immer mehr Branchen den Anschluss zu verlieren.

Und was macht es mit unserer Gesellschaft, wenn der Verzicht auf sofortigen Konsum nicht mehr durch Zins und Zinseszins belohnt wird? Die sparsame schwäbische Hausfrau, die mit wenig über lange Zeit viel anspart, wird zu einem Relikt einer Wirtschaftsordnung, die es so nicht mehr gibt. Heute wird aus viel wenig.

Generationen von Eltern haben ihren Kindern beigebracht, ihr Geld auf das Sparbuch zu bringen. Heute können sie das eigentlich nicht mehr empfehlen. Rein rechnerisch wäre es vernünftig, wenn sie

es sofort für Süßigkeiten und Computerspiele ausgeben. Die Idee des Sparens geht als Kern unserer Gesellschaft verloren. Das stellt Eltern, Erzieher und Lehrer vor große Herausforderungen.

Schuldner müssen ihr Geld dem Staat schenken

Auf Unterstützung aus der Politik können sie allerdings kaum hoffen. Die hat den Paradigmenwechsel nämlich längst vollzogen. Ihre Haushaltsüberschüsse basieren nicht auf Disziplin, sondern darauf, dass der Staat mittlerweile Geld von seinen Schuldnern geschenkt bekommt. Das fließt allerdings nicht in Bildung, sondern in Volksbeglückungsgeschenke. Und einige Ökonomen glauben sogar, dass es noch nicht reicht. Sie fordern, dass der Staat jetzt mal so richtig Schulden machen und das Geld sinnvoll investieren sollte. Die Erfahrung spricht dagegen.

Doch während der Staat immer stärker wird und sich aufbläht, schrumpft das Eigentum vieler Deutscher auf dem Sparbuch. Dabei genießt dessen Schutz im Grundgesetz hohe Priorität. Die Deutschen halten traditionell einen großen Teil ihres Vermögens in Form von Geld auf. Doch dieses hat seine Funktion als stabiles Wertaufbewahrungsmittel verloren.

Zwar ist die Inflation, also der Verlust der Kaufkraft über den Zeitablauf, deutlich geringer als in der Vergangenheit. doch im Gegensatz zu früher gibt es keinen Zins mehr, der dafür entschädigt. Dass es schon früher Zeiten gab, in denen die Verzinsung auf dem Sparbuch geringer war als die Inflation, kann kaum trösten. Doch damals gab es zumindest die Möglichkeit, auf andere festverzinsliche Anlagemöglichkeiten auszuweichen. Heute müssen Sparer in Sachwerte gehen, um ihr Eigentum zu bewahren. Geschützt ist es als Geldvermögen nicht mehr.

Auch die sogenannte Verfügungsfreiheit des Geldes ist gestört. So sind die Sparer in einer Welt ohne Zins genötigt, ihr Geld möglichst schnell auszugeben. Es ist unter Staatsrechtlern eine offene Frage, ob ein Minuszins möglicherweise sogar verfassungswidrig ist. Das offenbart, in was für einem Zustand sich unser Wirtschaftssystem befindet. Ist das private Eigentum nicht mehr geschützt und die Akkumulation von Kapital wird nicht mehr belohnt, kommt dies dem Ende des Kapitalismus gleich. Zumindest wie wir ihn kennen.

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/die-ezb-und-die-schranken-von-mandat-und-marktwirtschaft-16360170.html?premium>

FEHLSCHLUSS ZUM INFLATIONSZIEL:

Die EZB und die Schranken von Mandat und Marktwirtschaft

- VON CHRISTIAN THIMANN
- -AKTUALISIERT AM 01.09.2019-08:19



Schwache Konjunktur bei Inflation unter zwei Prozent und deswegen negative Zinsen und EZB-Sondermaßnahmen? Das Mandat der EZB lautet nicht auf Inflation, sondern auf Preisstabilität. Ein Gastbeitrag.

„Die Konjunktur kühlt sich ab, aber da die aktuelle Inflationsrate von 1 bis 1,5 Prozent unter der 2-Prozent-Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt, hat diese noch Spielraum zur konjunkturellen Gegensteuerung, und sei es mit Sondermaßnahmen.“ Diese Aussage hört man derzeit häufig. Sie enthält jedoch eine Reihe von Fehlschlüssen und ist auch aus marktwirtschaftlicher Sicht problematisch.

Erstens: Die vertragliche Verpflichtung der EZB besteht nicht im Erreichen von Inflation, sondern in der „Gewährleistung von Preisstabilität“. Weder findet sich im Vertrag ein Inflationsziel noch ein Zahlenwert wie „zwei Prozent“. Man kann es nicht oft genug betonen: Demokratisch legitimiert und zeitlos gültig bleibt die Preisstabilität und nicht ein wie auch immer geartetes Inflationsziel.

Die stets zitierte Inflationsgrenze von zwei Prozent war eine frühe Orientierungshilfe, die sich die EZB bei der Einführung des Euros vor 20 Jahren gegeben hat. Zu jener Zeit lag die durchschnittliche Inflationsrate in den OECD-Ländern bei rund drei Prozent, heute liegt sie bei 1,9 Prozent. Die Öffnung Chinas, die Integration Osteuropas in den europäischen Binnenmarkt und die allgemeine Globalisierung haben zu dem Rückgang der globalen Preissteigerung entscheidend beigetragen, wenn auch mit schwerwiegenden Folgen für den Arbeitsmarkt in Westeuropa.

Hohe Immobilienpreise sind Kaufkraftvernichter

Wenn man sich heute fragen würde, wie in der globalisierten Welt für eine reife Volkswirtschaft wie die Eurozone Preisstabilität zu definieren sei, würde man vermutlich eine Preissteigerungsrate von ein bis eineinhalb Prozent festlegen, aber nicht mehr auf zwei Prozent schielen.

Auch dies wäre noch ein deutliches Signal gegen angebliche Risiken einer Deflation, welche gelegentlich an die Wand gemalt werden. Für Europa ist ein solches Szenario einer anhaltenden Abwärtsspirale von allgemeinem Preisniveau, Konsum und Löhnen ohnehin kaum plausibel, nicht zuletzt wegen eines regulierten Arbeitsmarkts, eines großen öffentlichen Sektors mit festen Nominallöhnen und eines umfangreichen Sozialsystems mit nominal festgeschriebenen Transferzahlungen.

Zweitens ist es ein Fehler, die statistische Inflationsrate mit der Veränderung des Preisniveaus und der Kaufkraft gleichzusetzen. Denn die statistische Inflationsrate bezieht sich nur auf den Anstieg der Verbraucherpreise, also nur auf wiederkehrende Ausgaben des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel, Haushaltsgüter, Dienstleistungen, Benzin, Heizöl und Mieten. Bewusst ausgeblendet werden Preise für Immobilien, Bauland und andere Vermögenswerte, weil man zu Beginn des Euros annahm, dass diese sich parallel zu den Verbraucherpreisen entwickeln würden, wenn auch mit größeren Schwankungen.

Dies bedeutet aber, dass die Entwicklung der Verbraucherpreise das allgemeine Preisniveau und die Kaufkraftentwicklung nur dann korrekt widerspiegelt, wenn sich die Vermögenspreise entsprechend zu den Verbraucherpreisen bewegen. Dies ist aber seit vielen Jahren nicht mehr der Fall. Insbesondere die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren um drei bis fünf Prozent pro Jahr gestiegen, und in deutschen und europäischen Großstädten dürfte der Anstieg noch deutlich höher ausgefallen sein.

In Zeiten anhaltender und überproportional steigender Immobilienpreise greift aber der Verbraucherpreisindex viel zu kurz, um die Kaufkraftentwicklung abzubilden. Was nützt es einer Familie, wenn die Güter des täglichen Bedarfs, für die monatlich bis zu 2000 Euro ausgegeben werden, „nur“ um 1,5 Prozent oder 30 Euro pro Jahr steigen, sich aber die Kosten für ein Eigenheim um 100.000 Euro verteuern? Steigende Immobilienpreise sind für die meisten Familien die größten Kaufkraftvernichter.

Ein weiterer Fehlschluss

Nun könnte man einwenden, dass die Immobilienpreise durch die Mieten im Verbraucherpreisindex eingefangen werden. Doch nicht alle Menschen wollen immer zur Miete wohnen. Im Übrigen passen sich die Bestandsmieten nur sehr graduell an die rasant steigenden Immobilienpreise an, und viele Menschen müssen aufgrund der Arbeit in die Ballungsräume ziehen.

Es gibt also noch beträchtliches Inflationspotential, welches sich über die nächsten Jahre bei den Verbraucherpreisen niederschlagen wird. Der Immobilienboom mag zu mehr Bautätigkeit führen, aber dies ist nur ein sekundärer Effekt, der zudem durch Baulandbegrenzungen, bürokratische Auflagen sowie zunehmende Engpässe in der Bauwirtschaft gebremst wird.

Der dritte Fehlschluss der eingangs zitierten Aussage liegt in der Annahme, eine geldpolitisch getriebene Nachfrageerhöhung würde die Inflation im Euroraum deutlich ansteigen lassen. Selbst wenn die Zinsen weiter fielen und schuldenfinanzierte Ausgaben steigen würden, hätte dies kaum Auswirkungen auf die Inflationsrate. Der Grund liegt in der Globalisierung und der hohen Importrate bei Verbrauchsgütern. Eine höhere Nachfrage aus der Eurozone wird kaum zu Verknappungen in China und anderen Ländern in Fernost führen. Zu gigantisch und steigend ist das Angebot. Zudem wird selbst in Asien die Produktion in immer noch billigere Länder verlagert, wie dies etwa bei Textilien der Fall ist.

Diese drei Punkte belegen, dass bei einer weiteren Fortführung der expansiven Geldpolitik, wie sie aktuell diskutiert wird, in Bezug auf das vertragliche Mandat Vorsicht geboten ist. Denn wesentliche ökonomische Fakten lassen diese in einem anderen Licht erscheinen.

Der Puffer an Liquidität im Bankensystem

Kommen wir zu den im Eingangsstatement genannten Sondermaßnahmen abseits der eigentlichen Geldpolitik, also abseits der Festlegung des kurzfristigen Refinanzierungssatzes für Banken bei der Zentralbank.

Derzeit gibt es insbesondere zwei Sondermaßnahmen der Zentralbank, deren Fortführung aus marktwirtschaftlicher Sicht Fragen aufwirft.

Zum einen sind dies die „negativen Zinsen“, die auf Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank erhoben werden und sich auch auf Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen bei Geschäftsbanken auswirken könnten. Über diesen Begriff wird in den Medien mit einer Selbstverständlichkeit gesprochen („es gibt kein Recht auf Rendite“), als ob dieses Phänomen kein Widerspruch in sich wäre. Letztlich ist der Begriff der „Negativzinsen“ eine Wortkombination ohne Sinngehalt.

Denn Zins ist die Vergütung für die Geduld beim Sparen, beziehungsweise der Preis für das Geld – ebenso wie der Lohn die Vergütung für die Anstrengung der Arbeit widerspiegelt und die Preise die

Vergütung für eingesetzten Ressourcen darstellen. Kann es „negative Löhne“ geben? Wohl kaum. Im Studium wird gelehrt, dass es „negative Preise“ allenfalls für Müll gibt, weil man denjenigen bezahlen muss, der ihn abnimmt.

In einer funktionierenden Marktwirtschaft kann es „negative Zinsen“ nicht geben, wie es auch keine „negativen Löhne“ oder „negative Preise“ geben kann. Niemand verleiht freiwillig Geld, um später weniger davon zurückzubekommen. Ebenso würde niemand freiwillig arbeiten oder Güter verkaufen, wenn er seinen Lohn mitbringen oder dem Käufer noch Geld in die Hand drücken müsste. Dies geht nur durch staatlichen Eingriff, also durch Zwang.

Und die Banken sind nicht in der Lage, sich der Einlage bei der Zentralbank vollständig zu entziehen. Denn Liquiditätsmanagement funktioniert in einer modernen Volkswirtschaft nur dann reibungslos, wenn es einen Puffer gibt. Und der notwendige Puffer an Liquidität im Bankensystem kann nur bei der Zentralbank deponiert werden.

Dass es nun heißt, die Banken sollen diese Negativeffekte über Kosteneinsparungen kompensieren, setzt der ganzen Konstellation noch die Krone auf. Wenn durch staatliche Eingriffe das Geschäftsmodell angegriffen wird, sind die Institute kaum in der Lage, die dadurch verursachten Verluste durch Einsparungen auszugleichen.

Kapitalmarkt mit funktionierendem Preismechanismus

Der zweite Punkt betrifft die Kapitalmarktinterventionen. Geldpolitik gehört in den Bereich des Geldmarktes; dies ist der kurzfristige Teil des Finanzmarkts mit einer Frist bis zu einem Jahr. Ab einem Jahr und mehr spricht man vom Kapitalmarkt. Mit dem Ankauf von Staatsanleihen und zeitweise Unternehmensanleihen hat die EZB sich in den Bereich des Kapitalmarkts bewegt. Insofern kann man hier nicht von Geldpolitik, sondern höchstens von Kapitalmarktpolitik sprechen.

Auf dem Kapitalmarkt wird über unzählige Teilnehmer und Anlageklassen das Gleichgewicht zwischen Sparen und Investitionen bestimmt. Das Alpha und Omega des Kapitalmarkts sind die Staatsanleihen. Ihr Preis dient als Berechnungsgrundlage für fast alle anderen Vermögenswerte, wie etwa Unternehmensanleihen, Aktien oder Immobilien. Verändern sich die Preise für Staatsanleihen, so verändern sich praktisch sämtliche anderen Kapitalmarktpreise der Volkswirtschaft – umgekehrt ist das nicht der Fall.

Dies bedeutet, dass bei einem umfassenden Eingriff in den Markt der Staatspapiere sämtliche Vermögenspreise in einer Volkswirtschaft verzerrt sind. Eine Marktwirtschaft braucht jedoch einen Kapitalmarkt mit einem funktionierenden Preismechanismus und ohne langanhaltende staatliche Eingriffe.

Eine Kapitalmarktintervention durch die Zentralbank kann gerechtfertigt sein, aber sie bedarf aufgrund der Schwere einer solchen Maßnahme der besonderen Rechtfertigung. Zumeist wurden die bisherigen Eingriffe – egal ob tatsächlich erfolgt oder nur wirksam angekündigt – mit einer schweren Störung des Kapitalmarktsegments begründet, wie dies etwa zur Spitze der Euro-Krise der Fall war. Eine solche Störung wird heutzutage nicht mehr festgestellt.

Täglich fast 1 Milliarde Euro für Staatsanleihen

Die alternative Rechtfertigung einer notwendigen Geldschwemme – im Zentralbankjargon „quantitative Lockerung“ oder Erzeugung von „Überschussliquidität“ – wurde in den USA zum Höhepunkt der Hypothekenkrise zeitweilig eingesetzt. Der Erfolg dieser Maßnahme ist von Land zu Land unterschiedlich.

In Japan ging sie einher mit einem Anstieg der Staatsverschuldung auf astronomische 240 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für das Eurogebiet beziffert die EZB die Überschussliquidität – also den Betrag, um den die liquiden Mittel die notwendigen Mittel übersteigen – auf über eine Billion Euro.

Diese Überschussliquidität entstand, indem in sehr großen Mengen Staatsanleihen gekauft wurden und noch immer nachgekauft werden.

Wie groß die Nachkäufe sind, lässt sich über eine Überschlagsrechnung eingrenzen: Es wurden über 2,4 Billionen Euro an Staatsanleihen gekauft, die eine Laufzeit von durchschnittlich etwas über acht Jahren haben. Damit werden pro Jahr durchschnittlich ein Achtel, also rund 300 Milliarden Euro, fällig. Diese werden nachgekauft, weil die EZB den Bestand noch konstant halten will.

Mit anderen Worten: Auch heute noch kaufen EZB und nationale Notenbanken jeden Tag für durchschnittlich fast 1 Milliarde Euro Staatsanleihen. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen können sich daher nicht erholen und spiegeln kein Marktgleichgewicht wider, sondern anhaltende öffentliche Eingriffe.

Ein verhängnisvolles Wechselspiel

Die extrem niedrigen Zinsen für Staatsanleihen treiben viele Anleger in andere Segmente des Kapitalmarkts. Allerdings brauchen Lebensversicherer, Pensionsfonds, Unternehmen sowie private Haushalte eine Kombination von Sicherheit und Rendite, etwa um Rentenverpflichtungen nachzukommen oder die Kaufkraft im Alter zu stabilisieren. Dass sichere Staatsanleihen nicht mehr als Zinsträger zur Verfügung stehen, destabilisiert langfristige, sicherheitsorientierte Portfolios. Denn Unternehmensanleihen, Immobilien, Aktien oder Fremdwährungsanleihen sind alles imperfekte Substitute.

Allerdings können nicht alle Anleger den Staatsanleihen bei Nullzinsen ausweichen. Banken etwa sind durch die neuesten Basel-Regeln verpflichtet, einem Teil ihrer Verbindlichkeiten sogenannte „hochqualitative Vermögenswerte“ gegenüberzustellen. Der größte Teil dieser gesetzlich festgelegten Gruppe von Vermögenswerten sind Staatsanleihen.

Versicherungen werden durch die Regulierung ebenfalls verpflichtet, langfristigen Verbindlichkeiten auch langfristige Schuldtitel gegenüberzustellen, und bei den langfristigen Schuldtiteln dominieren wiederum Staatsanleihen. Das bedeutet, dass Banken und Versicherungen keine Möglichkeit haben, Staatsanleihen vollständig zu umgehen, und selbst bei Renditen von null zu diesen Titeln greifen müssen.

So ergibt sich ein verhängnisvolles Wechselspiel: Durch staatliche Eingriffe bei bestehender Regulierung werden Banken und Versicherungen Verluste aufgebürdet, die letztlich bei den Kunden landen. Das schmerzt besonders in einer Volkswirtschaft, die stark auf private Vorsorge ausgerichtet ist und in deren Rentensystem demographisch bedingt, immer größere Lücken klaffen.

Versicherer haben Absicherungsmaßnahmen getroffen

Der deutsche Sparer wird aus anderen europäischen Ländern heraus oftmals belächelt. Doch ist wenig bekannt, dass das deutsche Rentensystem weitaus geringere Leistungsversprechen enthält als die Systeme der Nachbarländer. Die OECD hat für alle Länder eine sogenannte „Netto-Ersatzquote“ berechnet, die die einfache Frage beantwortet: Wie viel bekommt man im Durchschnitt netto als Rentner verglichen mit seinem Nettolohn der letzten Jahre? In Frankreich sind dies 75 Prozent, in Spanien 80 und Italien über 80 Prozent. Da ist privates Sparen hilfreich, aber nicht existentiell.

Anders in Deutschland, wo die „Netto-Ersatzquote“ von der OECD mit 50 Prozent angegeben wird. Wer also in Deutschland im Alter seinen Wohlstand sichern möchte, muss private Vorsorge betreiben. Insofern ist der deutsche Sparer kein Kuriosum, sondern ein rational und vorsorglich denkender Mensch. Sein „Wunschdreieck“ besteht aus Sicherheit, Rendite und Liquidität. Die Lebensversicherung erfüllte lange Zeit diese Anforderung, insbesondere mit den verbindlichen jährlichen Zinsgarantien.

Da niemand auf die Idee kam, dass in einer wachsenden Volkswirtschaft mit positiver Inflation die Rendite durch staatliches Eingreifen am langfristigen Kapitalmarkt in den negativen Bereich gedrückt werden könnte, wurden die Lebensversicherungen noch vor wenigen Jahren als sicheres Garantieprodukt vertrieben. Vielfach belief sich das Versprechen auf 2,75 bis 3,5 Prozent Verzinsung pro Jahr. Heute gibt es keinen Garantiezins über ein Prozent mehr, und die alten Produktlinien sind für Neugeschäfte geschlossen.

Allerdings sind die Bestände mit diesen alten Verträgen immens. Über 800 Milliarden Euro stehen in den Bilanzen der deutschen Lebensversicherer und Pensionskassen, verbunden mit Zinszusagen, die heute weit über dem Kapitalmarktzins für sichere Bundesanleihen liegen. Viele Versicherer und Pensionskassen haben Absicherungsmaßnahmen getroffen, etwa durch Kostensenkungen oder Kapitalverstärkungen. Auch haben sie ihre Kapitalanlage teilweise stärker diversifiziert, so dass in den meisten Fällen die Garantien auch bei niedrigen Zinsen bedient werden können.

Das Problem für die Kunden

Dies sieht jedoch anders aus, wenn die Zinsen der Bundesanleihen bei null liegen sollten. Und es wird sehr problematisch, wenn diese Zinsen weiter negativ sind und dies länger bleiben. Denn dann wird der Abstand zwischen der gegebenen Garantie und der sicheren Wiederanlage zu hoch, als dass er einfach überbrückt werden könnte.

Wann immer Branchenvertreter ihre Stimme erheben, ist der Einwand zu hören, dass es nicht Aufgabe der Geldpolitik sei, einer Branche unter die Arme zu greifen. Dieser Einwand geht an der Sache vorbei. Um es ganz deutlich zu sagen: Hier geht es nicht um die Versicherungsunternehmen. Diese können sich dem Marktumfeld anpassen und tun dies durchaus erfolgreich. Wenn das Umfeld für die klassische Lebensversicherung nicht mehr stimmt, investieren sie stärker in Krankenversicherung, Industrieversicherung oder andere Versicherungszweige, oder sie können auf fondsgebundene Lebensversicherungen mit einem höheren Anlagerisiko für Kunden wechseln. All diese Verschiebungen sind deutlich zu beobachten.

Das Problem entsteht jedoch für die Kunden, und zwar in einem volkswirtschaftlich relevanten Ausmaß. Sie erhalten deutlich geringere Überschussbeteiligungen aus der klassischen Lebensversicherung und nicht mehr die Vorsorgeprodukte, die ihnen die gewünschte Kombination von Sicherheit, Rendite und Liquidität bieten. Deshalb hat die skizzierte Entwicklung das Potential, auf mittlere Sicht in Deutschland eine substantielle Vorsorgekrise auszulösen. Schuster, bleib bei deinen Leisten.

Die Geldpolitik hat aus gutem Grund festgelegte Ziele und Instrumente im Geldmarktbereich. Diese Festlegung schützt nicht zuletzt die soziale Marktwirtschaft, auf welcher der europäische Wohlstand beruht. Mit ihr sind negative Zinsen und lang anhaltende Kapitalmarkt eingriffe kaum vereinbar.

Über den Autor

Christian Thimann war viele Jahre in leitender Funktion bei der EZB tätig. Zur Zeit der globalen Finanzkrise und Euro-Krise war er der engste Mitarbeiter von Präsident Jean-Claude Trichet und anschließend von Präsident Mario Draghi. Ende 2013 wechselte er in den erweiterten Vorstand des französischen Versicherers AXA nach Paris und ist heute der Deutschlandchef von Athora, einem neuen Lösungsanbieter für Lebensversicherer im Niedrigzinsumfeld. 2018 leitete er auf Einladung der Europäischen Kommission die hochrangige Expertengruppe für ein nachhaltiges Finanzsystem. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder. Schwache Konjunktur bei Inflation unter zwei Prozent und deswegen negative Zinsen und EZB-Sondermaßnahmen? Das Mandat der EZB lautet nicht auf Inflation, sondern auf Preisstabilität

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/investitionen-kommt-bald-das-ende-der-schwarzen-null-16360197.html?premium>



ENDE DER SCHWARZEN NULL?:

Das Deutschland-Problem

- VON ALEXANDER ARMBRUSTER, WINAND VON PETERSDORFF, TOBIAS PILLER, CHRISTIAN SCHUBERT
- -AKTUALISIERT AM 01.09.2019-10:58

Um die Weltwirtschaft anzukurbeln, soll der deutsche Staat mehr investieren, heißt es allerorts. Das könnte nun Realität werden – aber aus anderen Gründen.

Gerät die Weltwirtschaft ins Wanken? Rund um den Globus verlangsamt sich das Wachstumstempo, in den Vereinigten Staaten, in China, in Europa. Die Sorgen nehmen zu, Politiker, Anleger und hochdekorierte Ökonomen warnen, jeder auf seine Weise. Amerikas Präsident Donald Trump drangsaliert mit erhöhter Frequenz Notenbankchef Jerome Powell und fragt öffentlich, ob Powell oder Chinas Parteiführer Xi Jinping der größte „Feind“ ist. Fachleute in Amerika äußern sich zwar meist differenzierter. Aber auch sie folgen der durchaus eingespielten Gepflogenheit, in solchen Dingen international nach einem Schuldigen zu suchen – und ihn in der Regel zu finden.

„Die Welt hat ein Deutschland-Problem“, überschrieb Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman gerade einen Meinungsbeitrag in der „New York Times“, und die Anklage in der Unterzeile hatte es in sich: „Die Schulden-Besessenheit, die die Wirtschaft aufaß.“ Im Kern fordert Krugman, dass der deutsche Staat mehr Geld ausgibt, gerne auch mehr als er einnimmt. Die Meinung eines akademischen Exoten? Im Gegenteil.

Krugman liegt mit seinen Aussagen nicht weit entfernt von der offiziellen Linie der amerikanischen Regierung: Im neuesten Bericht des amerikanischen Finanzministerium über die für die Vereinigten Staaten schädliche Wirtschaftspolitik wichtiger Handelspartner steht die Bundesrepublik unter scharfer Beobachtung. Demnach ist ihr hoher Handelsbilanzüberschuss Folge einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Inlandsnachfrage. Angesichts dessen müsse die deutsche Regierung deutliche Schritte unternehmen, um Investitionen und Konsum zu befeuern, heißt es weiter.

Auch die Fachleute des mächtigen Internationalen Währungsfonds verlangen von Europas größter Volkswirtschaft schon seit Jahren eine expansivere Finanzpolitik, um sich selbst und dem Kontinent insgesamt zu helfen. Entsprechende Forderungen aus anderen europäischen Hauptstädten wie Rom oder Paris und aus den Finanzszenen in London oder New York sind hinlänglich bekannt – und haben mittlerweile keinen Neuigkeitswert mehr.

„Vielleicht ist die schwarze Null nicht das Allerheiligste“

Doch gibt es etwas, was die gegenwärtige Debatte von früheren unterscheidet: So mehren sich in Deutschland selbst Stimmen, die dazu raten, die Bundesregierung solle sich nicht mehr so strikt an ausgeglichene Staatshaushalte klammern; man solle der schwarzen Null, also dem Verzicht auf neue Kredite, nicht mehr eine so hohe Priorität einräumen. Auch diese Äußerungen kommen nicht von Außenseitern. Sie kommen aus der Regierung ebenso wie aus der Industrie.

Der Ökonom Michael Hüther, der das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft leitet, warb in der F.A.Z. unlängst für ein 450 Milliarden Euro umfassendes staatliches Investitionsprogramm, verteilt

auf zehn Jahre. „Früher wurden wir gedrängt, jetzt sagen wir selbst: Vielleicht ist die schwarze Null nicht das Allerheiligste“, findet auch Oliver Lorz, Professor für Außenwirtschaftstheorie an der RWTH Aachen: „Und wir fragen uns, ob die Einführung der Schuldenbremse wirklich so sinnvoll war.“

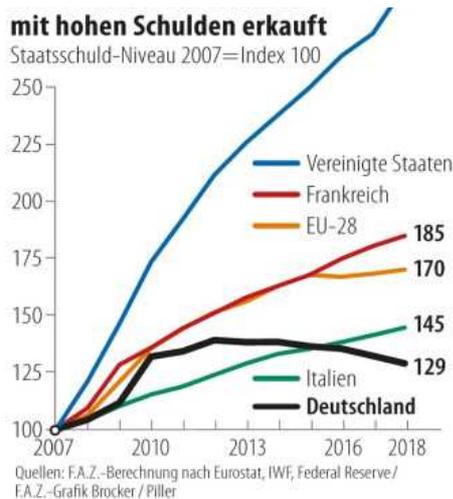


Bild: F.A.Z.

Allerdings betont nicht nur er, dass Anspruch und Motiv hinter dieser veränderten Haltung unter deutschen Ökonomen vornehmlich nicht darin bestehen, die Weltkonjunktur zu stützen – sondern darin, dass mehr staatliche Investitionen derzeit sinnvoll sein könnten, sofern sie Deutschland für die Zukunft rüsten und nachhaltige Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Und die Gelegenheit günstig ist angesichts der niedrigen Zinsen.

„Es geht nicht um Konjunkturpolitik, sondern langfristige Wachstumspolitik“, stellt der Ökonom Jens Südekum klar, und fügt klipp und klar hinzu, was nicht dazu zählt: „Katastrophal wäre beispielsweise, wenn wir Kredite aufnahmen, um damit höhere Renten zu finanzieren.“ Südekum begründet höhere deutsche Staatsausgaben vor allem damit, dass sie Deutschland schlicht selbst nützen. Er regt an, strukturschwache Regionen stärker zu unterstützen – und fordert mehr Geld für technische Infrastruktur, damit Deutschland mit dem technischen Fortschritt in den Vereinigten Staaten und China mithalten kann. „Donald Trump und die Führung in Peking haben absolut keine Hemmungen, mit Schulden finanzierte Industriepolitik zu betreiben. Wir können nicht so tun, als sei das für uns bedeutungslos“, argumentiert er.

Staatsausgaben für die ausländische Wirtschaftsleistung?

An Ideen, wie sie Hüther, Südekum und andere vorbringen, zeigt sich, dass die innerhalb Deutschlands vorgebrachten Anliegen zur Zeit durchaus mit den aus dem Ausland an Berlin herangetragenen Wünschen harmonieren. Und sie widersprechen zunächst auch ganz und gar nicht wichtigen Forschungsergebnissen der Volkswirtschaftslehre. Der wie Krugman mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnete Ökonom Robert Mundell entwickelte schon zu Beginn der sechziger Jahre eine umfassende Theorie, in der er zeigte, wie sich höhere oder niedrigere Ausgaben (Finanzpolitik) oder Leitzinsen (Geldpolitik) in einem Land auf andere Länder auswirken.



Ein zentrales Ergebnis: Wenn der Staat mehr Geld lockermacht, dann unterstützt er damit eben nicht nur die heimische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, sondern wirkt auch auf die Nachfrage im Ausland. Wenn die Vereinigten Staaten beispielsweise höhere staatliche Defizite machen, dann erhalten infolgedessen auch deutsche Autohersteller und Maschinenbauer mehr Bestellungen. „Die ökonomische Theorie suggeriert, dass höhere Staatsausgaben im Inland auch die ausländische Wirtschaftsleistung steigern“, sagt Philipp Harms, der an der Universität Mainz lehrt und das führende Lehrbuch über internationale Wirtschaftsbeziehungen im deutschsprachigen Raum geschrieben hat.

Allerdings warnt er davor, diese Wirkung zu überschätzen – und dies übrigens nicht nur, weil Deutschland zwar einerseits die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, andererseits aber auch zu klein ist, um Ökonomien wie die amerikanische oder die chinesische substantiell mitzuziehen. „Wie stark dieser Effekt ausfällt, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, zum Beispiel davon, ob der Wechselkurs fix oder flexibel ist, von der Tiefe der Rezession, der Intensität der Handelsbeziehungen, aber auch von der Reaktion der Finanzmärkte auf höhere Staatsausgaben“, führt Fachmann Harms weiter aus; im Abschwung etwa wirkten höhere Staatsausgaben stärker als in Zeiten von Vollbeschäftigung.

Die deutsche Haushaltspolitik das Zünglein an der Waage?

Doch noch etwas anderes ist entscheidend. „Der Erfolg der Konjunkturpakete, die in vielen Volkswirtschaften während der globalen Finanzkrise aufgelegt wurden, basierte nicht zuletzt auf einem hohen Maß an internationaler Koordination und Kooperation“, stellt Harms fest. Und die Bereitschaft zu einer solchen Kooperation sei derzeit deutlich schwächer ausgeprägt mit Blick auf die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und China respektive Europa.

Nur schwer lasse sich daher gerade gegenwärtig abschätzen, wie sich eine höhere Nachfrage der deutschen Staates wirklich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der ganzen Welt auswirkte. Sogar mit Blick auf die Folgen innerhalb des Euroraums rät Harms zur Vorsicht: „Auf jeden Fall kann man nicht einfach sagen: Wenn Olaf Scholz mehr Geld ausgibt, dann hilft das Frankreich und Italien.“ Sein Fachkollege Oliver Lorz aus Aachen pflichtet bei: „International dürfte sich der Impuls einer geänderten deutschen Haushaltspolitik kaum auswirken – zumal ja auch niemand erwartet, dass Deutschland zum fiskalischen Hasardeur wird und nun riesige Defizite fährt. Das will niemand.“

Aller kritischen Grundhaltung gegenüber der deutschen Wirtschaftspolitik zum Trotz – diese Einsicht scheint sich zunehmend herzusprechen. Allein schon aus diplomatischen Gründen kritisiert der französische Staatspräsident Emmanuel Macron Berlin nicht mehr so scharf wie noch vor einigen Monaten. Zwar fordern sowohl er und sein Finanzminister Bruno Le Maire weiterhin höhere öffentliche Investitionsausgaben in Deutschland.

„Wir können uns nicht mit dem aktuell schwachen Wachstum in Europa zufriedengeben. Wir brauchen einen Wachstumspakt im Euroraum“, sagte Le Maire erst in dieser Woche wieder auf dem französischen Arbeitgebertag in Paris, zu dem auch der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) eingeladen war.

Mit gewaltigen Forderungen hielt er sich indes zurück. Stattdessen formulierte Le Maire nüchtern: „Jene Länder, die finanzpolitischen Spielraum haben, sollten mehr investieren. Das liegt sowohl im Interesse Deutschlands als auch der Eurozone. Und jene Länder, die ihre öffentlichen Finanzen in Ordnung bringen sollen und ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssen, sollen genau das tun. Wir in Frankreich beschreiten diesen Weg.“

Italien hofft auf deutsche Schulden

Der französische Finanzminister gehört in der Regierung zu den Anwälten eines Sparkurses. Im kommenden Jahr soll die Neuverschuldung von 3,1 Prozent der Wirtschaftsleistung auf deutlich weniger als 2,5 Prozent sinken. Angesichts einer Staatsverschuldung von mehr als 98 Prozent der Wirtschaftsleistung – erlaubt sind nach den Maastricht-Kriterien 60 Prozent – ist auch dem Staatspräsidenten klar, dass Frankreich im eigenen Interesse sich nicht immer weiter verschulden kann.

Wenn sich Paris mit Ausgabenwünschen hingegen an Berlin richtet, liegt das auch einfach daran, dass Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Frankreichs ist, weit vor Italien und Spanien; wenn es den deutschen Autoherstellern schlechtgeht, leiden auch die französischen Zulieferunternehmen.

In Rom ist die Zurückhaltung indes nicht verfolgt. Seit Jahren gibt es aus Reihen der italienischen Politik Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik, dabei spielt allerdings noch ein anderes Kalkül eine Rolle: Wenn der deutsche Staat mehr Schulden macht, fiele es auch Volksvertretern in Rom leichter, höhere Haushaltsdefizite zu legitimieren – im Inland wie im Ausland. Die wichtige Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“ stellte die jüngst vom deutschen Kassenwart Scholz vage vorgebrachte Idee eines 50 Milliarden Euro umfassenden Konjunkturprogramms auf ihrem Aufmacherplatz schon als feststehenden Plan dar.

„Man muss nicht gegen eine Erhöhung der Staatsausgaben sein“

Der Lega-Parteivorsitzende Matteo Salvini, der gerne einmal italienischer Regierungschef werden möchte, leitete daraus sogleich ab, dass auch Italien ein Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro brauche. Doch damit würde Italien ein Defizit von bis zu 5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung ansteuern – eine sehr zweifelhafte Maßnahme auch im Hinblick darauf, dass die Defizite in den vergangenen Jahren nicht dazu führten, dass sich die italienische Wirtschaft erfolgreicher entwickelt hätte als beispielsweise die deutsche.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass die deutsche Regierung in näherer Zukunft dessen ungeachtet tatsächlich höhere Investitionen auf den Weg bringt. Darauf drängt nicht nur die SPD, für entsprechende Ideen wirbt auch die CSU. Auch die deutschen Politiker begründen ihre Vorschläge – so wie die deutschen Ökonomen – zuallererst damit, dass sie für Deutschland nützlich sind, etwa angesichts der tiefgreifenden technologischen Veränderungen oder des Klimawandels.

„Man muss nicht gegen eine Erhöhung der Staatsausgaben sein“, bekräftigt Ökonom Harms. „Insbesondere höhere Investitionen lassen sich aber wesentlich besser vor dem Hintergrund des maroden öffentlichen Kapitalbestands in Deutschland begründen.“ Sie müssten nicht als Beitrag zur globalen Konjunktur verkauft werden.

Zumal höhere Staatsausgaben in Deutschland die Ursachen der aktuellen Flaute nicht beseitigen könnten, für die eben Berlin nicht verantwortlich sei, sagt Harms: „Aus meiner Sicht ist die derzeitige konjunkturelle Abkühlung vor allem auf die Unsicherheit zurückzuführen, welche die Unruhe in der Europäischen Union, die hanebüchene Handelspolitik der Vereinigten Staaten und die katastrophale Rhetorik des derzeitigen amerikanischen Präsidenten mit sich bringen“, sagt er. Da stimmt er wiederum überein mit dem Amerikaner Krugman. Darum lautet das echte „Deutschland-Problem“ denn auch eher: Die Bundesrepublik kann nicht im Alleingang die Weltwirtschaft retten. Um ihre Probleme müssen sich die anderen Länder schon zunächst selbst kümmern.

The World Has a Germany Problem

The debt obsession that ate the economy.



By Paul Krugman

Opinion Columnist

- Aug. 19, 2019

You might think that recent events — market turmoil, weakening growth, declining manufacturing production — must be producing some soul-searching in the White House, particularly over Donald Trump’s view that “trade wars are good, and easy to win.” That is, you might think that if you haven’t paid any attention to Trump’s past behavior.

What he’s actually doing, of course, is attributing the economy’s troubles to a vast conspiracy of people out to get him. And his recent remarks suggest, if anything, that he’s preparing to open a new front in the trade war, this time against the European Union, which he says “treats us horribly: barriers, tariffs, taxes.”

The funny thing is that there are some aspects of European policy, especially German economic policy, that do hurt the world economy and deserve condemnation. But Trump is going after the wrong thing. Europe does not, in fact, treat us badly; its markets are about as open to U.S. products as ours are to Europe’s. (We export about three times as much to the E.U. as we do to China.)

The problem, instead, is that the Europeans, and the Germans in particular, treat *themselves* badly, with a ruinous obsession over public debt. And the costs of that obsession are spilling over to the world as a whole.

Some background: Around 2010, politicians and pundits on both sides of the Atlantic caught a bad case of austerity fever. Somehow they lost interest in fighting unemployment, even though it remained catastrophically high, and demanded spending cuts instead. And these spending cuts, unprecedented in a weak economy, slowed the recovery and delayed the return to full employment.

While debt alarmism ruled both here and in Europe, however, it eventually became clear that there was a crucial difference in underlying motivation. Our deficit hawks were, in fact, hypocrites, who suddenly lost all interest in debt as soon as a Republican was in the White House. The Germans, on the other hand, really meant it.

True, Germany forced debt-troubled nations in southern Europe into punishing, society-destroying spending cuts; but it also imposed a lot of austerity on itself. Textbook economics says that governments should run deficits in times of high unemployment, but Germany basically eliminated its deficit in 2012, when euro area unemployment was more than 11 percent, and then began to run ever-growing surpluses.

Why is this a problem? Europe suffers from a chronic shortfall in private demand: Consumers and corporations don't seem to want to spend enough to maintain full employment. The causes of this shortfall are the subject of a lot of debate, although the most likely culprit is demography: low fertility has left Europe with a declining number of adults in their prime working years, which translates into low demand for new housing, office buildings, and so on.

The European Central Bank, Europe's counterpart to the Federal Reserve, has tried to fight this chronic weakness with extremely low interest rates — in fact, it has pushed rates below zero, which economists used to think was impossible. And bond investors clearly expect these extreme policies to last for a very long time. In Germany, even long-term bonds — all the way out to 30 years! — pay negative interest rates.

Some analysts think that these negative interest rates hurt the functioning of the financial sector. I'm agnostic on that point, but what's clear is that with monetary policy stretched to its limits, Europe has no way to respond when things go wrong. Indeed, much of Europe may well already be in recession, and there's little if anything the central bank can do.

There is, however, an obvious solution: European governments, and Germany in particular, should stimulate their economies by borrowing and increasing spending. The bond market is effectively begging them to do that; in fact, it's willing to pay Germany to borrow, by lending at negative interest. And there's no lack of things to spend on: Germany, like America, has crumbling infrastructure desperately in need of repair. But spend they won't.

Most of the costs of German fiscal obstinacy fall on Germany and its neighbors, but there are some spillovers to the rest of us. Europe's problems have contributed to a weak euro, which makes U.S. products less competitive and is one reason American manufacturing is sliding. But characterizing this as a situation in which Europe is taking advantage of America gets it all wrong, and is not helpful.

What would be helpful? Realistically, America has no ability to pressure Germany into changing its domestic policies. We might be able to provide a little moral suasion if our own leadership had any intellectual or policy credibility, but, of course, it doesn't. There's a sense in which the whole world has a Germany problem, but it's up to the Germans themselves to solve it.

One thing is for sure: Starting a trade war with Europe would truly be a lose-lose proposition, even more so than our trade war with China. It's the last thing either America or Europe needs. Which means that Trump is probably going to do it.

Paul Krugman has been an Opinion columnist since 2000 and is also a Distinguished Professor at the City University of New York Graduate Center. He won the 2008 Nobel Memorial Prize in Economic Sciences for his work on international trade and economic geography. [@PaulKrugman](#)

2. September 2019, 9:08 Uhr

Deutschland nach den Wahlen im Osten:

Die Groko hat keine Zukunft mehr



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) neben Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD)

Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg bekräftigen, dass die politische Szenerie in Deutschland vor tiefgreifenden Veränderungen steht. Das Bündnis von CDU/CSU und SPD wird dem nicht länger gerecht.

Nein, das große politische Beben wird dieser Wahlsonntag zwar erst mal nicht auslösen. Mit Blick auf die Bundesebene hat das aber herzlich wenig zu sagen. Auch wenn es in Sachsen trotz der dramatischen Verluste der CDU zu einer von ihr geführten Regierung reicht, heißt das kaum, dass die verunsicherte Partei in Berlin wieder das Kreuz breitmachen kann.

Auch wenn der sozialdemokratische Ministerpräsident in Brandenburg mithilfe eines weiteren Koalitionspartners die Macht behält, wird die schwer taumelnde SPD sich nicht wieder fangen. Vor allem aber: Auch wenn die AfD in beiden Bundesländern nicht stärkste Partei geworden ist, so sagt das keineswegs, dass der rechte Höhenflug beendet ist. Nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen zeigt sich noch schärfer als zuvor, dass die alten, politisch einigermaßen übersichtlichen Zeiten endgültig vorbei sind.

CDU und SPD müsste spätestens dieser Sonntag den Anstoß geben, sich darüber klar zu werden, was sie künftig sein wollen und, wichtiger noch, sein können, wenn das Label Volkspartei einfach nicht mehr passt.

Bündnisse aus mindestens drei Partnern werden künftig nicht die Ausnahme, sondern die Regel bilden

Sehr klar leuchtet das Ergebnis dieser beiden [Landtagswahlen](#) im Osten auch die Tatsache aus, dass die großen ideologischen Gegenspieler mittlerweile Grüne und AfD sind; also hier die Repräsentanten eines städtischen, gebildeten, kosmopolitischen Milieus und dort die Propagandisten des Nationalstaats alter Prägung, die auf Abschottung gegen Migranten pochen und die Klimakrise zumindest verharmlosen wenn nicht gar leugnen.

Das grellste Licht wirft dieser Wahlsonntag auf den Erfolg der AfD - und damit auf die Frage, wie die demokratischen Parteien dieser Partei, in der sich etliche Demokratieverächter, Europafeinde und Rassisten tummeln, das Wasser abgraben können. Es bringt, auch das haben die Wahlen gezeigt,

jedenfalls nichts, darauf zu hoffen, dass ihre zunehmende Radikalisierung die AfD nennenswert Wählerstimmen kostet.

Es jagt ihr auch keine Sympathisanten ab, als konservative Partei etwa eine inhumane Flüchtlingspolitik zu propagieren oder den Staat als handlungsunfähig darzustellen. Das hat zuletzt die CSU schmerzhaft erfahren.

Und so bleibt, obwohl das keineswegs originell ist, den politischen Konkurrenten der AfD nur, sich eindeutig von ihr und ihren Inhalten zu distanzieren, die Leer- und Schwachstellen dieser Partei bloßzulegen, und auch radikal selbstkritisch nach den Ursachen für den Boom der Rechten zu suchen.

Was nach diesen Wahlen ebenso offensichtlich ist: Bündnisse aus mindestens drei Partnern werden künftig nicht die Ausnahme, sondern die Regel bilden. Und damit wächst die Gefahr, dass Bürger noch weniger das Gefühl haben, wirklich zwischen unterschiedlichen Konzepten wählen zu können. Dem Verdruss, den das nach sich ziehen würde, können die Parteien nur dann etwas entgegensetzen, wenn sie auch und gerade in Regierungsbündnissen ihre Unterschiede deutlich herausstellen - und konstruktiv streiten.

Aber selbst wenn das geschähe: Es wäre nicht genug. Hinzukommen müssten, mehr als in vergangenen Jahrzehnten, Persönlichkeiten, die den demokratischen Parteien ein Gesicht geben. Alleine deren Programmatik war zwar auch früher nicht genug, um Wähler zu gewinnen. Aber seitdem politische Bindungen zerbröseln und Wählermilieus zerfallen, spielt eine noch viel größere Rolle als in vergangenen Zeiten, wer die jeweilige Partei repräsentiert.

Ein Beispiel: Dass die Grünen bei vielen Bürgern derzeit so gut ankommen, hat längst nicht nur mit ihrer Klimapolitik, sondern auch mit dem gewinnenden Auftreten ihrer beiden Vorsitzenden zu tun. Weil es immer riskant ist, Wohl und Wehe einer Partei an wenige Menschen zu koppeln, mag man diese Entwicklung bedauern - ignorieren können vor allem die etablierten Parteien sie nicht.

Groko-Ende rückt näher

Und die große Koalition? Das Ergebnis der beiden Wahlen im Osten wird wohl jene Sozialdemokraten bestärken, die ohnehin auf einen Ausstieg ihrer schwer gebeutelten Partei am Ende dieses Jahres hoffen. In der CDU wird sich die angeschlagene Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer selbst dann nicht groß stabilisieren können, wenn ihre Partei weiter die Regierung in Sachsen anführt.

Auch das lässt ein vorzeitiges Ende von Schwarz-Rot näher rücken. Eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen mögen mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland 2020 übernimmt, und in Anbetracht der sich eintrübenden wirtschaftlichen Lage keine beruhigende Vorstellung sein. Beunruhigender als die Zukunft der großen Koalition ist allerdings, was dieser Wahlsonntag sonst noch zutage gebracht hat.

INTERVIEW MIT SOZIOLOGEN:

Ostdeutschland ist kein eingebildeter Kranker

- VON GERALD WAGNER
- -AKTUALISIERT AM 29.08.2019-12:09

Ist der deutsche Osten ein Brennglas oder ein Zerrspiegel gesellschaftlicher Stimmungen? Ein Gespräch über unausgeheilte Brüche, falsche Vorstellungen von Modernisierung und Versäumnisse in der Sozialwissenschaft.

Herr Mau, am Wochenende wird in Brandenburg und Sachsen gewählt. Erfolge der AfD sind wahrscheinlich. Ist der Rechtsruck in Ostdeutschland eine Folge der Fehler des vom Westen diktierten Beitrittsprozesses der früheren DDR?

Steffen Mau: Mir geht es nicht um die Schuldfrage, ich will soziales Handeln verstehen. Die derzeitigen Erklärungen für die Lage in Ostdeutschland sind dürftig. Man muss in die Geschichte der DDR zurückgehen, um die heutige mentale Entfremdung zwischen Ost und West zu verstehen, und dabei das Zusammenspiel von Sozialstruktur und Mentalitäten beachten. Wenn man das macht, darf man keine Einpassung in oder Anpassung an die westdeutsche Modellgesellschaft erwarten, sondern fängt an zu verstehen, dass sich eine eigenständige soziale Formation gebildet hat.

Diese ganz andere Gesellschaft haben Sie in Ihrem gerade erschienenen Buch „Lütten Klein“ über die gleichnamige Neubausiedlung am Rande Rostocks geschildert, in der Sie 1968 geboren wurden und aufgewachsen sind. Sie beschreiben die Brüche, die zu Ressentiments und Systemskepsis im heutigen Ostdeutschland geführt haben. Brauchten wir im Gegenteil nicht mehr soziologische Erfolgsbilanzen, damit sich die ostdeutschen Mentalitäten vielleicht doch drehen?

Die gibt es doch auch. Aber reicht es zu sagen, dass die Arbeitslosigkeit im Osten sinkt und die Lebenszufriedenheit steigt? Wir haben in der Soziologie leider eine generelle Publikationsschwäche zu Ostdeutschland. Nach den neunziger Jahren wurde diese Forschung marginalisiert. Viele dachten, dass das Ost-West-Thema schon ein oder zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung mangels eines bleibenden Gegenstandes verschwinden würde. Da kaum noch jemand auf den sozialwissenschaftlichen Beobachterposten verblieb, sind nun viele überrascht.

Sie sprechen von Mentalitätskontinuitäten zwischen der DDR und der heutigen ostdeutschen Gesellschaft. Mit der Wiedervereinigung sei der „vormundschaftliche DDR-Staat“ durch den mindestens paternalistischen, wenn nicht sogar seinerseits vormundschaftlichen Westen abgelöst worden. Der Umbruch habe Verhältnisse fortgesetzt, die er eigentlich überwinden wollte. Außerdem sprechen Sie in Anlehnung an Italien von einer Mezzogiornisierung Ostdeutschlands. Die Norditaliener haben ihren Süden auch durch Milliardentransfers nicht ändern können.

Die beiden Punkte muss man trennen. In der Tat gibt es eine Mentalitätskontinuität: Dazu gehören Versorgungserwartungen und Etatismus. Ich spreche hier über die Zeit der Wiedervereinigung, als der Westen plötzlich die Geschäfte übernahm und im Osten diese Mentalität bestärkte, was viele Ostdeutsche in eine Duldungsstarre brachte. Was die Mezzogiornisierung angeht, ist das jedenfalls eine Gefahr, die eintreten könnte.

Sie nennen Ostdeutschland eine „frakturierte Gesellschaft“ unausgeheilter Brüche, gesellschaftlicher Fehlstellungen und bleibender Funktionseinschränkungen. Die Erstarrung der späten DDR sei mit der Wiedervereinigung nicht ausgeheilt. Die DDR sei eine gedeckelte Gesellschaft gewesen, und so

beschreiben Sie Ostdeutschland auch heute noch. Wer diese Gesellschaft verstehen wolle, müsse sich von der Annahme einer bruchlosen Modernisierung verabschieden, wie sie von der Modernisierungstheorie vertreten wird.

Aus einer modernisierungstheoretischen Perspektive war es nach der Wende sicher eine ratsame Entscheidung, den Institutionentransfer von West nach Ost über die Bühne zu bringen, ohne lokale Sonderwünsche und Mentalitäten zu berücksichtigen. Das ist aber heute zumindest mitursächlich für die Probleme in Ostdeutschland.

Insofern betreiben Sie nicht nur eine Schelte der Sozialwissenschaften, die in der Gestalt der ungeduldigen Modernisierungstheorie die Ostdeutschen als „Mängelwesen sozial pathologisierte“, sondern auch eine Schelte des gesamten öffentlichen Diskurses. Sind wir nicht alle ungeduldige Modernisierungstheoretiker des Alltags, die in Ostdeutschland wie überall Dynamik und Selbstheilung erwarten?

Ja, auch ich bin nicht frei davon. Allerdings sind viele Fehler gemacht worden. Für die politische Selbstfindung bot die Nachwendegesellschaft mit ihren ökonomischen Existenzkämpfen gar keine Räume. Heute sind die Selbstheilungskräfte im Osten zu wenig ausgeprägt. Einerseits braucht es den Westen. Andererseits können westliche Vorgaben und Erwartungen Anlass zur Fortsetzung der Spaltung und von Abstoßungsreaktionen sein. Und mit einer identitätspolitischen Aufwertung des Ostens ist die Lage auch nicht zu lösen. Die Unterschiede werden bleiben, auch wenn das unser Denken in gesellschaftlicher Modernisierung und Angleichung irritiert. Die alarmistische Variante spricht ja sogar von stark regressiven Tendenzen bis hin zur Selbstschädigung der ostdeutschen Gesellschaft, wenn Investoren nicht kommen, ausländische Spitzenkräfte abwinken oder sich Universitäten nicht weiterentwickeln können.

Kann es keinen guten Ausgang geben?

Wir sollten uns jedenfalls von dem Diktum der „nachholenden Modernisierung“ verabschieden. Erfolgreich wären wir schon, wenn sich die Spaltungslinien nicht noch mehr vertiefen. Der Begriff der Fraktur verweist auf strukturelle und dauerhafte Unterschiede der Strukturen und Mentalitäten. Wir haben in Ostdeutschland nicht mehr das klare Entwicklungsziel, sich dem Westen anzunähern. Es ist noch zu früh festzustellen, ob es zu einer ostdeutschen Binnendifferenzierung kommen wird, die die jetzt so deutliche Ost-West-Spaltung überlagern würde.

Aber der Westen nimmt diesen Sonderweg doch als Pathologie und Regression wahr. Auch Sie nennen den Osten eine bleibende Problemzone, nicht nur wegen der andauernden Strukturschwäche, sondern auch wegen der Narben der Vergangenheit. An was für eine ostdeutsche Gesellschaft sollen wir uns gewöhnen? An ein dauerhaftes Ärgernis?

Die sozialen Frakturen, von denen ich spreche, bewirken Funktionseinschränkungen. Dass ich die Brüche in Ostdeutschland erforscht habe, heißt nicht, dass es sie nicht auch in Westdeutschland gibt. Wichtig ist jetzt erst einmal, dass diese Frakturen anerkannt werden, auch die Frakturen, die aus dem durchaus schiefen Zusammengewachsenheit hervorgegangen sind.

Sie beschreiben Ostdeutschland als einen Verdichtungsraum, der anfälliger für Stimmungen ist, die aus dem Gefühl des Zu-kurz-Kommens, aus der Entwertung von Lebensmodellen und den Zumutungen wachsender Flexibilisierung entspringen. Ist Ostdeutschland die Zukunft Gesamtdeutschlands? Entscheidet sich hier, ob sich die Menschen weiter dem Wandel der Welt anpassen wollen oder der Welt sagen: Stopp, hier bei uns wird der Wandel aufhören?

Das wäre mir eine zu weitgehende Prognose. Ostdeutschland ist wegen der Narben der Vergangenheit, der Erfahrung einer ontologischen Unsicherheit und eines kulturellen Identitätsverlustes ein besonderer Fall. Die Bildung bestimmter Milieus, der Rechtspopulismus, die andere Färbung der Zivilgesellschaft: Das sind bereits neue regionale Traditionsbestände, die in mittlerer Frist nicht verschwinden werden. Es führt zu nichts, diese Tatbestände immer wieder zu skandalisieren.

Sie verwenden mit dem Begriff der frakturierten Gesellschaft eine Gesundheitsmetapher. Knochenbrüche kann man chirurgisch behandeln, aber nicht psychologisch. Sie finden diejenigen naiv, die meinen, die Frakturen Ostdeutschlands ließen sich durch eine innerdeutsche Gesprächstherapie heilen. Auch der „Schmierstoff der Anerkennung“ reicht Ihrer Ansicht nach nicht. Sie machen aber selbst keine konkreten Empfehlungen, sondern laden zur Reflexion ein. Reflektiert wird doch unablässig hüben wie drüben. Haben Sie mehr anzubieten?

Das ist sicher eine offene Flanke meines Buches. Es gibt kein Antidot, kein leicht zu verabreichendes Medikament. Ich wünsche mir neben den bekannten Rezepten wie Struktur- und Bildungsförderung eine Politik, die wirklich zu verstehen versucht, was die Leute vor Ort umtreibt. Die Behandlung von oben herab ist absolut kontraproduktiv. Man muss den Leuten auf Augenhöhe begegnen und ihre Perspektiven ernst nehmen, ohne sich mit ihnen gemein zu machen.

Wäre aber nicht auch eine Selbstaufklärung der Ostdeutschen über die Realität ihrer Gefühle nötig? Sie halten es für nicht einfach zu entscheiden, ob die „Viktimisierungsgefühle“ der Ostdeutschen immer reale Erfahrungen spiegeln oder auch strategisch eingesetzt würden. Wäre es nicht gerade die Aufgabe der soziologischen Erforschung Ostdeutschlands, diese Gefühle auf die Realität ihrer Gründe zu befragen? Vor allem, wenn man die zu erwartenden Wahlergebnisse von kommendem Sonntag als eine Strategie der ostdeutschen Selbstabsonderung interpretieren kann?

Ja, genau darum geht es doch. Wo kommt das her? Allerdings würde ich mich angesichts der offensichtlichen Frakturen davor hüten, Ostdeutschland als eingebildeten Kranken anzusehen. Sowohl Ost- als auch Westdeutschland müssen sich in diesem Sinne der Selbstaufklärung stellen.

Das Gespräch führte Gerald Wagner.

Quelle: F.A.Z.

EINSÄTZE DER BUNDESWEHR:

Die Doktrin des Wegduckens

- EIN KOMMENTAR VON PETER CARSTENS
- -AKTUALISIERT AM 30.08.2019-14:31



Krisen und Kriege werden nicht weniger. Das deutsche Engagement schon. Selbst minimale Einsätze sorgen in Berlin inzwischen für Streit.

Deutschland sollte mehr Verantwortung übernehmen, seine Interessen verteidigen und Europa stärken. Gleichgültigkeit sei keine Option. Fünfeinhalb Jahre sind vergangen, seit der Bundespräsident (Gauck), ein sozialdemokratischer Außenminister (Steinmeier) und die christlich-demokratische Verteidigungsministerin (von der Leyen) gemeinsam geworben haben für mehr deutsches Engagement in der internationalen Politik, auch militärisch. Bundespräsident Gauck sagte damals, Deutschland müsse sich „früher, entschiedener und substantieller“ für den Erhalt der Weltordnung engagieren, aus der das Land selbst einen immensen Nutzen ziehe.

Was ist daraus geworden? Der innere Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien oder Mali und sicheren Straßen in Dresden oder München ist den meisten Deutschen weiterhin schleierhaft. Viele wollen nicht wahrhaben, dass eine Blockade der Straße von Hormuz etwas anderes ist als ein Stau auf der Autobahn 4. Putins Russland finden viele besser als Trumps Amerika. Neu daran ist, dass nun neben der Linkspartei und der AfD auch die SPD daraus parteipolitischen Gewinn ziehen will.

Und so kommt es, dass inzwischen selbst minimale Einsätze wie die Tornado-Aufklärungsflüge über Syrien oder eine bescheidene Ausbildungshilfe im Irak für Streit zwischen Union und SPD sorgen. Die neue Verteidigungsministerin hingegen hat sich bei ihrer ersten Auslandsreise stark von den Soldaten vor Ort und ihren Gastgebern in Amman, Bagdad und Erbil beeindrucken lassen. Alle warben dafür, dass die Bundeswehr bleiben möge. Besonders betroffen zeigte sich Annegret Kramp-Karrenbauer von einem Gespräch mit Jesidinnen, die von IS-Männern als Sex-Sklavinnen missbraucht wurden und wie mehrere tausend Leidensgefährtinnen entsetzlichen Qualen ausgesetzt waren – übrigens auch durch Peiniger, die unter Vorwänden aus Deutschland angereist waren.

Zu denen, die baten, weiter gegen diesen geschwächten, aber nicht besieigten IS-Terror zu kämpfen, gehörte der jordanische Außenminister. Er ist Repräsentant eines Landes, das etwa eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen hat und seit Jahrzehnten geflüchteten Palästinensern Aufenthalt ermöglicht.

Doch das beeindruckt den Chefaußenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, wenig. Die Aussage des jordanischen Außenministers sei „vielleicht eher so zu verstehen, dass er die deutsche Finanzierung des von den Tornados genutzten Luftwaffenstützpunkts gerne beibehalten würde“. Ob Mützenich mit solchem Zynismus eine Mehrheit repräsentiert, wird sich demnächst zeigen, wenn er vom kommissarischen zum tatsächlichen Fraktionsvorsitzenden aufsteigen wird. Sein Konflikt mit

Außenminister Maas, der eine Mandatsverlängerung in Jordanien und Irak befürwortet, bekäme dann eine neue Dimension.

Mützenich beschreibt die Lage so: „**Kluge Außenpolitik bedeutet aus unserer Sicht keine einseitige Fixierung auf das Militärische.**“ Doch davon kann überhaupt keine Rede sein, schon weil seit 1998 ununterbrochen grüne und sozialdemokratische Außenminister im Amt waren, dazwischen noch kurz Guido Westerwelle (FDP).

Derzeit sind etwa 3000 Soldatinnen und Soldaten in Missionen unterwegs, die teilweise vor mehr als 20 Jahren beschlossen wurden. Über den aktuellen Sinn mancher Einsätze kann man tatsächlich diskutieren. Was zum Beispiel tut die Bundeswehr in Gao im afrikanischen Mali? Und was machen 1149 Soldaten eigentlich im afghanischen Mazar-i-Sharif, 17 Jahre nach Beginn der Mission „Enduring Freedom“? Auch die Nahost-Mission sollte öffentlich nachvollziehbar überprüft werden und nicht allein in Eigenregie der Bundesregierung.

Deutschland übernimmt immer weniger Verantwortung

Die europäischen Nachbarn jedenfalls und auch die Vereinigten Staaten leiden nicht unter einem Fokus deutscher Außenpolitik auf dem Militärischen. **Deutschland ist ein Meister darin, unerfreuliche Dinge anderen zu überlassen.** Während viele europäische Partner unter großen Anstrengungen und bei schlechterer Wirtschaftslage Streitkräfte unterhalten, die den gemeinsamen Nato-Zielen entsprechen, reden führende Sozialdemokraten von einem „Tanz ums Goldene Kalb“. Gemeinsam mit der Union investieren sie das üppig fließende Steuergeld seit Jahren lieber in den sozialpolitischen Glücksindex der Republik. Der schlechte Zustand der Streitkräfte wurde dabei billigend in Kauf genommen.

Die Bundeswehr selbst hat die Doktrin des Wegduckens und letztlich doch der Gleichgültigkeit inzwischen so verinnerlicht, dass der Ministerin in Jordanien schwerpunktmäßig Luftbilder von schützenswerten Kulturgütern und optischen Besonderheiten in Flüchtlingslagern präsentiert wurden. In einer etliche Quadratkilometer großen Militärbasis bei Bagdad lag der Schwerpunkt der Präsentation darauf, gemeinsam mit zwei jungen irakischen Pionieren vor laufenden Kameras eine Holzbank zusammenzubasteln.

Blickt man zurück auf den Ausgangspunkt bei der **Münchener Sicherheitskonferenz vor fünfeinhalb**

Jahren, muss man feststellen: **Deutschland übernimmt in einer gefährlicher werdenden Welt nicht mehr Verantwortung, sondern immer weniger.**

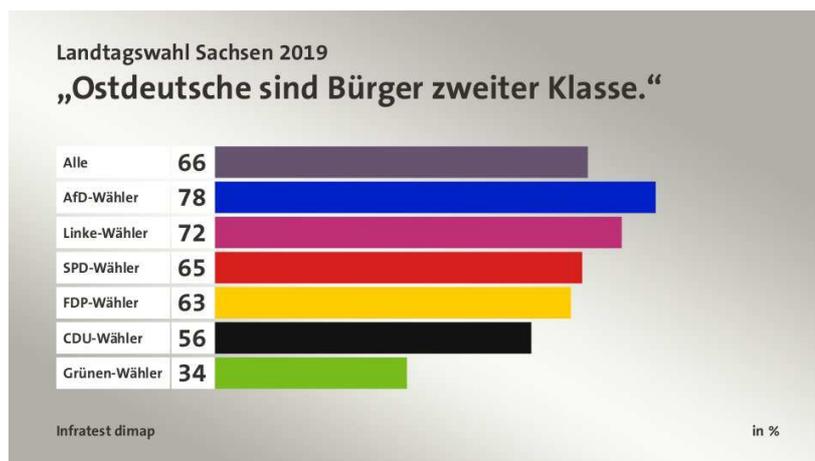
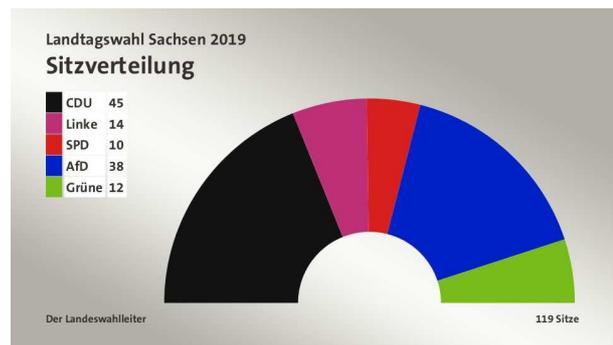
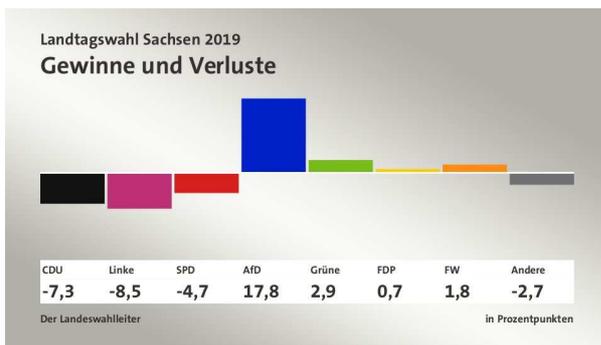
Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg

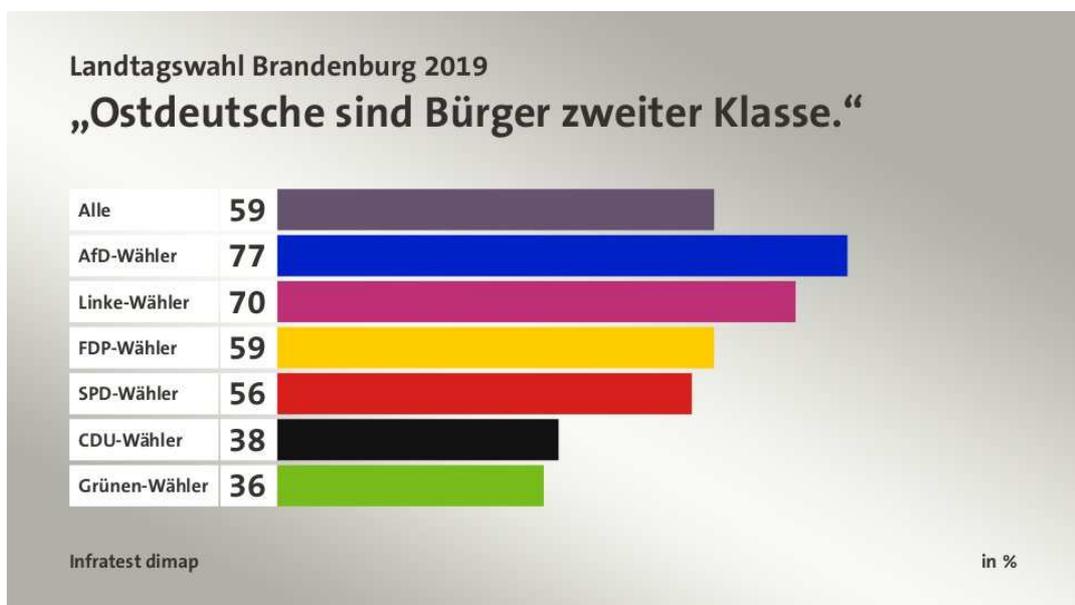
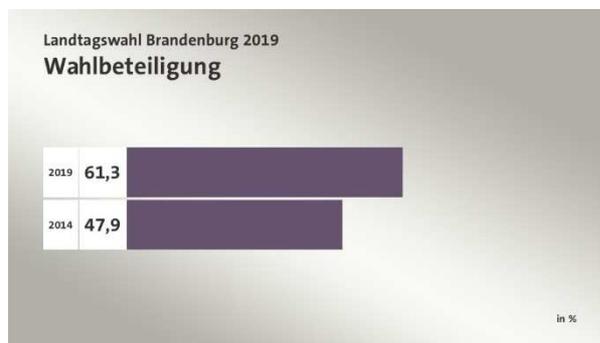
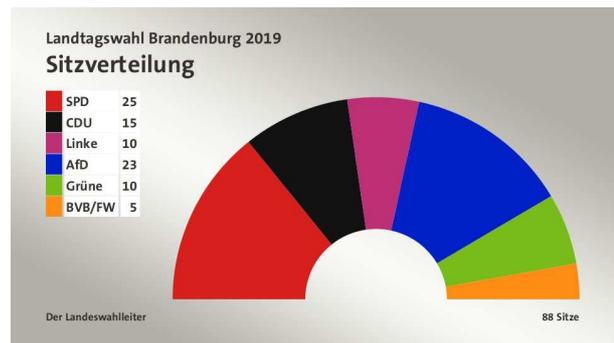
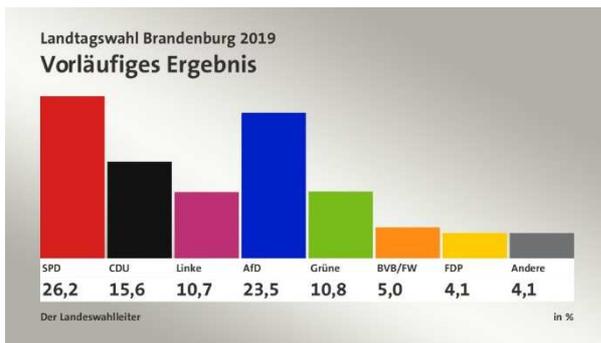
am 1. September 2019

<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN/index-content.shtml>

<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>

<https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen/wahlen-in-sachsen-und-brandenburg-ist-afd-neue-ostpartei-16363772-p3.html>





Warum ist die AfD in Ostdeutschland so stark?

Die rechtspopulistische AfD hat bei den Wahlen in den Bundesländern Sachsen und Brandenburg stark zugelegt und ist dort nun zweitstärkste Kraft. Die Regierungsparteien CDU und SPD erlitten Verluste, eine Zusammenarbeit mit der AfD schlossen sie aus. Kommentatoren erklären den Erfolg der AfD in Ostdeutschland.

LA REPUBBLICA (IT) / 02. September 2019

Die Wende als Wahlkampfthema

Nur scheinbar ist am Sonntag noch einmal alles gut gegangen, meint die Berlin-Korrespondentin von La Repubblica Tonia Mastrobuoni:

„Das Schreckensszenario, wonach die rechtsextreme AfD die stärkste Partei in zwei Ländern der früheren DDR werde, ist abgewendet. ... Doch mehr als ein Viertel der Wähler in Sachsen und Brandenburg wählten diese Partei, die Angst, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zum Hauptinstrument ihres Wahlkampfes machte. Weiterhin fängt sie die Stimmen derer ab, die sich von der Wiedervereinigung benachteiligt sehen, die sich als Wende-Verlierer betrachten. Nicht zufällig lautete der Slogan [der AfD] in Sachsen 'Wende 2.0'. Ein klarer Bezug zur Wende, der unterstellt, dass diese fehlgeschlagen sei.“

Tonia Mastrobuoni

DER STANDARD (AT) / 02. September 2019

Viel Frust im Osten

Warum die AfD gerade im Osten so stark ist, erklärt Der Standard:

„In Ostdeutschland sind die Bürger noch weniger an Parteien gebunden als im Westen. Wer früher protestieren wollte, der gab seine Stimme der Linkspartei. Aber diese regiert längst mit und ist somit etabliert; da zieht man weiter zur AfD, die die Unzufriedenen anspricht. Das hat sie im Wahlkampf geschickt getan, indem sie suggerierte, es sei - 30 Jahre nach 1989 - eine neuerliche Wende nötig, um sich aus dem Joch von CDU und SPD zu befreien. Zudem verspricht die AfD, sie sei erstens die wahre Vertreterin des Volkes. Auch verspricht die AfD an der Seite jener zu stehen, die noch mehr Veränderungen scheuen. Und das sind im Osten viele Menschen, deren Biografien sich nach 1989 durch die neuen Verhältnisse sehr stark geändert haben - nicht immer zum Positiven.“

Birgit Baumann

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (CH) / 02. September 2019

Politiker müssen offenes Ohr haben

Die AfD wird so schnell nicht wieder verschwinden, prognostiziert die Neue Zürcher Zeitung:

„Für die CDU in Sachsen und die SPD in Brandenburg bedeutet das Wahlergebnis eine Verschnaufpause. Wer solche Resultate aber wie grosse Siege feiert, ist einer nächsten Niederlage schon ein Stück näher gerückt. Die AfD spreche aus, was in den anderen Parteien nicht gesagt werden dürfe - davon sind laut einer Umfrage 99 Prozent der AfD-Wähler in Brandenburg überzeugt; und selbst über 50 Prozent der übrigen Wähler. Es ist ein Schlüssel zum Erfolg dieser Partei - und zu ihrer Bekämpfung. Wenn CDU und SPD den Leuten nicht das Gefühl geben, Probleme offen ansprechen zu können, werden sie weiter an Boden verlieren.“

Enormes Ansteckungspotential

Die Wahlergebnisse in Brandenburg und Sachsen sind eine Warnung für den Rest Europas, kommentiert El Periódico de Catalunya:

„Nach den ersten Jahren der Euphorie infolge der Wiedervereinigung haben sich auf dem Gebiet des einst kommunistischen Deutschlands Frust und Unzufriedenheit breitgemacht - geschürt vom ungleichen Wohlstandsniveau der Länder in Ost und West. So sind die linken Wählerstimmen und die des Zentrums kontinuierlich ins Lager des nationalistischen Populismus gewandert, der sich gegen den politischen Aufbau Europas, den Euro und gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wehrt. Solch ein Programm birgt Risiken für die politische Stabilität des wichtigsten Landes in der EU. Und es ist auch deshalb gefährlich, weil es ein enormes Ansteckungspotential hat.“

Die Wähler wollen Kümmerer

Um der AfD etwas entgegenzusetzen, müssen die etablierten Parteien Politik neu denken, meint die Süddeutsche Zeitung:

„Wie das gelingen kann, konnten [die beiden Ministerpräsidenten] Michael Kretschmer und Dietmar Woidke in den letzten Tagen studieren. ... Plötzlich waren sie nicht mehr die Spitzenkandidaten ihrer Parteien; sie boten sich selbst an. Dass sie beide am Ende vorne liegen, haben sie sich selbst zu verdanken. Sie gingen und fuhren und reisten durchs Land als Kümmerer, die sich jeder Debatte und jeder Kritik stellten. Aus Ministerpräsidenten wurden Oberbürgermeister, mit wenig Partei, viel Person und jeder Menge konkreter Fragen. Das ist es, was die Wähler goutieren. Und was die beiden Politiker am deutlichsten von den rechten Populisten abgrenzt, die vor allem eines können: alles schlechtmachen.“

Stefan Braun

Bürger zweiter Klasse

Bei der Wiedervereinigung lief einiges schief, meint Tygodnik Powszechny:

„Die Landtagswahlen 30 Jahre nach dem Mauerfall lösen erneut Diskussionen über den Prozess der Wiedervereinigung aus. Die alte Frage kommt mit neuer Kraft zurück: Sind die Ostdeutschen Bürger zweiter Klasse? ... Die Löhne im Osten sind immer noch niedriger als im Westen (durchschnittlich 2790 Euro gegenüber 3340 Euro im Jahr 2018), und von den 500 größten deutschen Unternehmen haben nur 36 ihren Sitz im Osten, was geringere Steuereinnahmen bedeutet. ... Nach der Wiedervereinigung kamen sogar die vorherrschenden kulturellen Codes aus dem Westen. Viele Ostdeutsche der älteren Generation haben den Eindruck, dass ihre Lebenserfahrung keinen Platz im deutschen Diskurs hat.“

Grzegorz Szymanowski

Abgehängt und selbstmitleidig

Von viel Hoffnung und noch größerer Enttäuschung der Ostdeutschen schreibt Aktuálně.cz:

„Ostdeutschland lebt nicht gut, die Jungen sind weggegangen, die Alten haben keinen guten Job und kein zufriedenstellendes Einkommen, die Rentner leben an der Armutsgrenze. Ist dies das versprochene Paradies der liberalen Demokratie, für das die Ostdeutschen vor 30 Jahren auf die Straße gingen? ... Das Gefühl der Abschottung und Bedeutungslosigkeit hat sich durch die Migrationskrise verstärkt. Dank der öffentlich diskutierten Sozialhilfe für Flüchtlinge haben viele Ostdeutsche erkannt,

dass sie sich in einer ähnlichen Einkommenssituation wie Flüchtlinge befinden, dass sie wie Flüchtlinge in ihrem eigenen Land sind. Das geforderte christliche Mitgefühl für andere hat gewöhnlichem Selbstmitleid Platz gemacht.“

Petr Fischer

EXPRESSEN (SE) / 26. August 2019

Isolation der AfD hilft nicht weiter

Der Abstand der anderen Parteien zur AfD hat die Rechtspopulisten nur noch weiter gestärkt, glaubt Expressen und rät Deutschland wie auch Schweden, alte Barrieren einzureißen:

„In mehreren deutschen Bundesländern, wie vergleichbar in schwedischen Gemeinden und Regionen, haben Politiker mit dem alten Gebot gebrochen, nachdem sie nicht mit der Linkspartei regieren sollen. In einer Handvoll schwedischer Gemeinden sind die [liberale Partei] Moderaterne und andere bürgerliche Parteien auf ähnliche Weise eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten eingegangen. In einem Europa, in dem die alten großen Parteien implodieren und die Parlamente fragmentiert sind, wird es immer schwieriger, die Isolationslinie aufrechtzuerhalten - vor allem auf lokaler und regionaler Ebene.“

2. September 2019, 18:47 Uhr

AfD nach den Landtagswahlen: In der Sackgasse



"Wir sind jetzt in Brandenburg die bürgerliche Oppositionspartei": der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland (rechts) und Spitzenkandidat Andreas Kalbitz. (Foto: Getty Images)

- *Der AfD-Vorsitzende Gauland bezeichnet seine Partei wiederholt als neue bürgerliche Partei. Besonders reklamiert er diese Rolle für Brandenburg.*
- *In der Parteispitze finden nicht alle, dass Brandenburgs Spitzenkandidat Kalbitz dem bürgerlichen Ideal entspricht. Gauland verteidigt Kalbitz dennoch.*
- *In den Landesverbänden gibt es immer wieder Streit, die Parteiflügel beäugen einander mit Argusaugen.*

Von [Jens Schneider](#)

Schon am Wahlabend zeigte sich, dass Alexander Gauland dieses Bild setzen will. Er kam bei jeder Gelegenheit darauf zurück. Am Montagmorgen machte er vor der Presse in Berlin weiter. Es war eine Provokation ganz nach dem Geschmack des [AfD](#)-Vorsitzenden - vorgetragen in einem Ton, als könne es an seiner Behauptung nicht die geringsten Zweifel geben. Natürlich weiß er es besser. Er dürfte auf den Widerspruch spekuliert haben, der genau die von ihm gewünschte Debatte auslöste - so absurd sie vielen Beobachtern erscheinen mag: Die AfD sei die neue bürgerliche Partei, sagte Gauland nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen.

Der frühere Christdemokrat, vierzig Jahre war er in der Union, wiederholt das seit dem Sonntag gern immer wieder. Besonders reklamiert der 78-Jährige diese Rolle für Brandenburg, wo er seit einem guten Vierteljahrhundert in Potsdam lebt. Dort ist die CDU bei der Wahl massiv eingebrochen, hat einen Tiefststand erreicht. "Wir sind jetzt in Brandenburg die bürgerliche Oppositionspartei", sagt Gauland. "Die CDU ist praktisch marginalisiert."

Bürgerlich, die AfD? "Sie müssten sagen, warum wir das nicht sein sollen", antwortet er auf Nachfragen. Gauland könnte die Antworten wohl selbst aufzählen, beginnend mit den vielen Provokationen in Parlamentsreden, die er meist verteidigt, bis hin zum immer wieder mal rüpelhaften Umgang der Parteifreunde untereinander, oft vor der Öffentlichkeit auf Parteitag, bis zu deren Abbruch. In Brandenburg hat in Andreas Kalbitz ein Spitzenkandidat das AfD-Rekordergebnis erzielt, der die Teilnahme an einer rechtsextremen Demonstration in Athen im Jahr 2007 einräumen musste. In der Parteispitze finden nicht alle, dass dies dem bürgerlichen Ideal entspricht. Gauland verteidigt Kalbitz dennoch.

Beide Landesverbände sind stark vom rechten "Flügel" geprägt

Damit stellt er sich gegen ein Bild, das sich nach dieser Wahl von der AfD festsetzt. Dass sie nämlich nicht politikfähig sein will, sondern gerade weiter nach rechts abrutschen könnte, wie auch manche

Pragmatiker in der Partei fürchten. Einzelne aus diesem Lager wirkten am Sonntag geradezu froh, dass die rechten Ostverbände es nicht auf Platz eins geschafft haben, weil sie dann noch mächtiger wären.

Die Landesverbände in Brandenburg und Sachsen sind stark vom rechten "Flügel" der AfD geprägt. Inhaltlich sind sie aus Sicht potenzieller Koalitionspartner, also der CDU, besonders weit von Gemeinsamkeiten in einer Koalition entfernt. Die Landesparteien haben keine Regierungsoptionen entwickelt. Sie setzten dort in den Parlamenten meist auf Fundamentalopposition. Damit könnte ihre Stärke neue Flügelkämpfe auslösen.

Bundesweit stagniert die AfD schon länger in den Umfragen, und auch wenn der Wahlsonntag ein fulminantes Ergebnis brachte, blieb sie hinter ihren Erwartungen. "Dieser Erfolg ist nichts Neues", sagt der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder, der die Entwicklung der AfD und ihre Arbeit in den Parlamenten seit Langem beobachtet. "Solche Ergebnisse hat die AfD schon früher in anderen ostdeutschen Ländern erzielt. Sie kann damit politisch nichts anfangen, weil sie keine Machtoptionen hat." Die AfD befinde sich in einer Sackgasse. "Sie ist nicht politikfähig, was auch daran liegt, dass den Pragmatikern in der Partei eine Integrationsfigur fehlt, die sie so steuern würde, dass sie regierungsfähig werden könnte." Stattdessen werde der rechte Flügel stärker. Die AfD könnte, so Schroeder, "am Ende des Jahres vor der Situation eines erfolgreichen Scheiterns stehen. Sie hat zwar eine hohe Wählerzustimmung und dazu beigetragen, den politischen Diskurs nach rechts zu verändern, kann aber wenig realpolitisch bewirken".

Landeschefin Doris von Sayn-Wittgenstein will sich zurückziehen

Es gibt immer wieder Streit in Landesverbänden, die Parteiflügel beäugen einander mit Argusaugen; oft geht es auch um persönliche Fehden. Gerade hat sich in Bremen die kleine Landtagsfraktion gespalten. Der Landesvorsitzende Frank Magnitz hat die Fraktion verlassen. Man bezichtigt sich, recht unbürgerlich, einer Schlammschlacht. Die Fraktion hat sich aufgelöst.

Fast befriedet sein soll der Konflikt in Schleswig-Holstein. Landeschefin Doris von Sayn-Wittgenstein, von Gauland "falsche Fürstin" genannt, wurde vom Bundesvorstand aus der Partei ausgeschlossen, wollte aber nicht gehen. Der Bundesvorstand drohte Sanktionen an. Nun hat sie sich zum Rückzug bereit erklärt.

Gaulands Co-Vorsitzender [Jörg Meuthen](#) gab sich am Montag in Berlin gewiss, eine Spaltung werde es nie geben. Tatsächlich schrecken die Unzufriedenen die Erfahrungen etwa der früheren Vorsitzenden Frauke Petry ab, deren eigene Partei bei der Sachsen-Wahl scheiterte. Die eigentliche Sorge im Bundesvorstand gilt nicht der unwahrscheinlichen Spaltung. Es sind die inneren Blockaden zwischen den Lagern, die quer durch Deutschland wichtige Teile der Partei lahmlegen.

Es kann auf Dauer nicht reichen, nur auf die Bruchlinien der anderen zu zeigen, so wie Gauland an diesem Montag: Er setze darauf, dass es in der CDU in Sachsen große Vorbehalte gegen die Grünen gebe, sagte er. Die Koalitionsgespräche dürften schwierig werden: "Dann wird in der Tat die Frage auftauchen: Ist es nicht besser, mit der AfD mal zu reden?" Dabei hat er selbst bisher stets betont, dass seine Partei noch gar nicht regieren könne.

OST UND WEST:

Die „antideutsche“ AfD

- VON SIMON STRAUS
- -AKTUALISIERT AM 03.09.2019-08:45



Könnte es sein, dass die Partei, die sich am nationalistesten gibt, in Wahrheit eine Spaltung des Landes herbeisehnt? Und damit die Wiedervereinigung mit Füßen tritt?

Jetzt schlägt die Stunde, in der man wieder lauter Deutschland sagen muss. Das Wort aus dem bierseligen Abseits des Fußballabends herausholen und zur Erkennungsformel der anständigen Gesellschaft hochziehen. Denn die „Antideutschen“ sind auf dem Vormarsch. In Sachsen und Brandenburg hat eine Partei ihre vielen Wähler gewonnen, indem sie sie zu Verlierern erklärt hat. Zu Verlierern eines Spiels, das vor dreißig Jahren gespielt wurde und Wiedervereinigung hieß. Den Sieg hätten damals die anderen, die „von drüben“, davongetragen, der Osten sei geschlagen, auf die Knie gestoßen worden und müsse nun endlich wieder aufstehen.

Dass diese Geschichte selbst von spätgeborenen Siegern geschrieben wird, spielt keine Rolle. Die Identitätskategorie Ost ist so variabel wie virtuell, jeder kann sie für sich beanspruchen, der sich im Meinungsabseits wähnt und „gegen die da oben“ austeilen will. Ost steht für ein kritisches Bewusstsein gegenüber Politik und Medien, West für den verblendeten Zusammenhang von Wirtschaftstreue und Doppelmoral. So hätten sie es gerne, die Damen und Herren von der antideutschen Alternative. Den Rang als Protestpartei haben sie den schockierten „Linken“ längst abgelaufen, Ost sind jetzt sie. Ost. Ost. Und noch mal Ost. Bis es jeder begriffen hat: Wir sind wieder ein geteiltes Land.

Unwiderruflich: Die Erfahrung von Freiheit

Was gerade geschieht, ist ein Angriff nicht auf die Demokratie, sondern auf das Geschichtsbewusstsein dieses Landes. Auf die Vorstellung, dass die Wende ein ganz und gar unwahrscheinlicher Glücksmoment war, dessen historische Bedeutung erst in ein- oder zweihundert Jahren wirklich verstanden werden wird. Mit Folgen, die wirtschaftlich und sozial gewiss nicht alle Erwartungen erfüllten, aber die zumindest eines unwiderruflich machten: die Erfahrung von Freiheit. Der Ausbruch aus überwachten Verhältnissen in eine offene Welt voller Risiken ging oft einher mit der Erfahrung einer minderen Wertschätzung. Die besondere Bewusstseinswelt der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger wurde im wiedervereinigten Deutschland nicht gewürdigt, sondern nur brüsk der Anpassung anempfohlen.

Das war nicht nur aus psychologischen Gründen ein Fehler, sondern auch aus wirkungsprinzipiellen. Denn wie in der Anthropologie vielfach festgestellt, handelt es sich bei augenscheinlichen Verlierern oft um den „kulturell innovativsten Sektor einer Gesellschaft“ (Pierre Bourdieu), weil sie sich gegen Widerstände durchsetzen und neue Experimentierfelder entdecken müssen. Vielleicht kann man sagen, dass die ostdeutsche Mentalität damals zwischen die Räder zweier paradoxer, sich eigentlich ausschließender Integrationsbewegungen kam: die der bundesrepublikanischen Einheit auf der einen

und die der gleichzeitig betriebenen Integration Deutschlands in die Europäische Union auf der anderen Seite. Während die eine Tendenz auf die Schaffung eines nationalen Staates abzielte, stellte die andere ebenjenes in Frage.

Ost und West sind wunde Kategorien

Die Paradoxie besteht bis heute. Umso wichtiger ist es, bei deren Beschreibung nicht mit den wunden Begriffen von damals zu hantieren. Denn nichts anderes als „wund“ sind die Kategorien Ost und West doch in Wahrheit. Zu wie viel Machtmissbrauch, Erniedrigung und Unglück haben sie geführt! Welchem Geist, welchem Herz haben sie je wirklich gedient? „Dem deutschen Volke“ steht auf dem Architrav unseres Parlamentes, wir sind zu unserem Glück vereint. Eben jene Partei, die sich rechtsnational nennt und damit jetzt so viele Wählerinnen und Wähler gewinnt, entpuppt sich gerade als antinational. Vielleicht muss man gegen die AfD am Ende, wenn alle Mittel versagen, das nationale Argument ins Feld führen. Von Deutschland als ganzem, nicht als geteiltem Land sprechen. In dem niemand alles gutheißen muss, was politisch beschlossen oder gesellschaftlich erlaubt ist. Aber in dem akzeptiert ist, dass über das gestritten wird, was sich ändern soll. Die Zeiten, da man im Ausland die Stimme senken musste, wenn man Deutschland sagt, sind vorbei. Heute ist dieses Land weltweit angesehen und wird selbst von seinen illiberalen Gegnern heimlich bewundert. Im Inneren aber droht es sich wieder in alte Kämpfe zu verbeißen.

Was würde eigentlich geschehen, wenn niemand anderes als die AfD von Ostdeutschland spräche? Keine Zeitungsüberschrift, keine Anmoderation „den Osten“ irgendetwas nennte? Sondern von Deutschen gesprochen würde, von einem Deutschland, das heute so heterogen ist wie eh und je. Früher gehörten Latein, Italienisch und Tschechisch zu den Muttersprachen der deutschen Kurfürsten, damit sie als potentielle Kaiser ihr Land angemessen repräsentieren könnten. Später setzten sich im Süden schon parlamentarische Verfassungen durch, während andernorts noch lange monarchische Herrschaftsordnungen bestehen blieben. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ist seit jeher wesentlicher Bestandteil der deutschen Kultur und Geschichte. Das ist keine Schwäche, das ist eine Stärke unserer Nation. Dass es so bleibt, dafür muss jetzt mit aller Kraft politisch und gesellschaftlich gekämpft werden.

Quelle: F.A.Z.

GEBURTENRATE:

Frauen bekommen später Kinder

- AKTUALISIERT AM 03.09.2019-12:31

Insgesamt hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder nur minimal erhöht. Deutlich größer ist allerdings die Gruppe der Mütter, die bei der Geburt älter als 40 Jahre sind.

In Deutschland sind im vergangenen Jahr minimal mehr Babys geboren worden: 787.500 Kinder kamen auf die Welt, das waren etwa 2600 Neugeborene mehr als im Jahr zuvor. Das teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag mit. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau blieb auf dem Vorjahresniveau: Die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer betrug 1,57 Kinder je Frau.

Diese Ziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im betrachteten Jahr.

Am höchsten war die zusammengefasste Geburtenziffer den Angaben zufolge mit 1,62 Kindern je Frau in Niedersachsen und Brandenburg. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern war sie auch in den übrigen ostdeutschen Bundesländern sowie in Bremen und Nordrhein-Westfalen mit 1,60 Kindern je Frau relativ hoch. Besonders niedrig war die Geburtenziffer dagegen in Berlin (1,45 Kinder je Frau). Auch im Saarland (1,47) und in Hamburg (1,49) war sie deutlich niedriger als den übrigen Bundesländern.

Auffällig sei die Zunahme älterer Mütter, die bei der Geburt eines Kindes 40 Jahre oder älter waren, berichten die Statistiker. Im vergangenen Jahr gehörten 42.800 Mütter dieser Altersgruppe an. In der Gesamtgruppe aller Mütter sei die Geburtenhäufigkeit der Frauen ab 40 mit 88 Kindern je tausend Frauen zwar relativ gering. Im Vergleich zu 1990 habe sich die Zahl aber fast vervierfacht. Auch in dieser Hinsicht bestätigt die aktuelle Statistik somit Trends der vergangenen Jahre.

Die in Relation zur Bevölkerungszahl meisten Kinder kamen 2018 in den Stadtstaaten Hamburg mit 12 Kindern sowie Berlin und Bremen mit jeweils 11 Neugeborenen je 1000 Einwohnern zur Welt. In Bundesländern mit einer relativ jungen Bevölkerung gibt es mehr potentielle Eltern. Dort werden deshalb vergleichsweise mehr Kinder geboren. In den neuen Bundesländern gab es im Durchschnitt acht Neugeborene je 1000 Einwohner.

INES GEIPEL ÜBER OST UND WEST:

Unser Schmerz, euer Schweigen

- VON SANDRA KEGEL
- -AKTUALISIERT AM 03.09.2019-11:35
-

„Wir haben mit dieser Revolution die Welt verändert, und das dürfen wir uns nicht nehmen lassen“, sagt die Schriftstellerin Ines Geipel: Was der Erfolg der Rechten in Sachsen über unser West-Ost-Verhältnis verrät.

Frau Geipel, Sie haben die Landtagswahlen am Sonntag von Zürich aus verfolgt. Was sagen Sie zum Ergebnis insbesondere in Ihrer Heimat Sachsen?

In der Wahl manifestiert sich ein Trend zum toxisch-braunen Osten. Fast dreißig Prozent haben sich in Sachsen für die AfD entschieden, das ist mehr als beunruhigend. Daher gibt es auch keinen Anlass zu Entwarnungs- oder Erleichterungsgesten, wie derzeit zu beobachten, weil das Äußerste nicht eingetreten ist, die AfD weder in Brandenburg noch in Sachsen stärkste Partei wurde. Die Botschaft dieser Wahl liegt klar auf der Hand: Eine erschreckend hohe Zahl Ostdeutscher hat die innere Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen.

War es nicht auch eine Protestwahl?

Nein. Die Milieus sind hart. Siebzig Prozent der sächsischen AfD-Wähler sagen, die Partei drücke ihre politische Haltung aus. Das ist ernst zu nehmen.

Aber die Hälfte hat ebenfalls ausgesagt, dass sich die AfD nicht deutlich genug nach rechts abgrenze.

Das ist Teil der Maskerade. Man kann nicht zwanzig Jahre lang in sämtlichen Gefilden der Rechtsextremen unterwegs sein wie Andreas Kalbitz von der brandenburgischen AfD und dann erklären, er habe sich das nur mal anschauen wollen. An der grundsätzlichen Radikalisierung dieser Partei führt nichts vorbei, und daher ist auch festzustellen, dass fast ein Drittel der Ostdeutschen antidemokratisch gewählt hat, antiwestlich und auch rassistisch. Das ist nicht schön, das tut weh, aber das braucht jetzt eine klare Analyse.

Was folgt daraus?

Der Osten ist seit dreißig Jahren heillos zerstritten, während im Westen laut geschwiegen wird. Warum eigentlich? Wo sind die westdeutschen Intellektuellen, die hier das Wort ergreifen? Es geht schließlich um unsere gemeinsame Geschichte eines einst geteilten Landes. Eine Verständigung über dieses Narrativ im Sinne unseres Selbstverständnisses als Land wäre jetzt wichtiger denn je. Denn es sind vor allem die Leerstellen einer nicht aufgearbeiteten doppelten Diktaturgeschichte, die uns jetzt auf die Füße fällt.

Was sollen die Westdeutschen Ihrer Ansicht nach tun?



Ines Geipel, geboren 1960 in Dresden, ist Autorin und Professorin an der Berliner Hochschule Ernst Busch. Zuletzt veröffentlichte sie das Buch „Umkämpfte Zone – Mein Bruder, der Osten und der Hass“ bei Klett-Cotta. :Bild: Jens Gyarmaty

Der Westen hat sich den Schmerz und die Erfahrungswucht des Ostens in den vergangenen dreißig Jahren ein Stück weit fremd gehalten. Es gab viel Geld, 2,5 Billionen Euro sind es inzwischen. Aber dieses Konzept hat nicht funktioniert. Also braucht es eine klügere Idee. Zugleich frage ich mich, wo die Wut des Westens bleibt. Wir sind, wie es die „New York Times“ heute beschreibt, an einer neuen fatalen Spaltung zwischen Ost und West angelangt. Das muss der Westen begreifen und sich endlich einmischen. Desinteresse oder auch Schuldgefühle bringen hier nichts. Da hatte der ehemalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel schon recht, als er unlängst sagte, in der Debatte zum Rechtsruck in den neuen Bundesländern würden Ursache und Wirkung miteinander verwechselt: Wir haben eine Diktaturlast, keine Einheitslast.

Und der Osten ...?

... soll endlich aufhören, sich als ewiges Opfer zu gerieren und jedes Problem und jede Verantwortung an den Westen abzuschieben. Wir Ostdeutsche haben die Einheit gewollt, wir haben die D-Mark gewollt, wir haben auch die Treuhand gewollt. Wir Ostdeutschen müssen endlich unsere Hausaufgaben machen. Wir stehen genauso in der politischen Verantwortung wie die Westdeutschen.

Aber es gab Opfer des Transformationsprozesses.

Natürlich gab es die, das war mitunter ruppig, Menschen sind ungerecht behandelt worden. Aber ich möchte noch einmal daran erinnern, in welchem Zustand die DDR im Herbst 1989 war. Sie war marode bis in die letzte Pore. Wir Menschen vergessen, aber dass wir so total vergesslich sind, ist schon bedenklich. Wenn man wie ich viel in Osteuropa unterwegs ist, in Georgien, Rumänien, in der Ukraine, hören Sie, wie das ist, wenn Systeme nicht funktionieren, wenn Korruption herrscht, es keine Rente gibt, keine Krankenversicherung. Wir sind in einen Sozialstaat aufgenommen worden, und die Wirtschaftszahlen im Osten sind heute bestens, es gibt kaum Arbeitslosigkeit, die Leute verdienen, die Städte sind saniert, alles ist proper, trotzdem ist die Stimmung mies. Über diese emotionale Schizophrenie müssen wir reden, denn da geht es um mehr als nur um Materielles. Das hat mit der nach wie vor mentalen Gespaltenheit zu tun und dem doppelten emotionalen Gedächtnis zwischen Ost und West.

Warum haben die Jungen das Gespräch mit der Elterngeneration nicht gesucht?

Das Gespräch fand nicht statt, weil es eine starke Überidentifikation der Einheitskinder und später der Ost-Millennials mit den Eltern gibt und mit deren gebrochenen Biographien nach 1989. Es gibt große Ängste, die eigene, womöglich belastete Familiengeschichte anzuschauen. Das würde womöglich das eigene Lebenskonzept stören. Von daher wird die Klärung ein ums andere Mal verschoben, und das hat jetzt einen sichtbaren politischen Effekt. Es sind diese beiden jungen Generationen, die die AfD im Osten wählen und stützen.

Dabei ist die AfD eine westdeutsche Erfindung.

Das ist besonders bitter. Dass der Osten zur Manövriermasse geworden ist und sich auf diese Weise politisch missbrauchen lässt.

Was schlagen Sie vor?

Was uns fehlt, ist ein Einheitsnarrativ. Wir haben in diesem Land eine großartige Revolution hinbekommen, und zu dieser Revolution gehören ganz viele, die Bürgerrechtler, die DDR-Bürger auf der Straße, aber auch die Frau, die in einem bayerischen Dorf über vierzig Jahre hinweg Päckchen für ihre Ostverwandtschaft gepackt hat. Wir haben mit dieser Revolution die Welt verändert, und das dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Es ist doch mal wieder ganz deutsch, dass wir uns diese Revolution viel kleiner reden, als sie in Wahrheit gewesen ist. Die ganze Welt beneidet uns darum, was wir geschafft haben, und von diesem historischen Moment sollten wir uns erzählen. Das Glück dieser Revolution darf jetzt nicht in die Destruktion kippen. Es könnte für das ganze Land eine politische Leitlinie sein, die uns verbindet.

Trügt der Eindruck, oder waren wir nicht schon einmal weiter?

Nein, das waren wir nie. Wir laborieren seit 1989 an den unaufgelösten Traumata des einstigen DDR-Kollektivs herum, und nun kann das durch die AfD neu beatmet werden. Dabei geht es nicht um Vorwürfe, sondern darum aufzuzeigen, wie sich der Nationalsozialismus im Inneren mit der DDR verschweißen konnte. In den neunziger Jahren brannten im Osten die Flüchtlingsheime, dann kam die NPD aus dem Westen, recht bald danach der NSU durchs Land. Die Gewalt war immer da. Insofern wäre es fatal, wenn wir uns jetzt wieder weiterwurschteln. Wir müssen uns der Geschichte stellen. Der Preis fürs Wegblinzeln wäre unermesslich hoch.

Quelle: F.A.Z.

GERECHTIGKEIT

Drei Gründe warum so viele Ost-Millennials AfD gewählt haben – oder die Grünen

02.09.2019, 14:50 · Aktualisiert: 02.09.2019, 17:22

Das Bild vom alten, abgehängten AfD-Wähler gilt nicht mehr. Das von der Greta-Jugend allerdings auch nicht.

Die Jugend ist grün. Wer sich anschaut, wofür sich junge Deutsche engagieren, denkt zuerst an "[Fridays for Future](#)", an Zivilcourage und an Anti-Rassismus-Demos. Für meine Heimat, im Osten Deutschlands, gilt das jedoch nur eingeschränkt: Schlüsselt man die Ergebnisse der [Landtagswahlen](#) in [Sachsen](#) und [Brandenburg](#) nach dem Alter auf, dann haben zwar die Grünen bei den jungen Wählerinnen und Wählern starken Zulauf – noch mehr Gewinne erzielte allerdings die AfD.

- In Sachsen konnte keine andere Partei bei jungen Wählerinnen und Wählern so gut punkten wie die [AfD](#). Bei den 18- bis 24-Jährigen holten die Rechtspopulisten 20 Prozent der Stimmen, die [Grünen](#) schafften ebenfalls 20 Prozent. Bei den 25- bis 34-Jährigen holte die AfD sogar 26 Prozent, die Grünen 15 Prozent.
- Ganz ähnlich sieht es in Brandenburg aus. Dort holte die AfD bei den 16- bis 24-Jährigen 18 Prozent, blieb aber hinter den Grünen (27 Prozent). In der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen sogar 30 Prozent, die Grünen kamen auf 15 Prozent.

(Hier je die genaue Aufschlüsselung für [Sachsen](#) und [Brandenburg](#))

ANZEIGE

Ähnlich stark ist nur noch eine dritte Gruppe: Die "Sonstigen", also Kleinst- und Splitterparteien. Sie kommen addiert jeweils auf ähnlich gute Werte zwischen 17 und 23 Prozent.

Für Millennials im Osten gilt: Hauptsache nicht CDU, Hauptsache nicht SPD. Die Volksparteien von morgen heißen AfD und Grüne.

Mit einer Stimme für die Grünen haben junge Wählerinnen und Wähler die Chance, im Parlament gehört zu werden. Doch ein großer Teil der [Millennials](#) meiner Heimat wählt rechts – oder eine der sonstigen Parteien, bei denen wahrscheinlich ist, dass sie die Fünf-Prozent-Hürde ins Parlament nicht schaffen.

Warum haben SPD und CDU im Osten bei jungen Menschen trotzdem keine Chance mehr? Hier sind drei Gründe:

IDie AfD gilt bei jungen Menschen nicht als rechtsradikale Partei. Sie gilt als normal.

Der Brandenburger AfD-Chef Andreas Kalbitz treibt sich seit Jahren in rechtsextremen, heute zum Teil verbotenen Kreisen herum ([SPIEGEL](#)). Er will einen "nationalen Sozialismus" und sucht den Schulterchluss mit neurechten und extremen Gruppierungen wie Pegida und den Identitären ([stern](#)).

Das Ganze passiert nicht länger heimlich, sondern offensiv. Kurz nach der Wahl schickte Kalbitz zum Beispiel eine Videobotschaft an den rechtsextremen Unterstützerverein "Ein Prozent":

Die vielen Stimmen für [#AfD](#) in [#Sachsen](#) und [#Brandenburg](#) sind keine Zäsur. Aber das: Höcke sekundiert den Rechtsextremen von „Ein Prozent“, Kalbitz dankt Ihnen direkt nach der

Kalbitz ist kein Einzelfall – seine ostdeutschen Kollegen Björn Höcke in Thüringen und Jörg Urban in Sachsen gehören wie Kalbitz zum völkischen Flügel der AfD. Sie alle sind eingebettet in ein Netzwerk von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Gruppierungen.

Müsste das nicht jungen Wählerinnen und Wählern zu denken geben? Offenbar nicht. Viele blenden die rechtsextremen Verstrickungen der AfD einfach aus.

"Es ist ja leider so, dass alle anderen Parteien immer gegen diese eine sind", sagte mir ein Bekannter aus meiner Heimatstadt in Thüringen erst am Wochenende. Er ist Anfang 30, saniert gerade das Haus seiner Großeltern, die beiden jungen Töchter machen im Garten die ersten Gehversuche. Es geht ihm nicht schlecht.

In der AfD seien Querdenker und Mutige, die auch mal Themen ansprechen, die sonst nur "im Hinterzimmer gemauschelt" würden, sagt er. Für ihn sind die AfD-Mitglieder keine tumben Rechten:

Das sind Ärzte und Professoren, die in der AfD sind, gebildete Menschen. Das wird ja nicht ohne Grund so sein.

Für jeden, der sich in der Partei engagiere, habe er daher nur "Respekt" übrig – "mit all dem, was die in der Öffentlichkeit aushalten müssen".

Junge Menschen im Osten wählen die AfD nicht wegen ihrer völkischen Umtriebe, sondern trotzdem. Im Erzgebirge hingen AfD-Plakate, in denen es um Tierschutz, Lehrermangel oder Pflege ging. In Thüringen ist für die Vizevorsitzende Wiebke Muhsal, 33, Bildung ein Kernthema. "Heimat" und "Sicherheit", das sind längst die Themen der anderen. Wer die Partei wählt, sieht in ihr keine rechten Umtriebe – oder stört sich zumindest nicht daran, sagt der Soziologe Matthias Quent.

Quent forscht am Jenaer [Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft](#) zu rechtsextremen Strukturen in Deutschland. Sein aktuelles Buch ["Deutschland rechts außen"](#) befasst sich mit dem Machtzuwachs der rechten Szene. Dort schlüsselt er auf, wie sich auch junge Menschen mit extremen Ideen identifizieren. Und sich das schönreden: "Viele junge Wähler nehmen die AfD als normal wahr."

2 Die Ost-Millennials übernehmen die Enttäuschung ihrer Eltern.

Oft heißt es über den klassischen AfD-Wähler: alt, männlich, weiß – und abgehängt. Das ist längst überholt. Die AfD wählt nicht, wer am Boden ist. Sondern wer Angst hat, irgendwann am Boden zu sein.

Im Osten sind das oft genau die, die sich nach der Wende etwas eigenes aufgebaut haben und nun fürchten, es wieder zu verlieren. Eben die Professoren und Ärzte, von denen mein Bekannter spricht, die mit Eigenheim, SUV in der Garage und vier Urlauben im Jahr. 33,9 Prozent aller AfD-Sympathisanten gehören zum reichsten Fünftel der Bevölkerung, weniger als zehn Prozent der AfD-Anhänger müssen sich hingegen große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen ([Welt](#)).

Was hat das nun mit jungen Wählerinnen und Wählern zu tun? Für das Wahlverhalten im Osten gilt im besonderen Maße "Intergenerationalität", sagt der Soziologe Quent. Sprich:

Junge Menschen werden nicht nur durch "Fridays for Future" geprägt, sondern vor allem in Familien.

Schulen tun nach Quents Meinung nicht genügend, um junge Menschen politisch zu bilden. Der Blick auf die Welt entstehe daher vor allem am Esstisch daheim.

Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung macht das ebenfalls deutlich: Je seltener die Wende in der Familie thematisiert wurde, desto häufiger sind junge Menschen im Osten der Meinung, sie spiele für ihr Leben heute keine Rolle mehr. 70 Prozent derjenigen, in deren Familie die Wiedervereinigung eher selten Thema war, stimmen der Aussage zu. ([Studie](#))

Gleichzeitig ist das Unrechtsempfinden über die Abwicklung der Wende bei Jüngeren umso stärker, je mehr Eltern am Esstisch darüber klagten. Das hat vor allem die AfD im Wahlkampf genutzt – und eine "Wende 2.0" eingefordert. Wer unter 30 Jahren ist, ging zwar 1989 nicht auf die Straße, fühlt sich durch die Erziehung seiner Eltern bei so einem Slogan aber trotzdem angesprochen.

Das Misstrauen in die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD wird weitervererbt. Wer ihnen nicht zutraut, die Klimakrise zu wuppen, wählt so eher grün. Wer ihnen nicht zutraut, das eigene Hab und Gut zu schützen, wählt braun.

3 Millennials wählen AfD oder Grüne nicht aus Zukunftsangst – sondern als Zukunftsvision.

Beide Parteien sorgen bei ihren Anhängerinnen und Anhängern für ein Wir-Gefühl.

- Die Grünen – in der Nähe zu "Fridays for Future" – erheben für sich den Anspruch, als einzige Partei die Klimakrise wirklich ernst zu nehmen. Du kannst selbst mit die Zukunft retten, wenn du auf Pappbecher und Langstreckenflüge verzichtest, sagen sie. Und wenn du gleichzeitig mit einer Stimme für Grün "denen da oben" deutlich machst, dass ihre Politik nicht genug ist.
- Die AfD – und mit ihr rechtsextreme Grüppchen wie die Identitären – erheben für sich den Anspruch, als einzige Partei Themen wie Globalisierung und Migration wirklich anzusprechen, obwohl das aus ihrem Mund "Umvolkung" heißt. Und du kannst selbst ein bisschen dabei mithelfen, wenn du die AfD wählst und "denen da oben" deutlich machst, dass ihre Zeit vorbei ist.

Dieser jeweilige Team-Spirit entsteht vor allem durch eine Dringlichkeitsrhetorik: Jetzt muss was passieren, bevor es zu spät ist! Bei den Grünen ist das der Kampf gegen die Klimakrise, bei der AfD der Kampf gegen ungebremste Einwanderung.

Doch was bei der einen Partei harmlos ist, macht die andere gefährlich. Die Grünen bewegen sich innerhalb demokratischer Spielregeln, die AfD hingegen will die liberale Demokratie zersetzen. Beide schaffen gerade im Kontrast zueinander ein Zugehörigkeitsgefühl. Eine Stimme für eine der beiden Parteien entsteht daher nicht, weil sich junge Wählerinnen und Wähler abgehängt oder gar verängstigt fühlen. Im Gegenteil: Eine Stimme für die Grünen oder die AfD wird als Akt des Widerstands gegen "die anderen" verstanden.

Beide Parteien befinden sich im Zentrum eines Kulturkampfes, der nicht entlang sozialer Bruchstellen geführt wird, sondern um Werte. Es geht nicht um Wohlstand, sondern darum, was unter Heimat und Identität verstanden wird. Und wie wir morgen miteinander leben wollen.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-der-gesellschaftliche-mainstream-die-rechten-staerkt-16311578.html?premium>

UMGANG MIT RECHTEN UND AFD:

Der Preis der Enge

- VON BERNHARD SCHLINK
- -AKTUALISIERT AM 31.07.2019-17:32



Die Kommunikationslosigkeit zwischen dem Mainstream und den Rechten und der AfD hat ihren Preis. Sie hat diese nicht schwächer gemacht, sondern stärker. Und sie hat auch dem Mainstream nicht gut getan. Ein Gastbeitrag.

1.

Dass man in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern dürfe, stimmt nicht. So laut Rechte es beklagen, so klar widerlegen sie es. Pegida demonstriert, Sarrazin publiziert, Tichy bloggt, Tellkamp spricht, und die AfD ist in den Parlamenten, in Talkshows und auf der Straße zu hören. Sie alle üben ihr Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit aus, das ihnen kein Gesinnungskorridor, keine Political Correctness, keine von Gutmenschen geschwungene Moralkeule nimmt.

Die Shitstorms, Unflats- und Hasstiraden im Internet, keine Eingriffe in das Grundrecht, aber Belästigungen bei seiner Ausübung, gelten nur selten rechten Meinungen und greifen meistens gerade die Gutmenschen an, von denen sich Rechte in ihrer Freiheit der Meinungsäußerung behindert fühlen. Wenn Rechte beklagen, man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern, wollen sie nur den Bonus, den Opfer in unserer Gesellschaft genießen, auch für sich reklamieren.

Aber zugleich zeigen Umfragen, dass fast zwei Drittel der Bürger überzeugt sind, man müsse heute aufpassen, zu welchen Themen man welche Meinungen äußert. Vorsicht sei geboten, wenn es um Flüchtlinge, Muslime und Islam, die nationalsozialistische Vergangenheit, Juden, Rechtsextremismus, AfD und Patriotismus gehe. Political Correctness werde übertrieben.

Der Freundes- und Bekanntenkreis ist für 35 Prozent der Bürger der einzige, für 59 Prozent der sichere Raum für freie Meinungsäußerungen; nur 18 Prozent fühlen sich bei ihren Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum ebenso frei wie im privaten. Auch bei Meinungsäußerungen im Internet ist die Zahl der Vorsichtigen größer als die der Sorglosen. Hat es mit der Klage, man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern, also doch etwas auf sich?

Nicht, soweit es um den Staat geht. Behördliche Eingriffe in das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit sind selten, und Gerichtsentscheidungen, die wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Demonstration zum Gedenken an Rudolf Heß in Wunsiedel Meinungsäußerungen wegen der zugrundeliegenden Überzeugungen sanktionieren, sind Ausnahmen. Die Behörden achten die Versammlungsfreiheit, und wenn sie doch eine Demonstration

verbieten, heben die Gerichte das Verbot oft auf. Mit der Klage, man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern, hat es auch nichts auf sich, soweit es um die Betreiber sozialer Netzwerke geht. Facebook lässt Beiträge löschen, die gegen kein Gesetz verstoßen, und lässt Beiträge nicht löschen, die gegen Gesetze verstoßen; das ist ein Skandal, der das Internet als wenn nicht rechtsfreien, dann rechtsarmen Raum erkennen lässt, dessen Willkür sich aber gerade nicht gegen bestimmte Meinungen und deren Äußerung richtet.



Professor i. R. Dr. Bernhard Schlink ist Schriftsteller. Er lehrt Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Benjamin N. Cardozo School of Law in New York. :Bild: EPA

Was es mit der Klage auf sich hat, reagiert nicht auf den Staat und nicht auf die Betreiber sozialer Netzwerke. Es reagiert auf Vorkommnisse in Gesellschaft und Politik. Es reagiert darauf, dass der Suhrkamp Verlag nach Äußerungen Tellkamps über Flüchtlinge sich öffentlich von seinem Autor distanzierte, dass der Rektor der Universität Siegen sich öffentlich von dem Professor distanzierte, der Sarrazin in sein Seminar über Redefreiheit einlud, dass der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Wendt, zu einem Vortrag an die Universität Frankfurt eingeladen, nach Protesten, er sei ein rechter Populist, wieder ausgeladen wurde, dass die Studienstiftung des deutschen Volkes eine Podiumsdiskussion absagte, an der auch Kubitschek als Vertreter der Neuen Rechten teilnehmen sollte, dass der Bundestag die Geschäftsordnung änderte, damit nicht ein Abgeordneter der AfD als Alterspräsident die erste Sitzung eröffnete, und dass er eine Abgeordnete der AfD nicht zur Vizepräsidentin wählte, der weder verfassungsfeindliche noch islamfeindliche noch sonst anstößige Äußerungen vorzuwerfen waren.

In diesen und vielen anderen Vorkommnissen zeigt sich der gesellschaftliche und politische Mainstream eng – zu eng, als dass rechte Stimmen in seinen Einrichtungen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu Wort kämen. In ihnen zeigt sich auch die eigentümliche Sorge, kämen die rechten Stimmen zu Wort, würden die Einrichtungen mit ihnen identifiziert, Verlage mit ihren rechten Autoren, Universitäten mit ihren rechten Gästen, der Bundestag mit seinen rechten Alters- und Vizepräsidenten, und in ihrer Identität beschädigt.

2.

Nun hat der Mainstream, innerhalb dessen Meinungen akzeptiert sind und diskutiert werden, immer ein Ufer und eine Grenze, jenseits deren Meinungen wohnen, über die gesprochen wird, ohne dass mit ihnen gesprochen würde. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Grenze von früh an in Reaktion auf die nationalsozialistische Vergangenheit gezogen; nationalsozialistische Positionen haben im Mainstream keinen Ort, wie nationalsozialistische Parteien und Vereine durch das Grundgesetz aus dem politischen Leben verbannt sind.

Nach der nationalsozialistischen Vergangenheit suchte und fand und gab sich Deutschland darüber hinaus als Land, für das der Nationalstaat erledigt und Europa angesagt war, das im Eintreten für Multikulturalität mit vergangener Deutschtümelei brach, das in der Bereitschaft, mit der es 2015 Flüchtlinge willkommen hieß, sich gegen die deutsche Feindseligkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber jüdischen Flüchtlingen entwarf. Weil die nationalsozialistische Vergangenheit nicht nur

eine politische und rechtliche, sondern auch eine moralische Katastrophe war, sind der Mainstream und seine Grenze auch von früh an moralisch konnotiert. Schon Skepsis gegenüber der Vertiefung und Erweiterung des europäischen Projekts, Zweifel an der Möglichkeit eines gleichberechtigten Miteinanders der deutschen und fremder Kulturen, Sorge um die Fähigkeit zur Aufnahme und Integration so vieler Flüchtlinge erscheinen moralisch fragwürdig, und das gilt erst recht, wenn Skepsis, Zweifel und Sorge zur Ablehnung werden.

Aber je länger die nationalsozialistische Vergangenheit zurückliegt, desto weniger ausgemacht ist die moralische Qualität des Mainstreams da, wo er nicht nationalsozialistische Positionen ausschließt, sondern die europäischen, kulturellen, bevölkerungs- und migrationspolitischen Vorstellungen eines anderen und besseren Deutschlands spiegelt, die sich die Nachkriegsgenerationen in Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit gemacht haben. Die nationalsozialistische Vergangenheit wird Geschichte, und die Begegnung mit dem Nationalsozialismus als Geschichte ist etwas anderes als die Begegnung mit ihm in den eigenen Vätern und Müttern, den eigenen Lehrern und Professoren.

Außerdem haben sich mit und seit der Wiedervereinigung den westdeutschen Vorstellungen eines anderen und besseren Deutschlands, die aus der Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit erwachsen, ostdeutsche zugesellt. Für die Ostdeutschen war die nationalsozialistische Vergangenheit im sozialistischen Deutschland erledigt und abgetan und bedurfte keiner Bewältigung, für sie sind Nation, deutsche Kultur und homogene Bevölkerung nicht problematisch, wohl aber das europäische Projekt, Multikulturalität und Offenheit für Fremde. So hat die moralische Evidenz des Mainstreams seit den 90er Jahren abgenommen.

Umso entschiedener hält der Mainstream an ihr fest; er sieht angegriffen und gefährdet, was Deutschland moralisch ausmacht und zusammenhält, und gibt auch nur ungern die hohe Warte moralischer Präention auf. Dabei wird, was Deutschland moralisch ausmache und zusammenhalte, auf der Höhe der Zeit gehalten und schließt heute den Schutz des Klimas, die Generationengerechtigkeit, die Restitution zweifelhaft erworbener Güter, die Gendergerechtigkeit in Tat und Sprache und mehr ein. Ob die nationalsozialistische Vergangenheit, in der alles falsch gemacht wurde, den Wunsch nach einer Gegenwart, in der alles richtig gemacht wird, hervorgebracht hat oder ob ein Bedürfnis nach Sinn und Regeln, das nicht mehr religiös befriedigt wird, in moralischer Sinn- und Regelgebung Befriedigung sucht – der Mainstream ist enger und moralisch rigider geworden.

Die Engführung des Mainstreams wird durch eine Politik verstärkt, die keine Alternativen kennt und daher auch keine Kritik und keine Kontroverse. Als alternativlos wurden den Bürgern die Abschaffung der Deutschen Mark und die Einführung des Euro, die Ost-Erweiterung der Europäischen Union, die Maßnahmen in der Euro-Krise, der Ausstieg aus der Kernenergie und das Verhalten in der Flüchtlingskrise präsentiert; die Entscheidungen wurden von der SPD schon in der Opposition und dann in der großen Koalition mitgetragen, ohne dass es eine Kritik an und Kontroverse mit der sozialdemokratisch gewordenen CDU gegeben hätte, sie wurden vom Gleichklang von SPE und EVP im Europäischen Parlament und vom Wohlwollen der Grünen begleitet. Weil alternativlos, wurden sie im Bundestag nicht debattiert. Weil die Entscheidungen alternativlos waren, kam die Kritik, die aus der Gesellschaft kam, in den Ruch des Querulatorischen, und weil sie nicht nur alternativlos, sondern auch europäisch oder ökologisch oder fremdenfreundlich waren, kam die Kritik überdies in den Ruch des moralisch Fragwürdigen. Wer kritisierte, stand außerhalb des Mainstreams.

3.

Je enger der Mainstream geführt wird, desto mehr Meinungen fallen aus ihm heraus. Sie finden sich jenseits des Ufers, jenseits der Grenze. Vielmehr finden sie sich dort nicht einfach, sie werden dorthin getrieben. Die Engführung des gesellschaftlichen und politischen Mainstreams hat das rechte Ufer gemacht.

Die AfD wurde als EU- und euroskeptische Alternative zur alternativlosen EU- und Europolitik gegründet und als flüchtlingspolitische Alternative zur alternativlosen Flüchtlingspolitik erfolgreich. Immer wieder äußern ihre Anhänger in Interviews und bei Begegnungen, dass sie sich mit ihren

Positionen zu Europa, Kultur, Migration, mit ihrer Identifikation mit Deutschland, ihrer Kritik am Islam, ihrem Bild von Ehe und Familie in den Parteien des Mainstreams nicht oder nicht mehr wiederfinden. Dabei wissen sie, dass man von keiner Partei erwarten kann, dass sich deren Linie und die eigenen Positionen decken; sich in einer Partei wiederfinden heißt die eigenen Positionen in der Partei ernst genommen, gehört, erwogen, erörtert sehen. Früher hatten CDU, CSU und FDP Ränder, in denen das geschah, heute sind sie Teil des eng geführten Mainstreams und haben die Ränder nicht mehr.

Dass die Wahrnehmung, im Mainstream nicht geduldet, moralisch verdächtigt und politisch nicht beachtet zu werden, zu Erbitterung führte, kann nicht wundernehmen. Es kann zumal in den neuen Ländern nicht wundernehmen, in denen sich viele Bürger bei und nach der Wiedervereinigung ohnehin überfahren und übergangen fühlten. Die AfD verschaffte ihnen politische Beachtung, in offenem Affront gegen den Mainstream und seine moralischen Standards. Dabei gesellte sich zu den Bürgern der rechte Bodensatz, den es immer gab, der aber allein zu schwach war, eine politische Rolle zu spielen.

Das Gefühl, überfahren und übergangen worden zu sein, hat viele Bürger in den neuen Ländern zunächst nach links, dann aber nach rechts geführt. Zunächst schien die Linke im wiedervereinigten, vom westdeutschen Mainstream, von den westdeutschen Traditionen, Konventionen und Diskursen geprägten Deutschland etwas von einem ostdeutschen Gegenentwurf zu bewahren. Aber die Linke passt inzwischen mit ihren Positionen zu Deutschland und Europa, Kultur und Islam, Flüchtlingen und Migranten in den Mainstream und kann denen, die sich in ihm nicht wiederfinden, keine Heimat bieten. Sie wurde von der AfD abgelöst und wird von ihr sogar in der Nähe zu Russland überholt.

Am Ende steht ein rechtes Spektrum mit der AfD, unter deren Mitgliedern und Wählern sich enttäuschte Konservative und Patrioten, Wut- und Trotzbürger, alte und neue Rechtsradikale finden, mit radikaleren Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei, mit einem terroraffinen und -bereiten Umfeld, mit Fraktionen im Bundestag und Landtagen, die die Vielfalt des Spektrums widerspiegeln.

Der Mainstream reagiert darauf. Die Themen, die er nicht diskutiert hat und die von den Rechten usurpiert wurden, sind nun rechte Themen, und als rechte Themen kann der Mainstream sie erst recht nicht mehr diskutieren. Werden sie im Mainstream gelegentlich doch angesprochen, dann nur mit Vorsicht und Vorbehalt; bei den Römerberggesprächen musste Guérot nach ihrer Feststellung, rechte Populisten legten den Finger auf richtige Stellen, dreimal beteuern, sie wolle den rechten Populismus nicht verteidigen. Oft helfen auch Vorsicht und Vorbehalt nicht; das Interesse an Tellkamps Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation, Sarrazins bevölkerungs- und migrationspolitischen Analysen oder dem Blick des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft auf die polizeilichen Probleme von Flüchtlingszuzug und Einwanderung entgeht der Verurteilung auch dann nicht, wenn es bereitwillig einräumt, was an Tellkamps, Sarrazins und Wendts Sicht falsch ist.

Die Erwartung der Verurteilung lässt nicht erst das Interesse, sondern schon die bloße Nähe scheuen. Der Suhrkamp Verlag distanzierte sich von seinem Autor, obwohl sich von selbst versteht, dass ein Verlag nicht mit allem übereinstimmt, was seine Autoren äußern. Ebenso versteht sich von selbst, dass Universitäten und die Studienstiftung des Deutschen Volkes nicht mit allem übereinstimmen, was Gäste in Seminaren oder bei Vorträgen oder auf Podien äußern. Dass es sich von selbst versteht, hilft nicht – wenn der Autor oder die Gäste rechte Meinungen äußern, bedarf es der Distanzierung. Es ist, als seien die Meinungen ansteckend und machten deshalb die Nähe, die zwischen Verlag und Autor oder im Raum einer Universität oder im Rahmen der Studienstiftung besteht, unerträglich.

Die Scheu, von Meinungen infiziert, mit Meinungen identifiziert zu werden, obwohl sich die Distanz zu ihnen von selbst versteht, lässt eine eigentümliche Angst um die Bewahrung der eigenen Identität erkennen. So fern der Mainstream sich von dem ressentimentgeladenen Bedürfnis der Rechten nach Bewahrung der deutschen Identität durch nationalistische Politik, traditionalistische Kultur und Bevölkerungshomogenität wähnt, so nah ist er ihm in der Angst um die eigene Identität. Dass die heutige Gesellschaft in Informations-, Meinungs- und Kommunikationsblasen lebt, in denen nur noch erfahren, ausgedrückt und ausgetauscht wird, was zur eigenen Identität passt und die eigene

Sensibilität schont, ist oft beobachtet worden. Es gibt rechte und linke, gemäßigte und radikale, fundamentalistische, populistische, extremistische, größere und kleinere, sympathischere und unsympathischere Blasen. So gemäßigt und sympathisch der Mainstream sein mag – ängstlich die eigene Identität bewahrend zeigt er sich als große Blase.

4.

Dem Mainstream den Meinungen, denen er sich verschlossen hat, einfach wieder öffnen reicht nicht. Die Meinungen haben sich im rechten Spektrum eingerichtet. Wenn das rechte Spektrum sich nicht weiter isolieren und etablieren soll, muss der Mainstream sich auf es einlassen. Er muss mit ihm kommunizieren.

Damit Kommunikation über Grenzen hinweg funktioniert, bedarf es entweder einer grundlegenden inhaltlichen Übereinstimmung oder der Einhaltung von Formen und Verfahren, unter deren Wahrung die Kommunikation stattfinden soll. Zwischen den Stimmen des Mainstreams gibt es die grundlegende inhaltliche Übereinstimmung, und es gibt sie auch zwischen den Parteien, die im Bundestag und in den Landtagen miteinander koalieren.

Zwischen ihnen und den Rechten und der AfD gibt es sie nicht. Hier kann als Voraussetzung für Kommunikation nur verlangt werden, dass Formen und Verfahren gewahrt werden, dass nicht beleidigt und verleumdet, der Staat nicht verunglimpft, nicht gegen Gruppen gehetzt und auch sonst keine Straftaten gegen den demokratischen Rechtsstaat und die öffentliche Ordnung begangen werden, dass ausgedrückt und zugehört und nicht niedergeschrien wird. Nicht dass, wenn die Voraussetzungen gewährleistet sind, mit jedem Gegenüber über jeden Gegenstand gesprochen werden müsste; das Gegenüber mag nicht hinreichend interessant, der Gegenstand nicht hinreichend ergiebig sein. Aber wenn sie gewährleistet sind, gibt es keinen guten Grund, die Kommunikation mit Rechten zu verweigern, weil sie Rechte sind.

Es gibt keinen guten Grund, in Universitäten und in der Studienstiftung des deutschen Volkes Sarrazin, Wendt und Kubitschek nicht reden zu lassen, im Suhrkamp-Verlag Tellkamp zu desavouieren und im Bundestag der AfD zu verweigern, was einer Fraktion traditionell zusteht.

Die Engführung des Mainstreams, die Kommunikationslosigkeit zwischen ihm und den Rechten und der AfD hatte und hat ihren Preis. Sie hat die Rechten und die AfD nicht schwächer gemacht, sondern stärker. Sie hat auch dem Mainstream nicht gutgetan. Als er weit, offen, vielfältig war, war er lebendig. Je enger er wurde, desto moralisch anmaßender und intellektuell langweiliger wurde er.

Quelle: F.A.Z.

Back on the scene

Emmanuel Macron reclaims France's international role

A well-hosted G7 helps France's president recover, abroad and at home

[Print edition | Europe](#)

Aug 29th 2019 | PARIS

At the start of this year, a fretful Emmanuel Macron grounded his presidential plane and cleared his diary in order to focus on civil disorder at home. For two months, as he tried to defuse the *gilets jaunes* (yellow jackets) protests, the French president left Europe only once, shunned global gatherings and ceded the stage to Angela Merkel. Mr Macron's hopes of stepping into the German chancellor's shoes as Europe's leader looked then to be over.

Six months later, the turnaround is startling. For three days starting on August 24th Mr Macron presided over the g7 summit in the seaside resort of Biarritz, an event many expected to be wrecked by conflict and theatrics. Instead, the French host managed to avert disaster, keep America's Donald Trump happy, ease trans-Atlantic tensions over a French tech tax and win a pledge from Mr Trump to talk to Iran's President Hassan Rouhani. He also mobilised a bit of aid for fires in the Amazon, though that fell through in a spat with Jair Bolsonaro, Brazil's president. Mr Trump declared the summit to be "truly successful", claimed that "nobody wanted to leave" and called Mr Macron a "spectacular leader".

The most tantalising outcome was Mr Macron's announcement that a meeting between the American and Iranian presidents could take place in the "coming weeks". French diplomats have been working for months on ways to ease tensions with Iran and preserve the principles of the nuclear deal that America signed in 2015, before Mr Trump withdrew and hit Iran with sanctions. On August 25th Mr Macron pulled off what looked suspiciously like a stunt when he invited Muhammad Javad Zarif, Iran's foreign minister, to Biarritz for bilateral meetings. Yet a day later, there was Mr Trump, standing beside the French president, acknowledging that "if the circumstances were right" he would "certainly agree" to a meeting with Mr Rouhani.

In the end, nothing came of it. Iran said it wanted sanctions lifted first. And Mr Macron has learned the hard way that efforts to charm and cajole Mr Trump into better behaviour are usually in vain. Last year the American president withdrew from the Iran nuclear deal shortly after Mr Macron visited Washington, hoping to persuade him otherwise.

Indeed Mr Macron's broader diplomatic policy of dialogue with all carries evident risks. His parallel efforts with Russia's Vladimir Putin, whom he invited to the presidential fort on the Mediterranean shortly before the g7 summit, have so far yielded little. The French president has long argued that such leaders are more dangerous when isolated, and is trying instead to mix firmness and flattery. In a speech in Paris on August 27th he called it a "strategic error" for Europe to shun Russia, as that pushes it towards China. In the short run Mr Macron hopes to revive peace talks between Russia and Ukraine, supervised by France and Germany. In the long run, he told reporters before the g7 summit, he thinks that a better-behaved Russia should be allowed back into the g8.

Ultimately, France remains a mid-sized power, albeit one with a nuclear deterrent. So Mr Macron's diplomatic space to pursue all these ambitions is limited. This is why the French president spends so much time pushing ideas to strengthen what he calls "European sovereignty", or its ability to assert its independence as a strategic and economic bloc. It is also why he sees the diplomatic role he can realistically play as primarily that of a "mediating power".

As it happens, Mr Macron may have an unusual opportunity to build on the leadership he displayed in Biarritz. One reason is that, two years after his election, the French president has built up a global address book and got the measure of leaders such as Mr Trump. In Biarritz Mr Macron had an impromptu two-hour seafront lunch *à deux* with the American president, peeling him away from his hawkish advisers. “Lunch with Emmanuel was the best meeting we have yet had,” Mr Trump gushed afterwards on Twitter. In a joint press conference the usually verbose French president was careful to use short words, and appear respectful. “Macron is very clear about their differences,” says Benjamin Haddad, of the Atlantic Council, a think-tank in Washington: “But the g7 outcome reflects the work that he has been doing, investing in that relationship for the past two years, which is now paying off.”

A second is the leadership gap in Europe. America has grown used to looking to Mrs Merkel. Yet the chancellor has been weakened by her party’s electoral difficulties, along with the prospect of recession in Germany. Brexit, meanwhile, is occupying all of Britain’s diplomatic bandwidth. Mr Macron, who keeps a copy of Charles de Gaulle’s memoirs on his desk, is eager to occupy the space. To that end, he has helped manoeuvre France-friendly nominees into top European jobs, including Ursula von der Leyen, the incoming European Commission president, and Christine Lagarde at the European Central Bank.

A final factor is France’s relative economic resilience. French gdp is expected to grow by 1.3% this year, compared with 0.5% in Germany. Unemployment is still 8.5%, but that is its lowest level in a decade. France is less export-dependent than Germany and so less vulnerable to trade turbulence. And it has benefited from the fiscal boost Mr Macron injected late last year in response to the *gilets jaunes* protests. The president’s poll ratings have now recovered to where they were a year ago.

The French, with their universalist aspirations, are unusually sensitive to how well their leaders do abroad. Mr Macron’s g7 performance was roundly applauded at home. The summit, wrote *Le Monde*, was an “unquestionable success”. Deals may yet come unstuck. Talks may not materialise. Disappointments are inevitable. But Biarritz suggested that Mr Macron is growing into a role as a European leader who is prepared to take risks, push new ideas, and try to use the multilateral system to ease tensions and defend the liberal order. ■

Die Ökonomie der Klimapolitik

Die Zeit der sinnlosen Spielereien ist vorbei. Von nun an brauchen wir eine ernsthafte, tabufreie Klimapolitik, meint Hans-Werner Sinn.

Hans-Werner Sinn

Handelsblatt (ref. Project Syndicate), 4. Juli 2019, S. 48.

Emmanuel Macron hält Deutschlands Wirtschaft für ein Auslaufmodell. Wenn er damit die Energiepolitik meint, könnte er recht haben. Während Frankreich siebzig Prozent seines Stroms aus Kernenergie herstellt, will Deutschland den Doppelausstieg aus Atomkraft und Kohle.

Das ist jedoch kaum zu schaffen, denn der Widerstand gegen die Windanlagen wächst, weil sie die Landschaft verschandeln und in Industriegebiete verwandeln. Wie Pilze schießen die Bürgerbewegungen gegen die Grobiane aus dem Boden.

Wind- und Sonnenstrom sind zudem sehr unsted, und sie sind außerstande, den Strom nach Bedarf zu produzieren. Mal fehlt der Strom, mal gibt es zu viel davon. Weht kein Wind und scheint keine Sonne, müssen konventionelle Kraftwerke die Versorgung sichern. Kein einziges konventionelles Kraftwerk kann wegen der Wind- und Solaranlagen abgebaut werden. Weht ein kräftiger Wind und scheint zugleich die Sonne, gibt es bisweilen schon heute so viel grünen Strom, dass der Strompreis negativ wird. Das Problem wird sich dramatisch verschärfen, wenn der Marktanteil des Wind- und Sonnenstroms, der heute 25 Prozent beträgt, über 30 Prozent hinaus erhöht wird. Dann nämlich beginnen die ersten Stromspitzen den Verbrauch zu übersteigen, und man weiß nicht, wohin damit. Der Anteil der auf den Überschuss entfallenden Energie wächst progressiv gegen 100 Prozent, wenn auch der Marktanteil des direkt nutzbaren Wind- und Sonnenstroms gegen 100 Prozent geht. Selbst wenn man einen perfekten Stromverbund von den Alpen bis nach Norwegen herstellen und in den beteiligten Ländern alle geologisch möglichen Pumpspeicher bauen würde, könnte der Marktanteil des Wind- und Sonnenstroms nicht über 50 Prozent wachsen, ohne dass ein immer größerer Teil der überschießenden Stromspitzen verklappt oder durch den Wechsel der Entropiestufe (Umwandlung in Wärme oder Gas) degeneriert wird.

Schon heute zahlen Deutschlands Haushalte wegen der Subventionierung des grünen Stroms durch das EEG die höchsten Strompreise Europas. Wenn nun auch noch große Teile des Verkehrs mit Strom betrieben werden sollen, wie es die EU mit ihrer Flottenverbrauchsregulierung zu erzwingen versucht, wird der Nachfrageschub die Strompreise noch weiter in den Himmel treiben und den Industriestandort Deutschland nachhaltig schädigen. Und wenn Deutschland stattdessen die Preise konstant halten möchte, indem es darauf verzichtet, seinen Strommix weiter zu vergrünen, wird der CO₂-Ausstoß durch die Elektrifizierung des Verkehrs nicht zu verringern sein. Das Land wird dann seine CO₂-Ziele kläglich verfehlen.

Technisch gibt es nur zwei Auswege aus der Zwickmühle. Der erste besteht darin, die Kohlekraftwerke auf Gas umzustellen, denn bei der Gasverbrennung entsteht nur etwa halb so viel CO₂ wie bei der Kohleverbrennung. Deutschland kann damit immerhin 130 Millionen von insgesamt 900 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Dafür braucht es neue Gaspipelines wie zum Beispiel die Nord-Stream-2-Pipeline. Gerade diese Pipeline wird jedoch von der EU-Kommission, nicht zuletzt auch von Frankreich massiv behindert.

Der zweite liegt in der Kernkraft. So kann Deutschland ausländischen Atomstrom kaufen oder selbst neue Kernkraftwerke bauen. Schweden hat bereits 2016 den Ausstieg aus dem Atomausstieg verkündet. Auch Greta preist die Atomkraft als Lösung des Klimaproblems.

Die besten Wege zur CO₂-Reduktion durch Technologiewandel und Nachfrageeinschränkung sollte man ergebnisoffen vom Markt suchen lassen, indem man den CO₂-Ausstoß flächendeckend und europaweit mit einem einheitlichen Preis versieht.

Statt den Preis politisch festzulegen, ist es freilich besser, ihn durch einen Emissionshandel mit einem Preiskorridor festlegen zu lassen, weil man nur so die CO₂ - Mengen selbst im Griff hat. Der vorhandene Emissionshandel ist dazu von den Kraftwerken auf die gesamte Wirtschaft inklusive der privaten Verbraucher fossiler Brennstoffe auszuweiten. Dann braucht man keine DIN-Verordnungen für die Isolierung von Häusern mehr und auch keine EU-Vorschriften zur Begrenzung der Kraft von Staubsaugern oder zum Verbot bestimmter Leuchtmittel. Das teure und wegen des Emissionshandels ohnehin unwirksame EEG kann genauso entfallen wie die Flottenverbrauchsregulierung bei den Autos, mit der die EU so viel Schindluder betreibt. Die Zeit der sinnlosen Spielereien muss ein Ende haben, denn die Welt wird tatsächlich wärmer. Von nun an ist ernsthafte, tabufreie Klimapolitik angesagt.

<https://www.youtube.com/watch?v=QDhqxPMw5V0>

ZDF-DOKU ÜBER MIGRATION:

Die andere Perspektive

- VON FRANK LÜBBERDING
- -AKTUALISIERT AM 05.09.2019-18:41



Eine Doku im ZDF beleuchtet die Hintergründe der globalen Migration – und damit den brutalen Kontrast zwischen Hoffnung und Realität. Der Film zeigt das größte Problem der Einwanderung: falsche Vorstellungen auf beiden Seiten.

Unsere Welt wird von Bildern geprägt. Sie bilden unser Bewusstsein und damit unsere Weltsicht. Das gilt nicht zuletzt für die Migration, über die Befürworter und Gegner jeden Tag aufs Neue genügend Anschauungsmaterial finden. Die einen verweisen auf das Elend im Mittelmeer, die anderen auf die Zustände im Görlitzer Park in Berlin. Das Fernsehen ist für diese Logik schon immer besonders anfällig gewesen, hat aber in der Beziehung sein Alleinstellungsmerkmal verloren. In den sozialen Netzwerken finden sich sogar die Bilder, die das Fernsehen nie gezeigt hätte. Trotzdem bietet es bisweilen noch sehenswerte journalistische Formate. Dazu gehört die Dokumentation „Migration – Das große Missverständnis“ von Rainer Fromm.

Es geht darin um die Hintergründe jener globalen Wanderung, die in den Fernsbildern ansonsten keine Rolle spielen. Fromm macht vielmehr deutlich, welche Wirkung etwa die Bilder in den Köpfen von Afrikanern über die Verhältnisse in Europa entfalten. Viele betrachten den alten Kontinent als ein Traumland, als jenes „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, das wir Europäer einst in Amerika sahen. Fromm kontrastiert das mit der tristen Realität der etwa im Görlitzer Park angekommenen Afrikaner. Aus Hoffnungen wurde ein Leben am Rand der Gesellschaft.

Das allein macht aber nicht die Qualität dieser Dokumentation aus. Sie kontrastiert zugleich unsere Klischees mit der Wirklichkeit. Fromm schildert das Migrationsthema aus der Sicht eines modernen Afrikas, das längst nicht mehr dem entspricht, was sich denkfaule Linke und Rechte darunter vorstellen. Beide reproduzieren den historischen Kolonialismus, der sich Afrika nur als Objekt vorstellen konnte. Stattdessen schildert Fromm die Migration aus der Sicht handelnder Akteure in Afrika.

Als Ausgangspunkt dient Ghana. Der westafrikanische Staat ist zwar eine ökonomische und politische Erfolgsgeschichte, trotzdem suchen viele junge Ghanaer ihr Glück in Europa. Wie geht das Land damit um? Fromm lässt die zu Wort kommen, die sich täglich mit diesem Widerspruch auseinandersetzen müssen. Was der Migrationsforscher Joseph Kofi Teye oder der in München ausgebildete Chirurg Prince Kwakye Afriyie zu sagen haben, entspricht aber sicherlich nicht den Erwartungen des durchschnittlichen Fernsehzuschauers.

Dort spricht das selbstbewusste Ghana, das mit der paternalistischen Fürsorge früherer Kolonialisten und heutiger Anti-Kolonialisten nichts mehr anzufangen weiß. „Welches Recht“, so fragt Afriyie, „haben wir zu sagen: Weil wir den Sklavenhandel hatten, sind wir arm?“ Und Teye kritisiert die europäischen Medien für ihre Berichterstattung: nämlich aus jedem Migranten einen Flüchtling zu machen. Mancher Zuschauer wird sich bei solchen Aussagen verwundert die Augen reiben.

Fromm verschweigt dabei nicht die Probleme dieses Kontinents, der zwar längst nicht mehr als monolithischer Block anzusehen ist. Wo aber in vielen Staaten weiterhin das Bevölkerungswachstum jeden ökonomischen Fortschritt aufzufressen droht. Interessant wird es zudem dort, wo die Realisten aus Ghana der Ratlosigkeit der Europäer gegenübergestellt werden. Deren Position beschreibt Fromm als einen Kontinent zwischen „Ohnmacht und Hilfsbereitschaft“. Es haben eben nicht nur Migranten in anderen Teilen der Welt ihre Bilder über Europa in den Köpfen: Unsere über Afrika sind genauso klischeebeladen. Dem hat Rainer Fromm einen sehenswerten Beitrag zur Aufklärung gegenübergestellt. Mehr können wir Zuschauer in fünfundvierzig Minuten nicht erwarten.

Migration - Das große Missverständnis. Falsche Hoffnungen und dreiste Lügen. Am 5. September um 20.15 Uhr auf ZDF Info
Quelle: F.A.Z.

Migration:

Das haben wir schon geschafft

Vor vier Jahren wurde Deutschland zum Zufluchtsort für Hunderttausende Flüchtlinge. Das schürte viele Ängste. ZEIT ONLINE zeigt auf, was bisher erreicht wurde.

Von **Simone Gaul**, **Tina Groll**, **Vanessa Materla**, **Parvin Sadigh**, **Frida Thurm**, **Veronika Völlinger** und **Judith Luig**

6. September 2019, 5:51 Uhr Aktualisiert am 6. September 2019, 7:32 Uhr [236 Kommentare](#)



Im September 2015 kommen hunderte Flüchtlinge am Münchner Bahnhof an. Ein paar Tage zuvor hatte Kanzlerin Angela Merkel (r.) in der Bundespressekonferenz gesagt: "Wir schaffen das." © Sebastian Widmann/Anadolu Agency/Getty Images; Beata Zawrzel/NurPhoto via Getty Images

Der Abend des 4. September 2015 war ein Wendepunkt. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige österreichische Kanzler Werner Faymann hatten in einem Telefonat entschieden, dass sie einige Tausend Geflüchtete, die über Ungarn kamen, aus humanitären Gründen aufnehmen wollen. Bald waren es mehr als Zehntausend pro Tag.

"Wir schaffen das", hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel einige Tage zuvor in der Bundespressekonferenz gesagt – ein Satz von großer Tragweite, der einerseits europaweit für die deutsche Willkommenskultur gegenüber den Flüchtlingen steht, andererseits für heftige politische Auseinandersetzungen sorgte. Das Zitat in Gänze lautete: "Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!"

In diesen Tagen jähren sich die historischen Ereignisse zum vierten Mal. ZEIT ONLINE nimmt dies zum Anlass, Bilanz zu ziehen. Wie viele Menschen sind tatsächlich nach Deutschland gekommen und wie viele sind geblieben? Was hat die Integration gekostet? Und wie steht es heute, vier Jahre später, um die Willkommenskultur?

Wie haben sich die Flüchtlingszahlen entwickelt?



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lässt sich nach dem Besuch einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Berlin-Spandau für ein Selfie zusammen mit einem Flüchtling fotografieren. © Bernd von Jutrczenka/dpa

In jenen Tagen im September 2015 ist der Münchner Hauptbahnhof ein Hotspot. Familien mit Babys und Kleinkindern, Alte, Kranke – Tausende kommen täglich an. Es fehlt an allem: Schlafplätze, Essen, Kleidung, geregelte Verfahren. Die Polizei ist im Dauereinsatz. Und das Elend rührt viele Einheimische. Sie helfen mit, begrüßen die Geflüchteten mit Geschenken, spenden Säcke voll mit Kleidung, organisieren Essen und Getränke und bieten Übernachtungsplätze an. Chaos herrscht auch vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales, Lageso genannt. Hier warten bis zu tausend Menschen wochenlang in der Hitze. Das Lageso wird zum Symbol dafür, was schlecht läuft: überforderte Behörden, prügelnde Security, große Überforderung. Zu dieser Zeit ist nicht absehbar, wie viele Menschen kommen werden.

Eine Regierungsprognose vom August 2015 geht von 800.000 Neuankömmlingen bis Jahresende aus. Viele erwarten sogar 1,5 Millionen und mehr. Schon bald streiten sich die Parteien über den Umgang mit den Geflüchteten. Besonders heftig sind die Diskussionen zwischen CDU und CSU. Der damalige CSU-Chef Horst Seehofer fordert 2016 eine "Obergrenze" von nicht mehr als 200.000 Menschen pro Jahr. Und er will "Ankerzentren", in denen Geflüchtete bleiben müssen, bis über ihren Asylantrag entschieden ist, und in denen die Abgelehnten von dort aus direkt wieder abgeschoben werden können.

Vier Jahre später stellt sich die Bilanz wie folgt dar: Tatsächlich hat Deutschland 2015 eine der größten Einwanderungsbewegungen der Nachkriegszeit erlebt. Es kamen in jenem Jahr etwa 890.000 Menschen, diese Zahl lag also recht nah an der Regierungsprognose von August. Weil die Behörden damals überfordert waren, konnten 2015 aber nur weniger als 500.000 Menschen einen Asylantrag stellen, ein Jahr später stieg die Zahl der Antragsteller auf 750.000. Dabei waren 2016 weniger Menschen gekommen, viele die schon 2015 eingereist waren, konnten aber erst dann ihren Antrag stellen. Ende 2018 lebten insgesamt knapp 1,7 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, dazu zählen Asylbewerber sowie Asylberechtigte und abgelehnte Asylbewerber, einige von ihnen waren schon vor 2015 in der Bundesrepublik.

Die Abschottung Europas hat dazu geführt, dass bereits 2017 weniger als 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland kamen, seither sind die Zahlen weiter gesunken, 2018 wurden knapp 162.000 Asylerstanträge gestellt. Damit kamen zwar pro Jahr immer noch so viele Flüchtlinge nach Deutschland, wie eine Großstadt Einwohner hat. Man muss aber auch bedenken, dass jährlich rund 1,2 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik abwandern.

Die meisten Menschen kommen nach wie vor aus Syrien, gefolgt von Irak. Die Syrerinnen und Syrer haben die besten Chancen, zu bleiben, über 90 Prozent von ihnen erhalten Flüchtlingsschutz.

Weil weniger Menschen kommen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stark ausgebaut wurde, ist auch die Bearbeitungsdauer der Asylanträge deutlich gesunken. Im Schnitt wird binnen sechs Monaten über ein Gesuch entschieden, viele der Menschen, die 2015 und 2016 nach Deutschland kamen, mussten noch länger als 18 Monate warten.

Wie läuft die Integration auf dem Arbeitsmarkt?



2018: Ein Auszubildender aus Nigeria arbeitet in einer Bäckerei in Reutlingen. © Thomas Niedermueller/Getty Images

Noch immer sind junge Männer unter 30 Jahren die größte Gruppe unter den Neuankömmlingen, außerdem Kinder und Jugendliche. Migrationsforscherinnen und -forscher sehen darin eine große Chance für den deutschen Arbeitsmarkt, wo vielerorts Arbeits- und Fachkräfte gesucht werden. Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge können junge Geflüchtete oft auf ihrer beruflichen Vorbildung aufbauen, zudem hätten viele eine "hohe Arbeitsmotivation und ausgeprägte Bildungsmotivation". Ganz zu schweigen von den Minderjährigen, die schon deshalb gute Chancen auf einen Job haben, weil sie das deutsche Bildungssystem durchlaufen. Zudem haben die Menschen aus Syrien und Irak häufig ein hohes Bildungsniveau, was die Integration leichter macht. All das sind gute Nachrichten für den Arbeitsmarkt. Und so erstaunt es nicht, dass der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) Detlef Scheele berichtete, dass die Integration auf dem Arbeitsmarkt sogar besser als erwartet läuft.

Flüchtlinge in der Arbeitsmarktstatistik

FLÜCHTLINGE IN DER ARBEITSMARKTSTATISTIK

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erfasst in ihrer Statistik nicht alle Menschen, die im allgemeinen Sprachgebrauch als Geflüchtete oder Flüchtlinge bezeichnet werden.

In der Statistik werden die Menschen nach ihrer Staatsangehörigkeit geführt und nach den wichtigsten Asylherkunftsländern zusammengeführt.

Daneben gibt es noch Menschen, die als sogenannte Drittstaatenangehörige bezeichnet werden – also Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus der EU, einem Land des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz stammen. Zu dieser Gruppe gehören auch Staatenlose. Die BA zählt Menschen aus einem Drittstaat, die einen Asylantrag gestellt, eine Aufenthaltserlaubnis wegen Flucht oder eine Duldung haben, ebenfalls als Geflüchtete.

Angehörige, die über den Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind, werden in der BA-Statistik hingegen zunächst nicht erfasst.

Zu beachten ist auch: Weil sich der Status aber ändert, wenn jemand eine Niederlassungserlaubnis erhalten hat, fällt sie aus der Statistik – daher bilden die Daten immer die aktuelle Lage ab.

Trotzdem ist die Beschäftigungsquote der Geflüchteten laut BA vier Jahre nach Beginn der großen Zuwanderung noch immer vergleichsweise niedrig. Aktuell liegt sie bei 28 Prozent. Politisches Ziel ist es, bis 2025 eine Beschäftigungsquote von 45 Prozent zu erreichen. Zum Vergleich: Die Beschäftigungsquote der Deutschen beträgt 62,4 Prozent.

Flüchtlinge sind überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor tätig. Sie füllen eine Lücke, wo Arbeitskräfte fehlen. Das gilt nicht nur bei Jobs für Angelernte und Ungelernte (etwa in Lagerei und Logistik, in der Gebäudereinigung oder im Gastgewerbe), sondern auch auf dem Lehrstellenmarkt. Gut 40.000 Geflüchtete machen derzeit eine Berufsausbildung. Jeder Dritte der erwerbstätigen Geflüchteten arbeitet zudem in der Zeitarbeit.

Zur Wahrheit gehört auch: Fast eine Million Menschen (992.166 Personen) beziehen immer noch Hartz IV, viele von ihnen sind zwar Kinder oder Senioren, doch immerhin eine halbe Million sind als arbeitssuchend gemeldet. Während die Arbeitslosenquoten im Mai für die Deutschen bei 4,8 Prozent und für alle Ausländer bei 12,3 Prozent lag, betrug sie bei den Geflüchteten 34,9 Prozent.

Das Ankommen auf dem Arbeitsmarkt dauert also. Aber Arbeitsmarktforscherinnen und Arbeitsmarktforscher hatten genau das erwartet. Der Grund dafür ist: Trotz verkürzter Bearbeitungsdauer ziehen sich die Asylverfahren, außerdem müssen oft die Sprache erlernt sowie Schul- oder Berufsabschlüsse anerkannt oder nachgeholt werden. Die Chancen stehen aber gut, dass sich die Zahlen in Zukunft verbessern werden. Denn laut einer IAB-Studie finden über 50 Prozent der Zugewanderten nach fünf Jahren einen Job.

Wie ist die Unterbringungssituation der Geflüchteten?

Auch was die Wohnsituation angeht, sind viele mittlerweile angekommen. 2015 war die Lage anders: 2015 wurden Turnhallen zu Erstaufnahmeeinrichtungen umfunktioniert. Weil das oft nicht ausreichte, wurden Zeltstädte errichtet, in denen Zehntausende bis zum Winter unterkamen. Hamburg und Berlin wandelten sogar leer stehende Gewerbeimmobilien zu Flüchtlingsunterkünften um.

Heute ist das alles fast vorbei. Zwar werden neu ankommende Asylsuchende auch weiterhin in einer sogenannten Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Dort bleiben sie jedoch in der Regel maximal sechs Monate. Danach leben sie entweder in einer Gemeinschaftsunterkunft oder gleich in einer eigenen Wohnung. In den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland können die Bundesländer den Flüchtlingen vorschreiben, an welchem Ort sie wohnen müssen (Wohnsitzauflage). Nur wer einen Job hat, darf sich seinen Wohnort auch vorher schon selbst aussuchen.

Was hat die Integration bisher gekostet?

Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Es ist kaum möglich, die genauen Kosten zu ermitteln, da Bund, Länder und Kommunen verschiedene Leistungen übernehmen und Geflüchtete auch Leistungen vom Staat erhalten, die für viele weitere Personengruppen gezahlt werden – Kindergeld zum Beispiel.

2015 überboten sich Ökonomen mit Prognosen, wie hoch die Kosten ausfallen würden. Mal war von 50 Milliarden allein für Unterkunft, Verpflegung und Sprachkurse in den ersten zwei Jahren die Rede, mal von fast einer Billion Euro in den ersten sechs Jahren.

Am ehesten lassen sich die Ausgaben des Bundes ermitteln. Aus Bundesmitteln werden die Asylverfahren, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgewickelt werden, bezahlt – ebenso wie all die Maßnahmen und Leistungen, die über die Bundesagentur für Arbeit zur Integration auf dem Arbeitsmarkt erfolgen. Die Länder und Kommunen organisieren daneben die Unterkunft und Integration vor Ort, wofür der Bund Zuschüsse gibt. 2018 erhielten die Länder und Kommunen für Flüchtlings- und Integrationskosten vom Bund rund 7,5 Milliarden Euro. Davon werden allerdings auch Dinge bezahlt, die wie der soziale Wohnungsbau oder der Ausbau der Kinderbetreuung auch anderen Bevölkerungsgruppen, also nicht nur Flüchtlingen, zugutekommen.

Darüber hinaus gab der Bund 2018 weitere 15,5 Milliarden Euro für die von ihm zu tragenden Aufgaben aus. 7,9 Milliarden Euro davon entfielen jedoch auf die Fluchtursachenbekämpfung, wurden also nicht für Flüchtlinge im Inland ausgegeben. Zum Vergleich: die Gesamtausgaben des Bundes lagen bei 341 Milliarden Euro.

Experten des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hatten zunächst angenommen, dass mindestens 20 Milliarden Euro Kosten pro Jahr anfallen würden. Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte sogar noch eine EU-weite Benzinsteuern in Betracht gezogen, um die Kosten für die Flüchtlingskrise kompensieren zu können. Das war, so zeigt die Bilanz, nicht nötig: Trotz der Ausgaben für die Integration erwirtschaftete Deutschland immer einen Haushaltsüberschuss. Auch die von der Bundesregierung gebildete Flüchtlingsrücklage in Höhe von mittlerweile 35 Milliarden Euro wurde bisher nicht angetastet.

Ist die Kriminalität in Deutschland durch den Zuzug der Flüchtlinge gestiegen?

Rechtspopulisten und Neonazis benutzen tatsächlich oder vermeintlich kriminelle Flüchtlinge stets für ihre Forderung nach einer schärferen Asylpolitik. Spätestens nachdem in der Kölner Silvesternacht 2015 Hunderte Männer, darunter viele Asylbewerber, Frauen belästigt und beraubt hatten, wurde auch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert, welche Gefahr von den Flüchtlingen ausgehe. Erst im Juli dieses Jahres hat die AfD-Fraktion im Bundestag erneut eine kleine Anfrage zur Kriminalität gestellt, die noch unbeantwortet ist.

Dabei stehen die meisten der Daten öffentlich längst zur Verfügung: Vergleicht man alle in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) erfassten Straftaten aus dem Jahr 2013 mit den jüngsten Zahlen von 2018 zeigt sich, dass vor dem Zuzug der Flüchtlinge mehr Straftaten registriert wurden (etwa 5,96 Millionen) als vergangenes Jahr (etwa 5,56 Millionen). Zwischendurch gab es allerdings einen Anstieg, in den Jahren 2014, 2015 und 2016.

Dieser Anstieg, stellt das Bundeskriminalamt in seinem Bericht zur PKS 2015 fest, sei fast ausschließlich auf ausländerrechtliche Verstöße zurückzuführen, also unerlaubte Einreise oder unerlaubten Aufenthalt. Das sind Straftaten, die Deutsche nicht begehen können. Erstmals wurde 2015

deswegen auch die Zahl aller Straftaten um die ausländerrechtlichen Verstöße bereinigt dargestellt: Der zuvor sichtbare Anstieg war anschließend verschwunden. Zwischen 2014 und 2015 lag die Zahl aller Straftaten unverändert bei etwa 5,93 Millionen. Im Jahr 2016 sank sie sogar auf 5,88 Millionen.

In der Debatte um angeblich kriminellere Geflüchtete geht es vor allem um die Gewaltkriminalität. Auch die war zwischenzeitlich leicht angestiegen. Anfang 2018 hatten die Kriminologen Christian Pfeiffer, Dirk Baier und Sören Kliem gezeigt, dass der Anstieg der Gewalttaten zwischen 2014 und 2016 tatsächlich zum größten Teil auf Flüchtlinge zurückführbar war, zumindest in Niedersachsen. Jedoch sinkt die Gesamtzahl der Gewalttaten bundesweit seit 2017 wieder leicht. Sie lag 2018 nur etwas höher als 2013 und befindet sich auf einem deutlich niedrigeren Niveau als 2012. Dieser Rückgang ist aber eher darauf zurückzuführen, dass deutsche Staatsangehörige weniger Taten begangen haben (-2,3 Prozent). Die Zahl der Gewalttaten von Geflüchteten stieg hingegen von 2017 auf 2018 leicht um 1,4 Prozent beziehungsweise 390 Fälle.

Gewaltkriminalität macht vielen Menschen aus nachvollziehbaren Gründen Angst. Allerdings bleibt dabei oft unberücksichtigt, dass nur drei Prozent aller registrierten Straftaten Gewalttaten sind.

Schaut man also auf die Zeit seit Ankunft der Flüchtlinge, wird deutlich: Insgesamt ist die Kriminalität nicht gestiegen. Es ist aber möglich, dass sie ohne ihren Zuzug noch stärker gesunken wäre.

Wie läuft die gesellschaftliche Integration der Geflüchteten?

Integration heißt auch, sich ein soziales Leben aufzubauen. Freunde finden, eine Familie gründen. Ein Indiz dafür, dass sich Geflüchtete eine Zukunft vorstellen können in ihrer neuen Heimat, ist der Wunsch zu heiraten. Gerade für Menschen aus Syrien oder Afghanistan, den Ländern, aus denen die meisten Menschen zu uns gekommen sind, hat die Ehe einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. "Bei uns heiraten wir, bevor wir ein richtiges Paar sein können", sagt Krishma. Die 23-jährige Afghanin lebt in Berlin und ist seit drei Wochen verlobt. Im Deutschkurs hat sie Omar kennengelernt, einen jungen Mann aus Kunduz. Jetzt wollen sie heiraten. Aber vorher hat Krishma viel zu tun.



Omar und Krishma haben sich verlobt. © privat

Jeder, der in Deutschland gemeldet, volljährig und geschäftsfähig ist, darf heiraten, also auch Flüchtlinge und Asylbewerber. Nur ist es für ausländische Staatsbürgerinnen um einiges aufwändiger als für deutsche. Viele Papiere müssen vom Herkunftsland ausgestellt und dann ins Deutsche übersetzt werden. Krishma braucht ihren afghanischen Pass, ihre Geburtsurkunde und ein sogenanntes Ehefähigkeitszeugnis. Darin müssen die afghanischen Behörden bestätigen, dass Krishma ledig ist und dass nichts gegen eine Ehe spricht. Sie hat keines dieser Dokumente. Bis jetzt ist alles, was sie besitzt, eine Tazkira, ein afghanischer Personalausweis.

Wie viele Geflüchtete in Deutschland heiraten, wissen wir nicht. Aber die Standesämter erfassen die Nationalitäten der Ehepartner. Und zumindest eines zeigen die Zahlen: Seit mehr Afghanen bei uns leben, heiraten auch mehr von ihnen. Und es steigen nicht nur die Zahlen derer, die eine Deutsche oder einen Deutschen heiraten, was ihnen nebenbei einen gesicherten Aufenthaltsstatus verschafft. Sondern auch die Zahl der afghanisch-afghanischen Ehen. 2018 ließen sich insgesamt 410 Afghaninnen und Afghanen trauen, 225 von ihnen haben einen Deutschen oder eine Deutsche geheiratet, 144 einen afghanischen Partner.

Auch die Eheschließungen von Syrern sind seit 2015 deutlich angestiegen. Im Jahr 2018 haben 2.780 Syrerinnen und Syrer geheiratet, die meisten von ihnen eine Partnerin oder einen Partner aus dem gleichen Herkunftsland: 988 Syrerinnen haben einen Syrer geheiratet. 602 deutsch-syrische Ehen wurden geschlossen und 202 Syrerinnen und Syrer heirateten Menschen aus anderen Ländern.

Eine Ehe ist ein Versprechen. Häufig verbunden mit der Hoffnung auf eine gute, gemeinsame Zukunft. Krishma und Omar wollen in Deutschland eine Familie gründen. Bisher hat sich Krishma vor allem um die Belange ihrer Eltern und Brüder gekümmert. "Jetzt möchte ich etwas für mich tun", sagt sie.

Wie sind die geflüchteten Kinder in der Schule angekommen?

Integration kann nur gelingen, wenn die Kinder gut in die Schule integriert sind. Deutschland hatte einst viele Fehler gemacht mit den Kindern der sogenannten Gastarbeiter. Sie schnell unter deutschen Kindern zu unterrichten, war damals gar nicht das Ziel, dachte man doch, sie würden das Land bald schon wieder verlassen. Wie ist es nun gelaufen mit den Flüchtlingskindern? Die Herausforderungen waren jedenfalls groß.

2015 waren rund 200.000 schulpflichtige Flüchtlinge in Deutschland angekommen, 2016 kamen noch etwa 130.000 dazu. Die Schulen haben enorm viel geleistet: Mehr als 90 Prozent von diesen Schulpflichtigen waren schon 2016 im hiesigen Bildungssystem angekommen – das zeigt eine Kurzanalyse des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des BAMF von 2019. Zwei Drittel der Flüchtlingskinder wurden an den allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, 16 Prozent machten eine Berufsausbildung oder lernten an einer Berufsschule. Und das, obwohl es an allem mangelte: an Raum, an Lehrern, an Materialien. Vieles wurde mit Engagement wettgemacht. Nach und nach haben viele Bundesländer laut des Mediendienstes Integration für die Zuwandererkinder auch neue Lehrer für "Deutsch als Zweitsprache" eingestellt. In Schleswig-Holstein hat sich ihre Zahl bis 2017 zum Beispiel nahezu verdoppelt.

Und trotzdem ist längst noch nicht alles perfekt. Viele der Flüchtlingskinder besuchen zunächst eine Vor-, Sprachlern- Willkommens- oder Internationale Klasse (sie heißen unterschiedlich in den Bundesländern), in der sie Deutsch lernen, bevor sie in den Regelunterricht wechseln. Am Anfang saßen dort 13-jährige Analphabeten neben Sechsjährigen aus gebildeten Familien. Manchmal blieben die Kinder und Jugendlichen dort ein oder sogar zwei Jahre und länger. Und das kann zum Problem werden.

Nicht selten passiert es, dass die Kinder in den Schulen nebenherlaufen, etwa beim Sportfest vergessen werden und so auf dem Schulhof die Außenseiter bleiben – und deshalb zu wenig Deutsch mit den anderen Kindern reden. Der Übergang in die Klassen verläuft dann oft holprig.

In manchen Bundesländern werden Kinder sofort in die Regelklassen aufgenommen und bekommen nebenbei mehr oder weniger Deutschunterricht. Je kleiner die Kinder sind, umso besser funktioniert das. Einige Schulen haben sich für Mischformen entschieden: Die Kinder sind dann gleich zu Beginn in bestimmten Fächern wie Sport, Musik und Englisch in den Regelklassen, um gleich dazuzugehören. In der restlichen Zeit lernen sie Deutsch. Sie wechseln dann nach und nach auch in den anderen Fächern in die Klassen. Sprachlernforscher wie Michael Becker-Mrotzek, Direktor des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Uni Köln, halten diese Form der Integration für besonders vielversprechend.

Probleme zeigen sich – wenig erstaunlich – vor allem bei den älteren Kindern. So schafften es laut Kurzanalyse des BAMF viele Jugendliche über 15 Jahren gar nicht in den normalen Unterricht. Geflüchtete Jugendliche lernen auch deutlich häufiger als andere Kinder in Deutschland an der

Hauptschule. Kein Wunder, sie haben oft schlechtere Bedingungen, konnten etwa im Heimatland nur selten eine Schule besuchen, haben dort und auf der Flucht Traumatisches erlebt oder müssen in Deutschland ohne ihre Eltern leben.

Doch auch bei den Flüchtlingskindern zeigt sich das größte Manko des deutschen Bildungssystems: Wer gebildete Eltern hat, kommt aufs Gymnasium, die anderen haben weniger Chancen.

Wie ist die Präsenz der Geflüchteten an Universitäten?

Jedes Semester immatrikulieren sich mehrere Tausend Geflüchtete an deutschen Hochschulen und Universitäten. Allein im Wintersemester 2018/19 waren es 3.788. Das sind ungefähr 18-mal mehr als im Wintersemester 2015/16, in dem nur 205 Studienanfänger Geflüchtete waren. Und die Tendenz ist weiter steigend: Zwischen den Wintersemestern 2017/18 und 2018/19 hat sich die Zahl der neu eingeschriebenen Geflüchteten nahezu verdreifacht. 17 Prozent der Geflüchteten hatten bereits ein Studium oder eine Ausbildung in ihrer Heimat abgeschlossen, als sie nach Deutschland kamen, so die Ergebnisse einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Bnana Darwish gehört zu den acht Prozent der Geflüchteten, die in ihrem Heimatland bereits ein Studium begonnen hatten und es nach ihrer Flucht in Deutschland fortführen wollen. 2013 floh Bnana Darwish aus Syrien. Heute studiert sie in Stuttgart Architektur.



Bnana Darwish: 2013 floh sie aus Syrien. Heute studiert sie in Stuttgart Architektur.

"Wenn ich meinen Abschluss habe, möchte ich gern in Deutschland arbeiten, damit ich dem Land etwas zurückgeben kann", sagt sie.

Darwish studierte im vierten Semester Architektur, als ihre Uni im März 2013 in Damaskus mit Granaten beschossen wurde. Mit ihrer Familie – ihren Eltern, drei Brüdern und einer Schwester – floh sie nach Libyen. Dort in Tripolis fanden weder der Vater noch die Brüder Arbeit. Also bewarb sie sich für ein Stipendium, im März 2014 kam sie über die Internationale Organisation für Migration (IOM) nach Deutschland. Heute studiert die 29-Jährige in Stuttgart: Ihren Bachelorabschluss hat sie mit der Note 2,4 bestanden, mittlerweile steht sie kurz davor, auch ihren Masterabschluss in Architektur zu machen.

Wie viele der Geflüchteten genau in Deutschland studieren, ist durch keine Statistik belegbar, denn jede Universität oder Hochschule dokumentiert die Herkunft ihrer Studierenden anders. Der Stifterverband und die Unternehmensberatung McKinsey prognostizierten jedoch in einer Studie, dass 2020 bis zu 40.000 Geflüchtete an deutschen Hochschulen oder Universitäten eingeschrieben sein könnten. Wenn finanzielle Hürden abgebaut und gesundheitliche und vor allem sprachliche Probleme ausgeräumt würden, könnten es auch mehr als doppelt so viele sein, heißt es.

Auch für Darwish war die Sprache das größte Problem: Sie hatte in einem Integrationskurs zwar Deutsch gelernt, doch das Akademikerdeutsch, das sie für ihr Studium braucht, musste sie noch mal neu lernen. Bnana Darwish möchte nach ihrem Masterabschluss in Deutschland bleiben und im Bereich Nachhaltigkeit und Stadtplanung forschen, vielleicht sogar promovieren. "Ich will mich hier bilden und weiterentwickeln", sagt sie. Ihre Zeit in Deutschland sieht sie als Chance, die nur wenige bekommen.

Wie steht es um die deutschen Sprachkenntnisse der Geflüchteten?

Die Zahlen aus dem April machten Schlagzeilen: Rund die Hälfte der Zugewanderten, die 2018 erstmals einen Sprachkurs absolvierten, haben ihn nicht erfolgreich beendet. 51,5 Prozent verfehlten das Kursziel Sprachniveau B1. Das bedeutet: sie können kein Gespräch über vertraute Themen führen und sich nicht über Alltagssituationen verständigen. Vor drei Jahren lag die Quote knapp über einem Drittel.

Was bedeutet das genau? Gelingt es immer schlechter, den Geflüchteten, die in Deutschland leben, Deutsch beizubringen?

Nein, sagte Elke Breitenbach, Vorsitzende der Konferenz der Integrationsminister und Berliner Senatorin für Integration im Interview im April. Die Sprachkurse erreichten heute einfach andere Menschen. "Vor zwei Jahren", sagte Breitenbach, "hatten wir in den Sprachkursen etwa zehn Prozent Analphabeten sitzen, heute sind es 30 Prozent. Dazu kommt, dass die Menschen aus dem arabischen Raum komplett neue Schriftzeichen lernen müssen."

Die Zahlen stammen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten René Springer. Nachdem sie veröffentlicht wurden, geriet das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das die Deutschkurse finanziert, in die Kritik. Breitenbach räumte damals ein, dass die Qualität der Kurse, die meist von privaten Anbietern durchgeführt werden, sich verbessern muss.

Wie beurteilt Elke Breitenbach die Situation heute? Sie ist kritisch. "Der Bund hatte zugesagt, die Qualität der Kurse zu verbessern und sie mehr Geflüchteten zugänglich zu machen. Diese Zusage wurde nicht eingehalten", sagt sie. Mit dem im Sommer verabschiedeten Gesetzespaket zu Asyl und Zuwanderung habe es einzelne Verbesserungen gegeben, aber viele geflüchtete Menschen seien von den Sprachkursen ausgeschlossen. "Das ist ein großer Fehler. Wir werden aber nicht nachlassen, hier Verbesserungen einzufordern, und unseren Beschluss der Integrationsministerkonferenz weiterverfolgen."

Wie steht es um die Willkommenskultur?

Fotos von freiwilligen Helfern, die im Sommer 2015 Migranten am Münchner Hauptbahnhof in Empfang nehmen, prägen bis heute das Bild des flüchtlingsfreundlichen Deutschlands. Doch parallel dazu wuchs deutschlandweit auch der Hass auf Geflüchtete – und die Sorge, dass sich Gewaltexzesse gegen Asylbewerber, wie in den Neunzigerjahren etwa in Rostock-Lichtenhagen, wiederholen könnten. Die Zahlen sind bedrückend: Im Jahr 2015 wurden pro Tag durchschnittlich drei Straftaten gegen Flüchtlingsheime verübt. Seither ist die Gewalt zwar rückläufig, aber auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres gab es im Schnitt noch alle drei bis vier Tage Straftaten gegen Unterkünfte. Anfeindungen oder Angriffe auf Asylbewerber passieren täglich. Mit der "Gruppe Freital" und "Revolution Chemnitz" haben sich außerdem in den vergangenen Jahren mindestens zwei Terrorgruppen gebildet, die sich gegen Geflüchtete richteten.

Zwar hat eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung ermittelt, dass die Menschen hierzulande Migration inzwischen wieder etwas positiver sehen, doch skeptische und ablehnende Sichtweisen erhalten in der Bevölkerung nach wie vor im Vergleich eine höhere Zustimmung.

Ist die Willkommenskultur vier Jahre nach Merkels Aussage, "Wir schaffen das", Gewalt und Anfeindungen gewichen? Manuela Bojadžijev, die als Professorin für Globalisierte Kulturen an der Universität Lüneburg zu Migration und Rassismus forscht, spricht in diesem Zusammenhang von einer erstarkten Ablehnungskultur.

ZEIT ONLINE: Frau Bojadžijev, hat die Gesellschaft in der Debatte um Flucht und Integration darin versagt, sich stärker gegen rassistische Hetze und Gewalt zu wenden?

Manuela Bojadžijev: Nein, die Gesellschaft hat sicher nicht versagt. Es gibt ja unzählige Initiativen wie etwa #unteilbar oder all die Organisationen, die Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt schützen. Deren Anstrengungen müssen wir noch stärker unterstützen. Spätestens der Mord an dem

CDU-Politiker Walter Lübcke in Hessen hat offenbart, dass Gewalt alle treffen kann, die sich einem rechtsextremen Gesellschaftsprojekt in den Weg stellen.

ZEIT ONLINE: Sie sprechen davon, dass eine Ablehnungskultur in Deutschland entstanden ist. Was bedeutet das genau?

Bojadžijev: Es geht um eine Alltagskultur, in der die Ablehnung von Einwanderung gelebt wird. Die Vorfälle in Chemnitz vor einem Jahr zeigen gut, was ich damit meine: Weil ein irakischer Asylbewerber mutmaßlich den deutsch-kubanischen Tischler Daniel H. getötet hat, organisiert sich eine komplette Bewegung, die mit Hetzjagden auf Migranten beginnt und am Ende in fremdenfeindlichen Alltagskulturen aufgeht. In Sportvereinen oder anderen sozialen Gruppen wird es dann auf einmal selbstverständlich, dass man eine aversive Einstellung gegenüber Migration pflegt – und damit alles erklärt, was in der Gesellschaft schiefgeht.

ZEIT ONLINE: Hat denn der Rassismus in Deutschland seit 2015 Ihrer Ansicht nach zugenommen?

Bojadžijev: Das lässt sich nicht eindeutig messen, aber Rassismus ist sicher akzeptabler geworden als er eine Zeit lang war – sowohl in der Sprache, in Form von Gewalt und darin, wie tief er in den Institutionen und der Gesellschaft verankert ist. Wenn wir uns dagegen wenden wollen, müssen wir besser verstehen und zugleich denunzieren, was ihn in der Breite akzeptabel macht.

<https://www.economist.com/leaders/2019/09/05/mario-draghi-and-the-ecb-confront-a-slowng-euro-zone>

What Mario Draghi should do to perk up Europe's economy

Mario Draghi and the ECB confront a slowing euro zone

As the risk of recession in Europe rises, the ECB must act

Print edition | Leaders
Sep 7th 2019

If Mario Draghi had been hoping for a quiet few months before he retires from the European Central Bank (ECB) at the end of October, he has been disappointed. He has been in charge for eight high-wire years. In 2012 he quelled panic about the break-up of the euro zone by pledging to do “whatever it takes” to save the single currency. In 2015 he introduced quantitative easing (QE, creating money to buy bonds) in the face of fierce opposition from northern member states. Now the euro zone is flirting with recession and governments are not helping by being slow to loosen fiscal policy. At the central bank's meeting on September 12th, Mr Draghi must dust himself down one last time.

Investors' jitters about a recession and the impact of the trade war have sent bond yields tumbling. The ECB's hawks—such as Jens Weidmann, the head of the Bundesbank, and Klaas Knot, of the Dutch central bank—caution against overreacting with a large stimulus. But the economic data are dreadful. Output in Germany shrank in the second quarter, and some economists are pencilling in another contraction in the third. Italy is stagnating. According to a survey of purchasing managers released on September 2nd, Europe's manufacturing decline shows no sign of abating. The deeper it is and the longer it lasts, the more likely that trouble brims over into the rest of the economy. In Germany retail sales are already slipping and firms are planning to hire fewer workers.

Inflation is dangerously low. Both the headline figure and the “core” measure—which strips away volatile food and energy prices—are stuck at around 1%, below the ECB's target of inflation below, but close to, 2%. Investors' medium-term expectations, as measured by swap rates, have drifted down to 1.2%, well below levels in 2014-15, when the bank prepared to launch QE. The views of professional forecasters surveyed by the ECB have fallen to their bleakest since polling began in 1999. In an attempt to bolster its credibility, the bank has tweaked its language to emphasise that it does not want to undershoot the target of 2% consistently. But without action, those words count for little.

Some economists, among them Larry Summers of Harvard University, argue that, with little ammunition left, central banks should refrain from action so as to force governments to step into the breach with fiscal policy. They are right that the root cause of the economic woe is a shortfall of demand. Sovereign borrowing costs in much of the euro area are near zero or below it. In an ideal world governments would leap at the chance to borrow so cheaply in order to invest. And it is also true that monetary policy is likely to be less effective because rates are so low. The ECB's deposit rate is already -0.4%. At some point the benefits of further cuts will be offset by their costs, for example if customers begin to withdraw funds from banks and thus destabilise them. With financial conditions already much looser, QE will not be as effective as it was in 2015.

But for the ECB to stand back and do nothing would be irresponsible. It is legally obliged to achieve price stability. Germany's government shows little appetite to borrow to spend, even if its entire bond yield-curve is submerged below zero. There is even less sign of co-ordinated regional fiscal stimulus in the offing. Until governments loosen the purse-strings, the ECB has no choice but to act. It is the only game in town.

Mr Draghi must therefore be bold on September 12th. Although the scope for interest-rate cuts is limited, it still exists. The important thing is to mitigate the impact on financial stability by, say,

“tiering” deposit rates—giving banks a rebate on some of the interest they would otherwise have to pay to park spare cash with the central bank. This would signal that the ecb can cut rates further without blowing up the banking system.

He should also restart qe and commit the bank to buying bonds until underlying inflation shows a meaningful recovery. Mr Draghi has said before that he views asset purchases as particularly helpful in reviving inflation expectations. One constraint is the ecb’s self-imposed limit on the share of a country’s government bonds that the bank can buy. This should be lifted from a third to a half, sending a powerful signal that the ecb means business. The legality of qe is still being questioned in Germany’s constitutional court, but a ruling by the European Court of Justice last year appears to give the ecb room to raise those limits in its quest for price stability. The promise of lower borrowing costs for longer might even prompt national treasuries into issuing more debt.

Last, Mr Draghi must use the bully pulpit to urge governments to exercise their fiscal powers to fend off a recession. You might think that he should avoid taking action at the end of his tenure, so as not to bind the hands of his successor, Christine Lagarde. Not so. A determined response now will save her much work later. Mr Draghi is in a unique position. His stature with investors and governments gives him real clout. And since he departs in a few weeks he can be blunter than he has been in putting across the message that governments, not just the ecb, must act. That would cement his legacy as the man who saved the euro. ■

Print edition | Leaders
Sep 7th 2019

Meltdown averted

Germany's ruling parties have escaped electoral disaster

But state ballots highlight the divide between east and west

[Print edition | Europe](#)

Sep 7th 2019 | DRESDEN

On September 1st Germany's ruling Christian Democratic Union (cdu) scored its worst result at a state election in Saxony for three decades—and the party faithful, crammed into a sweaty restaurant in Dresden, cheered it to the rafters. For although the party's 32% share was almost one-fifth lower than in the last vote, in 2014, it was enough to stop the hard-right Alternative for Germany (afd) from winning its first state election. A similar story unfolded in Brandenburg, another eastern state, where the ruling Social Democrats (spd) squeaked a victory over the afd with just over a quarter of the vote. The spd once scored absolute majorities here. But the afd's performance in eastern Germany has dramatically lowered the bar for what other parties consider success.

Disaster averted, then? The probable survival of the ruling parties in both states provides a little breathing-space to Germany's federal coalition, an unhappy marriage of the cdu (plus its Bavarian sister party) with the spd. Annegret Kramp-Karrenbauer, the cdu's embattled national leader, can thank Michael Kretschmer, her counterpart in Saxony, for leading the party to victory in a spirited campaign. For the spd, divided and rudderless, losing Brandenburg would have darkened the mood further as it begins a campaign to choose a leader to replace the one it kicked out in June. Several of the candidates still want the party to leave the federal government, a decision it must make in December.

In the two states, the ruling parties now begin the tough work of building coalitions. In Saxony Mr Kretschmer's only option seems to be a "Kenya" coalition with the spd and the Greens (the parties' colours match the country's flag), which would leave more parties sitting in government than outside it. Big differences over education, policing and energy will hamper the negotiations; success is not guaranteed. A similar combination looks possible in Brandenburg. A Kenya coalition in neighbouring Saxony-Anhalt has been a miserable experience for everyone. But awkward governing contraptions are increasingly unavoidable if the afd is to be kept out of office, as all other parties insist. By the year's end four of the five states of the former East Germany may be run by three-party coalitions. That bolsters the afd's claim to be the only genuine alternative.

Many members of the Saxon cdu, perhaps the country's most conservative branch, grumble about the *cordon sanitaire* their leadership has erected around the afd. But the populists' radicalisation makes co-operation impossible: Andreas Kalbitz, the afd's leader in Brandenburg, was plagued throughout the campaign by evidence of past links to neo-Nazi groups. That he nonetheless secured a score of 24%, including 100,000 previous non-voters, ought to concentrate minds. The party doubled its score in Brandenburg, and nearly tripled it in Saxony. In Saxony it came first among every age group below 60. This may represent the limit of its support, which has in fact been flat for two years. But electoral maps of the two states show their eastern halves painted almost entirely in the party's royal blue.

That has fuelled an anxious national conversation about the persistence of Germany's east-west divisions. November 9th will mark the 30th anniversary of the fall of the Berlin Wall (just two weeks after Thuringia, a third eastern state, holds an election). What ought to be a moment to celebrate German unity may become an occasion to highlight its rifts. ■

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/geldpolitik-der-streit-um-die-negativzinsen-eskaliert-16368455.html?premium=0xe5e385a7f1b2cddec0e52e17762cb4f4&GEPC=s5>

GELDPOLITIK:

Der Streit um die Negativzinsen eskaliert

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 04.09.2019-17:47



Durch die Geldpolitik entsteht Europas Banken ein Nachteil von 40 Milliarden Euro gegenüber Amerika, klagt der Chef der Deutschen Bank. Die künftige EZB-Präsidentin hält sich zurück.

Eine Woche vor einer entscheidenden Sitzung der Europäischen Zentralbank zur künftigen Geldpolitik in Europa schlägt der Streit um eine Ausweitung der Negativzinsen hohe Wogen: Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing warnte die Eurowährungshüter eindringlich davor, die Geldpolitik abermals zu lockern. „Gesamtwirtschaftlich wird eine weitere Zinssenkung auf dem aktuellen Niveau verpuffen“, sagte er auf einer Bankentagung des „Handelsblatts“ in Frankfurt. Sie werde lediglich die Vermögenspreise weiter in die Höhe treiben und die Sparer weiter belasten. Die Hoffnung der EZB, mittels einer weiteren Zinssenkung die schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln, teilt Sewing nicht. „Die Zentralbanken haben kaum noch Mittel, um eine echte Wirtschaftskrise wirkungsvoll abzdämpfen“, befand er. „Langfristig ruinieren diese Niedrigzinsen das Finanzsystem.“

Geldhäuser in der Währungsunion müssen für Einlagen auf ihren Notenbank-Konten Geld zahlen, während Institute in den Vereinigten Staaten Guthabenzinsen erhalten. Dort wurden die Leitzinsen kürzlich zwar gesenkt, sie liegen mit einer Spanne zwischen 2 und 2,25 Prozent aber deutlich über dem Eurozonen-Niveau von null Prozent. Europäische Banken hätten durch diesen Unterschied einen Wettbewerbsnachteil von ungefähr 40 Milliarden Dollar, beklagte Sewing: „Allein uns als Deutsche Bank kosten die negativen Einlagenzinsen einen dreistelligen Millionenbetrag in diesem Jahr. Auf vier Jahre hochgerechnet, sind das mehr als zwei Milliarden Euro.“ Auch eine Staffelung des Einlagenzinssatzes für Banken, über die in der EZB-Führung diskutiert wird, ändert nach Einschätzung des Deutsche-Bank-Chefs am Grundproblem nichts.

Unterdessen räumte auch die künftige EZB-Präsidentin Christine Lagarde ein, man dürfe die Nebenwirkungen der Negativzinsen nicht außer Acht lassen. „Wir müssen die negativen Folgen und Nebeneffekte im Blick behalten“, sagte sie während einer Anhörung im Europaparlament in Brüssel. Die Sorgen der Leute müssten beachtet werden. Zuvor hatte sie in einer schriftlichen Antwort auf Fragen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (Econ) indessen auch hervorgehoben, dass die Geldpolitik aus ihrer Sicht auf absehbare Zeit sehr locker bleiben müsse, da die Eurozone wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt und die Teuerungsrate niedrig sei. Das wurde einerseits als Unterstützung der Linie des amtierenden EZB-Präsidenten Mario Draghi gedeutet. Andererseits hatte Lagarde sich zu Anleihekäufen eher zurückhaltend gezeigt. Sie äußerte sich in Brüssel wiederum auch zu Draghis berühmten Worten aus dem Sommer 2012, als deren Folge sich das Anlegerverhalten merklich änderte. „Die EZB ist bereit, im Rahmen ihres Mandats alles zu tun, was nötig ist, um den Euro zu retten. Und glauben Sie mir: Es wird genug sein“, hatte Draghi da gesagt. Seine designierte Nachfolgerin sagte dazu: „Ich hoffe, dass ich niemals so etwas sagen muss.“

Weitere ranghohe Notenbanker haben sich derweil kritisch zu neuen Anleihekäufen positioniert. Frankreichs Notenbankchef François Villeroy de Galhau sagte dazu dem französischen Magazin „L'Agefi“, die EZB müsse nicht alle geldpolitischen Instrumente gleichzeitig einsetzen. Weiter äußerte Madis Müller, der Notenbankchef aus Estland, die aktuelle Wirtschaftslage rechtfertige keinen Neustart der Anleihekäufe: Die wirtschaftliche Lage verschlechtere sich zwar, es gebe aber keine Rezession und es bestünden keine Deflationsgefahren, die normalerweise Voraussetzung von Anleihekäufen seien. Robert Holzmann, der neue Präsident der österreichischen Notenbank, hatte sich grundsätzlich gegen eine expansive Geldpolitik ausgesprochen und plädierte eher für das Gegenteil. Er hatte deshalb in Medien schon den Spitznamen „Anti-Draghi“ verliehen bekommen.

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hatte sich nicht grundsätzlich gegen weitere Anleihekäufe ausgesprochen. Er mahnte aber zur Vorsicht, weil sie die Trennlinie zwischen Geldpolitik und Fiskalpolitik zu verwischen drohten. Der Chef der niederländischen Notenbank, Klaas Knot, äußerte, er sehe aktuell keine Notwendigkeit für mehr Staatsanleihekäufe: Die Wirtschaft der Währungsunion entwickle sich nicht so schwach. Auch die deutsche EZB-Direktorin Sabine Lautenschläger hatte gesagt, sie sehe derzeit keine Notwendigkeit, die Anleihekäufe auszuweiten. Dies wäre nur im Falle einer drohenden Deflation gerechtfertigt, diese sei aber nirgendwo in Sicht. Zinssenkungen hingegen seien Teil der herkömmlichen Geldpolitik.

Wird gar nicht so wenig Inflation erwartet?

Passend zu der bevorstehenden Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) über ein neues Lockerungspaket für die Geldpolitik gibt es eine Debatte darüber, ob die Inflationserwartungen in Europa eigentlich wirklich so niedrig sind, wie es die gängigen Indikatoren der Markterwartungen nahelegen. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beschäftigt sich in einem aktuellen Arbeitspapier von Nikos Apokoritis, Gabriele Galati, Richhild Moessner und Federica Teppa mit der „Verankerung der Inflationserwartungen“, und zwar langfristig und kurzfristig. Das Ergebnis klingt weniger dramatisch, als es viele Forderungen nach einer weiteren Lockerung der Geldpolitik in Europa derzeit nahelegen. Im Gegensatz zu den marktbasierenden Inflationserwartungen seien die langfristigen Inflationserwartungen in der Eurozone, die man aus Umfragen kenne, weiter „gut verankert“ beim Inflationsziel der EZB von unter, aber nahe 2 Prozent. Das passt zu Ausführungen von EZB-Direktoriumsmitglied Benoît Coeuré vor einigen Wochen beim Forschungszentrum „Safe“ in Frankfurt. Nicht nur die Inflationserwartungen an den Rentenmärkten, auch die der Haushalte müssten ernst genommen werden, sagte Coeuré. Die „empfundene“ Inflation unterscheide sich von der gemessenen Teuerung und sei unter Umständen höher: „Die Haushalte der Eurozone scheinen mit viel weniger Skepsis in die Zukunft zu schauen.“ Dies zeige die Notwendigkeit für die Zentralbanken, die Entwicklungen „in einem breiten Spektrum von Inflationserwartungen“ zu berücksichtigen. An den Finanzmärkten wurde die Rede damals auch als Signal gedeutet, dass die EZB Schritte gegen die niedrige Inflation vielleicht doch als nicht so dringlich ansehen könnte. (*sibi.*)

Quelle: F.A.Z.

Europawahl 2019

Das steht im Wahlprogramm der AfD

Von David Ruch, Daniel Schreckenberg

10.05.2019, 23:18 Uhr



Arbeit & Soziales

Die AfD setzt auch im Europawahlkampf auf ihr zentrales Thema: Migration. Die Partei will die "Masseneinwanderung" unterbinden, um verlässliche soziale Absicherung für Arbeitslose und Geringverdiener zu garantieren. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sowie Arbeitnehmermobilität innerhalb Europas sollen sich an den nationalen Arbeitsmärkten orientieren. EU-Bürger sollen den gleichen Lohn und die gleiche gesetzliche Absicherung wie inländische Arbeitnehmer bekommen. Der Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping soll strikt unterbunden werden.

Weniger offen sollen die Sozialleistungen innerhalb Europas verteilt werden. Geht es nach der AfD, braucht es keine europäischen sozialen Sicherungssysteme, da dies zur Absenkung von Sozialstandards führe. Auch eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnt die Partei ab. Braucht ein EU-Ausländer staatliche Unterstützung, soll das Herkunftsland zuständig sein. Asylbewerber – ob im Verfahren, abgelehnt oder anerkannt mit vorläufigem Bleiberecht – sollen ausschließlich Sachleistungen bekommen.

Umwelt & Klima

Die Partei zweifelt in ihrem Europawahlprogramm den menschengemachten Klimawandel an, eine Klimaschutzpolitik sei daher überflüssig. Sie verknappe "ohne jede Not" den Zugang aller Menschen zu billiger Energie. Die Partei lehnt das Pariser Klimaschutzabkommen ab, ebenso wie sämtliche EU-Programme, die die Senkung des CO₂-Ausstoßes zum Ziel haben.

Die EU zieht nach Meinung der AfD mit "absurden Grenzwerten" gegen den Verbrennungsmotor zu Felde. Das treibe deutsche Autobauer ins Ausland. E-Mobilität bringe keine Vorteile für CO₂- und

Ressourcenschonung; Mehr noch: Der Ausbau von erneuerbaren Energien vernichtete Natur- und Kulturlandschaften. Mit einer in Europa angesiedelten Akkuproduktion verschlechterte sich die CO₂-Bilanz. Der Diesel sei besser.

Die Partei will auf einen Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft setzen. Kraftwerke sollten so lange am Netz bleiben, wie es für die Betreiber lukrativ ist. Um fossile Energieträger zu reduzieren, soll die Atomkraft wieder forciert und die Forschung für sichere Endlager und "reststrahlenarme Reaktortypen" aufgenommen werden.

Außenpolitik & Verteidigung

Die AfD will keine gemeinsame Außenpolitik der EU, diese bleibt in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Deutsche Interessen sollen an erster Stelle stehen, zwischenstaatliche Absprachen sind möglich. Deutschland solle aber eine verantwortungsbewusste Führungsrolle einnehmen. Mit den USA strebt die Partei eine ausgewogene Zusammenarbeit an, ebenso mit Russland; Sanktionen gegen Moskau sollen beendet werden, verbunden mit engeren Wirtschaftsbeziehungen. Die Partei unterstützt Nord Stream 2 und ist für einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – nicht aus politischen, sondern aus kulturellen Gründen.

Die AfD ist gegen eine EU-Armee. Für die Verteidigung Europas sei die Nato zuständig, das europäische Engagement in dem Bündnis soll ausgebaut werden. Die AfD steht zur deutschen Rüstungsindustrie und fordert neue wehrtechnische Programme; Waffenexporte in Krisenregionen oder an Willkürregime lehnt die Partei allerdings ab.

Entwicklungshilfe soll wieder in den Händen der Mitgliedsstaaten liegen, die EU nur koordinieren. Keine Entwicklungshilfe für korrupte Staaten und Staaten mit Misswirtschaft – womit wohl ein großer Teil Afrikas ausgeschlossen wäre. Für die Partei sei Freihandel ohnehin die beste Entwicklungshilfe, deshalb keine Ausfuhr von subventionierten Gütern mehr in Entwicklungsländer und Öffnung für deren Produkte. Humanitäre Hilfe sei Aufgabe von Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen.

Migration & Grenzen

Die Partei fordert einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Asylpolitik. Aus ihrer Sicht steuere die EU die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr. Die AfD behauptet, eine weitere Zuwanderung würde die einheimische Bevölkerung an den Rand drängen, der Islam bedrohe die freiheitliche Demokratie. Sie fordert deshalb, Einwanderung strikt zu begrenzen und zu steuern. Wie, das sollen die nationalen Parlamente entscheiden. Die Partei will den Austritt aus dem UN-Migrationspakt und dem UN-Flüchtlingspakt. Das Asylsystem sei mit Blick auf die "Bevölkerungsexplosion in Afrika" an die globalen Migrationsströme anzupassen, Flüchtlinge aus Italien und Griechenland sollen nicht von Deutschland übernommen werden – man habe schon genug aufgenommen.

Deutschland soll syrische Kriegsflüchtlinge unverzüglich zurückschicken, unbedacht der derzeitigen Lage dort. Seenotrettung – für die AfD ist es das Gleiche wie Schleuserkriminalität – soll zu einer schweren Straftat erklärt werden. Neben dem Schutz der EU-Außengrenze soll es für die AfD auch nationale Grenzkontrollen geben, um Kriminalität und Terrorismus besser bekämpfen zu können: Das Schengenabkommen sei zu reformieren. EU-Freizügigkeit soll nur noch für Personen gelten, die sich selbst versorgen können.

Wirtschaft & Finanzen

Den Euro sieht die AfD als gescheitert an. Der Währungsraum mit 19 "völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften" sei eine Fehlkonstruktion. Die Südländer litten unter dem Euro-Korsett. Deutschland solle die D-Mark wieder einführen. EU-Steuern lehnt die AfD ab, ebenso eine CO2-Steuer. Zudem soll es keine Steuern auf Finanzgeschäfte und keine gemeinsamen Unternehmenssteuern geben. Wegen des Brexit soll es ab 2021 keine steigenden EU-Ausgaben geben. Fonds zur Angleichung der Lebensbedingungen in Europa sind unwirksam und sollen abgeschafft werden.

Eine Null-Zins-Politik, wie sie die EZB betrieb, um die Konjunktur in der Euro-Zone zu beleben, lehnt die AfD ab, weil sie zur Enteignung der Sparer führe und private Vermögen entwertet habe. Keine europäische Bankenunion und keine europäische Einlagensicherung, weil sie zum Nachteil der deutschen Sparer wären. Keine europäische Bankenaufsicht, ausschließlich eine nationale. Nationale Qualitätstandards wie "Made in Germany" sollen gestärkt werden.

Inneres & Sicherheit

Für die AfD ist die innere Sicherheit vielerorts nicht mehr gegeben. Migranten – die AfD spricht von illegal eingereisten Tätern – seien überproportional häufig kriminell. Zurückweisung solcher Personen sei nur durch Grenzschutz möglich. Eine europäische Staatsanwaltschaft und Europol hält die Partei allerdings für überflüssig.

Der Islam ist nach Meinung der AfD grundsätzlich nicht mit der europäischen Kultur vereinbar. Nur eine Minderheit der Muslime sei säkular eingestellt und voll integriert. Die Partei bekennt sich zwar zur Glaubensfreiheit, will ihr aber Grenzen setzen, wo die religiöse Praxis Grundrechte verletze. Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland soll verboten werden, ebenso wie Minarette und der Muezzin-Ruf, öffentliche Freitagsgebete, Burka und Nikab.

Zukunft der EU

Für die AfD soll die EU zu einem "Europa der Vaterländer" werden, eng zusammenarbeiten will die Partei nur da, wo es zum Wohl der Bürger sei, etwa beim Binnenmarkt. Die Idee der "Vereinigten Staaten von Europa" lehnt die Partei grundsätzlich ab.

Der Behördenapparat in Brüssel sei aufgebläht und müsse schrumpfen. Die Besoldung der "EU-Bürokraten" solle sinken. Das EU-Parlament will die AfD abschaffen, weil es undemokratisch sei – warum erläutert die Partei allerdings nicht. Stattdessen präferiert sie zwischenstaatliche Kooperationen und multilaterale Staatsverträge.

Die AfD will mehr Volksabstimmungen etwa über Erweiterungen der EU oder den Verbleib im Staatenbund und der Währungsunion. Sollten sich die von ihr geforderten Reformen nicht in angemessener Zeit umsetzen lassen, würde die Partei einen Austritt Deutschlands aus der EU oder eine Auflösung der Union in ihrer jetzigen Form anstreben.

https://www.deutschlandfunk.de/politologe-ueber-afd-waehler-protestwaehler-waehlen-eine.694.de.html?dram:article_id=457831

Politologe über AfD-Wähler

„Protestwähler wählen eine Partei nicht wegen ihrer Inhalte“

Die Mehrheit der AfD-Wähler bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen sind nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Oskar Niedermayer Protestwähler. Sie wollten den anderen Parteien einen Denkzettel verpassen, sagte er im Deutschlandfunk. Der andere Teil habe hingegen ein rechtsextremes Weltbild.



Mario Dobovisek: Am Telefon begrüße ich Oskar Niedermayer, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. Guten Tag, Herr Niedermayer!

Oskar Niedermayer: Ja, guten Tag.

Dobovisek: Viele stellen sich heute die Frage: Warum hat in Brandenburg, warum hat in Sachsen ungefähr jeder Vierte die AfD gewählt. Wie lautet Ihre Antwort?

Niedermayer: Die Antwort war ja in dem Beitrag schon zum größten Teil enthalten. Wir haben natürlich unterschiedliche Wählergruppen, die die AfD wählen.

Die einen, das sind die ideologischen Hardliner, die es auf jeden Fall gibt, die auch durchaus ein rechtsextremistisches Weltbild haben und sich jetzt bei der AfD gerade in Sachsen und Brandenburg aufgehoben fühlen, weil deren Spitzenleute ja zum völkisch-nationalistischen Flügel der Partei gehören. Die anderen – und das ist immer noch die Mehrheit –, das sind aber Leute, die sind unzufrieden, die sind enttäuscht, die fühlen sich von der Politik der jeweiligen Landesregierung allein gelassen. Sie haben ja auch deutlich die Gründe im Beitrag schon genannt. Das ist vor allen Dingen in den ländlichen Gebieten die fehlende Infrastruktur, die die Leute zunehmend nervt.

Und zudem ist die AfD ja zusammen mit den Grünen die politische Repräsentanz der beiden großen Konfliktlinien, die immer noch da sind in der Gesellschaft beziehungsweise jetzt neu da sind.

Das ist die Flüchtlingsfrage; die ist für die AfD-Wählerschaft immer noch ganz weit vorne. Und das ist in neuerer Zeit die Klimafrage, wo sich auch AfD und Grüne gegenüberstehen, so dass wir da eine Polarisierung haben.

Dobovisek: Warum lassen sich, Herr Niedermayer, diese Protestwähler, die Sie auch zu Felde führen, warum lassen die sich nicht von augenscheinlich rechtsradikalen Spitzenkandidaten, von rechtsradikalen Aussagen, warum lassen die sich davon nicht abschrecken?

Niedermayer: Ja, das ist ein Definitionsmerkmal eines Protestwählers. Protestwähler wählen eine Partei nicht wegen ihrer Inhalte, sondern um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen, eins auszuwischen, und da sind die Inhalte nicht so wichtig und auch die Spitzenkandidaten nicht.

Dobovisek: Aber zu einem Denkmittel gehört ja auch, dass man dann vielleicht beim nächsten Mal wieder etwas anderes wählt. Das ist in dem Fall nicht so geschehen, sondern die AfD hat einen viel größeren Zulauf noch bekommen als beim letzten Mal.

Niedermayer: Ja, was heißt, das nächste Mal was anderes wählen? – Wir haben ganz deutlich in der zeitlichen Betrachtung die Tatsache, dass die AfD dabei ist oder es sogar schon geschafft hat, die Linkspartei als Protestpartei abzulösen.

Denn früher war das Die Linke, die den Protest kanalisiert hat, die auch die Ostinteressen kanalisiert hat, und da stößt jetzt die AfD rein, weil Die Linke diesen Platz mehr oder minder freimacht. Und man hat ja auch bei der Kommunalwahl schon gesehen, dass die AfD jetzt immer stärker auch kommunal verankert ist und von dort aus die Leute durchaus besser ansprechen kann als früher.

Dobovisek: Auf der anderen Seite radikalisiert sich die AfD zunehmend. Sie haben den Spitzenkandidaten in Brandenburg auch angesprochen. Wie passt das zusammen?

Niedermayer: Ich muss ja noch mal sagen: Protestwähler interessieren sich nicht so sehr für die Positionen der Partei, die sie wählen, weil sie sie nicht wegen der inhaltlichen Positionen wählen, sondern weil sie sagen, ich bin gefrustet von der Landesregierung, von SPD, von Linkspartei, die Linkspartei vertritt nicht mehr meine Interessen, sie gehört jetzt zum politischen Establishment, sie gehört nicht mehr zu denjenigen, die sich um mich kümmern, und jetzt möchte ich der „etablierten Politik“ einen Schuss vor den Bug geben, möchte ihr einen Denkmittel geben, und deswegen wähle ich eine Partei, von der ich weiß, dass der Denkmittel am besten wirkt.

Dobovisek: Und das ist ein klarer Beleg dafür, dass das Konzept der anderen Parteien ganz offensichtlich nicht aufgegangen ist, das Konzept, gegen die AfD zu punkten in den vergangenen Jahren. Warum nicht?

Niedermayer: Ja, da muss man auch differenzieren. Die letzten Tage vor der Wahl haben ja gezeigt, dass vor allen Dingen in Sachsen der Ministerpräsident Kretschmer durchaus das richtige Konzept gefunden hat, um zu versuchen, wenigstens die AfD in ihrem Wachstum zu begrenzen.

Dieses Konzept ist einerseits klare Kante, sich ganz eindeutig und ganz klar abgrenzen von dieser Partei, andererseits aber die Themen, die auch die AfD spielt, dann auch zu beachten, die Leute ernst zu nehmen, mit ihnen zu reden und ihre Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse tatsächlich auch mit in die Politik einzubeziehen. Das muss man weitermachen, das ist ganz klar, und dann hat man aber auch die Chance, durchaus die AfD wieder kleiner zu bekommen.

Dobovisek: Was müssen SPD, CDU und Linke in den kommenden Jahren denn anders machen, um einerseits aus ihrem Tief herauszukommen und andererseits in all dem Argumentieren gegen die AfD sich und ihre Regierungsarbeit, sich schließlich auch noch selbst zu blockieren?

Niedermayer: Sie müssen schlicht und einfach die Situation der Leute verbessern, die sich jetzt allein gelassen, benachteiligt und von der Politik verraten fühlen. Wenn drei Viertel der Leute in Sachsen und in Brandenburg sagen, dass die Politik die Interessen der ländlichen Regionen unzureichend bedient, dann ist das ein ganz klarer Hinweis darauf, dass man jetzt dafür sorgen muss, dass diese strukturschwachen Gebiete besser versorgt werden. (...)

MACRONS POLITISCHE WERTE:

Souverän bleiben durch Europa

- VON MICHAELA WIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 06.09.2019-22:34



China als „systemischen Rivalen“ der EU: Ist das angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit sinnvoll? Für Macron jedenfalls ist der Umgang der Exportnation ein Exempel auf neue Formen europäischer Kooperation.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird in Paris die Reise der Bundeskanzlerin nach China verfolgt. Knapp ein halbes Jahr ist es her, dass Angela Merkel an der Seite von Emmanuel Macron und Jean-Claude Juncker im Elysée-Palast gegenüber dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping einen europäischen Schulterschluss vorführte. Die Bundeskanzlerin, der französische Präsident und der EU-Kommissionspräsident zeigten dem Gast aus Peking symbolisch, dass sie sich von ihm, anders als die damalige Populistenregierung in Rom, nicht auseinanderdividieren lassen wollten.

Macron feierte den weltpolitisch einmaligen Auftritt als ersten Schritt hin zu einer europäischen Souveränität. Als Ziel nannte er eine neue Form der europäischen Kooperation mit China beim Klimaschutz, bei der Entwicklungshilfe für Afrika und der Bewahrung einer von Freihandel bestimmten Wirtschaftsordnung. Der französische Präsident führt seit langem das Konzept der Souveränität auf seinen Kern zurück: auf den der Selbstbestimmung. Die Bundeskanzlerin, so schien es zumindest, stimmte Macrons Anspruch auf eine eigenständige Politik der EU-Partner gegenüber China zu. Sie hatte schon zuvor gebilligt, dass die EU-Kommission China fortan einen „systemischen Rivalen“ nennt.

Aber hat dieses Vorhaben Bestand angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit zwischen den beiden großen Exportnationen China und Deutschland? In Frankreich ist stärker als anderswo wahrgenommen worden, wie zurückhaltend die Bundesregierung die Proteste in Hongkong kommentiert hat. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian hat sich wesentlich lauter zu Wort gemeldet und von der chinesischen Staatsführung öffentlich verlangt, dass die Polizeigewalt aufhören müsse und die Verträge zum Sonderstatus Hongkongs respektiert werden müssten. In Paris wird gefragt, wie ernst es der Bundesregierung damit sei, die europäische Souveränität auch gegenüber dem Reich der Mitte zu stärken. Bislang macht China mit den EU-Partnern, was es will, so der nüchterne Befund in Paris: Es baut Autobahnen und kauft Häfen, errichtet in Monaco ein G5-Netz und investiert in europäische Unternehmen ohne Rücksicht auf die strategischen Interessen der EU.

Einzige Perspektive, um echte Souveränität zu bewahren

Macron ist seit seiner Sorbonne-Rede im September 2017 nicht müde geworden, für seine Idee zu werben, dass die EU die einzige Perspektive zur Bewahrung echter Souveränität darstelle. Eine selbstbestimmte Existenz zwischen China, Amerika und Russland können sich aus seiner Sicht die Europäer langfristig nur sichern, wenn sie an den Regeln in der entstehenden Weltordnung mitschreiben. Beim G-7-Gipfel in Biarritz hat er vorgeführt, dass die Europäer durchaus in der Lage

sind, diplomatische Initiativen zur Rettung des Nuklearabkommens mit Iran oder zur Befriedung des Ukraine-Konflikts anzustoßen, die nicht amerikanischen Vorgaben entspringen.

In seiner Heimat ist sein diplomatischer Wagemut gut angekommen. Laut jüngsten Umfragen hat Macron gerade bei der rechtsbürgerlichen Wählerschaft an Vertrauen hinzugewonnen. Er ist wieder so populär wie vor der „Gelbwesten“-Krise.

Bei der französischen Botschafterkonferenz hat Macron jetzt in einer langen Rede seine Vorstellungen zur europäischen Souveränität präzisiert. „Wir dürfen uns nicht mit unserem Schicksal abfinden, sondern müssen versuchen, eine neue Ordnung aufzubauen, die unseren Werten und unseren Interessen entspricht“, sagte er. Die europäische Zivilisation drohe zwischen den Vereinigten Staaten und China zerrieben zu werden. „Wir können weiter behaupten, wir seien souverän. Wir haben das schon lange Zeit getan. (...) Aber irgendwann wird es zu spät sein, und wir verlieren endgültig die Kontrolle“, sagte er. Man könne sich damit trösten, dass Amerika zum Westen gehöre. „Aber Amerika wird nicht vom gleichen Humanismus getragen. Die Sensibilität für den Klimaschutz, die Egalität und die sozialen Gleichgewichte ist nicht die gleiche. Es gilt in der amerikanischen Zivilisation das Primat der Freiheit“, sagte Macron. In der chinesischen Zivilisation sei das Menschenbild, das in Europa von den Werten des Zeitalters der Aufklärung geprägt bleibe, ein gänzlich anderes. Vor zwanzig Jahren noch habe es ausgesehen, als gebe es ein unaufhaltsames weltweites Streben nach Einhaltung der Menschenrechte. Inzwischen habe aber ein neues „Zeitalter der Straflosigkeit“ begonnen, betonte Macron.

Rückschritte bei Bürgerrechten

Sogar in einigen EU-Staaten gebe es Rückschritte bei den Bürgerrechten und der Unabhängigkeit der Justiz. In den internationalen Krisengebieten, ob in Syrien, Libyen oder im Jemen, seien Menschenrechtsverstöße an der Tagesordnung. Amerika bleibe ein unentbehrlicher strategischer und militärischer Partner. Dennoch müsse die EU eigenständige Verteidigungskapazitäten aufbauen, um im Ernstfall seine Werte verteidigen zu können. Für Macron muss europäische Souveränität auf sechs Schlüsselaspekten beruhen: Sicherheit, Außenpolitik, Migrationsbewältigung und Grenzschutz, Klimaschutz und Energiepolitik, der digitalen Revolution entsprechenden Regulierungs- und Innovationsansätzen sowie auf Wirtschafts- und Währungsmacht. In all diesen Bereichen sieht er die nationalstaatlichen Einflussmöglichkeiten als unzureichend an.

Vor den französischen Botschaftern plädierte er von neuem dafür, auch das Verhältnis zu Russland zu überdenken. „Wir müssen eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa aufbauen“, sagte Macron. Nach dem Ende des INF-Vertrages zur Abrüstung nuklearer Mittelstreckensysteme müsse es einen neuen Anlauf zur Rüstungskontrolle geben. Das bedeute nicht, mit Naivität nach Moskau zu schauen. „Die Cyberattacken, die Versuche der Destabilisierung von Demokratien sind ebenso dokumentiert wie die russische Ablehnung

Dennoch dürfe die EU nicht zulassen, dass es wieder zum Spielball Russlands und Amerikas werde. „Mit dem Ende des INF-Vertrages brauchen wir einen Dialog, wenn wir nicht wollen, dass die Raketen unsere Staatsgebiete bedrohen“, sagte der Präsident. Angesichts der täglichen Cyberattacken müsse mit Russland auch dringend über eine Cyberstrategie gesprochen werden. Ebenso gelte es, sich mit Moskau auf eine Strategie zur Absicherung der Satelliten im Weltall zu verständigen. Er wisse, dass dies alles andere als leicht werde. „Europa hat sich als großartig offener Raum erwiesen. Aber wir haben vergessen, unsere Souveränität zu schützen“, mahnte Macron.

KRITIK AN ZDF-DOKUDRAMA:

Klarstellungen der Kanzlerin, Vorwürfe aus Ungarn

-
- VON MICHAEL HANFELD
- -AKTUALISIERT AM 07.09.2019-16:21



Das ZDF-Dokudrama über Angela Merkel und die Flüchtlinge sorgt für Kritik. Der Kanzlerin selbst mangelt es an Detailgenauigkeit. Ungarns Botschafter sieht massive Fehler und wendet sich an den Intendanten. Was sagt der Sender?

Das Dokudrama „Stunden der Entscheidung: Angela Merkel und die Flüchtlinge“, das am vergangenen Mittwoch im ZDF lief und erkennbar darauf angelegt war, die Entscheidung Angela Merkels am 4. September 2015, die in Ungarn losgezogenen Flüchtlinge über die Grenze zu lassen, als Tat von historischem Rang auszuweisen, hat nicht jedem gefallen.

Der Kanzlerin selbst zum Beispiel habe, wie der „Spiegel“ phantastischerweise herausgefunden hat, missfallen, dass es so aussehe, als ob sie sich von ihrer Büroleiterin Kaffee einschenken lasse, dabei teile sie diesen doch selbst aus. Und überhaupt gehe es nicht an, dass die inszenierten Szenen den Eindruck vermittelten, so und nicht anders sei es gewesen, schon die Sitzordnung im Besprechungszimmer stimme nicht. Abgesehen davon nehme die Kanzlerin des Öfteren gern eine Tasse Tee statt Kaffee.

Heißgetränke interessieren den ungarischen Botschafter Péter Györkös in seiner Kritik an dem ZDF-Film, die er in einem offenen Brief formuliert, hingegen nicht, sondern „Elemente, die Objektivität und Tatsachen missen haben lassen“. Neben „ethische und moralische Normen verletzenden Passagen und Andeutungen“ geht es dem Botschafter darum festzustellen, dass der „Mythos vom Budapester Ostbahnhof“, an dem die Flüchtlingskrise ihren Ausgang genommen habe, eben nichts als dieser sei – ein Mythos.

Die dort gestrandeten Flüchtlinge seien zu diesem Zeitpunkt schon tausend Kilometer von der EU-Außengrenze entfernt gewesen. Die große Migrationsbewegung habe da auch längst eingesetzt, das deutsche Innenministerium habe darauf Mitte August reagiert und am 25. August schon habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge getwittert, die Dublin-Regeln – die besagen, dass Flüchtlinge in jenem EU-Land um Asyl bitten können, in dem sie erstmals registriert worden sind –, wende man bei syrischen Flüchtlingen „faktisch“ nicht mehr an.

Das, so der ungarische Botschafter, habe der „Zuwanderung durchaus eine neue Dynamik“ verliehen. Und all das habe in dem Dokudrama des ZDF keine Rolle gespielt. Die gegen sein Land in diesem Zusammenhang gerichtete „realitätsfremde und von Fall zu Fall an Ehrverletzung grenzende Propaganda“ höre nicht auf, stellt Péter Györkös fest und bietet dem ZDF, namentlich dem Intendanten Thomas Bellut und dem Chefredakteur Peter Frey an, sich die Dinge einmal aus einem anderen Blickwinkel schildern zu lassen.

Das ZDF teilte dazu auf Anfrage mit, das Schreiben des ungarischen Botschafters sei eingegangen: „Wir werden es prüfen und zeitnah beantworten. Wir sind uns sicher, dass die historischen Ereignisse in dem Film ‚Stunden der Entscheidung: Angela Merkel und die Flüchtlinge‘ korrekt dargestellt wurden.“

Von der Suggestion des Dokudramas, die Dinge seien am 4. September 2015 so und nicht anders gewesen, von diesem Narrativ (wären wir bei der ARD, würden wir sagen: Framing), wird das Zweite Deutsche Fernsehen, so tippen wir an dieser Stelle, nicht abrücken. In der Ankündigung des Senders hieß es schließlich zu dem Film: „Es gibt Tage, über die befinden nicht erst Chronisten späterer Zeiten, dass sie für den Wendepunkt einer Ära stehen.“ Dass dies eine Wende zum noch Besseren war, daran ließ das Dokudrama im ZDF keinen Zweifel. So schreibt man im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Geschichte. Dass dagegen jemand Widerspruch einlegt, und sei es der ungarische Botschafter, sollte niemanden wundern.

156,160

https://www.deutschlandfunkkultur.de/doku-drama-stunden-der-entscheidung-im-zdf-zehntausende.1008.de.html?dram:article_id=457997

Doku-Drama „Stunden der Entscheidung“ im ZDF

Zehntausende Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland

Stephan Detjen im Gespräch mit Dieter Kassel



Angela Merkel, gespielt von Heike Reichenwallner, hat ihre engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um sich versammelt. (ZDF und Hans-Joachim Pfeiffer)

Budapest, Österreich, deutsche Grenze: Am 4. September 2015 beschließt Kanzlerin Merkel, eine große Anzahl von Flüchtlingen einreisen zu lassen. Das ZDF hat die Ereignisse dieses Tages nun als „Polit-Krimi“ inszeniert, sagt unser Hauptstadt-Korrespondent Stephan Detjen.

Dieter Kassel: Der Film, der heute Abend im ZDF zu sehen ist, trägt den ziemlich dramatischen Titel „Stunden der Entscheidung – Angela Merkel und die Flüchtlinge“, und vor allen Dingen der erste Teil des Titels ist wörtlich zu nehmen: Dieser Film zeigt wirklich einen Zeitraum von, ich würde sagen, noch nicht mal 24 Stunden am Tag und am Abend des 4. September 2015, also dieser Tag, an dem Flüchtlinge sich von einem Budapester Bahnhof aus auf den Weg gemacht haben zu Fuß, 180 Kilometer, bis zur ungarisch-österreichischen Grenze.

Und in diesem Film ist in einer Mischung aus nachgestellten, gespielten Szenen mit Schauspielern, echten Ausschnitten aus Nachrichtensendungen und anderem von damals und Interviews mit einigen der Menschen, Politiker aber auch Journalisten, die damals etwas zu tun hatten mit diesen Ereignissen und den Entscheidungen, zu sehen, wie hektisch das damals abgelaufen ist – das, aber auch nicht sehr viel mehr.

Über sehr viel mehr wollen wir jetzt aber mit Stephan Detjen reden, er ist zum einen Leiter unseres Hauptstadtstudios, hat als Journalist diesen Tag damals vor vier Jahren und die Tage danach miterlebt und zusammen mit Maximilian Steinbeis ein Buch über diese Zeit geschrieben, das allerdings sich nicht nur mit diesen paar Stunden beschäftigt.

Der Titel des Films verspricht natürlich Spannung und Dramatik. Bei mir war es so, als ich das gestern Abend schon geguckt habe: Der Teil hat funktioniert. Spannende 90 Minuten waren es. Aber hat der Film darüber hinaus auch irgendeinen Erkenntnisgewinn zu bieten?

Spannend – aber kaum neue Erkenntnisse

Detjen: Ich habe das auch mit Spannung gesehen, man bleibt dran, da wird ja viel dokumentiert, aber auch viel nachgespielt. Insofern ist das unterhaltsam, es ist spannend, es ist ein Polit-Krimi, so war das ja damals in der Nacht, das war eine ausgesprochen spannungsreiche Situation.

Ich glaube, wer sich nicht im Detail damit beschäftigt hat, der erfährt schon einiges aus dem Innenleben der Politik, aus der Mechanik dieser Entscheidungsprozesse im Bundeskanzleramt, auf internationaler Ebene. Aber neue Erkenntnisse als jemand, der sich damit beschäftigt hat, muss ich sagen, brachte mir dieser Film nicht.

Kassel: In dem Buch, dessen Co-Autor Sie sind, geht es im Kern um diese Frage des Rechtsbruchs, dieser Mythos Rechtsbruch durch diese Grenzöffnung. Ich hatte das Gefühl, in dem Film gibt es nicht nur keine Antwort auf diese Frage, eigentlich kommt die Frage gar nicht richtig vor.

Detjen: Nein, das kommt in dem Film in der Tat allenfalls am Rande vor. Das liegt aber auch an dem Fokus, den die Autoren des Films, Sandra Stöckmann und der „Zeit“-Autor Marc Brost, wählen: Sie fokussieren sich eben auf diese eine Nacht, in der Angela Merkel entschieden hat, die aus Ungarn Richtung Westen laufenden Flüchtlinge über Österreich in Deutschland aufzunehmen.

Der eigentliche Streit über die Entscheidungen der Flüchtlingspolitik, der uns seitdem beschäftigt, der sich dann in diesem Vorwurf, damals sei das Recht gebrochen worden, die Verfassung außer Acht gesetzt worden, der sich darin verdichtet, – dieser Vorwurf knüpft eigentlich an die Zeit danach an. Da geht es viel mehr um Entscheidungen, die später – etwa in einer berühmten Besprechung im Bundesinnenministerium am 13. September – gefallen sind, als die Bundesregierung sich nämlich entschieden hat, die Grenze nicht zu schließen.

Die Grenzen waren ja immer offen gewesen, und nachdem dann in der Folge der Entscheidung vom 4. September noch mal eine große Menge von Flüchtenden, Schutzsuchenden in Deutschland ankam, da stand man vor der Frage, die auch in der Bundesregierung damals kontrovers diskutiert wurde: Schließen wir die Grenzen? Setzen wir Bundespolizei mit Wasserwerfern unter Umständen an der deutsch-österreichischen Grenze ein, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Deutschland zu kommen? Man hat sich dagegen entschieden – und das ist der eigentliche Streit gewesen. Der liegt aber nach dieser Nacht, die in diesem Film geschildert wird.

Kassel: Dieser Film beginnt schon tagsüber und er beginnt erst mit einem Routinetag für die Bundeskanzlerin, also die ersten Minuten sind noch in ihrer Wohnung in Berlin-Mitte und dann fährt sie halt ins Kanzleramt, plaudert, da wird sie natürlich dargestellt von einer Schauspielerin. Ich hatte am Anfang einen etwas komischen Eindruck davon. Ich meine, Sie kennen, genau wie wir alle, Frau Merkel nicht wirklich privat, aber als Journalist sind Sie doch immer mal wieder näher an ihr dran gewesen als viele andere. Wie haben Sie diese Darstellung der Kanzlerin da in den Spielszenen empfunden?

Merkel als eine phlegmatische Dame mit Berliner Akzent

Detjen: Man muss noch mal sagen, der Film lebt aus einer Mischung von dokumentarischen Bildern, die zum Teil sehr eindringlich sind, er arbeitet sehr stark den humanitären Druck heraus in zum Teil nachgestellten, aber eben vielen Originalbildern vom Budapester Bahnhof, von den Menschen, die sich dort auf den Weg Richtung Westen machten. Das wird sehr eindringlich geschildert. Aber dann gibt es

eben diese nachgespielten Szenen in diesem Doku-Drama mit Schauspielern, – Heike Reichenwallner heißt die Schauspielerin –, bisher keine fernsehbekannte, eine Theaterschauspielerin, die man für die Rolle Angela Merkels ausgewählt hat. Und ich musste da auch erst mal fast lachen, als ich das gesehen habe. Sie spielt die Bundeskanzlerin, so als eine gemütlich-phlegmatische Dame mit Berliner Akzent, die im Dienstwagen ihr Brötchen mummelt und dann zwischendrin immer wieder aufs Handy schaut. Das gerät fast, gerade am Anfang, zu einer Karikatur der Bundeskanzlerin und da ist dann auch offenkundig ein Spannungsverhältnis, eine Differenz, ein Missverhältnis zu den Originalbildern, in denen man Angela Merkel dann auch in diesem Film immer wieder bei ihren damaligen öffentlichen Auftritten an diesem Tag sieht. Was mir da fehlte, war insbesondere die Energie, die von einer Spitzenpolitikerin, auch von Angela Merkel, in einer solchen Situation ausgeht. Ich glaube, da ist dieses Bild in der Tat etwas verzerrt geraten.



„Was nun?“: Die Lage der Flüchtlinge in Ungarn spitzt sich im Verlauf des 4. September 2015 immer weiter zu. Angela Merkel (Heike Reichenwallner) trifft am Ende des Tages eine Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen. (ZDF und Hans-Joachim Pfeiffer)

Kassel: Ich fand aber, der Film versucht auch etwas zu zeigen, was ich gar nicht erwartet hätte, nämlich, wie Politik funktioniert und wie der Betrieb funktioniert, mit Einblicken sowohl durch diese Spielszenen als auch durch Gespräche, die geführt wurden. Frau Baumann zum Beispiel ist vielleicht die wichtigste Person im Umfeld von Angela Merkel, ein normaler Mensch kennt sie gar nicht, die spielt da eine große Rolle, sowohl in den Spielszenen als auch in den Interviews. Aber diese Darstellung des politischen Alltags, der schlagartig dann keiner mehr ist, ist die aus Ihrer Sicht gelungen?

Es wird deutlich, wer hinter den Kulissen arbeitet

Detjen: Sie ist, glaube ich, zunächst mal im Wesentlichen, soweit ich das beurteilen konnte, korrekt, wo sie bestimmte Telefonate nachzeichnet, wer hat mit wem telefoniert, Angela Merkel mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann, dann immer wieder die Telefonate ins Bundeskanzleramt, Telefonate, die Peter Altmaier, damals Chef des Bundeskanzleramts, geführt hat, um ad hoc die ersten Maßnahmen zu organisieren, die Abstimmungen mit dem Koalitionspartner, der gescheiterte Versuch – auch das wird sehr richtig dargestellt – der Bundeskanzlerin, in dieser Nacht Horst Seehofer in Bayern zu erreichen, der einfach nicht ans Telefon gegangen war, möglicherweise, weil er ahnte, in welche Entscheidung er da hereingezogen werden würde. Das ist insoweit korrekt.

Es wird einiges deutlich, Akteure zum Beispiel. Sie haben Beate Baumann erwähnt, die Büroleiterin der Bundeskanzlerin seit Mitte der 90er-Jahre, seitdem Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde, ihre engste Vertraute, ganz, ganz wichtige Wegbegleiterin der Kanzlerin, eine Frau mit großem Einfluss im Bundeskanzleramt, die in der Öffentlichkeit nie in Erscheinung tritt, in diesem Film wird sie gespielt, das wird deutlich, wer da hinter den Kulissen arbeitet. Aber da werden dann eben auch Dialoge nachgespielt, vertrauliche Gespräche der Bundeskanzlerin etwa mit ihrer Büroleiterin, und wir wissen am Ende nicht: Stimmt das, ist das wirklich so gesagt worden? Da kommt die Fiktion ins Spiel und es bleiben Fragezeichen hinter diesem Film.

Kassel: Kommen wir noch mal auf das, was wir alle, glaube ich, erwarten von diesem Film, nämlich noch mal eine Erklärung: Was ist damals passiert? War die Entscheidung richtig? War sie alternativlos? Schon im Vorspann teilen die Filmemacher uns mit, dass viele mit ihnen gar nicht reden wollten, die Kanzlerin selber auch nicht, das wundert mich bei ihr nicht, aber offenbar auch viele andere nicht. Für mich bekommt das aber alles dadurch auch eine gewisse Einseitigkeit. Bis auf den damaligen Chef des Verfassungsschutzes spricht eigentlich niemand in diesem Film, der die Sache damals kritisch sah und das bis heute so sieht.

Die Dimension des Dramas war größer

Detjen: Ja, das liegt aber auch daran, dass diese Entscheidung vom 4. September, die Entscheidung, die Leute aus Ungarn reinzulassen, eigentlich sowohl damals als auch im Rückblick weitgehend unumstritten ist. Der Streit kommt später. Da hätte man den Fokus dann auf ganz andere Akteure richten müssen, die den Streit innerhalb der Regierung zugespitzt haben und dann auch nach außen getragen haben: Etwa in dieser Besprechung, die ich eben erwähnt habe, im September im Bundesinnenministerium, der damalige und bis heute amtierende Chef der Bundespolizei, Dieter Romann, der sich vehement, lautstark dafür eingesetzt hat, eben die Grenzen mit Polizeimitteln, unter Umständen mit Polizeigewalt dicht zu machen – die müsste man in den Blick nehmen.

Ich glaube, da hätte man den Film anders anlegen müssen. Man hätte sich letztlich auch mehr Zeit nehmen müssen. Die BBC in Großbritannien kann das, die machen über historische Entwicklungen und Entscheidungssituationen von dieser Größenordnung mehrteilige Dokumentarserien. Ich würde mir wünschen, dass auch das deutsche Fernsehen die Kraft dazu hätte. Hier hat man sich drauf konzentriert, eine Situation zuzuspitzen, aber die Sache war eben, die Dimension des Dramas, das sich damals abgespielt hat, größer. Man hätte sich dafür mehr Zeit, mehr Raum nehmen müssen.

Der ZDF-Film „Stunden der Entscheidung – Angela Merkel und die Flüchtlinge“ ist heute Abend um 20.15 Uhr im ZDF zu sehen, aber auch [schon jetzt in der ZDF-Mediathek](#) verfügbar.

156,164

<https://www.spiegel.de/kultur/tv/angela-merkel-in-zdf-doku-stunden-der-entscheidung-tag-der-menschlichkeit-a-1284969.html>

ZDF-Dokudrama

"Stunden der Entscheidung": Merkels Tag der Menschlichkeit

In seinem Dokudrama beleuchtet Christian Twente jenen Tag im September 2015, als die Bundeskanzlerin die Grenzen offen hielt. Er tut es mit Wohlwollen, aber nicht ohne Klischees und Taschenspielertricks.

Von Arno Frank Dienstag, **03.09.2019**



Der 4. September 2015 ist für die Bundeskanzlerin ein gewöhnlicher Tag. "Nach der Morgenlage fliegen wir nach München", referiert ihr Assistent, "von dort mit der Limousine zu einer MINT-Schule nach Buch am Erlbach, dann zur TU-Garching, Besuch eines Start-up-Unternehmens, danach fliegen wir nach NRW, erst Oberbürgermeisterwahlkampf in Essen, danach mit dem Helikopter nach Köln, dort halten sie ihre Rede auf der 70-Jahre-Feier der Landes-CDU, das geht bis circa acht, dann zurück nach Berlin - und es ist Feierabend!"

Dramaturgischer Fluchtpunkt der Erzählung ist genau dieser Feierabend. Denn der 4. September verläuft turbulenter als Trab und Takt des politischen Betriebs es eigentlich vorsehen. Erst nach Dienstschluss fällt die Kanzlerin ganz allein eine historische Entscheidung. Auf die Grenzen der Bundesrepublik bewegt sich ein Tross von Flüchtlingen zu. Und diese Grenzen werden nicht geschlossen.

Das Ereignis ist längst Gegenstand von Historisierung und Interpretation. In "Stunden der Entscheidung" konzentriert sich Regisseur Christian Twente ganz auf einen einzigen Tag, und dies ist bereits eine Interpretation des Geschehens - auch wenn Vorlauf und Wirkung im Drehbuch von Sandra Stöckmann und Marc Brost ebenfalls ihren Platz finden.

Twente ist auf historische Stoffe spezialisiert, er hat schon Leben und Wirken so unterschiedlicher Gestalten wie Johannes Kepler, Uli Hoeneß, Martin Luther und Karl Marx (mit Mario Adorf) dokudramatisch in Szene gesetzt. Für "Stunden der Entscheidung" hat er mit Heike Reichenwallner eine verdiente Theaterschauspielerin (Beckett, Brecht, Gogol, Shakespeare) als Angela Merkel verpflichtet.

Reichenwallner gibt Merkel finsterer, als man sie aus diesen Tagen in Erinnerung hat. Vermutlich, weil der Film das Innere der Macht beleuchtet, das Kanzleramt, die Hinterzimmer, die Flugbereitschaft. Großteils arbeitet er mit Archivmaterial. Merkel in Essen, Bayern, Berlin. Aber auch Aufnahmen vom Bahnhof in Budapest, wo die Flüchtlinge in Massen gestrandet sind. Leerstellen füllt er mit Spielszenen.

Zu Wort kommen darüber hinaus Journalisten und Politiker, die damals mit am Tisch oder bei den Gleisen saßen. Die Unsicherheit der Flüchtlinge, ob sie in die bereitgestellten Busse steigen sollen, wird unter anderem von Martin Kaul beglaubigt. Der "taz"-Reporter war damals vor Ort. Politischerseits geben Mitstreiter ihre Einschätzungen wieder, alles Leute, die der Kanzlerin zumindest in dieser Angelegenheit gewogen sind. Sigmar Gabriel etwa, Peter Tauber oder Thomas de Maizière: "In Krisensituationen wird die Kanzlerin sehr leise und sehr ruhig, körperlich fast bedächtig".

Ihre Gegenspieler bleiben - mit Ausnahme von Archivaufnahmen - unsichtbar, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und vor allem Horst Seehofer. Dessen Unerreichbarkeit an diesem Tag bildet einen der Spannungsbögen, an einer taktischen Absicht dahinter wird kaum ein Zweifel gelassen.

Nicht nur ist hier authentisches und gespieltes Material fast fugenlos verschränkt, es steht der zaudernden Kanzlerin auch ein entschlossener Anführer aufseiten der Flüchtenden gegenüber. Der junge Syrer Mohammad Zatareih (Aram Arami) war es, der den Treck von Budapest zur österreichischen Grenze initiierte und damit den "March of Hope" organisierte. Beide umkreisen sich, am jeweils anderen Ende der Macht, wie geheime Komplizen der Menschlichkeit.

Dabei trifft Twente eine Entscheidung, die der behaupteten Authentizität zuwiderläuft - und ein Fehler sein könnte. Der Zatareih im Film spricht, anders als der echte Zatareih im Interview, völlig ungebrochenes Deutsch. Er redet sogar dialektfreier als der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler. Möglich, dass die Macher dem ZDF-Publikum einfach nur kein untertiteltes Arabisch zumuten wollten.

Möglich aber auch, dass damit eine Nähe erzeugt und die genuine Fremdheit des Fremden - immerhin ein Politikum bis heute - zumindest auf sprachlicher Ebene gelindert werden sollte. Schon klar, es sind alles Menschen. Wären sie das nicht, sprächen sie Arabisch? Wieso wird dann, sind die Flüchtlinge im Bild, die hochdramatische Musik um Arabesken ergänzt? Man erkennt die gute Absicht und ist doch verstimmt über diesen Taschenspielertrick.

Künstlerische Freiheit durchweht auch jene Szenen, in denen sich Angela Merkel an den Mauerfall erinnert - eine konstruierte Parallele, die ebenfalls ins Tendenziöse spielt.

Aber das ist politisches Wasser in einem ansonsten guten Wein. "Stunden der Entscheidung" bemüht sich mit Akribie und Mut zur Verdichtung, die Geschehnisse in eine Dramaturgie zu fassen, die der Realität durchaus nahekommen dürfte.

Wer es genauer wissen will, muss nicht mehr allzu lange auf "Die Getriebenen" warten. In seinem Sachbuch und Bestseller erzählt der Journalist Robin Alexander von 63 Tagen im Jahr 2015, die ARD-Verfilmung ist bereits abgedreht.

https://www.lemonde.fr/international/article/2019/09/07/macron-assume-son-virage-russe_5507692_3210.html

Macron assume son virage russe

Les ministres des affaires étrangères et de la défense français et russes se réunissent, lundi 9 septembre, à Moscou, une première depuis l'annexion de la Crimée.

Par Marc Semo Publié hier à 15h00, mis à jour à 18h33

Emmanuel Macron veut concrétiser le réchauffement des relations avec Vladimir Poutine et assume son tournant russe. Le ministre des affaires étrangères, Jean-Yves Le Drian, et sa consœur de la défense, Florence Parly, se rendent à Moscou, lundi 9 septembre, pour rencontrer leurs homologues Sergueï Lavrov et Sergueï Choïgou lors d'une réunion du comité consultatif de coopération et de sécurité. Il n'y en avait pas eu depuis cinq ans. Cette structure « 2 + 2 » avait été mise sur pied dans les années 1990 pour renforcer les liens, y compris sur le terrain militaire, avec une Russie que l'on pensait alors réellement engagée dans la voie de la démocratie. Elle avait été gelée au printemps 2014 après l'annexion de la Crimée, la première par la force d'un territoire en Europe depuis la fin de la seconde guerre mondiale. Le Kremlin a ensuite pris le contrôle d'une partie de la région du Donbass dans l'est de l'Ukraine par l'intermédiaire d'une rébellion armée.

Vladimir Poutine semble disposé à effectuer quelques gestes vis-à-vis de Kiev et a procédé à un échange de prisonniers, dont certaines figures symboliques comme le cinéaste Oleg Sentsov, Ukrainien de Crimée condamné à 20 ans de camp pour terrorisme. Il pourrait accepter aussi la relance des accords de paix de Minsk de février 2015 qui avaient mis fin à la phase aiguë des combats mais sont restés pour l'essentiel lettre morte. Un prochain sommet au « format Normandie » (France, Allemagne, Ukraine, Russie) devrait se tenir fin septembre dans la capitale française. La Crimée, en revanche, passe par pertes et profits. « *La question est mise de côté car on sait que la Russie ne cédera pas. Il en sera de la Crimée comme des pays baltes, dont l'annexion après 1945 n'a jamais été reconnue sans que pour autant cela empêche les relations avec Moscou* », résume Tatiana Jean, responsable du programme Russie de l'Institut français des relations internationales (IFRI).

Paris veut aller de l'avant malgré les doutes suscités par ces ouvertures au maître du Kremlin. « *La défiance ne sert finalement à personne, même si les raisons qui l'ont alimentée – l'Ukraine, la Syrie, les assassinats à l'arme chimique, les cyberattaques – sont toujours là, et le dialogue se doit donc d'être exigeant* », expliquait le 3 septembre le ministre des affaires étrangères, Jean-Yves Le Drian, devant l'Association de la presse diplomatique. Depuis son arrivée à la tête du Quai d'Orsay, il a rencontré plusieurs fois son homologue russe, mais les relations étaient interrompues depuis cinq ans entre les ministres de la défense. Elles sont pourtant nécessaires sur la Syrie comme sur la République centrafricaine – dossiers sur lesquels Sergueï Choïgou a la haute main –, ainsi que pour ouvrir des négociations sur le contrôle des armements.

Concept flou

C'est un véritable redémarrage de la relation avec Moscou que veut Emmanuel Macron. Depuis la rencontre de Brégançon (Var), le 19 août, ce choix stratégique est affirmé toujours plus clairement. « *Je crois qu'il nous faut construire une nouvelle architecture de confiance et de sécurité en Europe, parce que le continent européen ne sera jamais stable, ne sera jamais en sécurité, si nous ne pacifions pas et ne clarifions pas nos relations avec la Russie* », a expliqué le président français dans son long discours d'ouverture le 27 août de la conférence annuelle des ambassadeurs et des ambassadrices, où traditionnellement le chef de l'Etat fixe les grandes orientations de sa politique

étrangère. Et il ne dissimulait pas les résistances que pourrait susciter ce tournant au sein du ministère des affaires étrangères et plus généralement dans l'administration : il n'a pas hésité à pourfendre un « *Etat profond* », reprenant ce mot aux relents conspirationnistes qu'affectionne Donald Trump.

L'idée d'une architecture de sécurité commune avait déjà été évoquée il y a trente ans au cœur des grands débats géopolitiques au moment de la chute du Mur, quand Mikhaïl Gorbatchev en appelait à une « *maison commune européenne* ». L'extension vers l'est de l'OTAN, voulue avant tout par les pays de l'ex-glacis qui y voyaient leur seule véritable garantie de sécurité, et le revanchisme de Moscou lui donnèrent le coup de grâce. Remis au goût du jour, ce concept d'architecture commune de sécurité reste assez flou. L'un des enjeux prioritaires est le contrôle des armements, alors que les traités passés à la fin de la guerre froide sont menacés – comme le Start III sur les armements nucléaires stratégiques – ou ont déjà été dénoncés – comme le FNI sur les forces nucléaires intermédiaires –, ouvrant la voie à la réinstallation de missiles américains et russes sur le territoire européen.

« Il s'agit de reconstruire une relation plus réaliste avec la Russie, parce que c'est un pays voisin et pour éviter de la pousser vers la Chine ; c'est un calcul froid au nom du pragmatisme et ce n'est pas de l'idéologie », explique l'ancien ministre des affaires étrangères Hubert Védrine, soulignant que le chef de l'Etat « *a raison d'agir sans attendre* » pour renouer le dialogue avec Moscou dans le but de lancer une architecture de sécurité européenne. « *Notre intérêt est de porter le projet le plus loin possible, afin que le prochain président américain, Donald Trump s'il est réélu ou un démocrate, ne puisse pas ne pas tenir compte de la position des Européens* », précise l'ancien patron du Quai d'Orsay, qui passe pour avoir été un des inspireurs de ce pari russe d'Emmanuel Macron.

« La France ne peut, sans risquer la banalisation de sa politique extérieure, rester vis-à-vis de la Russie l'otage de la diplomatie américaine ou de celle des pays voisins qui en ont une sainte horreur », renchérit Jean-Pierre Chevènement, qui, lors d'une rencontre avec Vladimir Poutine à Moscou, en mai, lui a porté un message du président français, dont la proposition de reprendre les rencontres « *2 + 2* ». « *Je ne suis pas l'Etat profond, je suis quelqu'un de beaucoup plus sûr* », ironise l'ancien ministre socialiste nommé en 2012 représentant spécial pour la Russie par François Hollande. Il fit le voyage de Moscou en 2016 avec Emmanuel Macron, alors ministre de l'économie. Le futur président faisait déjà entendre sa différence par ses critiques sur les sanctions imposées à Moscou pour sa politique d'agression en Ukraine.

« Appuyer sur l'accélérateur »

Le tournant macronien sur la Russie est surtout dans la forme. Depuis son élection, comme en témoigne l'invitation de Vladimir Poutine à Versailles pour l'exposition consacrée à Pierre le Grand en mai 2017, il a misé sur la dimension européenne de la Russie. « *C'est un mûrissement plus qu'un retournement* », relève un proche, rappelant « *qu'Emmanuel Macron aime les défis et [qu']il est convaincu d'être le seul à même de réussir là où ses trois prédécesseurs ont échoué* ». De façon différente, aussi bien Jacques Chirac que Nicolas Sarkozy et François Hollande avaient affiché leur volonté « *de parler avec la Russie* ».

En réalité, Paris n'a jamais cessé de parler avec le Kremlin, mais sans succès face à un président russe toujours plus intransigeant. Pour tenter de l'amadouer, l'actuel locataire de l'Elysée bat volontiers sa coulpe, évoquant les erreurs des Occidentaux et les malentendus qui ont envenimé la relation. Il n'en est pas moins lucide. « *Avec Vladimir Poutine, il ne faut montrer aucune faiblesse, notamment sur les droits de l'homme* », confiait-il fin août à la presse présidentielle, appelant « *à repenser profondément la grammaire des relations avec la Russie* ».

« Jusqu'ici, nous avons eu toujours le pied sur le frein ; maintenant, il est temps d'appuyer sur l'accélérateur et de prendre l'initiative avec de vrais gestes comme à la fin de la guerre froide », note Pierre Vimont, chercheur à la Fondation Carnegie et ancien diplomate de renom dont les points de vue restent très écoutés, y compris à l'Elysée. Le tournant russe d'Emmanuel Macron risque néanmoins d'entrer en contradiction avec ses projets européens.

« Bon nombre de nos partenaires et pas seulement ceux qui à l'est sont voisins de la Russie se montrent très réticents sur les propositions du président français, ainsi que sur son idée d'une majeure autonomie stratégique de l'Europe », note l'ancien diplomate. Mais, avec ce pari russe, Emmanuel Macron veut conforter son image internationale, se coulant dans l'héritage de De Gaulle et de Mitterrand, avec une diplomatie alliée mais pas alignée, qui fait clairement entendre sa différence. La Russie est aussi une clé pour pouvoir peser sur d'autres dossiers cruciaux comme celui du nucléaire iranien.

Schuldenbremse:

Sind Schulden die Lösung?

Viele Ökonomen fordern plötzlich, die Schuldenbremse abzuschaffen. Dabei hat der Bund auch mit ihr Geld geliehen.

Von **Lisa Nienhaus**

4. September 2019, 16:51 Uhr Editiert am 8. September 2019, 13:25 Uhr DIE ZEIT Nr. 37/2019, 5. September 2019 213 Kommentare

Manchmal drehen Debatten sich radikal. So geschieht es gerade mit jener um die Schuldenbremse. Vor zehn Jahren war sie für Ökonomen das Nonplusultra, um die Ausgabelust der Politiker zu bremsen. Seit 2011 gilt sie, also seit gerade einmal acht Jahren. Doch jetzt ist alles anders. Die Regel steht unter Beschuss. Und das nicht vonseiten der Politiker, sondern der Ökonomen. Eine ganze Reihe von ihnen will sie plötzlich abschaffen. Sogar einst entschiedene Befürworter haben die Seiten gewechselt.

Sie haben drei Argumente. Erstens: Es ist gerade so billig wie nie, sich zu verschulden. Zweitens: Die Wirtschaft läuft so schlecht, dass ein Konjunkturprogramm notwendig werden könnte, was leichter ohne Schuldenbremse ginge, weil der Staat dann nicht anderswo sparen oder Steuern erhöhen müsste. Drittens: Deutschland braucht jetzt so viele Investitionen, dass das Geld nur reicht, wenn man die Schuldenbremse abschafft.

Was das erste Argument angeht: Ja, Deutschland kann sich derzeit tatsächlich unfassbar günstig verschulden, die Zinsen sind auf einem Tiefstand. Davon profitiert der Bundeshaushalt allerdings schon seit Langem. Denn auch unter der Schuldenbremse nimmt der Staat laufend neue Kredite auf, um alte, die auslaufen, tilgen zu können. Eingeschränkt sind durch die Bremse nur solche Schulden, die die Gesamtverschuldung des Bundes ansteigen lassen. Dass es gerade billig ist, ist sowieso kein hinreichender Grund, sich weiter zu verschulden. Es kommt darauf an, ob man das Geld überhaupt braucht. Schließlich deckt sich auch niemand mit – sagen wir – Hunderten Staubwedeln im Ein-Euro-Shop ein, nur weil sie dort unschlagbar günstig sind.

Es sind also die Argumente zwei und drei, die zentral sind: Konjunktur und Investitionen. Es stellt sich die Frage: Wie viel könnte der Bund schon jetzt zusätzlich dafür ausgeben, ohne die Schuldenbremse abzuschaffen? Viele Stimmen in der Debatte klingen gerade, als habe der Bund dafür gar nichts übrig. Doch so ist es nicht.

Ständig werden die Regeln für Kredite mit der schwarzen Null verwechselt

Der falsche Eindruck entsteht bisweilen, weil zwei Begriffe durcheinandergeworfen werden: die Schuldenbremse und die schwarze Null. Sogar die CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat sie schon verwechselt. Dabei gibt es Unterschiede. Die schwarze Null ist radikaler. Im Bundeshaushalt bedeutet sie: Es darf gar keine zusätzlichen Kredite über das bestehende Niveau hinaus geben. Damit werden die Schulden zwar nicht weniger. Aber wenn die Wirtschaft wächst, sinkt das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftsleistung, an dem man die Solidität der Finanzen misst. In Deutschland war das zuletzt so.

Die Schuldenbremse, so wie sie im Grundgesetz steht, verlangt hingegen keine schwarze Null. Sie erlaubt, dass die Verschuldung des Bundes um bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigt. Das wären aktuell knapp zwölf Milliarden Euro im Jahr. Dieser Spielraum ist 2019 etwas kleiner, vor allem aus konjunkturellen Gründen (in Wachstumsphasen wird er etwas eingeschränkt, um in

schlechten Zeiten mehr zu haben). Laut Auskunft des Finanzministeriums könnten im Jahr 2019 aber noch gut sechs Milliarden Euro für zusätzliche Ausgaben verwendet werden, im Jahr 2020 wären es nach derzeitigem Stand knapp zehn Milliarden.

Diese Summen sind allerdings hinfällig, falls die Konjunktur zusammenbricht. Schon im Grundgesetz steht, dass es Regelungen geben kann für eine "von der Normallage abweichende konjunkturelle Entwicklung". Im Abschwung ist also eine deutlich höhere Verschuldung möglich. Weshalb Argument zwei für die Schuldenbremse nicht überzeugt. Sollte Deutschland in die Rezession stürzen, lässt sich auch mit der Bremse weiteres Geld lockermachen.

Bleibt Argument drei: die Investitionen. Ökonomen sind sich recht einig, dass Deutschland mehr davon gebrauchen könnte: vielleicht staatliche, sicher private, die der Staat etwa mit neuen Abschreibungsregelungen erleichtern kann. Das kostet Einnahmen. Ob das ohne Lockerung der Schuldenbremse geht, hängt davon ab, was man genau macht. Der Finanzminister könnte zur Finanzierung auch die zehn Milliarden Euro verwenden, die er 2020 noch zusätzlich aufnehmen kann. Zudem gibt es nach Jahren hoher Steuereinnahmen versteckte Töpfe. So etwa die Rücklage für Flüchtlingskosten. Inoffiziell gilt sie schon lange eher als Haushaltsrücklage für schlechte Zeiten. Sie umfasst 35 Milliarden Euro. Bisher wurde sie nicht angetastet. Doch schon jetzt hat Finanzminister Olaf Scholz für 2020 etwas aus diesem Topf eingeplant. Da ginge vielleicht mehr, wenn es denn um zeitlich begrenzte Ausgaben geht. Und natürlich kann man immer auch an anderer Stelle sparen, etwa bei Subventionen, statt Schulden aufzunehmen.